Dienstag, 23. September 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 · Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 221 - 39.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

Heute in der WELT



Schumacher als Vorbild

Der Kölner Fußball-Nationaltorwart Harald Schumacher bestreitet morgen in Kopenhagen gegen Dänemark sein 75. Länderspiel. Als Mannschaftsführer will er gleich beim ersten Länderspiel nach der WM von Mexiko Vorbild und Ansprechpartner für die jüngeren Spieler sein. „Ich möchte Verantwortung übernehmen", sagt Schumacher in einem WELT-Interview. (S. 17)

Morgen in der WELT

Interview mit Steven Spielberg

Steven Spielberg hat mit Filmen wie „Der weiße Hai", „Unbekannte Begegnung der dritten Art" und „E. T." Millionen fasziniert. Die WELT fragte das Wunderkind aus Hollywood nach seinem Erfolgsgeheimnis. Warum ist der Oscar bislang ausgeblieben? Was denkt Spielberg über den deutschen Film, was hält er von seinen amerikanischen Kollegen? Morgen der zweite Teil des großen WELT-Interviews.

POLITIK

Rückzug: Der Pressesprecher von Bundespräsident von Weizsäcker, Friedbert Pflüger, wird nicht neuer Generalsekretär der CDU in Niedersachsen. Wie Pflüger dpa mitteilte, ist ihm das Angebot „zu früh" gemacht worden. Er wolle seinen jetzigen Job länger als zwei Jahre ausüben.

China: Drei Staats- und Parteifunktionäre in Nordostchina sind wegen „Stümperei" entlassen worden. Sie hätten zugelassen, daß eine Maschinenzentrale um umgerechnet 2,5 Millionen Mark betrogen wurde, hieß es in einem amtlichen Bericht.

Manöver: Die Vereinigten Staaten wollten bei den NATO-Manövern in Norwegen Bomber des Typs F-111 einsetzen, wurden von Oslo aber daran gehindert, da ihr Einsatz auch im Kriegsfall nicht vorgesehen sei.

Angebot: Die USA sind bereit, auf die Stationierung von SDI bis 1991 zu verzichten und ein Moratoriumssabkommen zu unterzeichnen, wenn Moskau und Washington zu Gemeinsamkeiten beim Abbau der Rüstung gelangen könnten. Das sagte Präsident Reagan gestern vor der UNO.

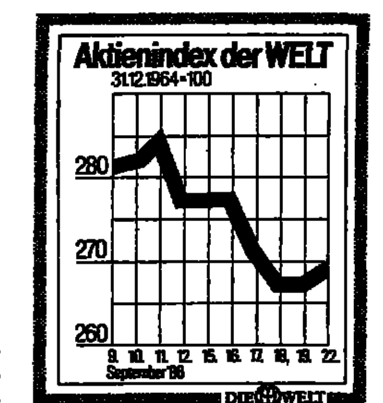
Brokdorf: Das Kernkraftwerk in Brokdorf an der Unterelbe wird vorläufig noch nicht ans Netz gehen. Ein Sprecher des schleswig-holsteinischen Sozialministeriums teilte in Kiel mit, die Betriebsgenehmigung sei noch nicht erteilt worden.

Austausch: Bonn und Ost-Berlin haben ein Abkommen über den Austausch von landwirtschaftlichen Praktikanten vereinbart. Das teilte Landwirtschafts-Minister Kiechle gestern in München vor Journalisten mit.

WIRTSCHAFT

IWF-Tagung: Finanzminister Stoltenberg will im „direkten Gespräch in Washington" am Rande der bevorstehenden Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu den US-Forderungen nach deutschen Konjunkturbelebungsmaßnahmen Stellung nehmen. Zu möglichen Interventionsbeschlüssen beim Treffen in Gleneagles schwieg sich Stoltenberg aus. (S. 9)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten bestand die freundliche Tendenz zum Wochenbeginn fort. Am Rentenmarkt waren die Notierungen öffentlicher und DM-Anleihen schwächer. WELT-Aktienindex 270,25 (268,02). BHF-Rentenindex 107,054 (107,143). BHF-Performance-Index 107,051 (107,110). Dollarmittelkurs 2,0300 (1,9950) Mark. Goldpreis je Feinunze 442,75 (430,00) Dollar.



KULTUR

Oper: Es hat 300 Millionen Gulden gekostet und soll das ramponierte (Opern-)Image Amsterdams weltweit aufpolieren: Jetzt wird das neue, architektonisch eindrucksvolle Opernhaus endlich eingweiht. Es liegt direkt an der Amstel, im Herzen der Stadt. (S. 18)

Jazz: Das „United Jazz & Rock Ensemble" hat in Dortmund seine Tournee durch die Bundesrepublik gestartet. Die Formation, zu der sich so bekannte Künstler wie etwa Albert Mangelsdorff zusammengeschlossen haben, bot viele musikalische Leckerbissen. (S. 19)

SPORT

Tennis: John McEnroe gewann zum ersten Mal seit einem Jahr wieder ein Grand-Prix-Turnier. Der inzwischen auf Platz 20 der Weltrangliste zurückgefallene Amerikaner besiegte in Los Angeles Stefan Edberg (Schweden) mit 6:2 und 6:3. (S. 17)

Schach: Nach zwei Niederlagen hintereinander gegen Herausforderer Anatolij Karpow hat Titelverteidiger Garri Kasparow im Wettkampf um die Weltmeisterschaft jetzt eine Auszeit genommen, um damit seine „Nerven zu beruhigen". (S. 17)

AUS ALLER WELT



Schule mit Stil: Eine in der Welt einzigartige Schule, die sogar im Guiness Buch der Rekorde erwähnt wird, besuchen Kinder im österreichischen Städtchen Berndorf südlich von Wien. Die außergewöhnliche „Penne" ist eingerichtet mit zwölf Räumen in zwölf verschiedenen Stilen, die alle Epochen der Weltgeschichte repräsentieren. Besonders eindrucksvoll ist das maurische Klassenzimmer (Foto) mit dem goldenen Tor von Cordoba. (S. 20)

Verstimmung bei den Banken über den Fall Neue Heimat

Stoltenberg: Verkauf verschärft die Krise / Thema für den Bundestag

DW. Hamburg

Die Hintergründe und Einzelheiten des Verkaufs des hochverschuldeten gewerkschaftseigenen Wohnungsunternehmens Neue Heimat an den Berliner Großbäcker Horst Schiesser sind weiterhin unklar. Die Neue-Heimat-Mutter, die gewerkschaftseigene Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG), gab auch gestern keine weiteren Details bekannt. Indessen wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wegen des Verkaufs an die Neue Gesellschaft mbH Vermögensbildung (DNG) teilweise scharf kritisiert. Die CDU forderte, die Öffentlichkeit lückenlos über den Verkauf zu unterrichten. Die Transaktion wird auch den Bundestag beschäftigen. In Frankfurt herrschten in Bankenkreisen Verwirrung und Verstimmung über den Fall Neue Heimat vor. Die üblicherweise zurückhaltenden Bankiers-Kommentare sprachen von „alles andere als normal".

Bundesfinanzminister Stoltenberg äußerte die Auffassung, die Krise der Neuen Heimat sei durch den Verkauf „eher verschärft als gelöst worden". Der DGB habe die Interessen der NH-Beschäftigten, der Mieter und vor allem der Kreditgeber hintangestellt. Es müßten jetzt eine Reihe von rechtlichen und politischen Fragen erörtert werden, nachdem die NH ein Privatunternehmen geworden sei.

Stoltenberg wies darauf hin, daß der DGB in seiner Bonität und Verläßlichkeit nach herrschender Meinung öffentlich-rechtlichen Körperschaften vergleichbar sei. Diese Einschätzung der Verwaltungen, die bisher auch das Verhältnis des DGB zur NH bestimmte habe, müsse nun geprüft und möglicherweise verändert werden.

Ein Sprecher der BGAG dementierte in Frankfurt die bisher im Zusammenhang mit dem Verkauf in der Öffentlichkeit genannten Zahlen. Er sagte, „fast alle Summen sind *falsch*" und „weit von den Tatsachen entfernt". Schon am Freitag war von DGB-Chef Ernst Breit die zunächst genannte Kaufsumme von 50 Millionen Mark als falsch zurückgewiesen worden. Den genauen Betrag hatte er unter Hinweis auf die laufenden Gespräche mit den Banken nicht nennen wollen. Der Sprecher der Gewerkschaftsholding räumte am Montag ein, daß gewisse Unterstützungsleistungen an den neuen Eigentümer gewährt werden. Gerüchte, nach denen ein Verkauf von weiteren Gewerkschaftsunternehmen die notwendigen Mittel dafür bringen soll, bestritt der BGAG-Vorsitzende, Alfons Lappas.

Gestern wurde auch bekannt, daß zeitgleich mit dem Verkauf der 190 000 Neue-Heimat-Wohnungen im gesamten Bundesgebiet der verbliebene Bestand der davon ausgenommenen Neue Heimat Südwest und Neue Heimat Nordrhein-Westfalen den Besitzer wechseln soll. Zunächst will die BGAG die rund 70 000 Wohnungen der beiden NH-Töchter selbst erwerben und dann an die an einem Kauf interessierten Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen weiterveräußern. In Gemeinwirtschaftskreisen wurde die Befürchtung laut, daß auch die NH Südwest und NH Nordrhein-Westfalen von Schiesser übernommen werden könnten, wenn die Verhandlungen mit den Ländern scheitern.

DER KOMMENTAR

Vertrauensfrage

CLAUS DERTINGER

Kredit heißt auf deutsch bekanntlich Vertrauen. Und Vertrauen haben die Banken, die seit Jahren die Neue Heimat mit Krediten versorgen, nicht nur in die bisherige Eigentümerin der Neuen Heimat, die gewerkschaftliche Unternehmensholding GBAG gesetzt, sondern vor allem natürlich in die hinter der GBAG stehenden Gewerkschaften.

Auch wenn die meisten Bankiers nicht gerade im ideologischen Gleichschritt mit den Gewerkschaften marschieren, so haben sie, ebenso wie die übrige Wirtschaft, doch die Gewerkschaftsbewegung immer als eine gesellschaftspolitisch stabilisierenden Kraft betrachtet und ihr Respekt gezollt. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich dies ändern könnte, wenn die Gewerkschaftsspitze in Sachen Neue Heimat das unter Geschäftsleuten übliche Vertrauensverhältnis aufs Spiel setzt, indem sie die finanzielle Nabelschnur zu dem in neue Hände übergegangenen Unternehmen durchschneidet. Dann würde der Tag, an dem sich die Gewerkschaftsholding von ihrem wankenden Bauriesen verabschiedet hat, zu einem schwarzen Tag in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Festzuhalten ist schon jetzt, daß der Versuch, den Fall Neue Heimat zu entpolitisieren, mißlungen ist. Er ist jetzt erst recht zu einem Politikum geworden.

Weil man der Gewerkschaftsspitze um Ernst Breit kaum so viel Blauäugigkeit unterstellen kann, daß sie das nicht geahnt hat, drängt sich die Frage auf, ob sie überhaupt noch das Heft in der Hand hat. Oder ist sie schlicht umgelegt worden von den basisfernen linken Ideologen, die politische Polarisierung und Veränderung der Wirtschafts-und Gesellschaftsordnung auf ihre Fahnen geschrieben haben? Noch hat die Gewerkschaftsführung nicht endgültig die Chance vertan, diese Spekulation durch korrektes Verhalten gegenüber den Banken ad absurdum zu führen.

Waldheim will eigene Ideen einbringen

Österreichs Bundespräsident: Die künftige Regierung braucht eine breite Mehrheit

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Österreichs Bundespräsident Kurt Waldheim hält sich alle Möglichkeiten offen, wenn es um seine Präferenzen für eine Koalition nach den Parlamentswahlen am 23. November geht. In einem Gespräch mit der WELT sagt er, angesichts der schwierigen industriellen Sanierungsprobleme müsse eine kommende Regierung von einer „möglichst breiten Mehrheit der Bevölkerung und des Parlaments getragen werden".

Waldheim bekräftigte, daß er ein aktiver Bundespräsident sein wolle. *Die Regierung müsse regieren*, aber der Bundespräsident habe das Recht, seine eigenen Vorstellungen einzubringen. Schon im Interesse des sozialen Friedens müsse das Staatsoberhaupt sich in die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion einschalten.

Waldheim bekennt sich deutlich zu einer „Politik der Wende. Die Wende ist notwendig und hat sich bereits gezeigt", sagte er zur innenpolitischen Situation seines Landes. Der Bundespräsident nannte als Beispiel die Krise der verstaatlichten Industrie. Hier habe sich eine „Wende im Denken" vollzogen. Es sei heute in allen politischen Parteien – also auch bei den Sozialisten – möglich, unbefangen über die Privatisierung von Staatsbetrieben zu sprechen. Dieses Thema aber sei noch unter Kanzler Kreisky ein Tabu gewesen.

exklusiv

SEITE 5: Das Gespräch

Zu den Beschimpfungen Österreichs durch prominente linksgerichtete Schriftsteller und Intellektuelle meint der Bundespräsident: „Ich bin nicht der Meinung, daß man sein eigenes Land herunterziehen soll." Zum Thema Vergangenheitsbewältigung sagt er, man solle zwar die traurigen Ereignisse einer vergangenen Epoche nicht vergessen, es könne aber keine Kollektivschuld geben. Der Jugend müsse man den Rat geben, nicht nur in der Vergangenheit zu bohren, damit löse man keine Probleme. Die Jugend dürfe aufgrund der früheren tragischen Ereignisse nicht die Gegenwart und Zukunft vernachlässigen. Er verwahre sich auch gegen die Behauptung, in Österreich gebe es mehr Antisemitismus als in anderen Ländern.

Waldheim legte in dem WELT-Gespräch für sich und sein Land ein Bekenntnis zur Demokratie ab. Auch als UNO-Generalsekretär habe er stets für seine Person die Ideen des freien Westens vertreten. Nur sei von vielen nicht verstanden worden, daß ein Generalsekretär aus seiner Funktion heraus „in der Mitte stehen" müsse und von Amts wegen nicht etwa den Westen bevorzugen könne.

Zur Situation zwischen den Supermächten sagte Waldheim, man solle nicht glauben, daß sich in der Substanz bei beiden Mächten etwas geändert habe: „Gorbatschow ist genauso hart wie seine Vorgänger. Er ist nur konzilianter in der Form."

Berliner Senat alarmiert Bonn: Vor neuem Asylantenstrom

Richtete die „DDR" zusätzliche Visa-Büros in der Türkei ein?

D. D. Berlin

Mit einer dramatischen Zunahme des Asylantenstroms über den Flughafen Schönefeld in den nächsten Wochen rechnet der Berliner Senat. Am vergangenen Wochenende sind von der Polizei 714 Asylbewerber, darunter 491 aus Iran, aufgegriffen worden. So viele waren es noch nie an einem Wochenende.

„Wenn die Informationen zutreffen, daß die DDR in der Türkei zusätzlich Ausgabestellen für Transitvisa eingerichtet hat, dann steht uns noch einiges bevor", sagte Berlins Sozialsenator Ulf Fink (CDU). Asylbewerber bestätigen, daß derzeit massenhaft Transitvisa erteilt werden. Da diese drei Monate Gültigkeit besitzen, können die Inhaber auch nach dem 1. Oktober noch über die „DDR" nach West-Berlin einreisen.

Erst von diesem Termin an will die „DDR" die in der vergangenen Woche verkündete Regelung praktizieren, die nur solchen Personen Transit gestattet, die über ein gültiges Anschlußvisum für die Bundesrepublik oder für ein anderes Land verfügen. Reisebüros in der Türkei, wo sich noch Zehntausende von Iranern aufhalten sollen, erfuhren außerdem von der „DDR"-Fluggesellschaft Interflug, daß noch bis einschließlich 2. Oktober Flugtickets nach Schönefeld ausgestellt werden können, auch wenn der Betreffende kein sogenanntes Anschlußvisum besitzt.

Der Berliner Senat hat die Bundesregierung über diese Erkenntnisse der vergangenen Tage informiert. „Wir müssen damit rechnen, daß der Asylantenstrom bis Anfang Januar *1987 anhält", betonte* Fink. „*Von einer* entspannten Situation kann vorerst nicht die Rede sein. Das Gegenteil ist der Fall."

Von der Behörde Finks werden Vorbereitungen getroffen, um bis zum nächsten Wochenende wieder Notunterkünfte einzurichten. Die vorhandenen Quartiere sind seit gestern wieder überbelegt.

Bis zum 15. September sind knapp 27 000 Asylbewerber nach Berlin gekommen. Die starke Zunahme von Asylbewerbern aus Syrien – allein im August waren es mit 417 etwa soviel wie in den ersten sieben Monaten dieses Jahres insgesamt – wird auf die Aktivität von Schlepperorganisationen zurückgeführt.

Genscher lobt Haltung Moskaus

„KVAE-Vereinbarung schafft Transparenz und mehr Berechenbarkeit in Europa"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Von der Bundesregierung und allen Parteien des Bundestages – außer den Grünen – ist der erfolgreiche Abschluß der mehr als zweieinhalbjährigen KVAE-Verhandlungen in Stockholm begrüßt worden. Als das zentrale Ergebnis im Stockholmer Schlußdokument über Vertrauensbildung und Abrüstung wurde in Bonner diplomatischen Kreisen hervorgehoben, daß sich die Teilnehmerstaaten zur Hinnahme von Inspektionen vor Ort bei militärischen Aktivitäten bis zu dreimal im Jahr verpflichtet haben. Damit sei das westliche Konzept von mehr Transparenz bei den Streitkräften durchgesetzt und eine kleine Stufe zur Verbesserung der Sicherheit in Europa genommen worden.

Bundesaußenminister Genscher, der sich zur Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York aufhält, lobte den Zusammenhalt im westlichen Verteidigungsbündnis, den er als eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Stockholmer Verhandlungen kennzeichnete. Auch die Sowjetunion habe durch ihre Art der Beteiligung an der KVAE den ernsthaften Willen zu Fortschritten bei Rüstungskontrolle und Abrüstung bewiesen, sagte Genscher. Insbesondere habe sie in den Fragen der Verifikation militärischer Aktivitäten „entsprechend den Ankündigungen von Generalsekretär Gorbatschow eine neue konstruktive Haltung eingenommen". Die Stockholmer Vereinbarung schaffe mehr Transparenz *und mehr* Berechenbarkeit des *militärischen* Verhaltens in Europa, erklärte Genscher weiter.

Auch die Bonner Opposition äußerte sich positiv zum Konferenzergebnis. Damit sei nun der Weg frei für eine Folgekonferenz, die sich konkreten Schritten zu größerer Sicherheit in Europa zuwenden könne, hieß es in einer Erklärung des SPD-Vorstandes. CDU-Präsidium und CDU/CSU-Bundestagsfraktion würdigten das Schlußdokument als „wichtigen Baustein" für weitere Fortschritte in den West-Ost-Verhandlungen. Nicht der SPD-Kurs des „Anti-Amerikanismus, des Neutralismus und der nationalen Alleingänge" sei erfolgreich, sondern nur ein Kurs der Festigkeit und Zuverlässigkeit nach beiden Seiten könne Frieden und Freiheit bewahren und „wirkliche Entspannung" bringen. Lediglich die Grünen im Bundestag bewerteten das Ergebnis von Stockholm negativ. Ihre Fraktionssprecherin Annemarie Borgmann sprach von einem „Scheinerfolg", der militärisch und rüstungspolitisch ohne *Bedeutung* sei.

Der abrüstungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Todenhöfer, wies darauf hin, daß die Stockholmer Vereinbarung trotz aller begrüßenswerten Elemente alle Zeichen eines Kompromisses trage. Der Westen habe auf wichtige Anliegen wie zum Beispiel auf einen regelmäßigen Austausch über militärische Hauptquartiere und die permanente Stationierung größerer Truppenteile verzichtet, um das Zustandekommen des Abschlußdokuments nicht zu gefährden.

Seite 8: Inspektionen bis zum Ural

ÖVP-Sieg in der Steiermark

DW. Wien

Kurz nach der Aufkündigung ihrer Bundeskoalition mit den Nationalliberalen (FPÖ) haben die österreichischen Sozialisten (SPÖ) bei der Landtagswahl in der Steiermark 5,08 Prozentpunkte und somit zwei Mandate verloren. Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) steigerte ihren Stimmenanteil um 0,86 auf 51,75 Prozent, blieb aber weiter bei 30 der insgesamt 56 Sitze. Die FPÖ behielt zwei Mandate, die Grün-Alternativen errangen zwei Sitze.

Seite 2: Wende

Israel zieht Truppen zusammen

DW. Kirjat Schmona

An der Grenze zu Libanon sind nach Angaben aus Sicherheitskreisen mehrere hundert israelische Soldaten zusammengezogen worden. Das diene der Unterstützung der von schiitisch-libanesischen Freischärlern angegriffenen pro-israelischen Miliztruppe Südlibanesische Armee (SLA), verlautete in Jerusalem. Bewohner im Norden Israels schilderten, soviele Soldaten hätten sie seit dem Abzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon im Juni 1985 nicht mehr in Grenznähe gesehen.

Krause-Nachfolge: Vier Kandidaten

gba. Bonn

Vier Namen sind auf der Klausurtagung des Vorstandes des Beamtenbundes (DBB) in Kloster Banz am Wochenende als mögliche Kandidaten für die Nachfolge des 1987 aus Altersgründen ausscheidenden DBB-Vorsitzenden Alfred Krause genannt worden: Der bisherige Stellvertreter des seit 1959 amtierenden DBB-Vorsitzenden, der CSU-Abgeordnete Otto Regenspurger (47), der Vorsitzende der Steuergewerkschaft Werner Hagedorn (57), der 53jährige Vorsitzende des DBB-Landesbundes Berlin, Egbert Jancke, und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Kommunal- und Landesbediensteten, Heinz Ossenkamp (39).

Hagedorn hatte beim letzten DBB-Vertretertag 1983 gegen Krause kandidiert und war mit einem Stimmenverhältnis von 3:1 unterlegen. Die Namen seien noch keine Wahlempfehlung, hob Krause hervor.

Seite 4: Beamten-Kritik

Grenzverletzung: Wien ist empört

DW. Wien

An der Grenze zwischen Österreich und der Tschechoslowakei ist es am Wochenende zu zwei Zwischenfällen gekommen, für die der Wiener Außenminister Peter Jankowitsch eine Entschuldigung der Prager Regierung erwartet. Ein Österreicher sei von CSSR-Grenzsoldaten 35 Meter auf österreichisches Gebiet verfolgt und dann über die Grenze gebracht worden. Dort hat man ihn nach Mitteilungen des Ministers sieben Stunden lang festgehalten und gezwungen, Grenzverletzungen zu gestehen. Erst danach sei er freigelassen worden. Wie Jankowitsch erklärte, ist dieses Delikt eindeutig der tschechoslowakischen Seite zuzuschreiben. Im zweiten Fall sei Professor Richard Plaschka vom Ost- und Südosteuropa-Institut, der mit einer Universitätsdelegation nach Prag reisen wollte, aus dem Zug geholt worden. CSSR-Grenzsoldaten hätten ihm die Einreise verweigert.

Stecken Sowjets jetzt zurück?

wth, Washington

Leitende Beamte der Reagan-Administration rechnen damit, daß die Sowjetunion in den nächsten Tagen im „Fall Daniloff" zurücksteckt und damit den Weg zum nächsten Gipfeltreffen freigibt. Ein Zeichen dafür ist die Tatsache, daß die ersten der 25 sowjetischen UNO-Diplomaten, die vom US-Außenministerium aufgefordert wurden, bis zum 1. Oktober das Land zu verlassen, nach Moskau zurückgekehrt sind. Bisher hatten die Sowjets diese Ausweisung als „illegal und provokativ" bezeichnet.

Innerhalb der Administration macht man die scharfen Äußerungen Präsident Reagans bei seiner Begegnung mit Außenminister Schewardnadse am Freitag für diesen sowjetischen Meinungswandel verantwortlich. Der sowjetische Sprecher Gerassimow erklärte gestern überraschend, daß der „*Fall Daniloff*" in kürzester Zeit lösbar sei.

Sowjetisches Fernsehen zeigt Film über die „Nöte" im Exil

Moskau will wachsenden Wunsch nach Ausreise bremsen

AP/DW. Moskau

Das sowjetische Fernsehen hat erstmals eine Sendung dem Leben russischer und jüdischer Emigranten in den Vereinigten Staaten gewidmet. Die Einseitigkeit und die Kommentierung des Films „Die Ehemaligen" ließen allerdings deutlich werden, daß es darum ging, mögliche Emigranten zu verunsichern.

Die Hälfte der Sendung nahm eine amerikanische Dokumentation ein, die vor vier Jahren in den USA ausgestrahlt wurde und zu heftigen Protesten von russischen und jüdischen Exil-Organisationen geführt hatte. Der Streifen zeigte zwar auch die übervollen Regale in den Supermärkten, aber die zahlreichen Emigranten beklagten ihr Schicksal in der Fremde. Mehrere der Emigranten aus dem New Yorker Stadtteil Brighton Beach, in dem Zehntausende ehemalige Sowjetbürger leben, äußerten sich über ihre Probleme mit dem Alltag, der für sie manche Fallen und viele kaum zu überblickende Probleme berge. *Als eine der größten* Schwierigkeiten wurde die Suche nach einer Arbeit genannt, die der Berufsqualifikation entspricht. Vor allem müßten die Einwanderer ihr gesamtes Leben, angefangen von der Wohnungssuche bis zur Steuererklärung, selbst in die Hand nehmen.

Der Film zeigte ausgiebig Bilder von Feiern in russischen Restaurants: tanzende, singende und Wodka trinkende Russen, zu Tränen gerührt, wenn sie russische Filme sahen.

Der sowjetische Kommentator Borowik sagte im Anschluß an den Film, die Emigranten hätten nicht wegen ihrer „Nostalgie für die Vergangenheit" Tränen vergossen, sondern weil sie erkannt hätten, daß ihre Zukunft verloren sei. „Sie machten einen Fehler, einen tragischen Fehler." Emigranten hätten wiederholt berichtet, daß sie von amerikanischen und israelischen Radiosendern geködert worden seien. Innerhalb kürzester Zeit würden die Auswanderer erkennen, daß sie nicht nur die Wohltaten des sowjetischen Systems, sondern auch ihre Heimat verloren hätten. Sie *fühlten sich dann verlassen* wie Kinder ohne Eltern.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die zwei Klassen

Von Günter Zehm

Der Zittauer Superintendent Günter Pilz hat die Politologie zweifellos bereichert, als er auf der Bundessynode der acht evangelischen Landeskirchen Mitteldeutschlands in Erfurt von den „zwei Klassen" sprach, die sich in der „DDR" herausgebildet hätten. Da seien auf der einen Seite diejenigen, die (in den Westen) reisen dürften, und auf der anderen Seite diejenigen, „denen diese Chance in absehbarer Zeit überhaupt nicht gegeben ist". In der Tat, genauso ist es. Die Beschreibung von Pilz hält auch anspruchsvollen Prüfungen stand.

Man sollte nur unter denen, die „reisen dürfen", noch weiter differenzieren. Da ist erstens die schmale Schicht aus Funktionären, parteiergebenen Wissenschaftlern, Künstlern und Spitzensportlern, die jederzeit einen Westpaß ausgestellt erhalten, wenn die SED es für opportun hält. Da sind zweitens die Rentner, die ein Alter der „Nutzlosigkeit" erreicht haben müssen, um einen Paß zu bekommen. Und da sind drittens, nach der jüngst geübten Praxis, Normalbürger „mit BRD-Verwandtschaft", die „bei herausragenden Familienangelegenheiten" ein- oder zweimal im Jahr ausreisen dürfen.

Das Privileg der dritten Schicht ist völlig ungesichert, es ist nicht einmal verbal bekräftigt worden und kann jederzeit verweigert oder wieder ganz zurückgenommen werden. Und trotzdem erregt nun gerade diese Schicht den bitteren Neid der Nichtreise-Klasse. Westverwandtschaft oder nicht, das ist plötzlich zum entscheidenden Kriterium dafür geworden, ob man dem Käfig des real existierenden Sozialismus auch schon in jüngeren Jahren einmal entkommen kann. Die Verzweiflung derer „ohne Verwandtschaft" spiegelt sich sowohl in der neuen Flut von Ausreiseanträgen als auch in den vielen tollkühnen Fluchtversuchen junger Leute, die in den letzten Wochen bekannt geworden sind und die nur allzuoft im Feuer der Mordschützen enden.

Superintendent Pilz hat recht, wenn er der SED empfiehlt, über die neuen Klassenverhältnisse „möglichst schnell ein offenes Gespräch zu beginnen". Zwar mag die Partei, nach dem Prinzip „teile und herrsche", die unterschiedlich Privilegierten noch eine Weile gegeneinander ausspielen können. Auf Dauer aber wird sich der Zorn der Unterklasse voll gegen die Funktionäre richten. Der Kessel ist angeheizt.

Wende in der Steiermark

Von Carl Gustaf Ströhm

Landtagswahlen in Österreich finden normalerweise kaum das Interesse der Weltöffentlichkeit. Da aber die politische und ökonomische Situation der Alpenrepublik angesichts des Debakels der verstaatlichten Industrie, der beschlossenen Massenentlassungen und der Erosion der bisherigen Regierungskoalition zur Zeit sicher nicht normal ist, kommt der Landtagswahl in der Steiermark vom vergangenen Sonntag doch so etwas wie eine Barometerfunktion für die kommenden Parlamentswahlen am 23. November zu.

Hier gab es vor allem eine schwere Niederlage der Sozialisten, die landesweit fünf Prozent an Stimmen einbüßten. Bemerkenswert war, daß sich der bereits bei der Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten sichtbare Trend fortgesetzt und verfestigt hat: Die sozialistische Partei erlitt ihre schwersten Einbrüche in den Großstädten und Industriegebieten (allein in der Landeshauptstadt Graz ein Minus von acht Prozent).

Die Volkspartei unter der Führung des dynamischen Landeshauptmanns Josef Krainer erreichte ihr bestes Wahlergebnis seit 1945 und baute mit einem Zuwachs von 0,9 Prozent ihre absolute Mehrheit auf fast 52 Prozent aus. Demgegenüber ist die SPÖ mit 37,7 Prozent weit abgeschlagen. Die eigentliche Überraschung: Die Freiheitlichen unter ihrem erst seit einigen Tagen amtierenden neuen Bundeschef Jörg Haider haben überraschend gut abgeschnitten – und auch die Grünen haben es, auf Kosten hauptsächlich der SPÖ, geschafft, in den Landtag einzuziehen.

Für die ÖVP auf Bundesebene ist damit erstmals eine relative Mehrheit am 23. November zum Greifen nahe. Die Frage bleibt, ob der Vranitzky-Effekt – das positive Bild des neuen SPÖ-Kanzlers – im übrigen Österreich, das nicht so wie die Steiermark von der Krise der verstaatlichten Industrie unmittelbar betroffen ist, besser zum Tragen kommt. In der Steiermark jedenfalls hat man den Eindruck, daß sich dort, wenn schon keine Wende, dann doch eine tiefgreifende Wandlung des politischen Gefüges in Österreich manifestiert.

Schicksalsgemeinschaft

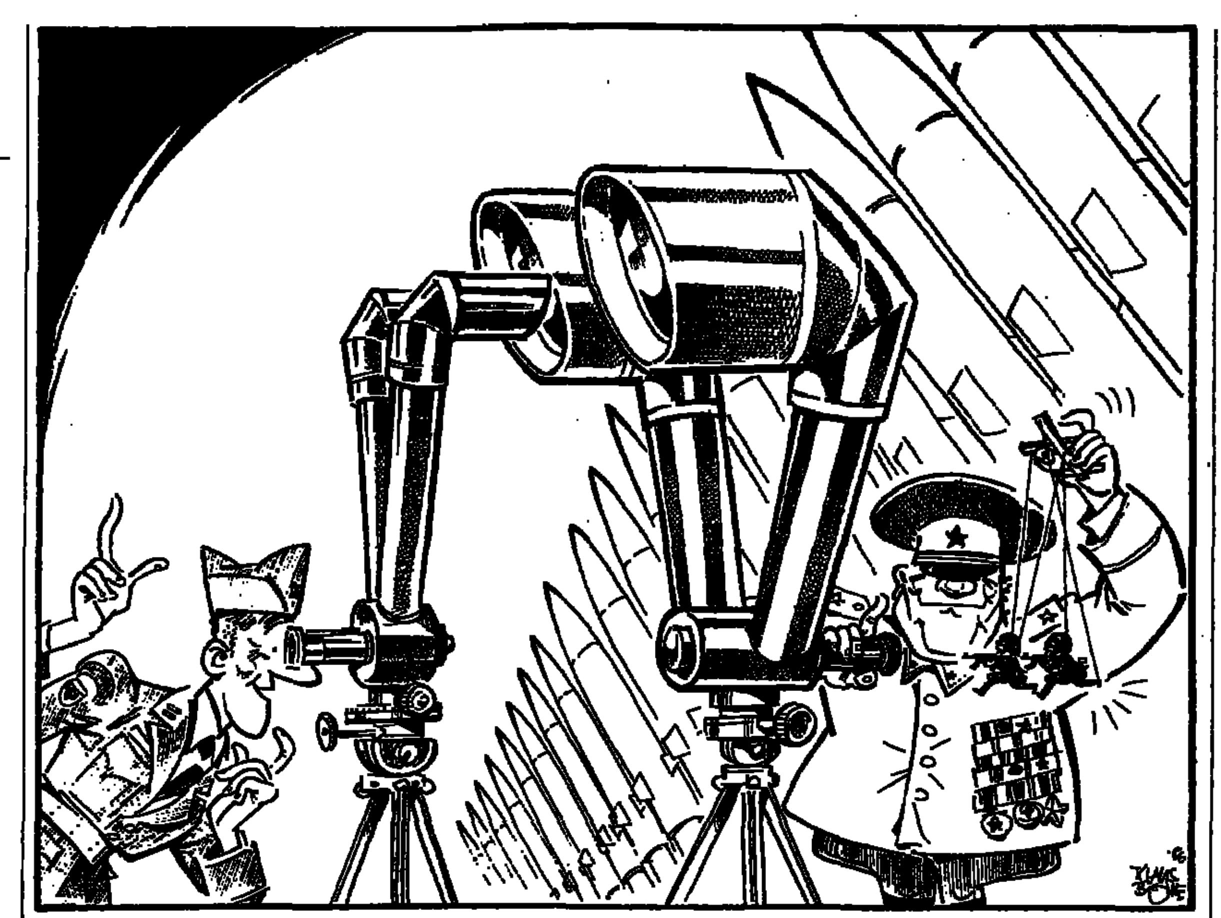
Von Peter Ruge

Frankreichs junge Generation tritt aus den Fußstapfen ihrer Väter. Die Grande Nation, so sagen die jungen Leute, kann ihren verblichenen Glanz allenfalls aufpolieren, wenn sie im Rahmen Europas wettbewerbsfähig wird. Europa aber läßt sich nur verwirklichen, wenn wir mit den Deutschen Seite an Seite marschieren.

Das Wort von der Schicksalsgemeinschaft ist also keine Leerformel in der V. Republik. Was damit beschrieben wird, verengte sich aber bis heute auf den ökonomischen Bereich: auf den Gewinn, den die Franzosen aus der technischen und wirtschaftlichen Kooperation zu ziehen hofften. Vom politischen Willen auf beiden Seiten getragen, entwickelte sich auch eine Zusammenarbeit auf militärischem Feld: gemeinsame Waffen, aber getrennte Strategien. Seit dem Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO 1966 bedeutete dies keine Abwendung vom Bündnis, doch blieb eine kritische Distanz – jede Annäherung, jede Mitarbeit in operationellen Stäben war überschattet von dem Denken: Vorsicht, ein Verlust französischer Souverenität könnte drohen.

Zur Beruhigung galt, daß zwischen Paris und den Russen die Deutschen stünden. Doch deren Verläßlichkeit gerät in Frankreich in Verruf: „Früher hatten wir Angst vor euch, jetzt haben wir Angst um euch", sagen viele Franzosen, die ein Abgleiten der Bundesrepublik in den Pazifismus oder in den Neutralismus befürchten. Die Bedrohung aus dem Osten verlagere sich damit von der Elbe an den Rhein.

Dieses Gefühl, das sich mehr und mehr in Frankreich unter der jungen Generation ausbreitet, öffnete der Schicksalsgemeinschaft mit den Deutschen eine neue Dimension. Wenn jetzt zum ersten Mal seit zwanzig Jahren wieder große französische *Panzerverbände mit Deutschen und Amerikanern im* Raum Würzburg ins gemeinsame Manöver gehen, dann ist dies ein Signal für ein deutliches Umdenken in Paris: Partnerschaft ist nicht teilbar, etwa in nur vorteilversprechende oder gefährliche Bereiche – Frankreich bekennt sich daher offen dazu, auch im Augenblick einer Gefahr an der Seite der Deutschen zu stehen.



„Kann Vertrautes Absolut Erkennen!" KLAUS BÖHLE

Blick in die Karten

Von Cay Graf Brockdorff

Zum ersten Mal, seit Ost und West über sicherheitspolitische Vereinbarungen verhandeln, ist es in Stockholm gelungen, einen Rahmen zu spannen, der hinwegführt von der bisher üblichen engen geographischen Begrenzung angestrebter Sicherheitszonen. Der Vertrag, auf den man sich jetzt in Stockholm geeinigt hat, zeigt die Richtung, die eingeschlagen werden muß, wenn NATO und Warschauer Pakt der militärischen Bedrohung die Schärfe nehmen wollen. Er umfaßt die europäische Landmasse zwischen Atlantik und Ural und sprengt somit die engen Grenzen der Wiener MBFR-Verhandlungen über Truppenreduzierungen, die auf Zentraleuropa konzentriert sind und die Sowjetunion mit ihren westlichen Militärbezirken ausklammern.

Auf Wien, wo man sich seit dreizehn Jahren um die Quadratur des Kreises bemüht, kann das nicht ohne Rückwirkung bleiben. Die Notwendigkeit, das Mandat der MBFR- Gespräche zu erweitern, wird augenfällig.

Im Gegensatz zu ihrem hochgestochenen Namen war die Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung (KVAE) freilich keine Begegnung, in der über Rüstungskontrolle oder wie in Wien über die Reduzierung der Streitkräfte gesprochen wurde. Ihr Thema war die Definition von Anmelde- und Kontrollverfahren zur besseren gegenseitigen Unterrichtung über militärische Aktivitäten. Das Ziel war vorgegeben: Man wollte durch ein Bündel von Maßnahmen, die schriftlich verbürgt und somit formales Recht werden sollten, erreichen, daß die Möglichkeiten eines Überraschungsangriffs verringert werden.

Das ist zum Teil gelungen. Da der Teufel im Detail liegt, kann erst ein Studium des Kleingedruckten zeigen, wieviel mehr Sicherheit wirklich erzielt worden ist. Mit diesem Vorbehalt läßt sich eine Verbesserung der Lage feststellen. Die Sowjetunion muß einen auf Westeuropa geführten Angriff aus der Tiefe nähren. Ohne Heranführung von Großverbänden aus den westlichen Militärbezirken wäre ihr Risiko zu groß, die vorzüglich ausgerüsteten NATO-Divisionen überraschend zu schlagen. Die drei jetzt gesicherten Inspektionen vor Ort im Jahr, die 36 Stunden nach Beantragung beginnen sollen und 48 Stunden dauern können, stellen den Vorbereiter solcher heimlicher Operationspläne nun vor ein bisher nicht bestehendes Risiko.

In der Praxis wird wohl jedenfalls der Westen die letzte der drei Inspektionsmöglichkeiten so spät wie möglich in Anspruch nehmen, um für Notfälle gerüstet zu sein. Das nimmt vielleicht einen Teil von der Drohung mit der Breschnew-Doktrin von den Satellitenstaaten, die wie die Tschechoslowakei das Opfer eines Überfalls oder wie Polen Opfer einer Bedrohung werden können; auch solche Aufmärsche können ja von NATO-Staaten inspiziert werden. Vorsichtige Beurteilung ist dennoch angebracht: Großmanöver von 75 000 Mann und mehr müssen zwei Jahre vorher angemeldet werden. Die Sowjetunion könnte jedoch für jeden Monat im Jahr solche Manöver ankündigen, muß sie aber nicht abhalten.

Lehrreiches Beispiel: Der Vertrag von Montreux zwingt Moskau zur Anmeldung von Schiffsbewegungen in den türkischen Meerengen. Jede Woche erhält Ankara eine umfangreiche Liste im Bosporus zu erwartender sowjetischer Kriegsschiffe. Nur ein Bruchteil davon fährt wirklich durch.

Der Westen hatte in Stockholm danach gestrebt, die das ganze Jahr durchgehende sowjetische Serie



Wachsamkeit bleibt unverzichtbar: Sowjetisches Manöver FOTO: EUPRA

von Manövern bis zum Divisionsrahmen zu durchbrechen und anmeldepflichtig zu machen. Dazu bedurfte es einer Herabsenkung der Grenze auf 8000 Mann. Es ist ihm nicht gelungen. Moskau bestand auf einer 13 000-Mann-Grenze und rettete so das Schwergewicht seines Übungsrahmens vor fremden Augen.

Traditionell bevorzugt die Sowjetunion Manöver bis zur Divisionsgrenze – etwa 11 000 Mann – und verbindet sie mit umfangreichen Stabsrahmenübungen. Sowjetische Führungsstäbe bis hinauf zur TVD-Ebene, dem Oberkommando eines Kriegsschauplatzes, werden damit das ganze Jahr über in Atem gehalten. Nur einzelne Phasen werden von sogenannten Volltruppen durchgespielt. Anders in der NATO: Der Westen veranstaltet Großmanöver im Herbst; die „Autumn-Forge"-Serie ist in jedem Jahr Höhepunkt seiner Jahresausbildung.

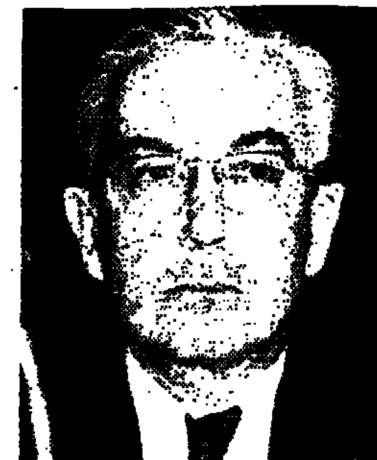
Stockholm setzt für die Sowjets keinen neuen Trend. Im Westen wird man sich in Zukunft wohl bescheidener verhalten, weniger aus Sorge vor den Stockholmer Bestimmungen, eher, weil Geld fehlt und Auflagen des Umweltschutzes die Übungen zunehmend einengen. Nicht nur Moskau übrigens rettete Interessen. Die NATO widersetzte sich dem sowjetischen Verlangen nach Inspektion unabhängiger Luft- und Seemanöver, womit Moskau Einblicke in Vorbereitungen des Westens bei der strategischen Verstärkung des Bündnisses durch amerikanische Land- und Luftstreitkräfte im Krisenfall zu gewinnen hoffte. So weit wollte der Westen sich doch nicht in die Karten sehen lassen. Nach Bildung von mehr Vertrauen ist das einer späteren Verhandlungsphase vorbehalten. Die Sowjets haben schon angezeigt, daß die Verstärkungs-Übungen, deren Beginn sie jeder Zeitung entnehmen können, sie brennend interessieren.

Stockholm war ein Erfolg in Grenzen. Die Praxis wird zeigen, wie Moskau die vom Westen als möglichst wasserdicht angestrebten Vereinbarungen zu interpretieren sucht. Substanz genug, um von einem Wandel in Europa zu sprechen, lieferte die Konferenz nicht. Militärische Wachsamkeit bleibt unverzichtbar.

IM GESPRÄCH Jacques de Larosière

Abschied vom Potomac

Von Horst-Alexander Siebert



Braucht ihn Chirac? Jacques de Larosière FOTO: CAMERA PRESS

Jacques de Larosière wollte den Gouverneursrat des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Ende dieser Woche in Washington zu seiner Jahrestagung zusammentritt, selber unterrichten. Aber ein Vertreter eines westeuropäischen Landes hielt nicht dicht. Am Sonntag morgen war der Rücktritt des Franzosen zum Jahresende kein Geheimnis mehr.

Die Nachricht kam unerwartet; denn die Amtszeit von Jacques de Larosière de Champfeu, wie der volle Name lautet, läuft erst Mitte 1988 aus. Ohne diesen vornehmen und zugleich zupackenden Mann kann man sich die multilaterale Organisation, der inzwischen 151 Nationen angehören und die oft – irrig – als „Weltnotenbank" bezeichnet wird, nur schwer vorstellen. Unter de Larosière hat sich die Rolle des IWF enorm erweitert; im Ringen um die Schuldenkrise wurde sie die zentrale Agentur.

Erstklassig in der französischen Beamtentradition ausgebildet und mit großem Feinsinn ausgestattet, ist de Larosière der effektivste geschäftsführende Direktor, der je den Fonds leitete. Berufen wurde er im Juni 1978 als Nachfolger des Holländers H. Johannes Witteveen. Kein Schatten lag auf seiner Wiederwahl fünf Jahre später. Vorher war de Larosière Direktor des französischen Schatzamtes. Zeitweise leitete er das Büro von Finanzminister Giscard d'Estaing, bevor dieser zum französischen Präsidenten gewählt wurde.

So werden der Fonds und die Weltbank, die beiden 1944 gegründeten Schwester-Institutionen, unter neuer Führung weitermarschieren. Nach einer ungeschriebenen Regel wird die Chefposition beim IWF mit einem Europäer, die der Weltbank mit einem Amerikaner besetzt. Dort regiert seit dem 1. Juli Barber B. Conable.

Jacques de Larosière, 56 Jahre alt, hat den 22 Exekutivdirektoren, die als Ländervertreter das „Board" bilden, für seinen vorzeitigen Aufbruch vom Potomac zwei Gründe genannt: Einmal möchte er seiner Tochter folgen, die aus einer US-Universität nach Frankreich zurückkehrt. Zum anderen ist laut de Larosière der Fonds in eine neue Phase getreten, und dies ist der beste Zeitpunkt für einen Wechsel. Zur Erreichung wirtschaftspolitischer Konvergenz wird der IWF immer mehr zu einem Überwachungsorgan; bei engerer Kooperation erhält das Verhältnis zur Weltbank eine andere *Qualität*. Verhandelt werden muß auch über eine Erhöhung der Fonds-Anteile (Quoten), was mindestens drei Jahre dauert, von de Larosière also nicht abgeschlossen werden kann.

Aber vielleicht braucht ihn auch Ministerpräsident Chirac.

Die Nachfolge ist völlig offen. Genannt werden der holländische Finanzminister H. Onno Ruding und der zweite Mann in der Bank von Italien, Lamberto Dini. Der Italiener war lange Chef der Stellvertreter der Zehnergruppe; Ruding leitet den Interimsausschuß. Die Wahl eines zweiten Holländers in so kurzer Zeit ist jedoch unwahrscheinlich.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Er schreibt über den Terror:

Das Hirn, das ihn bewegt und das befiehlt, muß eine andere Größe haben, die eines Staates. Gegen ihn müssen sich alle zivilisierten Staaten richten, weil er als Ziel den ganzen Westen, die Gemeinschaft der „großen oder kleinen Teufel" hat, auch wenn sich der Terrorismus vornehmlich gegen Frankreich richtet.

Hannoversche Allgemeine

Sie geht auf die Ausreise-Gründe aus der „DDR" ein:

Es handelt sich um „Leute, die einfach die Nase voll haben", sagt Pfarrer Roland Adolph aus Neustadt bei Dresden. Diese Menschen sind weder Querulanten noch politische Helden, sie sind den realsozialistischen Alltag leid, den Leerlauf, die verlogene Phrasendrescherei, die ständige Entmündigung durch eine ebenso anmaßende wie unfähige Obrigkeit.

Westfälische Nachrichten

Die Münstersche Zeitung bemerkt zum NRW-Fest:

Die Regie der Düsseldorfer Regierungszentrale ist perfekt, hat sie doch ein auf Rau maßgeschneidertes Selbstdarstellungsprogramm ausgeklüngelt, in dem er sich meist unpolitisch präsentieren kann. Regelrecht hilflos reagierten bislang Christ- und Freidemokraten auf Raus Selbstdarstellungskonzept.

WIESBADENER KURIER

Er meint zum Grenzzwischenfall:

Wenn die Grenze ihre Gefährlichkeit verlieren und sie ein gutnachbarliches Verhältnis zwischen CSSR und Bundesrepublik entwickeln soll, dann muß Prag endlich für mehr Menschlichkeit im eigenen Staat sorgen. Auch dies gehört zu den unabdingbaren Voraussetzungen für eine Ost-West-Entspannung.

Straubinger Tagblatt

Es schreibt zur KSZE-Wirklichkeit und den Grenzschüssen:

Mehr als zehn Jahre nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte sind die Verhältnisse in Europa – insbesondere an der Trennungslinie zwischen West und Ost – immer noch sehr weit davon entfernt, normal zu sein. Ungeachtet der östlichen Friedens- und Entspannungslitaneien hat sich am unmenschlichen Charakter des „Eisernen Vorhangs" wenig geändert. Drüben wird die Grenze zur Bundesrepublik als „Friedensgrenze" bezeichnet, doch auf Anordnung von „oben" sitzen die Waffen weiterhin locker.

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung beschäftigt sich mit der GATT-Ministerkonferenz:

Die Tagesordnung ist nicht nur eine der umfassendsten in der Geschichte, sie trägt auch alle Züge einer positiven Übereinkunft und nicht nur eines defensiven Kompromisses. Indem sie tiefgreifende Differenzen, besonders zwischen Nord und Süd, überwanden, haben die Minister in Punta del Este in dieser Woche der Welt ein Signal gegeben, daß das offene Handelssystem dergestalt neubelebt werden kann, *daß Wachstum und* Stabilität in der Weltwirtschaft verstärkt und nicht nach unten gedrückt werden.

Stabilisiert ist in Polen nach wie vor nichts

„Maria, Königin von Polen, schütze uns vor dem Kommunismus" / Von Astaf Domberg

Die polnischen Bischöfe haben sich nach längerem politischen Schweigen mit einer scharfen Kritik an den kommunistischen Medien der Volksrepublik zu Wort gemeldet. Diese Medien, so heißt es in einem Hirtenbrief, verletzten unablässig die religiösen Gefühle des polnischen Volkes durch permanente atheistische Indoktrinierung. Bei der Arbeiterwallfahrt nach Tschenstochau zogen 50 000 Pilger unter Bannern wie „Maria, Königin von Polen, schütze uns vor dem Kommunismus" und „Solidarność ist das Gebot unserer Zeit" daher.

Lech Walesa trifft sich mit den aus der Haft entlassenen Solidarność-Führern Bujak, Borusewicz, Jedyniak und Lis; er hat auch seit langem wieder mit einem Kirchenführer gesprochen, dem Erzbischof Dabrowski. Zbigniew Bujak hat erklärt, er wolle so frei wie möglich seine Tätigkeit unter den Augen der Behörden fortsetzen. Er sei aber auch bereit, notfalls wieder in der Untergrund zu gehen. Kurz: Wer erwartet hat, die Entlassung der politischen Häftlinge durch die Jaruzelski-Regierung werde eine „Stabilisierung" oder „Normalisierung" in Polen einleiten, sieht sich eines Besseren – oder Schlimmeren – belehrt.

Nicht nur hat Jaruzelski in seiner letzten Rede jede Bereitschaft zu einem Dialog mit der Opposition vermissen lassen und die katholische Kirche keiner Erwähnung für wert befunden. Auch seine Aufforderung an den Westen, nun doch alle wirtschaftlichen Sanktionen fallenzulassen und zu zeigen, wie viel Polen und seine Stabilität dem Westen wert seien, war von bemerkenswerter Einseitigkeit. Denn aus allem, was wir aus dem offiziellen Warschau vernehmen, geht hervor: Jaruzelski und sein Regime können oder wollen nicht an das entscheidende Problem herangehen – an eine durchgreifende, die Initiative weckende Wirtschaftsreform. Ohne eine solche Reform aber, die mit dem zentralistisch-bürokratischen Schlendrian aufräumt und den Menschen wieder Freude und Sinn an produktiver Arbeit vermittelt, wird Polen weiter ins industrielle Abseits marschieren.

Nicht nur die Verschuldung ist alarmierend – auch die Industrieausrüstung des Landes ist veraltet. Polen kann im internationalen Wettbewerb nicht bestehen und muß daher seine Produkte entweder im Ostblock verkaufen oder sie im Westen verschleudern.

Eine Reform an Haupt und Gliedern aber darf es nicht geben, weil jene Schicht, auf die sich Jaruzelski machtpolitisch stützt – Armee, Polizei und Parteiapparat –, fürchtet, es könnte in einer unabhängigen Wirtschaft ein konkurrierendes Machtzentrum entstehen, das nicht von der KP oder der Geheimpolizei zu kontrollieren wäre. Lieber nimmt man eine weitere wirtschaftliche Talfahrt und weitere Entbehrungen der Bevölkerung in Kauf, als die eigene Machtbasis zu gefährden. Der *Westen wird also* nicht etwa benötigt, um einen neuen Anfang in Polen zu suchen, sondern um ein bankrottes Machtsystem zu stabilisieren.

Aber selbst wenn westliche Politiker und Banker die Erfahrungen mit Gierek in den Wind schlagen und ein zweites Mal Polen mit Krediten überschütten sollten (denn um nichts anderes geht es ja), dann könnte das Resultat nur in einer zweiten grandiosen Pleite bestehen. Denn die Volksrepublik Polen hat wirtschaftlich noch weniger zu bieten als in den siebziger Jahren.

Es ist richtig, daß dem polnischen Volk geholfen werden muß. Die Tatsache aber, daß fast ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende Menschen in Mitteleuropa in einer Mangelgesellschaft leben, in der es von Kindernahrung bis zu Medikamenten und Kleidung fast nichts Vernünftiges zu kaufen gibt, ist menschenunwürdig. Eine Regierung ohne ideologische Scheuklappen und ohne die Bindung und Unterordnung in Richtung Moskau könnte im polnischen Volk schöpferische Kräfte freisetzen. Statt dessen treibt das Regime Zehntausende von aktiven jungen Polen in die Emigration, legal oder anders.

Es ist nun die Frage, ob es den Interessen und der Zukunft der polnischen Nation nützt, wenn der Westen sich mit einigen kosmetischen Veränderungen und Beteuerungen Jaruzelskis zufrieden gibt, um ihm dann das Geld zu geben, ein mißglücktes Regierungsexperiment fortzusetzen. Die bisherigen Milliarden-Kredite des Westens an Polen haben ja, wie man sieht, die Lage des polnischen Volkes keineswegs erleichtert.

Wie es in Polen weitergehen soll, weiß heute niemand, weder die Regierung, *noch die* Opposition. *Die* Patt-Situation wird aber nicht ewig dauern. Die nächste polnische Krise kommt bestimmt. Dann werden im Westen wieder einmal einige Leute aus allen Wolken fallen. Und die Leute im Osten werden wieder eine ihnen gemäße Lösung finden.

Auf der Anklagebank sitzt der „Boß aller Bosse“

Schlechte Zeiten für die New Yorker Unterwelt: Die Großen der kriminellen Familienunternehmen stehen seit Montag im größten amerikanischen Mafia-Prozeß vor Gericht. Ein junger Staatsanwalt italienischer Abstammung treibt die Häupter des Verbrechens in die Enge.

Von FRITZ WIRTH

Antonio Corallo hat einen Fehler. Er kann den Mund nicht halten. Denn es gibt unheimlich viele Leute, die zuhören, wenn Antonio Corallo spricht. Zum Beispiel das FBI, das sein Telefon angezapft hat. Oder die Konkurrenz, die Horcher in seiner Nähe plaziert hatte. Die Pflicht zum Schweigen war für Antonio Corallo zu einer Tortur geworden. Und so legte er dann richtig los, wenn er mit seinem Chauffeur in seinem „Jaguar“ allein war und durch die Straßen New Yorks fuhr.

Hätte er nicht tun sollen. Denn was Antonio Corallo nicht ahnte: Er hatte auf seinen Fahrten durch New York im Abstand von 100 Metern ständige Begleiter, die Polizei. Und was er erst recht nicht wußte: Diese Polizisten hatten vor ein paar Monaten sein Auto aufgebrochen und innerhalb von 20 Minuten einen kleinen Radiosender hinter seinem Armaturenbrett angebracht. Und über diesen hörte die Polizei mit. Insgesamt über 75 Stunden Tonbandaufnahmen.

So begann im Frühjahr 1983 eine Affäre, die nun vor dem Bundes-Distriktgericht in Manhattan ihren Höhepunkt erreicht. Dort läuft nun der bisher größte Mafia-Prozeß in der amerikanischen Kriminalgeschichte. Fünf nicht unbedingt ehrenwerte Familien stehen vor Gericht, die jedoch in Gangsterkreisen ehrfurchtsvoll wie Aristokraten behandelt werden. Sie tragen die Namen Gambino, Genovese, Bonanno, Columbo und Lucchese.

„Big Paul“ fiel der Konkurrenz zum Opfer

In einigen dieser Familien herrscht noch Trauer, wie beispielsweise bei den Gambinos. Ihnen kam im letzten Dezember in der 46. Straße von New York ihr Oberhaupt Paul Castellano („Big Paul“) abhanden, als er von der Konkurrenz niedergeschossen wurde. Der schnelle und frühzeitige Tod erspart „Big Paul“ immerhin den heutigen Gerichtstermin. Es fehlen heute vor Gericht auch „Big Pauls“ Stellvertreter Aniello Dellacroce und Stefano Canone. Ihnen wurde bescheinigt, eines „natürlichen Todes“ gestorben zu sein, ein Ereignis, das man in Mafia-Kreisen auch den „Fragezeichen-Tod“ nennt.

Vor Gericht also stehen die fünf Oberhäupter dieser New Yorker Mafia-Familien oder was davon übriggeblieben ist, und sie tragen Namen, wie sie kein Drehbuchautor schöner erfinden kann. Da ist Anthony Salerno, Chef der Genovese-Familie, den sie „Fat Tony“ rufen. Da ist Carmine Persico, „Junior“ genannt, der 14 Jahre seines fünfzigjährigen Lebens im Knast verbracht hat und dabei das Vertrauen in seine Anwälte verlor. Persico, der die Columbo-Familie regiert, tritt als sein eigener Anwalt auf. Die weiteren Familienchefs sind Anthony Indelicato vom Bonanno-Clan, John Gotti, der die Gambinos repräsentiert, und schließlich der redselige Anthony Corallo, Familienvater der Lucchese.

Sie alle sind angeklagt, der „Kommission“ anzugehören. Die „Kommission“ ist ein Phänomen in der New Yorker Unterwelt, von der alle wußten, die alle fürchteten, deren Existenz jedoch bisher niemand beweisen konnte. Wäre da eben nicht der redselige Antonio Corallo gewesen, der seinen Chauffeur, pingelig wie er war, mit der Struktur und Operationsweise der „Kommission“ auf seinen Autofahrten vertraut machte.

Seither können wir uns die „Kommission“ als eine Art Aufsichtsrat vorstellen, der sich das ehrsame Ziel gesetzt hat, den Familienfrieden unter den fünf New Yorker Mafia-Empires zu sichern. Die „Kommission“ befand darüber, wer innerhalb der Familien in höhere Ränge aufstieg, und sorgte dafür, daß die Familienkräche untereinander nicht zu blutig wurden. In der Theorie wollte es die Charta der „Kommission“, daß in diesen höheren Mafia-Familienkreisen niemand ohne Zustimmung der „Kommission“ umgebracht werden durfte. Man nimmt an, daß der Mord des Gambino-Chefs Castellano von der „Kommission“ sogar angeordnet wurde.

Außerdem hatten die fünf „Kommissions“-Mitglieder ein intensives Interesse am New Yorker Beton. Denn im gegenwärtigen Bau-Boom in New York baut niemand emsiger mit als die „Kommission“. Sie erhält angeblich zwei Prozent von jeder Bausumme, die über zwei Millionen Dollar liegt, und wenn das Geld einmal ausbleibt, geht der fraglichen Firma plötzlich der Zement aus oder es erlischt von heute auf morgen der Arbeitswille einiger Gewerkschaften. Und wenn beispielsweise die sizilianische Mafia Geschäfte im New Yorker Familienbereich machen wollte, brauchte sie dazu erst die Genehmigung der „Kommission“, und die kassierte außerdem für jedes Kilogramm Heroin, das die Sizilianer beispielsweise in die USA einführten, beträchtliche Vermarktungsgelder.

Was zeigt: Ohne die „Kommission“ lief nichts in der New Yorker Mafia. Der oberste Familienrat war die höchste Kontrollinstanz und die Befehlszentrale der Mafia. Die bisher große und unbeantwortete Frage ist noch, wie weit ihr Einfluß über die Grenzen New Yorks hinweg reichte. Unbestritten jedoch ist die Macht, die Ehrfurcht und die Angst, die sie verbreitete. Unter den New Yorker Gangstern nennt man die „Kommission“ respektvoll „Capo di tutti Capi“, den „Boß aller Bosse“.

Diese *„Kommission“ ist fast so alt* wie die Mafia selbst. So rühmt sich beispielsweise Joseph Bonanno sr., dem der eigene Familienbetrieb schon vor 20 Jahren zu heiß und unsicher wurde und der sich nach Arizona zurückzog, schon im Jahre 1931 vom legendären „Lucky“ Luciano in die „Kommission“ berufen worden zu sein.

Ein möglicher Kronzeuge zog den Knast vor

Der 82jährige Bonanno hat in seinem Buch „Ein Ehrenmann“ zum ersten Mal einiges über die Strukturen der „Kommission“ enthüllt. Die Anklage wollte ihn deshalb gern zum Kronzeugen im „Kommissions“-Prozeß machen. Bonanno sagte jedoch, er sei so krank, daß er die Strapazen einer solchen Aussage nicht überleben würde. Seither sitzt er auf seine alten Tage wieder im Knast. Wegen Mißachtung des Gerichts. Kenner sagen, das sei ihm ganz recht so, denn es gibt für ihn keinen sichereren Platz vor dem langen Arm der großen Mafia-Familien.

Der Mann, der den Familienfrieden der Mafia in den letzten Jahren so empfindlich störte, ist ein sehr ehrgeiziger, unruhiger und mutiger 41jähriger Mann italienischer Herkunft namens Rudolph Giuliani, Staatsanwalt für Manhattan. Er hat diese „Kommission“ auf die Anklagebank gebracht und die Mafia von New York das Fürchten gelehrt. Viele sind schon vor ihm angetreten, die Mafia in die Flucht zu schlagen, niemand jedoch war bisher diesem Ziel so nahe wie Giuliani.

Er selbst jedoch bleibt bei diesem Prozeß, der der größte Triumph seiner Laufbahn sein könnte, im Hintergrund. Statt dessen konzentriert er sich auf den großen Korruptionsprozeß, der ebenfalls am Montag in New York begann. Es geht um millionenfach veruntreute Strafgebühren von Parksündern, ein Skandal, in dessen Mittelpunkt Stanley Friedman, der ehemalige stellvertretende Bürgermeister, steht, und der die Administration von Bürgermeister Koch seit einem halben Jahr schwer erschüttert hat.

In diesem Falle hatte die Mafia nicht ihre Hand im Spiel, dennoch ist es unübersehbar: Es sind schlechte Zeiten für Gangster und krumme Geschäfte in New York. Guiliani ist bei seiner Mafia-Jagd nicht, wie bisher, damit zufrieden gewesen, irgendwelche zweitrangigen Straßengangster vor Gericht zu bringen, sondern stieß bis ins „Allerheiligste“ der „Cosa Nostra“ vor. Es geht für die Mafia von New York, die einst so selbstherrlich über Leben und Tod befand, nun ums eigene Überleben. Der Prozeß könnte zu ihrer letzten „Aufsichtsratssitzung“ werden.



Drei Stützen des Moskauer Generalsekretärs: Jegor Ligatschow, Viktor Tschebrikow und Anatolij Dobrynin (v. l.)
FOTOS: CAMERA PRESS (2)/DPA

Die Seilschaft des Genossen G.

Der Parteiapparat ist *schwerfällig, und die alte* Funktionärsgarde mauert. Wer sind die Männer, die Parteichef Gorbatschow auf seinem Reformkurs folgen?

Von R.-M. BORNGÄSSER

Seine Stimme klingt immer noch forsch und kräftig, doch der Inhalt seiner Sätze ist schwammig geworden, offenbart sein Dilemma: Michail Gorbatschow, der sowjetische Parteichef, seit dem 11. 3. 85 an der Macht, kommt nicht recht vom Fleck. Das Trommelfeuer der Propaganda – nach innen wie nach außen – tönt zwar gewaltig, doch bewegt hat die rhetorische Aktivität des Kremlchefs bisher wenig.

Einerseits versucht er nach innen die große „Umgestaltung“, die „Beschleunigung“ voranzutreiben, andererseits zielt er nach außen auf „Friedenssicherung“ und „Abrüstung“. Doch an beiden Fronten bleibt jeweils eine Kluft – trotz großer Rhetorik. So gilt es, an der außenpolitischen Front ein Bündel von Versprechungen einzulösen, von Afghanistan angefangen.

Doch auch innenpolitisch scheinen die Parteikader bei der „Modernisierung“ zu mauern. Als er kürzlich den Fernen Osten seines Reiches besuchte, bekannte Gorbatschow in Wladiwostok denn auch, daß seine Reformpläne bisher nicht recht greifen. „Bis jetzt redet man nur von Umgestaltung, aber bewegt nichts“, klagte er öffentlich. Ausführlich beschrieb er die inneren Hürden seines Reform-Dilemmas. Da gäbe es „veraltete Dogmen, die von unseren Gelehrten als ewige Wahrheiten des Sozialismus ausgegeben werden“. Einige gar hätten Mühe, das Wort „Umgestaltung“ auszusprechen, und betrachteten diese als Abweichung vom Sozialismus. Außerdem sei durch schwerwiegende politische und wirtschaftliche Fehlentscheide der Rückstand der Sowjetunion „im Kampf an der technologischen Front in der ganzen Welt“ gewachsen.

Gorbatschow kritisierte nicht zuletzt die „Trägheit und Gleichgültigkeit“, die sich aufgestaut habe. In den vergangenen Jahren habe man sich „an eine Situation ungenügender Kritik, Offenheit und Verantwortung gegenüber Abweichungen von den sozialistischen Prinzipien gewöhnt“. An anderer Stelle drohte er, daß man sich von denen trennen müsse, die im „Schützengraben gestriger Vorstellungen“ säßen. – Eine Drohung, die eine Säuberung erwarten läßt?

Zwar versuchte der wendige Parteichef bereits bei Antritt seiner Amtszeit mit schwungvollen Personalveränderungen in den Führungsgremien der Partei seine Macht zu festigen. Doch der Parteiapparat ist schwerfällig und läßt sich nicht beliebig lenken.

Die alte Funktionärsgarde leistet Widerstand

Gut eineinhalb Jahre Amtszeit zeigen, daß Gorbatschow an die Grenzen dieser versteinerten Funktionärsstrukturen geraten ist. So ist es ihm bisher nicht gelungen, den 68jährigen ukrainischen Parteichef Wladimir Schtscherbizkij ebenso wie Parteichef Kunajew aus Kasachstan, einen ehemaligen Protegé Breschnews, aus dem Politbüro, dem höchsten Gremium der KPdSU, zu stoßen. Und das, obwohl ihnen Amtsmißbrauch und andere Verstöße gegen die Parteidisziplin vorgeworfen wurden.

Der Mittelbau, die alte Funktionärsgarde – die graue Phalanx, die selten ins Rampenlicht tritt, aber die Privilegien der Partei durchaus genießt –, leistet Widerstand, sträubt sich in erheblichem Maße gegen Gorbatschows Pläne.

Wo eigentlich sitzt die Seilschaft Gorbatschows? Wer sind die Männer, die ihm auf dem neuen Kurs folgen?

Ganz zweifellos steht für die neue diplomatische Beweglichkeit, die der sowjetische Parteichef so sichtbar vor aller Welt demonstriert, Anatolij Dobrynin, der geschmeidige Amerikaexperte. Er ist maßgeblich beteiligt an der bisher größten Reorganisation des sowjetischen Außenministeriums seit dem Zweiten Weltkrieg. Dobrynin bestimmt auch die mediengerechten Schachzüge, die die Sowjetunion seit einiger Zeit gegenüber Amerika anwendet.

An der Spitze des Außenministeriums steht nun nicht etwa ein alerter Diplomat, sondern der eiskalte und energische Schewardnadse, der den unter Gromyko verkrusteten Beamtenapparat aufbrechen muß. Während Dobrynin die konzeptionellen und planerischen Funktionen wahrnimmt, besorgt der äußerlich so jovial wirkende Georgier die operativen Funktionen.

Zu den Gefolgsleuten Gorbatschows, die die wirtschaftliche Leistungskraft im Lande vorantreiben wollen, zählt vor allem der bullige Boris Jelzin, der Moskauer Stadtparteichef. Er ist angetreten, um dem unter seinem Vorgänger Grischin eingerissenen Schlendrian den Garaus zu machen. Moskau soll zur Krone der Kommunalverwaltungen im Lande werden. Allerdings steht seine Ernennung zum Vollmitglied des Polit*büros noch aus. Noch ist er erst im* Vorhof der Macht, ist Kandidat des Politbüros.

Der zweitwichtigste Mann derzeit im Kreml ist das Politbüromitglied Jegor Ligatschow, der die Oberaufsicht über die Kaderabteilung des Zentralkomitees und somit über die Personalpolitik führt. Ob er zu den „Männern um Gorbatschow“ zählt, wird mitunter angezweifelt. Westlichen Gerüchten zufolge wäre er Gegenspieler des Parteichefs. Allerdings deutet nichts auf eine Bestätigung dieser Version. Bisher gibt es keinen Mangel an Loyalität, wenn Ligatschow auftritt, um für verstärkten Einsatz zu plädieren. Auch seine Grundsatzreden sind von Energie und Härte geprägt. Allerdings möchte Ligatschow behutsamer vorgehen, will keinen radikalen Kurswechsel herbeiführen. Er vertritt eindeutig die konservative Linie des Reformkurses.

Auch der nüchtern taktierende Nikolaj Ryschkow, der Vorsitzende des Ministerrates und Politbüromitglied, den sich Gorbatschow als Manager holte, scheint eher in diese Richtung zu taktieren. Der Fachmann mit langjähriger Erfahrung plädiert für eine radikale Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, und er setzt dabei auf Modernisierung, Disziplin und Ausnutzung der Reserven, ohne sich auf das schwierige Feld von Strukturreformen zu verirren.

Zu dieser Richtung der abwägenden Gewährsmänner Gorbatschows zählt Nikolaj Talysin, der Vorsitzende der obersten Planungsbehörde „Gosplan“.

Zum engsten Kreis um den Partei*chef gehört auch* Alexander Jakowlew, der kometenhaft auf dem letzten Parteitag in das Zentralkomitee als Vollmitglied aufstieg, ohne vorher Kandidat gewesen zu sein. Zugleich wurde er auch zum ZK-Sekretär für Propaganda befördert. Sein Einfluß in Moskau geht jedoch weit über diesen Bereich hinaus. Er bestellt das Feld der Ideologie und berät außerdem Gorbatschow auch in außenpolitischen Fragen.

Die Schlüsselfigur heißt Tschebrikow

Die Schlüsselfigur zu Gorbatschows Walten, die aber meistens verborgen bleibt, ist der KGB-Chef Viktor Tschebrikow. Nur mit Hilfe dieses Kontroll- und Machtinstruments kann Gorbatschow seine angepeilten Ziele durchsetzen. Tschebrikows Geheimdienst ist die präziseste und bestfunktionierende Organisation im Lande.

Tschebrikow kommandiert eine eigene Armee von 200 000 Mann der modernst ausgerüsteten Grenztruppen, die ex officio dem nationalen Verteidigungsapparat angehört und das Atomarsenal der Sowjetunion überwacht. Darüber hinaus leitet er nach außen die weltweite Spionage. Er ist für Gorbatschow die wichtigste Figur bei seinen politischen Schachzügen, denn die KGB-Dossiers braucht er, um Leistung, Ordnung und Disziplin zu erzielen. Tschebrikows Bataillone sind wichtiger als die der Armee.

Noch scheint die Generalität in skeptischer Distanz zum Parteichef zu stehen. Allerdings trat Gorbatschow auf seiner Fernostreise erstmals zusammen mit dem Oberkommandierenden der sowjetischen Kriegsmarine, Admiral Tschernawin, gemeinsam auf. Die sowjetische Presse, die diese Gorbatschow-Reise so ausführlich kommentierte, gab über dieses Treffen jedoch nichts Näheres bekannt.



Frau Friede Springer und Peter Tamm, der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, bei der Enthüllung der Gedenktafel für Axel Springer im Berliner Verlagshaus
FOTO: HARALD PAULENZ

Das Credo eines Patrioten

Im kleinen Kreis versammelte sich gestern die „Springer-Familie“ im Foyer des Berliner Verlagshauses. Zum erstenmal jährte sich der Tod von Axel Springer, des Verlegers und großen Deutschen.

Frau Friede Springer enthüllte in einer schlichten Zeremonie eine Tafel, deren Text der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer AG, Peter Tamm, zitierte: „Wenn wir in die Kochstraße gegangen sind, dann gingen wir nicht nur in das historische Zeitungsviertel von Berlin, sondern auch einen Weg nach Deutschland. Es lohnt sich nicht, auf dieser Welt hohe Häuser zu bauen, wenn man nicht eine Idee hat, die größer ist, als wir es selbst sind: Freiheit für alle Deutschen in einem Vaterland mit der rechtmäßigen Hauptstadt Berlin inmitten eines friedlichen Europa.“

Worte des Bauherrn, die er am 7. Mai 1965 beim Richtfest für das Springerhaus an der Berliner Mauer sprach – das Credo seiner Arbeit, in zwei Sätze gefaßt, von einer traditionsreichen Berliner Werkstatt in italienischen Marmor geschlagen.

Zu Füßen der Tafel blühten Herbstastern, als Peter Tamm auf die „Vaterfigur“ des Hauses hinwies: „Er war unser Vorbild, Wegweiser und Freund. Er bleibt uns unersetzlich.“ Wie, so fragte Tamm, sähe es wohl in der Bundesrepublik heute aus, „hätte es nicht so überragende Männer wie Axel Springer gegeben“? Er sei ein „Patriot durch und durch“ gewesen, der auf christlichem Boden stand: „Der Glaube versetzt Berge“, habe Springers Überzeugung gelautet.

Am Nachmittag wurde auch im Hamburger Mutterhaus des Verlages eine Tafel zum Gedenken an Axel Springer enthüllt. Hier wie in Berlin nahmen an der Feierstunde von seiten der Familie auch Springers Sohn Nicolaus mit seiner Frau Cooky sowie die Enkel Axel Sven und Ariane teil.

hrk

Infolge eines Druckfehlers wurde gestern in dem Artikel „Seine Idee galt der Rehabilitation Deutschlands“ das Datum der Reise Axel Springers nach Moskau falsch angegeben. Springer traf mit Chruschtschow am 29. Januar 1958 zusammen. (d. Red.)

Mehr Frauen im Präsidium der SPD

AP, Bonn

Bei den Wahlen zum elf Mitglieder zählenden SPD-Präsidium hat sich der Trend zu mehr Frauen in der Parteiführung fortgesetzt. Nachdem die Zahl der weiblichen Parteiangehörigen in dem 40 Personen zählenden Vorstand auf zehn angestiegen ist, rückte gestern neben der Abgeordneten Herta Däubler-Gmelin mit Anke Fuchs eine weitere stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion zur SPD-Spitze auf. Neu im Präsidium ist außerdem die Europaabgeordnete Heidemarie Wieczorek-Zeul.

Anke Fuchs und Heidemarie Wieczorek – sie erhielten 28 beziehungsweise 18 Stimmen – treten an die Stelle von Hans Koschnick und Hans Apel. Apel hatte nach Stimmenverlusten bei der Wahl zum Vorstand auf dem Nürnberger Parteitag auf eine Kandidatur verzichtet. Koschnick erhielt nicht die notwendige Mehrheit. Diese Niederlage hat nach den Worten von SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement nichts mit Koschnicks Person zu tun. Es sei keine Entscheidung gegen ihn, sondern eine für die Frauen gefällt worden. Koschnick bleibt Vorsitzender der Internationalen Kommission der SPD.

Der Parteivorsitzende Willy Brandt, Kanzlerkandidat Johannes Rau und Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel gehören dem Präsidium ebenso wie Schatzmeister Hans Matthöfer und Bundesgeschäftsführer Peter Glotz kraft Amtes an. In ihren Positionen bestätigt wurden Egon Bahr, Holger Börner, Herta Däubler-Gmelin und Erhard Eppler.

Kronawitter klagt über Flut der Asylbewerber

Münchens OB zeichnet anderes Problembild als die SPD

PETER SCHMALZ, München

Wie wenig die angekündigte Absicht der „DDR", Asylsuchende nur noch mit gültigen Visa einreisen zu lassen, eine umfassende Lösung des Asylproblems bedeutet, machte gestern der Münchner Oberbürgermeisters Georg Kronawitter deutlich. „Das wirkt nicht für München, wir rechnen nicht mit einer Entlastung", sagte der SPD-Politiker gestern vor Journalisten. Von den 4 500 Asylbewerbern, die gegenwärtig in der nach Berlin und Hamburg drittgrößten deutschen Stadt leben, reisten nur wenige über das Schlupfloch Ostberlin ein. Die meisten haben sich in München direkt gemeldet.

Kronawitter sprach von einem „dramatischen Anstieg" in den letzten Monaten und meinte, man müsse davon ausgehen, „daß es sich zu einem noch größeren Prozentsatz als früher um Wirtschaftsflüchtlinge handelt". Diese aber will auch er nicht im Lande haben, wenn auch – so Kronawitter gestern – der eine oder andere seiner Parteifreunde darüber anders denkt: „Auch die reiche Bundesrepublik kann beim besten Willen nicht alle jene auffangen, die in ihren Ländern in bitterer Not und Armut leben müssen. " In diesem Punkt deckt sich seine Argumentation im Grundsatz mit der, die der CSU-Vorsitzende Strauß in der vergangenen Woche vor dem CSU-Landesvorstand vertrat.

Vorwürfe gegen Strauß

Zugleich erhebt Kronawitter massive und deutlich vom gegenwärtigen Wahlkampf geprägte Vorwürfe gegen den bayerischen Ministerpräsidenten: Strauß habe eine Emotionalisierung des Ressentiments gegen Asylanten ausgelöst und handle zutiefst unchristlich und unmenschlich. Insoweit zieht er mit den Landtagswahlkämpfern seiner Partei an einem Strang, deutliche Differenzen sind jedoch im Detail erkennbar: Während der bayerische SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann der CSU-Regierung vorwirft, Asylanten würden kaum in große Städte verteilt, aber zur stärkeren Emotionaliserung „in kleinste bayerische Dörfer gequetscht", beklagt Kronawitter die Überlastung Münchens mit Asylbewerbern: „Man lädt sie bei uns ab. " Obwohl in München nur 35 Prozent der oberbayerischen Einwohner leben, muß die Stadt 72 Prozent der in diesem Regierungsbezirk registrierten Asylbewerber verkraften.

Die Auswirkungen auf den Stadt-Etat sind erheblich: Allein im August stellten 390 Asylbewerber beim Sozialamt Neuanträge für Sozialhilfe – eine neue Münchner Rekordmarke. Betrug der Münchner Sozialhilfeaufwand für Asylbewerber 1984 nur 4,6 Millionen Mark, so war er allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf 17,4 Millionen Mark explodiert. Ein Zuwachs von fast 400 Prozent.

Täglich 52 900 Mark

2300 der Bewerber sind in Pensionen untergebracht: Für durchschnittlich 23 Mark pro Tag und Person. Das sind täglich 52 900 Mark oder 19 Millionen Mark im Jahr. Kronawitter will jedoch keine weiteren Zimmer anmieten, nachdem inzwischen biszu 30 Mark verlangt werden und die Gefahr besteht, daß – so Kronawitter – „auf dem ohnehin äußerst angespannten Wohnungsmarkt weiterer Wohnraum verloren geht". Denn einige Pensionen mieten für das lukrative Asylantengeschäft bereits Wohnraum an.

Uneingeschränkt stellte sich der Münchner Oberbürgermeister hinter die jüngsten Forderungen, die Präsidium und Hauptausschuß des Deutschen Städtetages in der vergangenen Woche billigten. Darunter auch die Verkürzung der Gerichtsverfahren (Kronawitter: „Ein Jahr ist genug.") und die Aufhebung aller Duldungserlasse, die ein Verbleiben in der Bundesrepublik auch nach dem negativen Ausgang des Asylverfahrens ermöglichen.

Daß aber gerade hierbei in der Praxis erhebliche humanitäre und politische Schwierigkeiten auftreten werden, scheint noch nicht voll durchdacht. „Bei Gefahr für Leib und Leben wird nicht abgeschoben", sagt Kronawitter. Aber muß ein vor dem Hungertod in Afrika oder vor dem Kriegseinsatz im Iran Geflüchteter nach der Rückkehr in sein Land nicht um sein Leben fürchten? Auch Kronawitter ist ratlos: „Darüber muß noch nachgedacht werden."

„Heinz Oskar, ich bin erpreßbar" oder Was wußten die Gewerkschaftsbosse?

Von FRANZ KUSCH

Hochrangige jetzige und ehemalige Gewerkschaftsführer, die in der für die Neue Heimat kritischen Phase der siebziger Jahre den Aufsichtsräten dieses Konzerns angehörten, versichern in Gesprächen immer wieder, weder von den privaten Bereicherungen der NH-Manager noch von der Krise der Neuen Heimat etwas gewußt zu haben. Selbst der jetzige DGB-Vorsitzende Ernst Breit beteuerte vor den Delegierten des letzten Bundeskongresses seiner Organisation Ende Mai in Hamburg, er habe als NH-Aufsichtsrat lediglich einmal jährlich den Geschäftsbericht entgegenzunehmen gehabt und sich im übrigen darauf verlassen müssen, was unabhängige Prüfer zuvor testiert hätten, nämlich einen geordneten Geschäftsbetrieb.

Daß es mit der Unabhängigkeit der Prüfer nicht weit her war, wissen wir durch den Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft. Die Testaterteilung erfolgte nicht selten unter dem Druck der damaligen NH-Geschäftsführung. Bilanzkosmetik wurde zum Beispiel erkannt, aber nicht gerügt, weil die Gläubigerbanken der Neuen Heimat nicht beunruhigt werden sollten. Selbst der neue NH-Chef Dr. Diether Hoffmann sah sich zu der kritischen Bemerkung veranlaßt, die Prüfungsberichte hätten die üblichen Anforderungen in keiner Weise erfüllt.

Unterstellen wir, daß die diversen Abhängigkeiten des Prüfungsverbandes VNW (Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V.) von der Neuen Heimat und dessen Versagen den Gewerkschaftsführern in den NH-Aufsichtsräten unbekannt waren, so muß Breits Aussage vor dem DGB-Kongreß dennoch überraschen. Schließlich gibt und gab es im Konzern die hundertprozentige Mitbestimmung. Und Mitbestimmung beinhaltet nach gewerkschaftlichem Selbstverständnis Kontrolle. Nach der Definition des DGB-Vorsitzenden vor seinem Kongreß müßte sich Mitbestimmung jedoch darauf beschränken, einmal im Jahr im Aufsichtsrat einen Geschäftsbericht entgegenzunehmen. Wenn das wahr wäre, könnte jeder Unternehmer in der Bundesrepublik der gewerkschaftlichen Forderung nach paritätischer Mitbestimmung sorglos und uneingeschränkt zustimmen. Breit hat mit dieser Äußerung auf dem Bundeskongreß der neuen DGB-Kampagne um mehr Mitbestimmung einen Bärendienst erwiesen.

Aber auch sein Vorgänger im Amt, Heinz Oskar Vetter, hat nach Aufdeckung des Skandals 1982 wiederholt so getan, als ob NH-Aufsichtsratsmitglieder die Geschäftsführung des Konzerns nicht wirksam hätten kontrollieren können. Er war immerhin knapp dreizehn Jahre Aufsichtsratsvorsitzender dort. Sieht man einmal großzügig ab von den „Hilfen" und „Betreuungen", die der damalige DGB-Vorsitzende Vetter privat durch die Neue Heimat erfahren hat, so hat er nachweislich spätestens seit 1976 von einträglichen Nebengeschäften Albert Vietors gewußt und sie auch noch gedeckt. Dasselbe gilt für Alfons Lappas. Es ging damals um eine Forderung der Firma Terrafinanz in Höhe von 35 Millionen Mark. Die Terrafinanz wurde am 20. September 1961 in München gegründet und war nach der einstimmigen Feststellung des Untersuchungsausschusses der Hamburger Bürgerschaft ein Instrument „zur Bereicherung der NH-Geschäftsführer", und zwar über den Strohmann Dr. Wölbern. In Keferloh bei München hatte sich die Terrafinanz engagiert. Als aus der Bebauung nichts wurde und die Grundstücke im ursprünglichen Sinne nicht mehr verwertbar waren, verlangte die Terrafinanz die Einlösung der NH-Verpflichtung zur Übernahme jener Grundstücke.

Das Ende eines Konzerns

Aus dem Protokoll über die Vorstandssitzung vom 11. Juni 1976 (Seiten elf und zwölf) geht hervor, daß Albert Vietor sich in dieser Sache dem Aufsichtsratsvorsitzenden Vetter und dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses des Aufsichtsrates Lappas uneingeschränkt offenbart hat: „Heinz Oskar, ich bin erpreßbar!" Das Protokoll der folgenden Vorstandssitzung vom 12. Juni 1976 bestätigt, daß Vetter und Lappas für die Übernahme der Verbindlichkeit von 35 Millionen Mark zu Lasten der gemeinnützigen Neue Heimat waren, um Vietor und andere zu „retten". Dabei hat Vietor allein in den fünf Jahren von 1962 bis 1966 über 1,5 Millionen Mark Gewinn aus der Terrafinanz gezogen – zu Lasten der Neuen Heimat. Bis 1972 war er dort beteiligt. Der damalige Aufsichtsrats- und DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter und Alfons Lappas (heute Vorstandsvorsitzender der Holding aller Gewerkschaftsfirmen BGAG in Frankfurt) waren eigentlich verpflichtet, beide NH-Aufsichtsräte zu informieren und für eine sofortige Ablösung Vietors zu sorgen. Auf dem Berliner DGB-Kongreß im Mai 1982 spielte Vetter dagegen den Überraschten, der von Vietor schamlos hinters Licht geführt worden sei.

Bewiesen ist ferner, daß Aufsichtsratsmitglieder sich zu ihrem persönlichen Vorteil von der Neuen Heimat „betreuen" ließen und gemeinsam mit NH-Geschäftsführern lukrative Nebengeschäfte betrieben. Zum Beispiel Walter Hesselbach mit Albert Vietor. Während Vietor am 13. Februar 1982 fristlos entlassen wurde, durfte Walter Hesselbach bis zum 31. März 1983 als Vorstandsvorsitzender der Gewerkschaftsholding Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG (BGAG) im Amt bleiben und wurde ehrenvoll verabschiedet, obwohl auch er der Neuen Heimat geschadet hat. Ein Beispiel von vielen für die doppelte Moral, wie sie in gewerkschaftlichen Vorstandsetagen zuweilen anzutreffen ist.

Ausgerechnet die Krupp Stahl AG hat vorexerziert, wie zu verfahren ist: Im Februar 1986 erfuhr der Aufsichtsratsvorsitzende Wilhelm Schneider, daß der Vorstandsvorsitzende der Krupp Stahl AG, Alfons Gödde, und das Aufsichtsratsmitglied Werner Resch gemeinsam an einer Firma für Armaturen beteiligt seien. Obwohl dieser Armaturen-Betrieb nachweislich keine Geschäfte mit Krupp machte, waren Gödde und Resch einen Monat später aus ihren Ämtern ausgeschieden, nachdem der Aufsichtsrat von dieser Zusammenarbeit unverzüglich informiert worden war. Begründung: Gemeinsame geschäftliche Interessen eines Vorstandsmitgliedes und eines Aufsichtsratsmitgliedes vertragen sich nicht mit den Pflichten als Organe der Gesellschaft.

In der Neuen Heimat dagegen wurden Filz und gemeinsame Geschäfte sogar zum Nachteil der eigenen Firma vom Aufsichtsratsvorsitzenden und anderen geduldet. Wen wundert's, daß sich der inzwischen verstorbene Albert Vietor darauf berufen hat, Heinz Oskar Vetter habe es gewußt? Aber auch der wirtschaftliche Schlingerkurs mit Trend nach unten muß den Gewerkschaftsführern bekannt gewesen sein. Die Protokolle der Aufsichtsratssitzungen von 1974 und danach belegen das. Freilich kam vieles erst im Arbeitsausschuß des Aufsichtsrates (später im Aufsichtsratspräsidium) zur Sprache. Auch dort saßen jedoch hochrangige Gewerkschafter. Sie haben zum Beispiel erfahren, daß 1974 allein die Bautätigkeit 28 Millionen Mark Verlust einbrachte. Im Zeitraum von 1974 bis 80 entstand ein operativer Gesamtverlust von 529 Millionen Mark. Das entsprach 46 Prozent des damaligen Eigenkapitals. Und niemand zog die Notbremse.

Wenn heute Gewerkschaftsführer, die in Organen der Neuen Heimat Verantwortung trugen, Unwissenheit und Täuschung durch die damalige Geschäftsführung vorschieben, so ist das weit an der Wahrheit vorbei. Gewiß, nicht alle von ihnen haben an allen Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Aber wie es wirklich um die Neue Heimat stand, hätten sie in den Protokollen nachlesen können.

Morgen lesen Sie:
Banken, Bund und Länder werden zur Kasse gebeten.

Beamten-Kritik an Bonn

Krause befürchtet „Disharmonien" im Altersaufbau

gba. Bonn

Künftige „Disharmonien" im Altersaufbau des öffentlichen Dienstes befürchtet der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes (DBB), Alfred Krause, als Folgen der Sparpolitik der Bundesregierung. Die Erwartungen des DBB, daß die Spareingriffe bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zurückgenommen würden, hätten sich nicht erfüllt. Die Stimmung unter den Beamten sei deshalb „ausgesprochen schlecht". Hinzu komme, daß im öffentlichen Dienst zwar in diesem und im vergangenen Jahr eine Einkommenssteigerung wie etwa in der Wirtschaft zu verzeichnen war, insgesamt jedoch als Nachwirkung der Sonderopfer der vergangenen Jahre ein Einkommensrückstand von rund 13 Prozent gegenüber diesem Bereich festgestellt werden müsse.

Beim Nachwuchs führe dies zusammen mit der Absenkung der Anfangsbesoldung zu großen Problemen. Qualifizierte Bewerber für den Staatsdienst seien schwer zu finden; teilweise wanderten sei wegen der besseren Bezahlung auch in die Wirtschaft ab. Rund 120 000 Neueinstellungen seien bei Bund, Ländern und Gemeinden jährlich notwendig, um die etwa 80 000 aus Altersgründen ausscheidenden Beschäftigten zu ersetzen und den auf rund 40 000 Stellen pro Jahr geschätzten Zusatzbedarf zu decken. Wegen der demographischen Entwicklung sei aber künftig ein sinkendes Angebot von Bewerbern zu erwarten. Dem öffentlichen Dienst stellten sich also sowohl quantitative als auch qualitative Nachwuchsprobleme. „Es wird darum gehen, qualifizierte Bewerber durch entsprechend attraktive Bezahlungsregelungen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen." In dieser Forderung sehe sich der DBB im Grundsatz durch ein Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl vom 1. September bestätigt. Der Kanzler habe die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes als besonders dringlich bezeichnet.

Krause stellte in Bonn sieben Fragen seines Bundes an die Bundestagsparteien vor. „Wir wollen konkret wissen, was CDU, SPD, CSU, FDP und Grüne in den für die 4,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wichtigen berufsbezogenen Fragen wollen", sagte der Beamtenbunds-Vorsitzende unter Hinweis auf die große Zahl von „Wechselwählern" unter den Staatsdienern.

Franke: Dauer des Verfahrens „unerträglich"

W. K. Bonn

Der ehemalige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), der gemeinsam mit seinem früheren Vertrauten Edgar Hirt wegen nicht belegter Ausgaben von 5,6 Millionen Mark angeklagt ist, hat gestern im Bonner Landgericht seinem Ärger über die Dauer des Gerichtsverfahrens Luft gemacht. Der 72jährige Politiker bezeichnete es gegenüber der WELT als „unerträglich", daß nach knapp zehnmonatigen Zeugenvernehmungen noch kein Ende des „Gezerres" in der Beweisaufnahme terminiert worden sei.

Weil der Mitangeklagte Hirt behauptete, mit 460 000 Mark aus Haushaltsmitteln habe er drei südafrikanische Sicherheitsbeamte „schmieren" müssen, damit der Tausch des Sowjetspions Koslow nicht platzte, ordnete die Strafkammer auch die Vernehmung der Südafrikaner in Bonn an.

Steht Franke den Prozeß durch? Dem Vernehmen nach muß er sich auf eine neue Operation vorbereiten. Gestern meldete auch ein Schöffe „gesundheitliche Schwierigkeiten" in dem überwiegend unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Prozeß.

Entrüstung und Zorn – NH ist in Bonn in aller Munde

DIETHART GOOS, Bonn

Auf Antrag der FDP-Fraktion wird sich der Bundestag morgen mit dem überraschenden Verkauf der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat an den Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser beschäftigen. Die FDP will in einer Aktuellen Stunde erfahren welche Auswirkungen der Verkauf auf die Wohnungs- und Grundstückssituation hat.

Das Thema Neue Heimat beherrschte gestern in Bonn alle Sitzungen der Parteipräsidien und Fraktionsspitzen. Von allen Seiten hagelte es Kritik am DGB. Nach der FDP-Präsidiumssitzung gab Otto Graf Lambsdorff eine überaus negative Einschätzung der Transaktion, wie sie ähnlich von den anderen Parteien gesehen wird. Man sei entrüstet darüber, wie der DGB mit der Neuen Heimat, mit der Sozialbindung, mit dem Gedanken der Gemeinwirtschaft umgegangen sei, wie er die Banken und seinen eigenen Berater (den Sanierungsbeauftragen Meier-Preschany d. Red.) getäuscht habe.

Mit ungewöhnlicher Schärfe fügte Lambsdorff hinzu: „Die Gewerkschaften verraten die Mieter und die Sozialbindung, für die Milliarden von Steuergeldern zur Verfügung gestellt worden sind."

Überraschung und Zorn herrschte gestern auch beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der wirtschaftliche und finanzielle Verfehlungen der Neuen Heimat erhellen soll. Johannes Gerster, Obmann der Koalition im Ausschuß, sagte der WELT: „Unser Auftrag ist noch aktueller und dringlicher geworden. Wir werden klarstellen, daß der DGB neben seiner politisch-moralischen Verantwortung möglicherweise auch eine rechtliche Haftung hat und wir werden den DGB, der sich jetzt davonstehen will, nicht aus seiner Verantwortung entlassen."

Für die SPD vermutete ihr Obmann Dietrich Sperling, Schiesser werde in absehbarer Zeit beim Staat anklopfen und sagen, wer den Konkurs nicht wolle, der müsse bei ihm einsteigen. Die Bedingungen würden für die Banken und den Staat dann nur schlechter als wenn sie jetzt geholfen hätten. Rainer Trampert von den Grünen meinte, die SPD und der DGB wollten sich der politischen Verantwortung entziehen.

Der „Abschiedsauftritt" des Vorsitzenden Hoffmann

dpa, Hamburg

Pünktlich um 9.00 Uhr gestern morgen trat der Neue-Heimat-Chef Diether Hoffmann in der Hamburger Konzernzentrale vor die Belegschaft: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Neue Heimat ist verkauft." Das wußten die knapp 200 Mitarbeiter, die sich in der Kantine drängten, zwar schon aus den Medien, aber in einer Haltung zwischen reserviertem Abwarten und blankem Ärger wollten es alle doch vom Chef persönlich wissen. „Ich bin bedient, das ist unerhört", meinte ein langjähriger Angestellter.

Enttäuschung über gescheiterte Sanierungsbemühungen, Ärger über den nach Worten einer Angestellten „heimlich, still und leise" vollzogenen Verkauf und Angst um die Arbeitsplätze bestimmten die Stimmung an diesem trüben Morgen. „Bös' überrascht" sei er gewesen, die Nachricht aus dem Radio zu erfahren, meinte ein Mitarbeiter, der Ausverkauf der Neuen Heimat (NH) gehe nun doch weiter. Ein anderer ist enttäuscht, daß sich die Anteilseigner der NH, die Gewerkschaften, nicht ausreichend bei der Sanierung des lange siechen Konzerns engagiert hätten. Einen dritten wunderte das gar nicht: „Die Gewerkschaften haben angekündigt, sich vom Wohnungsbau zu trennen, nun tun sie es." Ein Kollege hätte dieses Vorgehen „von einem Gewerkschaftskonzern nicht erwartet". Verärgerung äußerten einige, daß Politiker die NH zum Wahlkampfthema gemacht hätten.

Die Frage nach den Arbeitsplätzen bleibt offen, auch als Diether Hoffmann vor den Mitarbeitern erklärt, mehr oder weniger bleibe alles beim alten: Der Berliner Brotfabrikant Horst Schiesser und dessen Unternehmen als Käufer der NH würden „rentabilitätsmäßig und liquiditätsmäßig mit Zuschüssen ausgestattet, die ihm eine Fortführung der Unternehmensgruppe ermöglichen, die damit erhalten bleibt".

Ein Angestellter meinte zum Kantinen-Auftritt Hoffmanns: „Dies ist die Abschiedsveranstaltung." Als der noch amtierende Konzernchef angesichts des überfüllten kleinen Saales rief, man möge doch noch ein paar Stühle holen, „damit alle drin bleiben können", griff einer zum Galgenhumor: „Der soll nur aufpassen, was er sagt."

WELT-Gespräch mit Österreichs Bundespräsident Kurt Waldheim

„Die Wende ist notwendig und zeigt sich bereits am Horizont“

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

„Man hat kritisiert, daß ich in meinen Reden oft das Wort 'Wende' gebraucht habe. Ich kann nur sagen: Die Wende ist notwendig und sie hat sich bereits am Horizont gezeigt.“ Kurt Waldheim, der neue österreichische Bundespräsident, der trotz der gegen ihn geführten Kampagne mit beachtlicher absoluter Mehrheit zum österreichischen Staatsoberhaupt gewählt wurde, beginnt das Gespräch mit der WELT mit einer Formulierung, die einem persönlichen Bekenntnis gleichkommt.

Der neue Bundespräsident empfängt uns im leopoldinischen Trakt der Wiener Hofburg, wo österreichische Geschichte und zugleich die Geschichte des alten Reichs lebendig sind. Ist es der Genius loci – oder sind es die oft bitteren Erfahrungen des hinter ihm liegenden Wahlkampfes: Der 68jährige, der einst vielen Beobachtern als eher unverbindlicher Diplomat erschien, wirkt in seinen Antworten, die er auf unsere Fragen gibt, sehr konkret und geradezu nonkonformistisch.

Gerade in der Krise der verstaatlichten Industrie Österreichs habe sich die Wende gezeigt, fährt er fort – und es sei eine „Wende im Denken“. Dieselben Leute – Waldheim meint hier offenbar die österreichischen Sozialisten –, die früher gegen eine Sanierung aufgetreten seien, weil sie meinten, die sozialen Härten für die Arbeiterschaft nicht verantworten zu können, hätten jetzt eine Kehrtwendung vollzogen.

„Es ist eine positive Entwicklung in unserem Land, daß über Dinge, die früher – noch zu Kreiskys Regierungszeit – tabu waren, nun offen gesprochen werden kann.“ Heute sei es in allen politischen Parteien möglich, über die Privatisierung von Staatsbetrieben zu sprechen. „Das war auch ein Tabu.“ Allerdings, fügt Waldheim mit einem fast verlegenen *Lächeln hinzu*, so einfach sei das nicht, für die defizitären Betriebe einen privaten Käufer zu finden. Aber insgesamt sei die Entwicklung positiv einzuschätzen, „weil man zur Erkenntnis gekommen ist, daß es geschehen muß und daß es so nicht weitgeht.“

Waldheim bekräftigt, was er bereits im Wahlkampf sagte: Er wolle ein „aktiver Bundespräsident“ sein. Zu dieser Formulierung ist zu bemerken, daß das österreichische Staatsoberhaupt – anders als etwa in der Bundesrepublik – direkt vom Volk gewählt wird. Schon das gibt ihm eine stärkere Stellung. Auch verfassungsmäßig ist der österreichische Präsident mehr als eine Repräsentationsfigur oder eine bloße moralische Instanz. Daß er kein „Staatsnotar“ sein will, der alles unterschreibt, was seine Regierung ihm vorlegt, hat Waldheim bei der jüngsten Regierungskrise in Wien gezeigt.

„Die Regierung muß regieren, aber der Bundespräsident hat das Recht, seine eigenen Vorstellungen einzubringen.“ Die Regierung habe sich entschlossen, 10 000 Arbeiter zu entlassen. Das habe, so Waldheim, natürlich eine „gewisse Unruhe“ ausgelöst. „Das alles geht auch den Bundespräsidenten etwas an. Schon im Interesse des sozialen Friedens im Lande muß hier ein enger Kontakt zwischen Bundesregierung und Staatsoberhaupt gehalten werden.“ Er, Waldheim, wolle die Sorgen der Bevölkerung aus eigener Anschauung kennenlernen und ein „offener Präsident“ sein, *der sich nicht abkapsele.*

Für möglichst breite Parlamentsmehrheit

Auf die Frage, ob es nicht eine seltsame Umkehr sei, daß er, der *Mann des bürgerlichen Lagers, sich* mehr um den sozialen Aspekt der Sanierung und der Arbeiterentlassungen sorge, während die sozialistisch geführte Regierung mehr von betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten spreche, meint Waldheim: „Es ist nicht so kraß, wie Sie es ausdrücken, aber auf den ersten Anhieb sieht es so aus, als ob es eine Verkehrung der Lager gibt.“ Auch eine Privatfirma müsse ja bei Entlassungen die soziale Seite berücksichtigen. Waldheim: „Letztlich geht es um den sozialen Frieden. Ich bin natürlich für eine Restrukturierung und Sanierung unserer verstaatlichten Industrie. Es ist ungesund und unmöglich, daß man jahrelang Milliarden Schillinge aus Steuermitteln hineinpumpt, um eine teilweise obsolete Industrie aufrechtzuerhalten.“ Offen spricht Waldheim auch von den Sünden der Vergangenheit: „In der Zeit früherer Regierungen – vor allem unter Kreisky – gab es das Konzept, diese Betriebe *nach dem Motto aufrecht*zuerhalten: Lieber Schulden als Arbeitslose. Aber diese These ist jetzt auch von den Sozialisten über Bord geworfen worden, weil man gesehen hat, daß die Betriebe nicht mehr zu halten sind.“

In der Frage, welche Koalition und welche Regierung er sich für Österreich nach der kommenden Wahl wünsche, hält sich der Bundespräsident die Optionen offen: „Man soll das Wahlergebnis abwarten.“ Aber dann grenzt er seine Aussage ein: Er lege Wert darauf, daß es eine „arbeitsfähige, regierungsfähige Koalition“ sei, die im Parlament über eine „genügend starke Mehrheit“ verfügen müsse. Ein so weittragens Projekt wie die Sanierung der verstaatlichten Industrie müsse von einer „möglichst breiten Mehrheit der Bevölkerung und des Parlaments“ getragen werden.

Das Gespräch wendet sich der geistigen und kulturellen Situation *Österreichs zu. Ob er die oft sehr* bösen Attacken österreichischer Intellektueller und Schriftsteller linker Provinienz gegen ihr eigenes Land – man denke etwa an Thomas Bernhard – für eine gute Erscheinung halte? Waldheim: „Ich halte das alles nicht für eine gesunde Entwicklung.“ Er, Waldheim, trete für die Freiheit der Meinungsäußerung ein – in der Politik, in der Literatur *und in den Medien.* „Die Freiheit der Medien ist eine der großen Errungenschaften unseres Jahrhunderts. Aber diese Freiheit sollte nicht mißbraucht werden – und ich habe manchmal den Eindruck, sie wird mißbraucht.“ Wenn die Medien nicht wahrheitsgetreu berichteten, wenn sie entstellten, wenn Nachrichten nicht verifiziert würden, so sei das „eine Gefahr für die freie Welt“.

„Ich bin nicht der Meinung, daß man sein eigenes Land herunterziehen soll. Jedes Land hat seine Probleme. Man soll aber nicht alles schlechtmachen.“ Es sei doch ganz interessant, meint er ‚den Unterschied zwischen lautstarken negativen Berichten in den Medien und gewissen Wahlergebnissen zu betrachten. Als er, Waldheim, noch als UNO-Generalsekretär in den USA lebte, seien fast alle Medien der Ostküste gegen Reagan aufgetreten. „Er hat dann aber einen erdrutschartigen Wahlsieg errungen – und vier Jahre später wurde er mit einer noch überzeugenderen Mehrheit wiedergewählt – wieder gegen die Meinung sogenannter führender Blätter an der Ostküste.“ Das sei eine Entwicklung, die er für die Zukunft als sehr wichtig erachte. „Ich glaube, die Medien sollten die selbständige Meinungsbildung der Bevölkerung nicht unterschätzen. Die Menschen lassen sich nicht durch eine eindeutig gefärbte Berichterstattung beeinflussen.

Waldheim denkt auch an seine eigenen jüngsten Erfahrungen: „Auch bei meiner Wahl hat sich ge*zeigt, daß es in der Bevölkerung* eine Mehrheit gibt, die anders denkt, als die Mehrheit der Medien. Das gilt für Österreich ebenso wie für die Bundesrepublik oder die USA. Auch hier zeichnet sich eine Wende ab.“ In Deutschland treffe dies ja auch auf Helmut Kohl zu – die Medien seien gegen ihn aufgetreten, und doch wurde er gewählt.

Von der nun oft verbreiteten Behauptung, die Österreicher seien „Meister in der Kunst des Vergessens“, hält Waldheim nichts. Das sei Unsinn – denn die Österreicher verhielten sich gegenüber ihrer Vergangenheit nicht anders als andere Menschen in einer solchen Situation. „Sicher soll man traurige Ereignisse nicht vergessen. Ich glaube nur, daß man eine Kollektivschuld nicht akzeptieren kann.“ Natürlich habe es da und dort Menschen gegeben, die an den Ereignissen schuldhaft waren. „Ich glaube aber nicht, daß wir die Probleme unserer Zeit und auch der Zukunft lösen können, indem wir immer wieder von der Vergangenheit sprechen, die traurig genug war.“

Der Jugend müsse man in der Schule die „Tragödien der jüngsten Geschichte unseres Kontinents“ vor Augen führen. Aber man müsse den jungen Menschen auch Hoff*nungen geben. Der jungen Genera*tion erteilt Waldheim den Rat: „Man kann nicht immer nur in der Vergangenheit leben und in der Vergangenheit bohren. Damit löst man keine Probleme. Die Jugend darf nicht aufgrund der tragischen Ereignisse der Vergangenheit die Gegenwart und die Zukunft vernachlässigen.“ Die ältere Generation müsse der Jugend helfen, damit sie mit Optimismus und Zuversicht in diese Zukunft blicken könne.

Er, Waldheim, verwahre sich auch gegen die Behauptung, daß es in Österreich mehr Antisemitismus gebe als in anderen Ländern. Dieses Problem habe faktisch überhaupt nicht mehr existiert „bis man von gewisser Seite diese Gefühle wieder geweckt hat.“ Das Phänomen des Antisemitismus sei bedauerlicherweise in vielen Ländern spürbar. Jetzt sei durch die Wahlpolemik „künstlich etwas vom Zaun gebrochen worden“. Der Bundespräsi*dent bemerkt, er habe doppelt so*viel Stimmen von Jungwählern erhalten, wie sein sozialistischer Gegenkandidat. Waldheim nennt zwei Gründe für diesen Tatbestand: „Ich erinnere mich an Gespräche mit vielen Jugendlichen, die von sich aus nach den Wahlversammlungen zu mir gekommen sind und gesagt haben: ‚Wir sind erst nach dem Kriege geboren worden. Wir haben die damaligen Verhältnisse nicht gekannt. Aber eines wissen wir – weder unser Vater noch unser Großvater waren Kriegsverbrecher. Das waren anständige Menschen.‘“ Zum anderen habe er aber die Sehnsucht der jungen Menschen nach einer moralischen Aufrüstung, nach Zusammenarbeit, Solidarität und Nächstenliebe gespürt. Gerade die Mehrheit der jungen wünsche eine Lösung der poli*tischen Probleme in Ruhe und* Sachlichkeit und ohne Polemik. „Das ist auch genau, was ich von Anfang an auf meine Fahnen geschrieben habe.“

Präsident Waldheim FOTO: SIMON

Ob Waldheim von Amerika und den Amerikanern nach der dort gegen ihn geführten Kampagne enttäuscht sei? Nein, antwortet der Bundespräsident, denn er habe Hundert von Briefen aus den USA bekommen – von Menschen, die er während seiner Tätigkeit dort kennengelernt habe.

„Der Amerikaner ist ein anständiger Mensch“

Diese Menschen hätten ihm für seine Standfestigkeit gedankt und ihm geschrieben: Was er von gewissen amerikanischen Kreisen habe erleben müssen – das sei nicht Amerika. „Der Amerikaner ist ein anständiger Mensch“, sagt Waldheim. „*Die Amerikaner* haben uns Österreichern, aber auch den Deutschen, Franzosen und allen vom Krieg verwüsteten europäischen Ländern sehr geholfen.“ Das habe zu einem „sehr guten Image“ der Amerikaner beigetragen. Er sei nur enttäuscht, daß es nicht mehr öffentliche Reaktionen in seinem Fall gegeben habe. Er habe aus Amerika und vielen anderen Teilen der Welt, „auch aus der Bundesrepublik“ unzählige Glückwünsche erhalten.

Ärgerlich reagiert Waldheim, wenn er mit der verbreiteten Beschuldigung konfrontiert wird, er habe in der UNO eine anti-westliche, pro-sowjetische und Dritte Welt begünstigende Haltung eingenommen. „Als Generalsekretär der UNO mußte ich objektiv in der Mitte stehen. Ich konnte nicht den Westen besser behandeln als den Osten. Und die Dritte Welt – vieles hat mir an ihr nicht gefallen, wie etwa die anti-israelischen Resolutionen, in denen Zionismus mit Rassismus gleichgesetzt wird. Ich habe damals gleich gesagt, daß dies ein schwerer Fehler war, der den Friedensbemühungen im Mittleren Osten sehr geschadet hat.“ Die Israelis seien ihm böse gewesen, weil er den Palästinensern das Existenzrecht eingeräumt habe – das Selbstbestimmungsrecht, das heute allen anderen Völkern gleichfalls eingeräumt werde. Ideologisch habe er, Waldheim, sich immer für die Idee der freien westlichen Welt ausgesprochen. „Das wußten auch die Russen und sie haben es akzeptiert. Sie akzeptieren es auch in Österreich als unsere Regierungspolitik. Die Russen wissen, daß wir uns immer zum Westen bekennen werden. Sie wissen aber auch, daß wir militärisch streng neutral sind.“

Operieren Terroristen von Australien aus?

SAD, Sydney

Behauptungen, wonach Australien „zu einem sicheren Hafen für Terroristen“ geworden sei, haben im Lande eine erregte öffentliche Diskussion ausgelöst. Der Ministerpräsident des konservativ regierten australischen Bundesstaates Queensland, Sir John Bjelke-Petersen, *spricht von sechs* bis sieben Terroristengruppen, die angeblich von Australien aus operierten. Er behauptete, die Schuldigen des Blutbades von Karatschi könnten sehr wohl in Australien ausgebildet worden sein. (Labor)Premier Hawke widersprach sofort.

Damit ist aber die Furcht vieler Australier vor Terroristen im eigenen Land nicht gebannt. Daß es in Melbourne ein PLO-Büro gibt, war bei vielen Australiern bis zu Bjelkes Warnungen in Vergessenheit geraten. Die Südwestafrikanische Befreiungsorganisation für Namibia (Swapo) und der Afrikanische National-Kongreß (ANC) *haben ebenfalls Informations*büros und offizielle Sprecher.

Die meisten Terroranschläge in Australien gehen auf das Konto von ethnischen Minderheiten, die ihre aus der alten Welt mitgebrachten Rivalitäten und Fehden auf australischem Boden fortsetzen. Kroaten und Serben, Türken und Armenier bekämpfen *sich mit Mordanschlägen*, Brandstiftung und Bomben.

Es ist nicht auszuschließen, daß Terror-Organisationen auch von Australien aus Waffen erhalten. So fand man bei der IRA Gewehre und Munition aus australischen Heeresbeständen. Nachlässigkeit und Schlendrian bei den Behörden ließen einen Markt für zumeist gestohlene Waffen entstehen. Vor ein paar Tagen wurde bekannt, daß aus der Munitionsfabrik Footscray bei Melbourne eine Million Schuß Munition gestohlen wurden, die vermutlich an tamilische Rebellen auf Sri Lanka gelangten. Daß die australischen Tamilen Geld für Waffenkäufe gesammelt haben, ist bekannt. Auch die IRA macht das, und es ist anzunehmen, daß aus Australien auch aktive Unterstützung für antiisraelische Organisationen im Nahen Osten kommt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Politiker in der Karibik pochen auf mehr Unabhängigkeit von den USA

Jamaikas Expremier für vorzeitige Wahlen / Der neue Trend könnte Votum beeinflussen

WERNER THOMAS, Miami

Jamaikas Ex-Premier Michael Manley ist wieder in seinem Element. Er attackiert die Regierung mit giftigen oder hämischen Kommentaren, sucht den Kontakt zum Volk und fordert unablässig Wahlen. Den Sieger *sagt er stets voraus: Michael Manley* und die People's National Party (PNP).

Nicht ganz sechs Jahre nach einer schmachvollen Niederlage kann der charismatische karibische Sozialist ein erstaunliches Comeback feiern. Bei den Kommunalwahlen Ende Juli konnte Manley einen Sieg über seinen erbitterten Rivalen Edward Seaga erringen. Die PNP gewann 57 Prozent der Stimmen, die Jamaica Labour Party (JLP) des Regierungschefs Seaga lediglich 43 Prozent.

Dieses Kräfteverhältnis entspricht auch den letzten Meinungsumfragen. Manley darf erneut den Anspruch erheben, der populärste Politiker dieser größten englischsprachigen Nation (2,2 Millionen Einwohner) der karibischen Nation zu sein.

Selbstkritischer Seaga

Edward Seaga, ein konservativer Wirtschaftsexperte, der, anders als *Manley, schüchtern und introvertiert* wirkt, will jedoch die Wachablösung verhindern. Er versprach Konsequenzen aus der Wahlniederlage: „Wir müssen die Partei, unsere Politik und die Führung genau unter die Lupe nehmen und dürfen keine korrektiven Maßnahmen scheuen.“ Es bleibt noch genug Zeit: Erst Anfang 1989 werden Parlamentswahlen fällig.

Dem Drängen Manleys auf vorgezogene Wahlen möchte er nicht nachgeben. Da die PNP die Ende 1983 überraschend angesetzten Wahlen *boykottierte – Seaga nützte die positi*ve Reaktion der Bevölkerung auf die von ihm empfohlene US-Intervention gegen das marxistische Grenada –, kontrolliert die Regierungspartei alle 60 Unterhausmandate.

Seaga bekennt offen, daß seine Probleme mit der wirtschaftlichen Situation zusammenhängen. „Unsere Aufgaben waren schwieriger als erwartet“, berichtet er. Der Harvard-Absolvent wollte nach seinem Erdrutschsieg Ende 1980 über den Sozialisten Manley die Inselrepublik in einen Modellstaat der freien Marktwirtschaft verwandeln – mit tatkräftiger Hilfe des neuen US-Präsidenten Ronald Reagan.

Als erster ausländischer Gast durfte Seaga Reagan im Weißen Haus besuchen. In der Zwischenzeit flossen 600 Millionen Dollar Entwicklungshilfe nach Jamaika, und die Seaga-Regierung wagte kühne Strukturreformen. Aber der Lebensstandard hat sich nicht verbessert.

*Letztes Jahr schrumpfte das Brut*tosozialprodukt um 3,7 Prozent. 30 Prozent der arbeitsfähigen Jamaikaner suchen Arbeit. Die Inflationsrate betrug 1985 fast 26 Prozent. „Die Wirtschaftspolitik Seagas ist gescheitert“, verkündet Manley. Ein Seaga-Berater konzediert: „Die hohen Lebenshaltungskosten haben verhängnisvolle Auswirkungen.“

Seaga bittet um Geduld. Die Nation, die während der achtjährigen Manley-Ära ein Minuswachstum von insgesamt 24 Prozent verzeichnete, werde schon die Früchte der Entbehrungen ernten. Da er den Sparkurs inzwischen korrigierte, erwartet er schon für 1986 ein Wirtschaftswachstum von 5,5 Prozent.

Gegen Eingreiftruppe

Viele politische Beobachter glauben, daß die Entwicklung der Wirtschaft nicht allein die nächsten Wahlen beinflussen wird. Manley könne von einem neuen nationalistischen Trend in der Karibik profitieren, der antiamerikanische Untertöne enthält.

So redet der Manley-Freund Errol Barrow, seit Juni wieder Premier der Insel Barbados, verächtlich über „den Cowboy im Weißen Haus“. Barrow: „Ich mag Reagan und seine Politik nicht.“

James Mitchell, der Regierungschef von St. Vincent, lehnt wie Barrow die von Washington forcierte Idee einer regionalen Eingreiftruppe ab. Auch die Politiker anderer Insel*staaten fordern eine größere Unab*hängigkeit von den Vereinigten Staaten. Der Politologe Carl Stone auf Jamaika wagt diese Prognose: „Die nächsten Wahlen in Jamaika werden wichtig sein für die gesamte Karibik. Ganz gleich, wann sie stattfinden.“

Richter weiter mit Cattenom befaßt

DW. Luxemburg/Wien

37 luxemburgische Gemeinden haben einen Antrag auf einstweilige Verfügung beim Verwaltungsgericht in Straßburg angekündigt, mit dem sie die für den 11. November geplante Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Cattenom verhindern wollen. Ein erster derartiger Versuch von Kernkraft-Gegnern war am 8. September gescheitert. Auf der derzeitigen Konferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien wird *über die Planung eines internationa*len Frühwarnsystems nach Atomunfällen beraten. Bei einer IAEO-Sonderkonferenz spricht Bundesumweltminister Wallmann morgen über Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernsicherheit.

Polizeiaktion gegen „Charta 77“

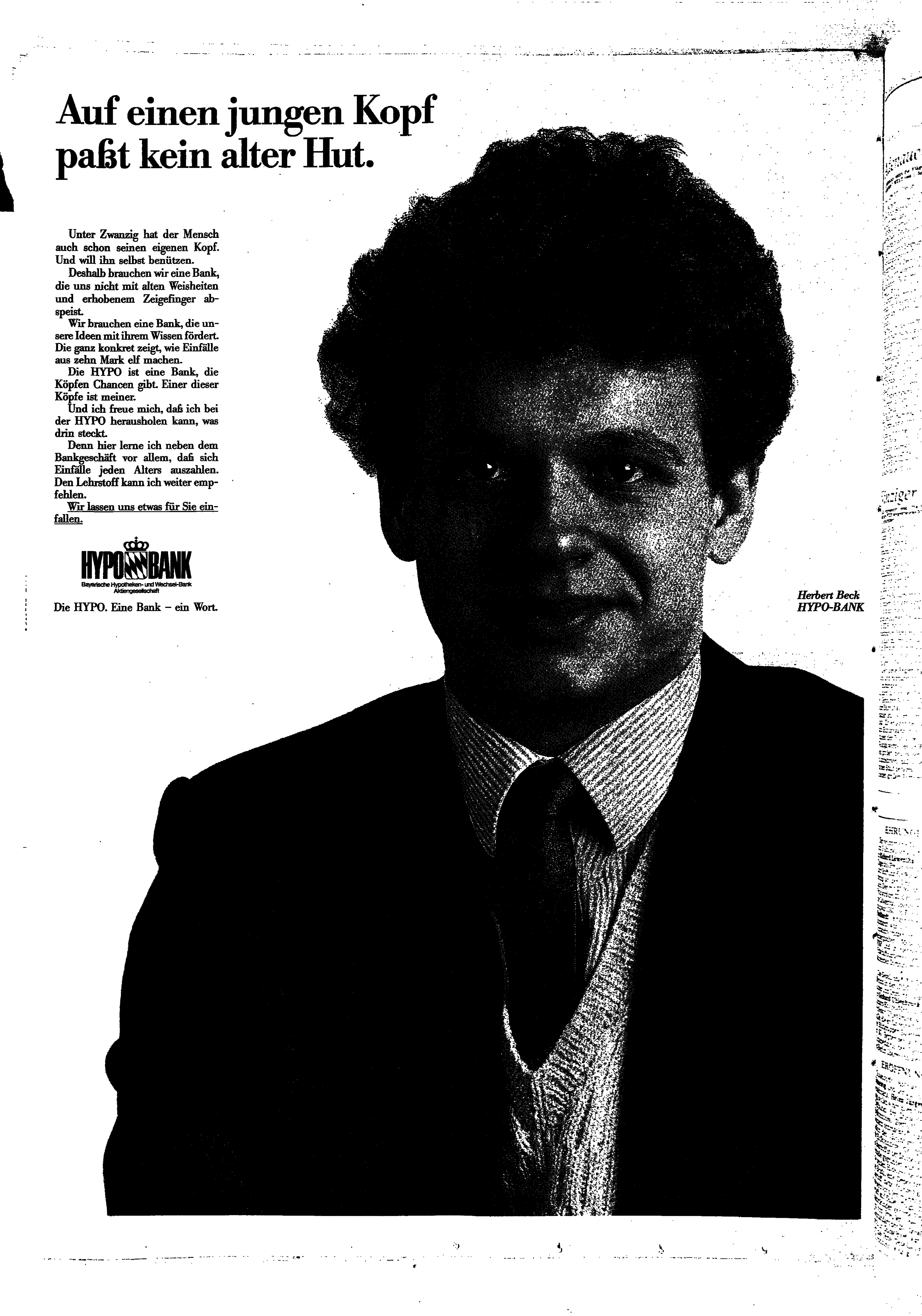
AFP, Prag

Mehrere Führer der tschechoslowakischen Bürgerrechtsorganisation „Charta 77“ wurden kürzlich von der Polizei vernommen. Das verlautete jetzt in Prag. Die Katholiken Vaclav Benda und Vaclav Maly, der Theaterautor Vaclav Havel, der Philosoph Ladislav Hejdanek, die ehemaligen Sprecher der „Charta 77“, Petr Uhl, Jiri Dienstbier und Hana Marvanova, die jetzigen Sprecher, Jan Stern und Anna Sabatova, wurden an einem Tag *zum Teil mehrfach bis zu sechs Stun*den verhört. Möglicherweise steht die Aktion im Zusammenhang damit, daß die Behörden vor kurzem insgesamt 40 Kilogramm illegal eingeführter Schriftstücke aus Emigrantenkreisen beschlagnahmt haben.

Israel: Nach Wien kein Botschafter

AP/dpa, Tel Aviv

Die israelische Regierung wird nach Informationen des Außenministeriums ihre diplomatische Vertretung in Wien herabstufen, indem sie diese künftig der Leitung eines Geschäftsträgers unterstellt. Israel reagiert damit auf die Wahl Kurt Waldheims zum österreichischen Bundespräsidenten. Botschafter Elizur war deswegen aus Wien zurückgerufen worden. Dem diplomatischen Protokoll entsprechend müßte ein neuer *Botschafter sein Beglaubigungs*schreiben dem Staatsoberhaupt übergeben. Derartige „direkte Kontakte“ will Israel wegen Waldheims Tätigkeit in der deutschen Wehrmacht vermeiden, Beziehungen zur Regierung jedoch aufrechterhalten.


Auf einen jungen Kopf paßt kein alter Hut.
Unter Zwanzig hat der Mensch auch schon seinen eigenen Kopf. Und will ihn selbst benützen.
Deshalb brauchen wir eine Bank, die uns nicht mit alten Weisheiten und erhobenem Zeigefinger abspeist.
Wir brauchen eine Bank, die unsere Ideen mit ihrem Wissen fördert. Die ganz konkret zeigt, wie Einfälle aus zehn Mark elf machen.
Die HYPO ist eine Bank, die Köpfen Chancen gibt. Einer dieser Köpfe ist meiner.
Und ich freue mich, daß ich bei der HYPO herausholen kann, was drin steckt.
Denn hier lerne ich neben dem Bankgeschäft vor allem, daß sich Einfälle jeden Alters auszahlen. Den Lehrstoff kann ich weiter empfehlen.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPOBANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Herbert Beck
HYPO-BANK

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 71

Adenauers Weichenstellung

„Adenauer spürt die Flügel der Weltgeschichte"; WELT vom 3. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem Aufsatz ist Professor Hans-Peter Schwarz ein Irrtum hinsichtlich des staats- und völkerrechtlichen Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland unterlaufen, weshalb auch die von ihm angeführte rechtliche Begründung für die Entschädigungsverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland an Israel für an Juden seitens des nationalsozialistischen Regimes begangenes Unrecht, wie sie schließlich im Luxemburger Abkommen von 1953 ihre vertragliche Fixierung fand, unverständlich und nicht nachvollziehbar erscheint.

Die Problematik der Wiedergutmachung des nationalsozialistischen Unrechts an den Juden berührt nämlich das staats- und völkerrechtliche Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland und damit auch die deutschlandpolitische und -rechtliche Grundposition der Regierung Adenauer, wie sie bereits in seiner ersten Regierungserklärung formuliert worden ist (Identität der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich, Kernstaatstheorie und Alleinvertretungsanspruch).

Während die israelische Regierung in ihrer Note vom 12.3.1951 von Deutschland insgesamt 1,5 Milliarden Dollar Entschädigung – eine Milliarde von der Bundesrepublik Deutschland, eine halbe Milliarde von der damaligen SBZ – forderte, leistete allein die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihres staats- und völkerrechtlichen Selbstverständnisses (Identität der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich und Ablehnung eines Falles der Staatensukzession) Wiedergutmachungszahlungen an den Staat Israel, während die DDR bis heute eine derartige Verpflichtung negiert, obwohl auch sie sich 1951/52 noch als mit dem Deutschen Reich identischen Staat verstand.

Konrad Adenauer sah daher folgerichtig in der Anerkennung der rechtlichen Verpflichtung – den moralischen Aspekt einmal beiseite lassend – zur Zahlung von Wiedergutmachungsleistungen an Israel eine gute Gelegenheit, der deutschlandpolitischen und -rechtlichen Auffassung der Bundesrepublik Deutschland auch international Geltung zu verschaffen. Die fast parallel laufenden Verhandlungen über die Reichsschulden, die schließlich im Londoner Schuldenabkommen von 1953 zum Abschluß kamen (in dem sich die Bundesrepublik Deutschland zur Anerkennung der Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches verpflichtete) können diese Intentionen des ersten Nachkriegskanzlers nur bestätigen: Aus der Identitätstheorie wurde Identitätspraxis.

Mit freundlichen Grüßen
Eduard Schmidt,
Hof/Saale

Winziger Königsmacher

„Alle ehrenwert" und „Die SPD hat sich von der FDP wegentwickelt"; WELT vom 15. September

„Denn Genscher ist ein ehrenwerter Mann!" Dieser Ausspruch des Antonius, von Kremp auf Genscher übertragen, ist – wie der Artikel insgesamt – „Spitze"!

Auch das Genscher-Interview ist aufschlußreich. Genscher: „Die SPD hat sich von der FDP wegentwikkelt", und „in den Unionsparteien haben nicht die Heißsporne zu entscheiden, sondern die abwägenden Kräfte", d. h. nicht die klaren Köpfe, sondern die bequemen Anpasser.

Die FDP stellt die „Sonne" des westdeutschen Parteiensystems dar, um die alles zu kreisen hat. Und das bei drei Prozent Stammwählern und zwei bis vier Prozent ängstlichen „Nothelfern". Der „Sonnenkönig": „Wir haben diese Regierung zustande gebracht und niemand sonst."

So entstanden vor der Genscher-Kohl- auch die Scheel-Brandt- und die Genscher-Schmidt-Regierung. Welcher Helmut auch unter ihm Bundeskanzler ist, „wo er sitzt, ist oben" (Kremp). Er entscheidet, wie lange jemand Bundeskanzler ist und „die Richtlinien der Politik bestimmt".

Wie lange werden es die Wähler der beiden großen politischen Parteien noch hinnehmen, daß eine winzige Partei den Staat beherrscht, eine von den beiden großen Parteien angebotene alternative Politik in wichtigen Bereichen jahrzehntelang verhindert und ständig weit mehr als 90 Prozent aller Wähler zum Narren hält?

Hansheinrich Darsow,
Itzehoe

Bester Freund

„Wenn der Hund wieder zur Bestie wird"; WELT vom 16. September

Bei der *Flut* von meist negativen Meldungen und Meinungen kann man nur auffallen, wenn man das Kind, hier den Hund, mit dem Bade ausschüttet.

Dabei hat der Autor in einzelnen Punkten auch noch nicht einmal Unrecht, wenn er unter anderem fordert, daß die Züchtung besonders aggressiver Hunde untersagt werden soll, oder auch daß große und gefährliche Hunde, auch im Interesse der vielen kleinen, der besonderen Überwachung bedürfen.

Auf der anderen Seite bedarf es wohl keiner Diskussion, welchen Wert der Hund als bester Freund des Menschen für ihn darstellt. Dies wegen einiger möglichst zu begrenzender Mißgeschicke leugnen zu wollen, wäre ebenso widersinnig, als wolle man den Konsum von Nikotin und anderen giftigen Genußmitteln wegen der weit höheren Gefährdung des Menschen untersagen, oder den weit mehr Todesopfer und Verletzte fordernden Straßenverkehr zu verbieten.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Heydt,
Eschweiler

Doppelte Moral

„Geld und Gewissen"; WELT vom 16. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Freude habe ich den Artikel von Enno von Loewenstern gelesen. Es ist erfreulich, daß der Autor sich traut, die Dinge beim Namen zu nennen. Er bringt damit etwas frische Luft in die stickige Atmosphäre der Heuchelei.

Im Europäischen Parlament haben wir zu Ende der letzten Legislaturperiode den wohlbegründeten Bericht des SPD-Abgeordneten Seeler aus Hamburg verabschiedet, der sich eindeutig gegen alle Wirtschaftssanktionen als schädlich und politisch unwirksam wandte.

So wurden Sanktionen gegen die UdSSR wegen Afghanistan und Polen abgelehnt, wie auch der Wunsch der Amerikaner bezüglich Libyen zurückgewiesen.

Heute aber fordern die gleichen Menschen, die noch vor kurzem Sanktionen verwarfen, Maßnahmen gegen Südafrika. Wer an den Seeler-Bericht erinnert, ist ein Rassist.

Offensichtlich ist die doppelte Moral in gewissen Kreisen die Regel, je nachdem ob der Verstoß von der mächtigen Sowjetunion oder dem schwachen Südafrika kommt. Und da spricht man noch bei den Sozialisten. – siehe Rudi Arndt – von Moral und Glaubwürdigkeit ...

Otto von Habsburg, MdEP, CSU
München

Das Schema

„Unbedeutend?"; WELT vom 3. September

Dem Rechts-Links-Schema kann sich keiner entziehen, wenn „rechts" dem Ganzen (des eigenen Rechtsstaates) dienen und „links" seine eigenen Wünsche befriedigen heißt. Die gängige Zuordnung nach Besitzverhältnissen geht am Kern der Sache vorbei und ist widerlich. Daß die Linken das Schema erfunden haben, ist neu.

Mit freundlichem Gruß
W. R. Thorwirth,
Gummersbach

Wort des Tages

„Die Erfahrung lehrt uns, daß Liebe nicht darin besteht, daß man einander ansieht, sondern daß man gemeinsam in eine Richtung blickt."

Antoine de Saint-Exupéry, französischer Autor (1900–1944)

Das aktuelle Fachbuch

Essen mit gutem Appetit

Kann man heute noch in Ruhe sein „täglich Brot" essen, wo doch in der Öffentlichkeit ständig über schädliche Lebensmittel-Zusatzstoffe berichtet wird? Einige Angstmacher haben sich ganz diesem Geschäft verschrieben, sachliche Aufklärung dagegen ist eher selten. Der Lebensmittelchemiker Erich Lück hat sich dies zur Aufgabe gemacht. Sein Buch „Augen auf – was steht drauf?" zählt nicht nur rund 150 zugelassene Lebensmittel-Zusatzstoffe auf, sondern gibt auch knappe Erklärungen über Sinn und Verwendungszweck dieser Zutaten.

Es ist gleichzeitig ein Nachschlagewerk, um die unter EG-Normen zulässigen und deklarationspflichtigen Stoffe anhand ihrer „E-Nummern" herauszufinden. E 330 ist z. B. Zitronensäure. Sie zählt zu den „Antioxidantien", die in fetthaltigen Lebensmitteln das Ranzigwerden verhüten. In der als Fälschung entlarvten Liste von Villejuif (*WELT* vom 23. 8.) wird ihr krebserzeugende Wirkung nachgesagt.

Lück will mit seinem Büchlein gegen diese ideologischen Angstmacher angehen. Er verschweigt keine Gefahren, die chemische Zusatzstoffe dann darstellen, wenn sie unkontrolliert und in zu hohen Dosen eingesetzt werden. Gerade mit den zulässigen Dosen wird am meisten Schindluder getrieben. Wer weiß schon, daß der Salpetergehalt in dafür zugelassenen Dauerwurstwaren zusammen mit dem Kochsalz geregelt wird? Wer zuviel davon verwendet, verrät sich mit einer übersalzten Wurst. Nur laufend kontrollierte Lieferanten dürfen das als Nitritpökelsalz klassifizierte Salzgemisch an Metzger und Fleischfabriken verkaufen.

Lück macht deutlich, daß wir durch eine moderne Lebensmittelindustrie, die Zusatzstoffe kontrolliert verwendet, heutzutage eine so hohe Qualität unserer Lebensmittel erreicht haben wie nie zuvor in früheren Jahren oder Jahrhunderten.

Nö.

„Augen auf – was steht drauf?", Zusatzstoffe und Zutaten in Lebensmitteln, von Erich Lück, Hippokrates Verlag, Stuttgart 1986, 19,80 DM.



Im Rathaus von Unna wird der „Sachbearbeiter Computer" bürgernah eingesetzt FOTO: R. FESSEL

Amtsstube mit „Autobahnanschluß"

Städte und Gemeinden entdecken die Vorteile der digitalen Informationsübertragung

Von HANS KRUMP

Von Flensburg bis Berchtesgaden läuft derzeit eine Offensive der Städte und Gemeinden in der Informations- und Kommunikationstechnologie. Dabei bauen die Kommunen in der Bundesrepublik vor allem auf die Digitalisierung und spätere Zusammenfassung der Kommunikationsnetze im Schmalband ISDN (Integrated Services Digital Network), mit der Information schneller und billiger vermittelt werden kann. In den Rathäusern hofft man, durch den Zugang zu den „neuen Autobahnen" der Information Unternehmen im Ort Standortvorteile zu bieten und in der Verwaltungsarbeit selbst von der neuen Technik zu profitieren.

Ein Stichwort für die angelaufenen Pilotprojekte heißt „Temex". Dieser Wirkdienst zur Ferneinstellung, -messung, -regelung und -überwachung hängt eng mit der Digitalisierung des Telefonnetzes zusammen. Im rheinland-pfälzischen Andernach läuft Ende des Jahres ein Versuch an zur Überwachung im Krankendienst und in der Altersversorgung. Risikopatienten wie Herz- und Kreislaufkranke, die bisher stationär behandelt werden mußten, können dann zu *Hause bleiben: Sensoren überwachen* die Patienten und geben Impulse in das mit dem Krankenhaus verbundene Telefonnetz, falls Unregelmäßigkeiten auftreten. Solche Wirkdienste gibt es inzwischen auch als Verkehrsleitsysteme, Alarm- oder Ablesedienste für den Energieverbrauch.

An einem Pilotprojekt „Ratsinfor*mationssystem" arbeitet die Kommu*nale Rechenzentrale Niederrhein in Moers. Mit dem System soll geplagten Kommunalpolitikern geholfen werden, die für ihre Entscheidungsfindung ein Vielfaches an Niederschriften und Verwaltungsvorgaben lesen müßten, wollten sie „informiert" in Sitzungen hineingehen. Franz-Reinhard Habbel vom Deutschen Städte- und Gemeindebund verweist auf eine Untersuchung, nach der ein Ratsmitglied der Stadt Köln, wollte es alle Verwaltungsvorgaben durchlesen, in sieben Monaten 235 000 Seiten durcharbeiten müßte.

Durch das Ratsinformationssystem der Moerser Rechenzentrale kann der Kommunalpolitiker Informationen strukturiert vom Personalcomputer aus abrufen und so in späteren Ratssitzungen konzentrierter mitarbeiten. In Emmerich wird das System ebenfalls erprobt, zwei Anlagen stehen bereits im Rathaus. Eine Zukunftsperspektive des Städte- und Gemeinde*bundes sieht vor, daß einmal* jedes Ratsmitglied sich zu Hause von „seinem" Personalcomputer aus auf eine Sitzung vorbereitet.

Heute haben verschiedene Städte und Gemeinden interne computergestützte Kommunikationsnetze geschaffen, die in der Verwaltung für einen schnellen Informationsfluß sor*gen und den Bürgern viele Behörden*besuche ersparen. Ein Beispiel ist das seit einigen Wochen voll computerisiert arbeitende „Bürgeramt" im westfälischen Unna. Die Bürger der 60 000-Einwohner-Stadt laufen wegen Melde- oder Führerscheinangelegenheiten, Briefwahlanträgen oder Fundsachen nicht mehr zu den verschiedenen Ämtern, sondern korrespondieren mit einem Computer, der von einem Beamten bedient wird. Alle erforderlichen Angaben werden *vom „Bürgeramt" aus zentral abgeru*fen. Das Unnaer Modell hat soviel Anklang in der Bevölkerung gefunden, daß auch Bielefeld an einer vergleichbaren Einrichtung arbeitet.

Derzeit bereiten die Städte und Gemeinden den Anschluß an das „Juristische Informationssystem" (Juris) des Bundesjustizministeriums vor, in dem mehr als eine halbe Million Dokumente gespeichert sind. Etwa 15 Kommunen haben schon Zugang zur Datenbank, in der Gerichtsentschei*dungen, Literatur und Verwaltungs*vorschriften gespeichert sind.

Wundermischung für Kraftwerke?

Wasser und Ammoniak als Energieträger sollen den Wirkungsgrad deutlich erhöhen

Von H.- A. PAPENDIECK

Im kommenden Jahr geht in Kalifornien ein 6,5-Megawatt-Kraftwerk in Betrieb, von dem sich die Betreiberfirma, die Fayette Manufacturing Corporation in Tracy, eine Revolution auf dem Energiemarkt verspricht. In dem als Demonstrationskraftwerk geplanten Zehn-Millionen-Dollar-Projekt wird erstmals eine Technologie erprobt, die den Wirkungsgrad herkömmlicher Wärmekraftwerke von 35 auf 45 Prozent steigert. Die dadurch eingesparten Brennstoffe wirken sich nicht nur positiv auf die Bilanzen aus, sondern reduzieren vor allem die Belastung der Umwelt mit Schadstoffen.

Allein für die USA errechnete Firmeninhaber John Eckland eine Brennstoffersparnis von 20 Milliarden Dollar jährlich, wenn das neue System in die vorhandenen Kraftwerksanlagen von Industrie und Kommunen eingebaut wird. Hier liegt nämlich der besondere Vorzug des Systems: Es kann ohne großen Aufwand, unter Verwendung herkömmlicher Materialien, in bestehende Kraftwerke integriert werden.

Der Erfinder des Prozesses ist der sowjetische Ingenieur Alexander Kalina, der bis 1978, dem Jahr, in dem er in die USA emigrierte, dem sowjetischen Planungskomitee als Fachberater für Thermodynamik angehörte. Zwei Jahre nach seiner Emigration griff er auf Überlegungen zurück, die er schon als Student in Odessa angestellt hatte, und entwickelte dann in kurzer Zeit den nach ihm benannten thermodynamischen Prozeß.

Kalina widerlegt die Erfahrung der Physik

Myron Tribus, heute Direktor am renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT), bezeichnet den Kalina-Prozeß als die „bedeutsamste Entwicklung des thermodynamischen Wirkungsgrades in diesem Jahrhundert". Kalina hatte mit seiner Technologie erstmals die Erfahrung der *Thermodynamiker* widerlegt, daß der Wirkungsgrad von Kraftwerken nicht erheblich über 35 Prozent angehoben werden könnte.

Das bedeutet, daß nur etwa ein Drittel der zugeführten Energiemenge (Öl oder Gas) in elektrische Energie umgewandelt werden kann. Eine weitere Steigerung des Wirkungsgrades hielten die Techniker bislang nur um ein bis zwei Prozent möglich, allerdings nur unter erheblichem technischem und finanziellem Aufwand.

Die in den Brennstoffen steckende Energie wird bekanntlich in Kesseln oder Reaktoren in Wärmeenergie umgesetzt. Ein Energieträger, beispielsweise Wasser, wird in Dampf verwandelt, der eine Turbine antreibt. Ein *angeschlossener Generator* produziert dann elektrischen Strom. Erhöht man die Temperatur des Dampfes oder arbeitet mit unterschiedlichen Drücken, so kann mehr Energie an die Turbinen abgegeben werden, gleichzeitig steigen aber auch die Anforderungen an den Bau und an die Materialien der Turbinen, an Wartung und Betrieb.

Kalina verwendet statt des Wassers, das im herkömmlichen Rankine-Prozeß verdampft wird, eine Mischung aus Ammoniak und Wasser. Ammoniak hat eine niedrigere Siedetemperatur und benötigt deshalb weniger Energie zur Dampferzeugung. Das ist natürlich keine Entdeckung von Kalina. Doch ist die Gaserzeugung nur der eine Vorzug des Systems.

Der andere Vorteil besteht darin, daß die Wasser-Ammoniak-Mischung erneut kondensiert wird, um den Kreislauf wieder beginnen zu können. Die Kondensation verschlingt jedoch mehr Energie, als durch die niedrigere Siedetemperatur des Ammoniaks gewonnen wird, denn Ammoniak kondensiert unter gewöhnlichem Druck erst bei minus 40 Grad. Der Verflüssigungsprozeß bindet also erhebliche Wärmemengen, wenn man den *Druck* nicht erhöht.

Um die Wasser-Ammoniak-Mischung, die als Gas aus der Turbine kommt, wirtschaftlicher zu kondensieren, veränderte Kalina den Taupunkt (die Temperatur, bei der in einem Gas-Wasser-Gemisch das Gas gerade mit dem Dampf gesättigt ist), indem er zwischen Turbine und Kondensator einen Destillator einbaute. Dieser zerlegt den Dampf in seine Bestandteile Ammoniak und Wasser.

Der Wasseranteil wird dem aus der Turbine kommenden Dampf hinzugefügt, verflüssigt ihn und erhöht somit den Taupunkt. Die im Kondensator entstehende Mischung wird im Destillator wieder getrennt und der Wasseranteil dem Turbinendampf erneut *hinzugefügt. Das Destillations*system wird von der Wärme in Gang gehalten, die bei einem normalen Wärmekraftwerk über ein Kühlsystem abgeleitet wird.

Laut Kalina kann das Ammoniak-Wasser-Gemisch immer wieder erhitzt, kondensiert, destilliert und verdampft werden. Nur einmal im Jahr müsse, wie beim Benzinmotor das Öl, nachgefüllt werden. Je niedriger die Temperatur des aus dem Destillator *kommenden Wassers ist, desto näher* ist der dem Kondensator zugeführte Dampf dem Taupunkt, und um so weniger Energie verbraucht der Kondensationsprozeß. Je niedriger also die Temperaturen, desto besser funktioniert der Kalina-Prozeß.

Unter den Einwänden gegen das Verfahren sticht immer wieder die Frage nach der Stabilität des Ammoniaks hervor. Kalina behauptet freilich, unter Berufung auf entsprechende Versuche, daß sich das Ammoniak während des Prozesses nicht auflöst. Jedenfalls stellte das Kellogg Technology Development Centre in Houston, Texas, keine meßbare Zerlegung fest.

Der wirtschaftliche Vorteil muß sich noch erweisen

Im Verlauf eines Kongresses am MIT in Cambridge Anfang dieses Jahres, auf dem Wissenschaftler und Vertreter von Energieversorgungsunternehmen über Vor- und Nachteile des Kalina-Prozesses diskutierten, wurden die theoretischen Grundlagen nicht in Zweifel gezogen. Eher schon die wirtschaftlichen Vorteile. Die „New York Times", die über den Kongreß berichtete, zitiert einen Vertreter des Electric Power Research Institute in Palo Alto (Kalifornien), Arthur Cohn, der zu bedenken gab, daß für den wirtschaftlichen Erfolg von Energieunternehmen nicht nur der thermische Wirkungsgrad eine Rolle spiele, sondern auch Kapitalkosten, Betriebsdauer, Ersatzteilbedarf und Ölkosten in die Rechnung eingingen.

Schließlich schlug auch zu Buche, daß der Kalina-Prozeß zwar theoretisch überzeugend wirke, seine praktische Bewährungsprobe aber noch nicht abgelegt habe. Wärmekraftwerke müssen immerhin jahrzehntelang ohne größere Probleme funktionieren. Das erwähnte Forschungsinstitut *in Palo Alto kündigte für Ende* dieses Jahres ein Gutachten über den Kalina-Zyklus an, in dem die angesprochenen Fragen behandelt werden sollen.

Als Markt für die neue Technologie werden kommunale Kraftwerksunternehmen, Industrie-Kraftwerke in der Papier- und Chemie-Branche und in Ölraffinerien angesehen. Allein der zusätzliche Energiebedarf der USA, der ein Drittel des gegenwärtigen Verbrauchs betragen soll, würde bei Investitionskosten von 1500 Dollar pro Kilowatt 300 Milliarden Dollar an Gesamtinvestitionen auslösen. Kein Wunder, daß Myron Tribus, Kalinas Mentor, jubelt: „Wenn der Kalina-*Prozeß an das herankommt,* was die Theorie sagt, sind die Folgen für die nationale Wirtschaft gewaltig."

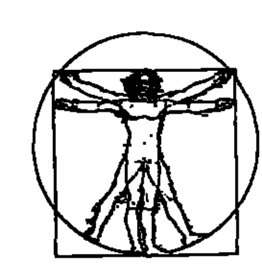
NOTIZEN

Lärmbegrenzung

Berlin (DW.) – Forschungsprojekte zur Senkung des Verkehrslärms hat das Umweltbundesamt jetzt auf der Internationalen Fahrrad- und Motorradausstellung in Köln vorgestellt. Im Mittelpunkt der Entwicklungen steht ein Mikroprozessor, der über die Drosselklappenstelllung des Motors die Drehzahl begrenzen soll und sich besonders für motorbetriebene Zweiräder eignet. Durch die Drehzahlbegrenzungen können besonders die hochfrequenten Geräusche abgeschnitten werden.

Pharma auf Platz eins

Hamburg (vwd) – Die deutsche Pharmaindustrie ist nach wie vor größter Arzneimittelexporteur der



Welt, wie der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie in Frankfurt mitteilte. Mit Erzeugnissen im Wert von 9,7 Milliarden DM wurde im vergangenen Jahr fast die Hälfte aller in der Bundesrepublik produzierten Arzneimittel exportiert. Zusätzlich stellen deutsche Hersteller im Ausland Pharmazeutika im Wert von sechs Milliarden DM pro Jahr her.

Abwässerkosten

Hamburg (dpa) – Für die Einleitung ihrer Abwässer in Flüsse und Seen mußten Kommunen und Industriebetriebe in den vergangenen fünf Jahren über eine Milliarde Mark zahlen, wie aus einer Umfrage bei den zuständigen Behörden und Ministerien hervorgeht. Diese erwarten für dieses Jahr Einnahmen von knapp 500 Millionen Mark, die zweckgebunden ausgegeben werden müssen.

Arzneimittelverbrauch

München *(dpa) – Frauen* verbrauchen doppelt so viele Medikamente wie Männer. Dies teilte das Bundesgesundheitsamt jetzt mit. Während bei Frauen der Schmerzmittelverbrauch die Spitzenposition hält, liegt er bei Männern an dritter Stelle.

Personen

EHRUNGEN

Der renommierte Berliner Sozial- und Politikwissenschaftler Professor **Richard Löwenthal** ist der dritte Träger des Preises der Arthur-Burkhardt-Stiftung für Wissenschaftsförderung an der Universität Mannheim. Der mit 25 000 Mark dotierte Preis wird am 23. Oktober an Professor Löwenthal übergeben. Die Stiftung war 1983 von Professor **Arthur Burkhardt** eingerichtet worden. Burkhardt war von 1959 bis 1970 Vorstandsvorsitzender der Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF) und in mehreren anderen Wirtschaftsunternehmen sowie in zahlreichen Institutionen tätig.

*

Die Gesellschaft für Gerichtliche Medizin in der „DDR" hat dem Me*diziner und Immunbiologen Profes*sor **Gerhard Uhlenbruck**, Köln, die Richard-Kockel-Medaille zuerkannt. Professor Uhlenbruck soll die Medaille, die er für seine Verdienste in der Blutgruppen-Biochemie erhält, am 30. September auf einem gerichtsmedizinischen Symposium in Ost-Berlin überreicht werden.

ERÖFFNUNG

Düsseldorfs Hotelier **Gerhard Günnewig** und der Junior des Unternehmens, **Heinz Jürgen Günnewig**, wollen einen alten historischen Treffpunkt der Düsseldorfer, die Hofkonditorei Bierhoff, auch den Bonnern schmackhaft machen. Anläßlich des 130jährigen Bestehens der Hofkonditorei, die 1856 von Hugo Bierhoff in der Düsseldorfer Breitestraße gegründet wurde, eröffnen die beiden Hoteliers heute im Bonner Bristol eine Dependance. Hugo Bierhoff hatte frühzeitig erkannt, wie sehr vor allem männliche Kundschaft auf Süßes fliegt: Zu seinen Stammkunden gehörte Prinz Friedrich von Preußen, der seit 1820 Kommandant des 20. Kavallerieregiments in Düsseldorf war und mit dem die feine Gesellschaft in die Hofkonditorei einzog. Nicht der Krieg, sondern der U-Bahnbau hat der Hofkonditorei in ihrem ursprünglichen Gebäude ihr Ende bereitet. In Düsseldorf selbst zog man inzwischen in die Oststraße in einen Altbau. Die Spezialität von Hugo Bierhoff, Nußtörtchen, soll heute bei dem Empfang der beiden Günnewigs im Bristol auch die Bonner erfreuen. Den Bau der Bonner Dependance nahm Günnewig-Hausarchitekt **Gerhard Henfler** vor.

GEBURTSTAG

Im biblischen Alter von 82 Jahren wurde **Sandro Pertini** Staatspräsident Italiens und blieb es sieben Jahre lang bis 1985. Am 25. September wird Pertini 90 Jahre alt. Aus



Sandro Pertini

dem „Übergangspräsidenten", wie man ihn zunächst genannt hatte, wurde ein beliebtes Staatsoberhaupt: Er schlichtete Arbeitskämpfe, sorgte für die Opfer schwerer Erdbebenkatastrophen und beeindruckte durch die Entschiedenheit, mit der er dem Terrorismus entgegentrat. In der Zeit Mussolinis hatte Pertini als Anhänger der Sozialistischen Partei viele Jahre in Gefängnissen und in der Verbannung verbracht. Seine Frau **Carola** *lernte* er 1944 bei den Partisanen kennen. Die Wissenschaftlerin mit zwei Doktorhüten hatte es nach der Wahl ihres Mannes zum Staatspräsidenten stets abgelehnt, als First Lady zu repräsentieren. Sie blieb weiter in ihrem Beruf an der Römischen Universität tätig.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Hans-Jürgen Schings** von der Neuphilologischen Fakultät der Universität Heidelberg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Neuere Deutsche Literaturgeschichte an der Freien Universität Berlin erhalten.

MUSIK

„Burn the hall", schrieb **Leonard Bernstein** in das Gästebuch der neuen Philharmonie in Münchens neuem Kulturzentrum Gasteig nach einem Gastspiel mit dem „Israel Philharmonic Orchestra". Bereits zuvor hatte er seinem Ärger lautstark Luft gemacht: „Brennt die Halle ab, die Akustik ist furchtbar. *Man kommt sich am Pult vor wie ein* einsamer Mann in der Wüste." Falls er in München wieder ein Konzert zu geben habe, werde er den Herkulessaal in der Residenz bevorzugen, meinte Bernstein. Das Gasteig-Kulturzentrum kostete 372 Millionen Mark. Bereits nach dem Eröffnungskonzert im November 1985 schrieb WELT-Kritiker **Klaus Geitel**, der Klang sei in manchen Reihen „beinahe erstickt".

KIRCHE

Neuer Vorsitzender des Evangelischen Missionswerk (EMW) ist der Hamburger Bischof **Peter Krusche**. Er löst in diesem Amt Pastor **Paul Gerhardt Buttler** ab, der nicht mehr kandidierte. Das Evangelische Missionswerk im Bereich der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin ist ein Zusammenschluß von 24 Kirchen, regionalen Missionswerken und *missionsbezogenen* Verbänden.

„DDR“ zeigt Interesse an Verträgen

D. G. Bonn

Die „DDR“ hat großes Interesse am baldigen Abschluß des Umweltschutzabkommens. Mit diesem Eindruck sind Mitglieder der FDP-Fraktionsführung von ihrem Aufenthalt in Ost-Berlin nach Bonn zurückgekehrt.

Volkskammerpräsident Sindermann (SED) versicherte seinen Gästen, unter ihnen die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hoppe und Ronneburger, das Umweltabkommen und auch die Vereinbarung über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit könnten noch in diesem Jahr unter Dach und Fach kommen. Die lange strittige Einbeziehung des Berliner Umweltbundesamtes in das Abkommen ist demnach erledigt.

Große Erwartungen setzt Ost-Berlin auf technologische Zusammenarbeit in Umweltfragen. So erwähnte Sindermann im Hinblick auf die seit langem angestrebte Vereinbarung zur Werra-Entsalzung, beide Seiten könnten eine Kalientlaugungsanlage mit einer Jahresproduktion von 400 000 Tonnen Chlor bauen. Auch wurde deutlich, daß die „DDR“ mit finanziellem Nutzen aus den beiden neuen Verträgen rechnet.

Von den FDP-Vertretern wurde ein breiteres Geflecht des deutsch-deutschen Dialogs mit einer gemeinsamen Schulbuchkonferenz und zusätzlichen Städtepartnerschaften angeregt. Sie könnten auch Ausgangspunkt für Beziehungen zwischen dem Bundestag und der Volkskammer werden. Ausdrücklich lobte Sindermann Genschers Strategie einer neuen Phase in der Sicherheits- und Entspannungspolitik. Zugleich versuchte er, seine Gäste aus Bonn auf einen Grenzverlauf in der Strommitte an der Elbe zwischen Schnackenburg und Lauenburg festzulegen.

Höffner beklagt Tendenz zum Versorgungsdenken

Appell an den Staat: Die sittliche Ordnung schützen

fac. Bonn

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, ist der Auffassung entgegengetreten, in einer pluralistischen Gesellschaft sei der Staat für das Recht, aber nicht für die Moral verantwortlich. In einem Grundsatzreferat zur Eröffnung der Herbstvollversammlung des Episkopats in Fulda appellierte Höffner ausdrücklich an den Staat, die sittliche Ordnung zu schützen und zu fördern.

Die Erfahrung lehre, daß das Strafrecht das sittliche Bewußtsein schärfen, aber auch enthemmen könne, selbst wenn der Gesetzgeber das nicht beabsichtige. Der Kardinal nannte es verhängnisvoll, wenn die staatliche Gewalt mit ihren Maßnahmen jeweils solange warten würde, bis das sittliche Bewußtsein sich geändert habe. Er stellte sogar die Frage, ob der Staat, wenn dieser sich nur zögernd für den Schutz des ungeborenen Kindes einsetze, nicht folgerichtig den Schutz eines geborenen, etwa eines behinderten Kindes, werde einschränken müssen.

Kardinal Höffner bemühte sich um eine Differenzierung bei der Definition der „sozialen Aufgaben“ des Staates. Zwar sei falsch, das System der sozialen Sicherheit als eine „Degenerationserscheinung“ hinzustellen. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz nannte es aber bedenklich, daß weite Kreise der Bevölkerung von einem „auffallenden Bestreben“ nach staatlicher Versorgung erfüllt seien. Der Sozialstaat müsse vielmehr sorgsam das Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ beachten. Zu den Aufgaben des Sozialstaats gehört es nach den Worten Höffners auch, im Bereich der Wirtschaft die persönliche Initiative zu fördern und das Schuldenmachen zur Ausweitung der Sozialausgaben zu vermeiden. Unverantwortlich wäre es, wenn die heute Erwerbstätigen durch Staatsverschulden ihren Lebensstandard erhöhten und der jungen Generation zusätzlich zur Versorgung der alternden Menschen auch noch eine gewaltige Schuldenlast aufbürden würden.

Diese Passage weckt Erinnerungen an das Hirtenwort zur Bundestagswahl 1980 mit seiner Warnung vor einer Ausuferung der Staatsverschuldung. Die Bischöfe waren damals von Repräsentanten der SPD/FDP-Koalition scharf kritisiert worden. Über einen Hirtenbrief zur Bundestagswahl 1987 ist bisher nicht entschieden worden. Dieser Punkt dürfte auch während der Beratungen in Fulda nicht zur Sprache kommen. Die Formulierung einer Erklärung zur Wahl bleibt vermutlich einer Sitzung des Ständigen Rats der Bischofskonferenz im November vorbehalten.

Die Rede von Fulda enthält einen Aufruf zur „Opferbereitschaft“, ohne die das Gemeinwohl nicht verwirklicht werden könne. Auf das Verhältnis von Staat und Kirche eingehend, betonte der Kardinal, es sei Aufgabe der Kirche, in der pluralistischen Gesellschaft die sittlichen Grundwerte, ob gelegen oder ungelegen, zu verkünden. Er hob zugleich hervor, die Kirche könne zu gesellschaftlichen und politischen Fragen, in denen Christen unbeschadet ihres Glaubens verschiedener Meinung sein könnten, kraft ihrer Autorität nicht Stellung nehmen. Der Kardinal: „Ziel des Staates ist die Verwirklichung des irdischen Gemeinwohls. Ziel der Kirche das übernatürliche Heil der Menschen. Die frostige Trennung von Staat und Kirche und das abweisende Sich-nicht-Kennen sind deshalb abzulehnen.“

Wallmann dringt auf zentrale Daten-Bewertung

HH. Bonn

Umweltminister Walter Wallmann (CDU) hat den Entwurf eines „Gesetzes zur Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt“ fertiggestellt, der jetzt mit den übrigen Ministerien und den Ländern abgestimmt wird.

Das Gesetz soll bundeseinheitliche Regelungen zur Radioaktivitätsüberwachung schaffen, auf deren Grundlage „bei einem kerntechnischen Unfall oder einem anderen Ereignis mit ähnlichen radiologischen Auswirkungen bundeseinheitliche Schutzmaßnahmen“ getroffen werden können. Ein Informationssystem wird eingerichtet, und dem Umweltministerium (BMU) obliegt die „zentrale Bewertung der Daten“. Von dieser Vereinheitlichung verspricht man sich mehr Rechtssicherheit. Die nach Tschernobyl herrschende Verunsicherung der Bevölkerung könnte damit vermieden werden.

Durch Rechtsverordnung können auf der Grundlage von Dosis- und Kontaminationswerten „Verbote und Beschränkungen für Nahrungs- und Futtermittel ausgesprochen werden. Kontrollmaßnahmen an der Grenze und Verhaltensempfehlungen im Einzelfall ergänzen das staatliche Handlungsinstrumentarium“, heißt es in der Begründung. In Paragraph 12 ist die „Einschränkung von Grundrechten“ (im einzelnen körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person, Freizügigkeit sowie Unverletzlichkeit der Wohnung) geregelt.

Der erforderliche Ausbau der Meßkapazitäten im Rahmen der Bundes- und der Bundesauftragsverwaltung kostet den Bund in den ersten drei Jahren schätzungsweise 200 Millionen Mark. Die anschließenden laufenden Kosten des Bundes werden auf jährlich 50 Millionen Mark beziffert.

„Neuer Vorschlag der USA in Genf stellt Moskau vor große Probleme“

Skeptische Stimmen im Westen rechnen mit einer ablehnenden Antwort der Sowjets

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Der neue amerikanische Vorschlag, bei den Mittelstreckenraketen eine weltweite Obergrenze von 200 Atomsprengköpfen festzusetzen, wird in NATO-Kreisen als radikal empfunden. Nach der sowjetischen Weigerung, einer globalen Null-Lösung zuzustimmen – Moskau hatte dies mit der Bedrohung durch China begründet –, ist dies das bisher am weitesten gehende Angebot auf diesem Verhandlungsfeld.

Der mit den NATO-Verbündeten abgestimmte amerikanische Schritt, so glauben westliche Experten, dürfte jedoch der Sowjetunion erhebliche Probleme bereiten, zumal der Westen auf begleitenden Schritten zur Verifikation besteht und ferner Begrenzungen auf dem Feld der Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von weniger als 1000 Kilometern fordert, damit Moskau ein Abkommen nicht einfach durch eine andere Waffenkategorie unterlaufen kann. Gegenwärtig besteht gegenüber der NATO eine sowjetische Überlegenheit bei Kurzstreckenraketen im Verhältnis von zehn zu eins.

Eine sowjetische Reaktion auf den US-Vorstoß liegt noch nicht vor. Nach dem Vorschlag dürfte jede Seite 200 Sprengköpfe behalten, 100 in Europa und 100 in Asien. Washington würde seinen asiatischen Anteil in Amerika stationieren. Da jede sowjetische SS 20 drei Sprengköpfe hat, könnten westlich und ostwärts des 80. Längengrades jeweils nur 33 SS-20-Raketen mit jeweils 99 Gefechtsköpfen verbleiben: Für die Sowjetunion ein gewaltiges Opfer, denn sie unterhält derzeit weltweit 441 SS 20 mit 1323 Sprengköpfen. Danach müßte sie 1125 Atomgefechtsköpfe auf 375 Raketen aufgeben.

Die NATO hätte auf 472 Sprengköpfe von geplanten 572 zu verzichten und stünde zugleich vor anders gelagerten Problemen: Jeder Cruise-Missile-Starter hat vier Geschosse mit jeweils einem Atomsprengkopf. Die Pershing 2 hat einen Sprengkopf. Aus Gründen der Bündnissolidarität müßte dieser Waffen-Mix möglichst gleichmäßig in der Bundesrepublik, Belgien, den Niederlanden, Italien und Grossbritannien verteilt werden. Die Pershing 2 kann aber nur in der Bundesrepublik aufgestellt werden, weil ihre Reichweite lediglich 1800 Kilometer beträgt. Die Cruise Missiles fliegen 1000 Kilometer weiter. Über die damit verbundenen Fragen müßte in der Allianz verhandelt werden. Theoretisch könnte jedes Land außer der Bundesrepublik einen „Flight“ mit 16 Cruise Missiles aufnehmen. Das wären insgesamt 64 Marschflugkörper. In der Bundesrepublik würden 36 Pershing-2-Raketen verbleiben. Aber würde Bonn sich bereit finden, die größte Anzahl von Waffen auf seinem Territorium zu stationieren, würden die Niederlande sich mit Großbritannien auf eine Stufe stellen lassen wollen?

Ohne Kontrolle eines Abkommens, insbesondere auf dem Kurzstreckensektor, *wäre ein Vertrag nach NATO-*Ansicht nichts wert. Den rund 700 weitreichenden sowjetischen Kurzstrecken-Atomraketen stehen auf NATO-Seite nur 72 Pershing 1A der Bundeswehr gegenüber. Die sowjetischen Raketen sind in Großverbänden neben Panzern, Artillerie und anderen Waffen integriert. Das verschärft das Verifikationsproblem.

Die Sowjetunion wehrt sich, wie die eben beendete Stockholmer KVAE-Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen zeigt, zäh gegen jede weitreichende Kontrollmaßnahme. Beobachter befürchten, daß Moskau den US-Vorschlag für einen derart radikalen Raketenabbau als unannehmbar ansieht. (SAD)

Inspektionen reichen bis zum Ural

KVAE-Abschlußdokument legt Einzelheiten für Manöverbeobachtung in Europa fest

DW. Stockholm

Das Abschlußdokument der Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) sieht erstmals in der Geschichte der Rüstungskontrolle die Pflicht zur Zulassung von militärischen Inspektionen in Europa „zwischen Atlantik und Ural“ und gleichfalls die Pflicht zur Ankündigung von Manövern von Landstreitkräften von mehr als 13 000 Mann oder mehr als 300 Panzern vor. Das Dokument, dem die 33 europäischen Länder sowie die USA und Kanada als Konferenzteilnehmer gestern formell ihre Zustimmung erteilten, verlangt von allen europäischen Staaten – die Sowjetunion eingeschlossen –, pro Jahr dreimal Inspektionen vor Ort durch ausländische Beobachter bei Verdachtskontrollen zuzulassen.

Bekräftigt wird im KVAE-Dokument abermals der Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt, wie er schon in der Schlußakte von Helsinki im Mai 1975 festgelegt worden war. Gleichzeitig rufen die Teilnehmerstaaten „das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs in Erinnerung, wie es in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt ist“.

Wenn 17 000 Mann und mehr Landstreitkräfte (einschließlich amphibische, luftbewegliche und Luftlande-Truppen) in einem Manöver zusammengezogen werden, „unterliegen“ sie laut KVAE-Dokument „der Beobachtung“. Gleiches gilt für eine amphibische oder eine Landung von Luftlandekräften mit 5000 Mann und mehr. In diesen Fällen müssen bei den KVAE-Staaten je bis zu zwei Beobachter eingeladen werden. Ihnen „wird die Verwendung ihrer persönlichen Ferngläser gestattet, die der Prüfung und der Billigung durch den Gastgeberstaat unterliegen“.

Alle KVAE-Länder, auf deren Territorium in Europa Manöver stattfinden, sind verpflichtet, bis zum 15. November eine chronologische Übersicht über die militärischen Aktivitäten des nächsten Jahres abzugeben. Sie soll Merkmale und Zweck der Manöver, die beteiligten Staaten, das Übungsgebiet, die Dauer und die Gesamtstärke des beteiligten Personals angeben. Manöver mit mehr als *40 000 Mann müssen schon für das* übernächste Jahr und mit mehr als 75 000 Mann noch ein Jahr früher angekündigt werden. Übungen mit mehr als 13 000 Mann oder mehr als 300 Panzern müssen spätestens 42 Tage im voraus angezeigt werden.

Bei den bis zu drei Inspektionen, die jeder KVAE-Staat in Europa auf seinem Territorium zulassen muß, soll das Beobachtungsteam nicht mehr als vier Personen umfassen. Die Gründe für das Inspektionsersuchen sind dem Empfangsland bekanntzumachen. Dieses muß innerhalb von 24 Stunden antworten und es dem Beobachtungsteam ermöglichen, innerhalb von 36 Stunden in dem Gebiet zu sein, das inspiziert werden soll. Innerhalb von 48 Stunden nach dem Eintreffen muß die Beobachtung beendet werden. Flugzeuge, Hubschrauber und Landfahrzeuge sind als Transportmittel erlaubt. „Die für die Inspektion zu verwendenden Luftfahrzeuge werden in gegenseitigem Einvernehmen zwischen inspizierendem Staat und Empfangsstaat gewählt“, verlangt das Dokument.

Grüne streiten über „Angriff“ auf SPD

dg. Hanau

Das Ermittlungsverfahren gegen den Geschäftsführer der Hanauer Nuklearfabriken Alkem und Reaktor-Brennelemente Union, Alexander Warrikoff, steht vor dem Abschluß. Der Hanauer Oberstaatsanwalt Farwick sagte gestern, über eine Anklage soll bis Ende nächster Woche entschieden werden. Warrikoff wird vorgeworfen, ohne atomrechtliches Genehmigungsverfahren wesentliche Änderungen am Produktionsablauf bei Alkem vorgenommen zu haben.

Inzwischen hat die Ankündigung einer Demonstration „für die sofortige und weltweite Stillegung aller Atomanlagen“ am 8. November in Hanau Streit unter den Grünen ausgelöst. Die von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Partei sowie 40 Gruppen getragene Großkundgebung wird zwar von den hessischen Grünen unterstützt, doch unterzeichnen diese den nach ihrer Ansicht „sektiererischen“ Aufruf zur Demonstration nicht mit. Begründung: Er enthalte „unsinnige und pauschale Angriffe“ gegen die SPD, mit der die hessischen Grünen eine Koalition eingegangen sind.

Spontanes Gebet im Konzertsaal

KNA, Lemberg

Zu einem Eklat bei dem Auftritt der Sängerin Sofia Rotaru ist es Anfang September in Tschernowetz in der Bukowina gekommen. Nachdem die Sängerin Lieder des ermordeten ukrainischen Liedermachers Iwasiuk vorgetragen hatte, erhoben sich die Zuhörer spontan und beteten laut für den wahrscheinlich von Sicherheitskräften 1979 umgebrachten Wolodymyr Iwasiuk. Die anwesende Miliz habe, so Augenzeugen, nur hilflos zusehen können.

Iwasiuk war in einem militärischen Sperrgebiet am Stadtrand von Lemberg *erhängt aufgefunden worden.* Die offizielle Version, der Liedermacher habe Selbstmord begangen, wurde von der Bevölkerung nicht akzeptiert. Iwasiuk war zuvor mehrmals vom Sicherheitsdienst KGB vorgeladen und verhört worden. Das Grab des Sängers wird von der Bevölkerung ständig mit Blumen geschmückt. Auch Meßstipendien werden in den Kirchen Lembergs gestiftet, wobei in den Gebeten nicht des verstorbenen, sondern des „ermordeten Wolodymyr“ gedacht wird.

Kirchen für „gezielten Druck“

idea, Hannover

Verschiedene Kirchen in Nordamerika, Westeuropa und in Südafrika haben übereinstimmend „zumindest für gezielten, ausgewählten Druck“ gegen die Regierung in Pretoria plädiert. Dies verlautete nach einem Gespräch des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit Kirchenvertretern aus den USA, Kanada, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien und Norwegen sowie dem Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC), Christian Beyers Naude.

Die Druckmaßnahmen sollten, so hieß es in einem Kommuniqué, ein „deutliches Zeichen für einen in Südafrika selbst zu schaffenden grundlegenden, friedlichen Wandel sein, der größeres Blutvergießen vermeiden helfen könnte“. Mit größter Sorge sähen alle Beteiligten, daß derzeit noch keine Änderung der Situation zu erkennen sei. Die Kirchen würden nicht nachlassen, „für die Opfer zu sprechen und denen, die Macht haben, ins Gewissen zu reden“. Es gehe darum, daß schwarze und weiße Christen eine gemeinsame Zukunft in Südafrika haben könnten.

Die SED, West-Autos und die Pädagogik

HANS-R. KARUTZ, Berlin

„Die West-Autos haben viel besseren Lack, auch Glitzerfarben ... Die drüben bauen prima Autos. Überhaupt ist vieles bei ihnen besser als bei uns ...“ Solche und ähnliche Äußerungen von Kindern in der „DDR“ über Erlebnisse mit West-Verwandten und über deren Lebensstil rufen jetzt die SED-Pädagogen auf den Plan. Die Zitate stammen aus einer gerade erschienenen Anleitung zum pädagogischen Handeln. Nicht mehr „Sprüche klopfen, Phrasen dreschen“, sondern kommunistische Ideale mit viel Einfühlungsvermögen in die Herzen der Erstklässler tragen – das ist die neue (Strom-)Linie in der „DDR“-Pädagogik.

Hinter dem unscheinbaren Büchlein mit dem Titel „Ethische Gespräche mit jüngeren Schulkindern“ aus dem Verlag „Volk und Wissen“ verbirgt sich der von Ministerin Margot Honecker forcierte, neue Trend der „DDR“-Pädagogik: Wo die 30 Jahre alten Holzhammermethoden bei der Vermittlung von Feindbildern versagten, soll nun das Unterscheiden in Gut (Ost) und Schlecht/Böse (West) mehr Erfolg verschaffen.

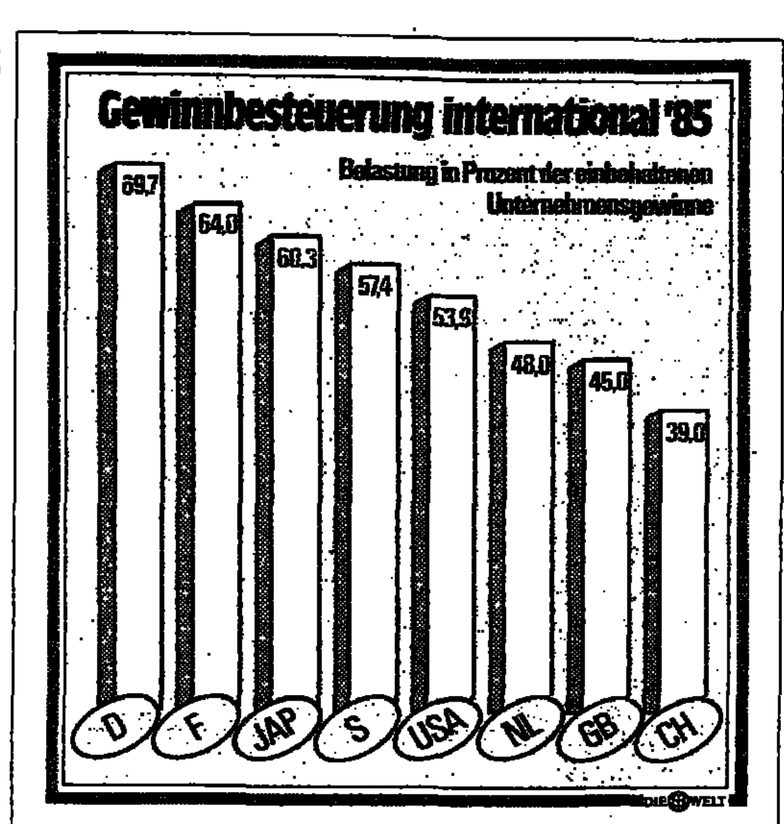
Autorin Helga Leistner macht den Lehrern der Grundschulklassen klar, was sie den 233 300 ABC-Schützen, die jetzt in die Schulen eingerückt sind, nicht antun sollten: „Man kann *über die Köpfe hinweg* reden, Moralpredigten halten, eine Litanei vom Stapel lassen, jemandem eine Standpauke halten ... reden und doch nichts sagen.“ Da müsse man schon einfühlsamer vorgehen und brauche auch keine Bedenken vor Überforderung zu haben. Denn: „Schon jüngere Schulkinder werden mit unterschiedlichen politischen Anschauungen konfrontiert.“

Die Autorin räumt ein, daß die Kleinen von den „DDR“-Großen sogar „falsche, irrige oder gar feindliche politische Auffassungen“ hörten. Kinder müßten sich einen Reim darauf machen. Schlimm sei's mit dem West-Fernsehen: Es transportiere oft „falsche und feindliche“ Dinge in „geschickt gemachten Manipulierungen“.

Was tut nun der ordentliche „DDR“-Lehrer, der fortan nicht nur Schwarzweiß-Malerei betreiben will? Er packt den ideologischen West-Stier bei den Hörnern. Die Pädagogin nimmt die Geschichte von den Jungen als Beispiel, die um einen Mercedes herumstanden und Lob austeilten: „Hatten die Kinder recht oder nicht?“, fragt sie, feinfühlend, die Klasse. „Schüler 1“ antwortet darauf spontan: „Die Autos sind gut. Sie haben viele Sorten.“ Man kommt dann auf die Arbeitslosen, die ihren Wagen aus Not verkaufen müßten.

Aber „Schüler 2“ kontert sogleich: „Nein: Die Arbeitslosen kriegen trotzdem Geld. Da können sie ihr Auto behalten. Mein Onkel hat seins auch noch.“ Man landet schließlich bei dem „viel teureren“ Brot, Fleisch und der Milch im Westen. Und den hohen Mieten. Dies alles aber sei entscheidender als das, zugegeben, „besonders chice Auto“.

Vielleicht wäre es besser, den West-Onkel einmal in eine „DDR“-Schulklasse zu bitten. Damit er, ins „ethische Gespräch mit jüngeren Schulkindern“ vertieft, zur Wahrheitsfindung beitragen kann.



Die deutschen Unternehmen werden von Vater Staat stärker als ihre Konkurrenten im Ausland zur Kasse gebeten. Deshalb wird *insbesondere eine Reform der Gewerbesteuer gefordert.*
GRAFIK: DIE WELT

WELTWIRTSCHAFT

EG: Dreitägige Expertengespräche mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe haben in Genf begonnen. (S. 10)

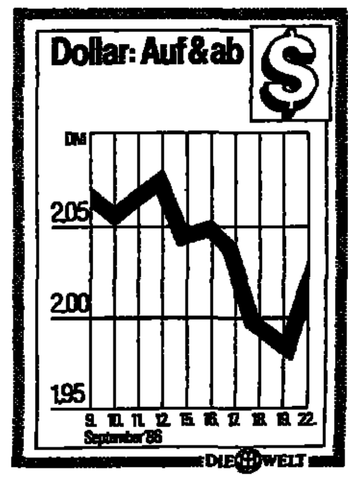
Südkorea: Die Asiaten bieten Technologie zu Schleuderpreisen. Die Japaner fürchten die Konkurrenz nach eigenem Muster.(S. 10)

Stahlquoten: Eine Einigung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist noch nicht in Sicht. (S. 10)

Italien: Die Konjunkturaussichten sind weiter positiv. Die hohe Inflation läßt keine Zinssenkung zu. (S. 10)

England: Der in finanzielle Schwierigkeiten geratene Austin Rover-Konzern plant den Verkauf eines Werkes an Honda. (S. 10)

FÜR DEN ANLEGER



Dollar: Die US-Währung ist in Reaktion auf die jüngsten Beschlüsse des EG-Finanzministerrates kräftig angestiegen. In Frankfurt wurde ein amtlicher Mittelkurs von 2,0300 (Freitag: 1,9950) DM festgestellt.

Liquidität: Zum unveränderten Festzins von 4,35 Prozent bietet die Bundesbank eine 28tägige Anschlußfinanzierung für ein auslaufendes Wertpapierpensionsgeschäft an.

Optionsscheine: Das Bankhaus Delbrück emittiert zwei Varianten von Optionsscheinen zum Erwerb 6,75prozentiger Bundesobligationen, die mit einem „Verwässerungsschutz" gegen den während der Laufzeit der Bundesobligationen eintretenden Renditenrück*gang ausgestattet* sind.

Kurszettel: Die WELT veröffentlicht ab heute alle am deutschen Markt notierten Aktien inklusive Freiverkehr. Auch der Bereich Auslandsaktien wurde erheblich erweitert.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 270,25 (268,02); Chemie: 160,71 (159,40); Elektro: 319,77 (319,61); Auto: 712,72(703,61); Maschinenbau: 152,25 (150,52); Versorgung: 153,75 (152,98); Banken: 400,23 (396,70); Warenhäuser: 167,18 (166,82); Bauwirtschaft: 530,26 (523,16); Konsumgüter: 179,62 (176,02); Versicherung: 1421,69 (1409,09); Stahl: 148,63 (147,89).

Kursgewinner:	DM	+ %
De Beers	16,30	7,95
Homestake Min.	61,90	7,84
Massa AG. Vz.	552,00	7,81
Highveld Steel	3,10	6,90
Sumitomo Metal	2,35	6,82

Kursverlierer:	DM	– %
van Ommeren	29,70	4,81
MAN Rol.	589,00	4,77
Arbed SA	102,00	4,67
Nichii Co.	21,00	4,55
Dyckerhoff Vz.	247,50	4,44

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Uneinheitlich

MÄRKTE & POLITIK

Benzin: Die Preise, die zuletzt am 8. September um drei Pfennig erhöht worden waren, sinken wieder um einen Pfennig. Regional sind große Preisunterschiede zu verzeichnen.

Ölmarkt: Die Rohöleinfuhren der Bundesrepublik Deutschland sind in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 3,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	19. 9. 86	18. 9. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	167,00	170,00	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	118,00	118,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	72,50	68,00	51,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Thyssen Nordseewerke: Die Großwerft hat die Anpassung abgeschlossen. (S. 11)

Wicküler: Die Gruppe beteiligt sich an der Privat-Brauerei Carl Bremme.

Werbeausgaben: Insgesamt wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 5,6 Mrd. DM für Werbung ausgegeben – 6,3 Prozent mehr *als ein Jahr zuvor.*

Schiffbau: Die deutschen Werften hatten Mitte des Jahres einen Auftragsbestand von 83 Einheiten mit 591 000 Bruttoregistertonnen.

Schlagabtausch Bonn–Washington auf der IWF-Tagung erwartet

Stoltenberg schweigt sich über die Vereinbarungen von Gleneagles aus

HEINZ HECK, Bonn

Erst im direkten Gespräch mit der amerikanischen Regierung will sich Finanzminister Stoltenberg zu den seit Wochen von Washington erhobenen Forderungen nach konjunkturbelebenden Maßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank äußern. Der Minister war auch auf zahlreiche Fragen nach möglichen Interventionen zur Dollar-Stützung nicht bereit, die von den Finanzministern und Notenbankpräsidenten der EG bei ihrem Treffen am Wochenende im schottischen Gleneagles beschlossene Marschroute zu den US-Forderungen zu erläutern.

Stoltenberg und Entwicklungsminister Warnke erklärten auf der traditionellen Pressekonferenz vor der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Bonn, die weltwirtschaftliche Entwicklung und die Lage der hochverschuldeten Entwicklungsländer seien erneut „Hauptthema" der Beratungen. Neben ermutigenden Entwicklungen gebe es auch „Risiken und Ungleichgewichte". Die Außenhandelsungleichgewichte vor allem der USA und Japans seien „ernsthafte Problemfelder".

Einige der Hochverschuldeten hätten die Chancen des weltweiten Aufschwungs genutzt und durch eine wirksame Anpassungspolitik ihre außenwirtschaftliche Lage verbessert. Vor allem der Ölpreisrückgang habe die Lage der Ölexporteure unter den Schuldnerländern „erheblich verschärft". Sie müssen laut Stoltenberg 1986 mit einem Exporterlösrückgang von gut 30 Prozent und einem Umschwung ihrer Leistungsbilanzen von *einem leichten Überschuß in einen* Fehlbetrag von 35 bis 40 Milliarden Dollar rechnen.

Beim Treffen in Washington gehe es darum, die Ursachen bestehender Ungleichgewichte durch konsequente politische Entscheidungen abzubauen. Auf der Grundlage der einzelfallbezogenen Schuldenstrategie soll den Ölexporteuren unter den Schuldnern wirksam geholfen werden. Beide Minister werteten die Vereinbarungen der GATT-Tagung in Punta del Este zum Abbau des Protektionismus, auch in der Agrarpolitik, positiv. Stoltenberg nannte die „aufgeschlossene Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die durch den Ölpreisverfall mitverursachte Verschärfung der Probleme in Mexiko ... ein Beispiel für die situationsgerechte Hilfe". Nun müßten auch die Geschäftsbanken „ihren Anteil am Finanzierungspaket übernehmen".

Der sogenannte Erweiterte Zugang soll nach Meinung Stoltenbergs um ein weiteres Jahr bis Ende 1987 verlängert werden. Dieses Instrument war 1981 nach der zweiten Ölpreisexplosion als vorübergehende Maßnahme zur Erweiterung der regulären Kreditmöglichkeiten des IWF eingeführt und zunächst bis 1983 befristet, dann aber jeweils um ein Jahr bis 1986 verlängert worden.

Auch Warnke registriert eine Stärkung der Weltbankrolle bei der Überwindung der Schuldenprobleme in der Dritten Welt. Dies machten schon die Zahlen deutlich: Die klassische Projektfinanzierung habe relativ an Bedeutung verloren. Knapp ein Fünftel der Zusagen entfiel im letzten Geschäftsjahr auf Anpassungsprogramme. Sie antworte damit „konstruktiv auf die weiter wachsende Bereitschaft der Schuldnerländer zu Politikreformen".

Der Minister erwartet für die sogenannte 8. Wiederauffüllung der Weltbanktochter IDA offenbar doch noch, daß das auch von Bonn anvisierte Volumen von zwölf Milliarden Dollar trotz amerikanischer Zurückhaltung erreicht werde. Bonn steuere mit über 1,3 Milliarden Dollar den – gemessen am Bruttosozialprodukt – höchsten Beitrag unter den großen Gebern bei und demonstriere Bereitschaft zur Unterstützung gerade der ärmsten Länder.

Kritik an Düsseldorfer Begehrlichkeit

HH, Bonn

Die Absicht der Düsseldorfer Landesregierung, im Haushalt 1987 die Grunderwerbsteuer ganz für die Landeskasse zu vereinnahmen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) als „falschen Weg" kritisiert. Bisher verbleiben zwei Drittel der Einnahmen bei den Gemeinden. Diese sollten zwar durch erhöhte Schlüsselzuweisungen „einen gewissen Ausgleich" erhalten. Doch fürchteten sie per Saldo Einnahmeverluste. Tatsächlich brächten solche steuerpolitischen Eingriffe deren Haushalte „noch stärker als bisher an den Zuweisungstropf", schreibt das dem Bundesverband der Deutschen Industrie nahestehende Institut. Die Stellung gegenüber den anderen Gebietskörperschaften, speziell den Ländern, sei ohnehin schwach.

Um sich „einen Rest von Handlungsspielraum zu sichern", drehten die Gemeinden häufig an der Hebesatzschraube der Gewerbesteuer, der wichtigsten verbliebenen eigenen Einnahmequelle. Das Ergebnis sei negativ. Denn die steuerliche Spitzenbelastung der Unternehmen werde erhöht und zwinge zu Einsparungen. „Die Bewältigung des Arbeitslosenproblems durch vermehrte Neueinstellungen wird dadurch nicht gefördert", resümiert das IW.

AUF EIN WORT



„Wir leben heute in einer Gesellschaft, die ja sagt zum Produkt und nein zur Produktion."

Prof. H. C. Röglin, Institut für angewandte Sozialpsychologie, Düsseldorf
FOTO: DIE WELT

Kleinaktionäre profitierten von Privatisierung

HH, Bonn

In keiner anderen Legislaturperiode seien so viele Anteile von Bundesunternehmen an private Anleger, meist Kleinaktionäre, verkauft worden wie in dieser. Der CDU-Abgeordnete Gunnar Uldall belegt diese Aussage mit folgenden Zahlen. In der Zeit von 1982 bis 1986 hätten die Verkaufserlöse 1,54 Milliarden Mark betragen. Demgegenüber sind in der Zeit von 1957 bis 1961 1,2 Milliarden und von 1961 bis 1965 1,17 Milliarden Mark durch Verkauf von Volksaktien eingenommen worden.

Die Erlöse dieser Legislaturperiode stammen aus dem Verkauf von Veba- und Viag-Aktien. Der Betrag werde sich aber noch erhöhen, wenn ein Bankenkonsortium im Oktober 40 Prozent der bundeseigenen Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) privaten Anlegern zum Kauf anbiete. „Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit" habe sich der Abbau bei den mittelbaren Beteiligungen vollzogen, also den Töchtern bundeseigener Unternehmen. Der Bund habe bei insgesamt 45 Unternehmen seinen Einfluß vermindert: Elf Gesellschaften seien aufgelöst worden, bei 34 weiteren sei die Beteiligung ganz oder teilweise an Private veräußert worden.

Start zum großen Anleger-Rennen

WILHELM FURLER, London

Morgen beginnt in der Londoner City ein faszinierendes Rennen. Kein Radrennen kreuz und quer durch die berühmte „Quadratmeile" um die Bank von England, auch kein Jogger-Marathon für Broker und Versicherungsmakler durch die Straßen und verwinkelten Gassen zwischen St. Paul's Cathedral und Tower. Die Startflagge fällt vielmehr für das „Great Investment Race", das ein ganzes Jahr lang die Büros von sechs führenden Stockbrokerhäusern und Anlagemanagementfirmen in der City in Atem halten wird.

Die sechs „Mannschaften" werden ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen, ein Portfolio in Höhe von jeweils *35 000 Pfund oder 106 000 DM bis* zum 23. September nächsten Jahres so gewinnbringend wie möglich zu verwalten. Sieger wird jenes Team sein, daß zum Ende des großen Investment-Rennens das Portfolio mit dem höchsten Wert vorweisen kann. Der gesamte Gewinn, den die sechs Mannschaften erzielen, wird ausschließlich wohltätigen Zwecken zufließen.

Die sechs Mannschaften wurden aus verschiedenen Aktivitätsbereichen der Londoner City ausgewählt. Sie zählen zu den bedeutendsten Instituten am Finanzplatz London:

- Bell Lawrie mit Hauptsitz in Edinburgh ist einer der größten regionalen Börsenhändlerhäuser in der City;
- Fidelity Investment Services gehört zu einer der größten Investmentfondsgesellschaften der Welt – in den USA ist Fidelity mit großem Abstand Marktführer bei Investmentfonds;
- Hoare Govett zählt zu den angesehensten Stockbrokerfirmen in der Londoner City;
- L. Messel gehört über das Mutterhaus Shearson Lehman zur American-Express-Gruppe und handelt als Londoner Broker sowohl in Aktien als auch in Anleihen;
- Nomura Securities ist Japans größte Wertpapierhandelsgruppe, möglicherweise ist sie sogar die größte der Welt; gemeinsam mit dem US-Wertpapierhaus Merrill Lynch trat Nomura als erste nichtbritische Londoner Börse bei;
- Prudential, das größte Versicherungsunternehmen Großbritanniens, verwaltet gut 21 Mrd. Pfund (64 Mrd. DM) an Anlagevermögen.

Von der „Pru" werden auch die 210 000 Pfund für die sechs Portfolios als zinsloses Darlehen für ein Jahr zur Verfügung gestellt. Die Bedingungen für die Mannschaften sind so einfach wie möglich, da praktisch in jeder Form gegenwärtiger Anlagemöglichkeiten investiert werden kann. Dazu zählen: Jedes Wertpapier, das an der Londoner Börse gehandelt wird, Währungs-Depositen, Investmentfonds, Termin- und Optionsgeschäfte. Die praktisch einzige Bedingung ist, daß jede vorgenommene Investition auch von jedem Privatanleger durch Brokerhäuser und Finanzinstitute an den Börsen in Westeuropa, also auch in der Bundesrepublik Deutschland, in Australien, Hongkong, Japan, USA und Großbritannien durchgeführt werden könnte.

Jedes Team kann die Zusammensetzung seines Portfolios jederzeit ändern. Das Abschneiden wird von der Abteilung Computerdienste des Stockbrokerhauses Wood Mackenzie überwacht und der Stand des Rennens in regelmäßig erscheinenden Berichten in der Financial Times veröffentlicht. Der gesamte „Renn-Gewinn" geht ausschließlich an geistig und körperlich Behinderte sowie an Wohltätigkeitsorganisationen, die verhältnismäßig selten mit Spenden zu rechnen haben, weil sie Randgruppen der Gesellschaft wie zum Beispiel Drogensüchtige oder Alkoholkranke betreuen.

Ob es hilft?

hg – Die Weinbrennerei Asbach in Rüdesheim wehrt sich: Gegen jene Einzelhandelsunternehmen, die die Marken Asbach Uralt und Fürst Bismarck in der Werbung zu Niedrigstpreisen ausloben, um damit Kunden in ihre Geschäfte zu locken. Asbachs Waffen sind Anzeigen, in denen der Verbraucher gebeten wird, „trotz dieser verführerischen Werbung" seinem Kaufmann treu zu bleiben. Ob es hilft?

So natürlich nicht, denn der Verbraucher, der aus Treue zu seinem Kaufmann darauf verzichtet, den Schnaps ein paar Mark billiger zu erwerben, ist in einer Marktwirtschaft nicht vorgesehen. Selbstverständlich weiß man das auch in Rüdesheim, und bei näherem Hinsehen wird offenbar, daß Handel und Gastronomie die Adressaten der Botschaft sind. Beiden wird unmißverständlich klar gemacht, daß sich Asbach seine Marken nicht durch Preisaktionen einiger hungriger Einzelhändler herunterwirtschaften läßt. Würde dies nämlich geschehen, wären die Rüdesheimer eines Tages sozusagen das Rückgrat ihres Geschäfts los: Ihre „Gegen-Anzeige" soll Kunden beruhigen, die auf Lockvögel irritiert reagieren könnten.

So gesehen macht die Kampagne Sinn, zumal ihr ein offener Brief vorgeschaltet ist, in dem die Asbach-Geschäftsleitung den 1200 Vertragsgroßhändlern versichert, daß auch großen Abnehmern keine Sonderrabatte eingeräumt werden: mithin liefere man auch keinem Händler die Munition für etwaige Lockvogelaktionen. Damit räumen *sie freilich ein, daß die Aktionitis im* Handel von manchem Markenartikler heimlich finanziert wird, der sie in der Öffentlichkeit bitter beklagt. Ob die Gegen-Offensive auch an deren Adresse gerichtet ist?

Kein Heilmittel

tl. – Für manchen mag heute das Jahr Null in der Kostendämpfungsgeschichte des Gesundheitswesens anbrechen: Die Preisvergleichsliste wird verabschiedet. Ist damit das Allheilmittel gegen die Ausgabenexplosion – die auch im ersten Halbjahr 1986 den Lohnanstieg überholt hat – gefunden? Wohl kaum. Nicht mal die Hälfte des Verordnungsmarktes ist in die Liste aufgenommen. Ob die Vergleichbarkeit der Kosten für ein Medikament durch die sogenannte „Mittlere Tagesdosis" gewährleistet ist, steht in den Sternen. Angesichts dieser Mängel und Fragen bleibt Skepsis: Es gibt vielversprechendere und marktwirtschaftlichere Lösungen – etwa die prozentuale Selbstbeteiligung – als dieses obrigkeitsstaatliche Instrument.

Zögernde Verbraucher

Von HEINZ HILDEBRANDT

Stabile Preise und gestiegene Realeinkommen haben die Kaufbereitschaft in weiten Kreisen der Bevölkerung erheblich steigen lassen und so wesentlich zur Belebung der Konjunktur beigetragen. Ganz offensichtlich profitieren davon im privaten Bereich in erster Linie die Anbieter langlebiger Güter, etwa die Automobilbranche, die Rekordumsätze meldet.

Die Hersteller von Nahrungsmitteln und Getränken stehen dagegen immer noch am Ende der Schlange. Sie warten nach wie vor auf eine signifikante Aufwärtsbewegung, und das aus gutem Grund: Im Wettbewerb mit den langlebigen Gütern – auch im Haushalt –, mit den Ausgaben rund ums Auto und auch mit denen für die Urlaubsreise ziehen sie vielfach *den kürzeren.*

Stabile Preise fördern die Kaufbereitschaft. Bisher profitierten davon vor allem die Anbieter langlebiger Konsumgüter; die Hersteller von Nahrungsmitteln stehen noch im Abseits.

So ist beispielsweise den Wirtschaftsrechnungen des Statistischen Bundesamtes zu entnehmen, daß die Ausstattung der deutschen Haushalte mit elektrotechnischen Erzeugnissen weiterhin zugenommen hat, und zwar vor allem in den unteren Einkommensgruppen, *wo bisher auf diesem Gebiet noch* ein Nachholbedarf bestand. Gestiegen sind hier auch die Ausgaben für die Gesundheitspflege, durchweg jedoch nicht die für die Ernährung.

Selbst bei den einkommensstärkeren Haushalten blieben diese Ausgaben nahezu konstant; hier wurde der Einkommenszuwachs im wesentlichen gespart, eine Entwicklung, die auch zur Zeit noch anhält.

Die Sparquote bundesdeutscher Haushalte, die 1981 bei 14,7 Prozent lag und bis 1983 auf 12,5 Prozent zurückfiel, hat nach dem 10,1-Prozent-Tiefstand im dritten Quartal 1985, wohlgemerkt in den Urlaubsmonaten, wieder kräftig angezogen. Im ersten Quartal 1986 erreichte sie die Rekordmarke von 16,1 Prozent, und das stimmt die Hersteller von Konsumgütern, Lebensmitteln und *Getränken nicht gerade freudig.*

Sie haben sich längst damit abgefunden, daß hier der Kauf eben nicht geplant, sondern mehr routinemäßig erfolgt und deshalb keinen großen Schwankungen unterliegt – nicht einmal beim Einsatz aller werblichen Mittel.

Auch die sinkenden Bevölkerungszahlen gehen zu Lasten dieser Produzenten. Am Jahresende 1985 hatte die Bundesrepublik immerhin 151 000 Einwohner weniger als zum Jahresbeginn, ein Nachfrageausfall von der Größenordnung einer Stadt wie Solingen. Schließlich fällt auch die Zahl von zwei Millionen Arbeitslosen ins Gewicht, obwohl deren Kaufkrafteinschränkung den Lebensmittelbereich wohl noch am wenigsten tangiert.

*Dabei hat die Nahrungsmittelin*dustrie ganz wesentlich zum stabilen Preisniveau in unserem Lande beigetragen. Ihre Arbeitsproduktivität nahm 1985 um 6,6 Prozent zu, die der übrigen Industrie dagegen nur um vier Prozent. Ähnlich positiv war und ist auch der Einfluß auf den Preisindex der Lebenshaltung. Er stieg von 1984 bis 1985 um zwei Prozent, 1985 waren es 1,5 Prozent. Die Preise der Nahrungs- und Genußmittelindustrie stiegen dagegen von 1984 bis 1985 nur um 0,8 Prozent. Für das erste Halbjahr 1986 wird sogar mit einer Rate von minus 0,6 *Prozent* gerechnet, also mit Preissenkungen.

Dennoch gibt es für die Lebensmittelhersteller und für den Handel mit diesen Produkten einige Lichtblicke. Umfra*geergebnisse bei Verbrauchern aus* jüngster Zeit lassen erkennen, daß die Konsumbereitschaft zumindest wieder leicht anzieht. Bereits 34 Prozent aller Befragten gaben an, daß ihnen für den Einkauf von Lebensmitteln wieder mehr Geld zur Verfügung steht als noch vor einem Jahr, und trotz der hohen Sparquote wollen 32 Prozent jetzt wieder mehr das Leben genießen und weniger sparen, sieben Prozent unbedingt und 25 Prozent vielleicht.

Hochwertige Produkte profitieren am meisten von solchen Trends, das zeigen die Zuwachsraten in solchen Segmenten. So lag der Umsatz von Sekt per Ende Juli 1986 bereits um beachtliche 9,3 Prozent über den Vergleichszahlen des Vorjahres. Auch andere konkrete Hinweise auf eine gewisse Trendwende gibt es. Erstmalig seit Jahren haben die Verbraucher nach der Rückkehr aus dem Urlaub ohne Erholungspause für ihre Finanzen wieder kräftig eingekauft, und zwar in allen Bundesländern.

Die Lebens- und Genußmittelbranche darf also etwas zuversichtlicher in die Zukunft schauen, obwohl zu überschwenglichen Erwartungen noch kein Anlaß besteht. Vielleicht aber werden diese vom Weihnachtsgeschäft erfüllt.

Streibl: Neues Steuersignal setzen

sz. München

Mit einer raschen Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs durch eine Senkung aller Steuersätze in einem Gesamtvolumen von rund 40 Mrd. DM in der nächsten Legislaturperiode sollte die Bundesregierung zeigen, daß alle Bundesbürger am konjunkturellen Aufschwung partizipieren. Zudem wäre nach Ansicht des bayerischen Finanzministers Max Streibl schon eine Senkung des Spitzensteuersatzes von derzeit 56 Prozent auf eine Größenordnung von 45 bis 49 Prozent ein „enormes wirtschaftspolitisches Signal".

Damit würde dann nicht nur jedem Arbeitnehmer verdeutlicht, daß sich Leistung wieder lohne, sondern gleichzeitig könnte dadurch auch die Kapitalkraft der vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen erheblich gestärkt werden. Eine Senkung des Eingangssteuersatzes von 22 auf 20 Prozent sowie eine Abflachung der Progressionskurve sowie unter anderem die Abschaffung der Gewerbeertrag- und Gewerbekapitalsteuer seien sowohl „psychologisch als auch volkswirtschaftlich am effektivsten".

Finanziert werden dürfte diese Reform, so Streibl, allerdings nicht über eine gleichzeitige Anhebung anderer Steuersätze. Vielmehr sollte der Bundesfinanzminister an seinem bisher „soliden Kurs" festhalten und die Ausgaben des Staates pro Jahr um nicht mehr als drei Prozent steigen lassen. Schon dann wäre eine solche Reform praktizierbar.

Äußerst positiv äußerte sich Streibl zu dem jüngsten Vorschlag Helmut Schlesingers, daß alle Bundesländer sich zu einem gemeinsamen Emissionsfonds zusammenschließen sollten, um auf den Kapitalmärkten als interessanter Kreditnehmer auftreten und günstigere Konditionen aushandeln zu können.

EG-Kommission: Weitere Auflockerung der Stahlquoten

Narjes verteidigt Stufenplan der Brüsseler Behörde als „ausgesprochen maßvoll" – Baldige Einigung nicht zu erwarten

WILHELM HADLER, Brüssel

Trotz beträchtlicher Widerstände will die EG-Kommission an ihren Vorschlägen für eine weitere Auflokkerung des Quotensystems in der europäischen Stahlindustrie festhalten. Nach Meinung ihres Vizepräsidenten Karl Heinz Narjes bleibt angesichts der wirtschaftlichen Gesundung der Branche gar keine andere Wahl, als der „geordnete Übergang" zu den normalen Bestimmungen des Montanvertrages.

Narjes verteidigte gestern den Stufenplan der Brüsseler Behörde als „ausgesprochen maßvoll". Die zum 1. Januar für eine Herausnahme aus dem „Krisenregime" nach Artikel 58 vorgesehenen Erzeugnisgruppen seien durch die Quotenzuteilungen der letzten Zeit bereits so weit auf eine Freigabe vorbereitet worden, daß „irgendein Bruch auf dem Markt" nicht zu erwarten sei.

Dagegen ist die Mehrheit der im Verband Eurofer zusammengeschlossenen Großunternehmen dafür, es zunächst bei dem 1985 beschlossenen Liberalisierungsgrad zu belassen. Er betrifft lediglich Betonstahl und „sonstige beschichtete Bleche", so daß trotz der im Grundsatz beschlossenen Beendigung des Ausnahmezustands bis 1988 gegenwärtig noch immer 65 Prozent der unter den Vertrag fallenden Erzeugnisse kartellähnlichen Produktionsbeschränkungen unterworfen sind.

Der Ministerrat hatte Ende vergangenen Jahres erst nach langem Tauziehen eine Aufhebung der Quoten für diese beiden Erzeugnisgruppen zugestimmt. Schon damals hatte die Kommission auch Walzdraht und Stabstahl wieder dem freien Wettbewerb öffnen wollen, der freilich noch immer durch Beihilfen verfälscht wird. Als zusätzliche Erzeugnisse will sie jetzt verzinkte Bleche und bestimmte schwere Profile quotenunabhängig machen. Falls sie sich durchsetzen sollte, wären damit ein Jahr vor der völligen Freigabe der Produktion nur noch 44 Prozent der Erzeugung Mengenbeschränkungen unterworfen.

Nach Ansicht der integrierten Stahlunternehmen kommt die vorgesehene Quotenbefreiung vornehmlich den kleinen und mittleren Erzeugern zugute. Auch die Kommission räumt ein, daß in den letzten Jahren eine Verlagerung der Walzdraht- und Stabstahlerzeugung auf kleinere Elektrostahlwerke eingetreten sei. Diese seien jedoch in der Lage sich besonders schnell auf veränderte wirtschaftliche Bedingungen einzustellen. Auch bei Stahlprofilen beschwerten sich die kleineren Unternehmen zunehmend über die starren Quoten.

Narjes sagte, ein Teil der Stahllobby versuche durch „düstere Klagen" das Bild von der zunehmenden Gesundung der. Unternehmen zu verdunkeln. Aber so würden offenbar auch „nationale Ziele" verfolgt. Gemeint war die Verpflichtung der aus den roten Zahlen herausgelangten deutschen Gesellschaften, ihre Staatsbeihilfen zurückzuzahlen.

Narjes hielt den Kritikern von Eurofer entgegen, daß die Gemeinschaft nicht mehr beliebig Zeit habe. Jederzeit könne ein Unternehmen die Abschaffung des Quotenkartells beim Europäischen Gerichtshof einklagen. Die Voraussetzungen für das Krisensystem seien nicht mehr gegeben.

Zwar seien noch längst nicht alle Strukturprobleme der Branche gelöst, doch könnten die weiteren Anstrengungen nun in eigener Verantwortung getroffen werden.

Nach Angaben der Kommission haben die Dollarentwicklung und die gesunkenen Energiepreise der Stahlindustrie Kosteneinsparungen zwischen 15 und 25 Prozent gebracht. Trotz der dadurch mitbeeinflußten Preissenkungen seien dem Großteil der Unternehmen erhebliche Gewinne geblieben. Denn in den schwersten Jahren der Stahlkrise (1977 und 1982) seien die Importe aus Drittländern höher gewesen als im ersten Halbjahr 1986. Der geringere Export müsse vor dem Hintergrund gesehen werden, daß die Ausfuhren von 1985 Rekordzahlen erreicht hätten.

Der Ministerrat wird sich am 20. Oktober mit den Stahlquoten befassen. Mit Sicherheit ist dann noch keine Einigung zu erwarten. Narjes appellierte gestern an die Regierungen, sich an ihre früheren Beschlüsse zu halten: „Es geht nicht an", sagte er, „daß wir heute sagen, wir spielen nicht mehr mit".

Rahmenabkommen der „Blöcke"

EG und Comecon zu dreitägigen Gesprächen in Brüssel

WILHELM HADLER, Brüssel

Einen neuen Anlauf zur Schaffung vertraglicher Beziehungen haben gestern die Europäische Gemeinschaft und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) unternommen. In dreitägigen Gesprächen wollen Beauftragte beider Wirtschaftsblöcke die Möglichkeiten für ein Rahmenabkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit sondieren.

„Die Genfer Zusammenkunft schließt an Gespräche an, die mehr als sechs Jahre zurückliegen. Damals war es nicht möglich gewesen die unterschiedlichen Erwartungen an ein derartiges Abkommen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Während das Comecon unter dem Einfluß Moskaus eine Vereinbarung anstrebt, die nicht zuletzt handelspolitische Bestimmungen enthalten sollte, wollte die EG den Vertrag auf Fragen des Informationsaustausches oder des Umweltschutzes beschränken.

Formal stützte sich Brüssel dabei auf die unterschiedlichen Statuten beider regionaler Gruppierungen: Das Comecon verfügt im Gegensatz zur EG über keine handelspolitische Befugnisse. Hinter dieser Argumentation stand die Sorge, die ohnehin geringe Handlungsfähigkeit der einzelnen osteuropäischen Länder weiter einzuschränken. Die EG tritt seit langem für den Abschluß bilateraler Abkommen mit den Mitgliedsländern des Comecon ein.

Ein Wende brachte im vergangenen Jahr die Erklärung von Parteisekretär Gorbatschow, daß nach Ansicht der Sowjets auch die bilateralen Beziehungen zwischen der EG und den osteuropäischen Ländern weiterentwickelt werden könnten. Wenig später meldeten bereits die ersten Ostblockländer schriftlich ihr Interesse an Handelsvereinbarungen mit der EG an.

Der vorliegende Abkommensentuwrf zwischen den „Blöcken" soll durch eine gemeinsame Erklärung ergänzt werden. Darin soll der Wille zur Aufnahme offizieller Beziehungen besiegelt werden. Beide Seiten vereinbarten zunächst nur Gespräche auf technischer Ebene. Dadurch können die Auswirkungen eines Fehlschlages gering gehalten werden.

Italien: Positive Konjunkturaussichten

Hohe Inflationsrate läßt keine Wirtschaftsankurbelungen durch Zinssenkungen zu

GÜNTER DEPAS, Mailand

Die Konjunkturaussichten bleiben an der Schwelle zu den Herbstmonaten für Italien weiter positiv. Alle in- und ausländischen Konjunkturbeobachter stimmen darüber ein, daß der italienischen Wirtschaft auch in den nächsten zwölf Monaten noch eine Phase hoher Konjunktur bevorsteht. Gestützt wird die Gesamtnachfrage nicht nur von der Ausfuhr, sondern auch und hauptsächlich von der weiter expandierenden Inlandskonjunktur.

In den ersten sechs Monaten ist das italienische Bruttoinlandsprodukt um drei Prozent gewachsen, während die Industrieproduktion um zwei Prozent gestiegen ist. In beiden Fällen erwarten Regierungsexperten in der zweiten Jahreshälfte eine Konsolidierung, so daß das Gesamtergebnis sehr wahrscheinlich das bereits zufriedenstellende Resultat der ersten sechs Monate noch übertreffen dürfte.

Die Konjunkturentwicklung zeigt derzeit ein sehr ausgeglichenes Bild. Da nicht nur die Verbrauchsnachfrage nach oben gerichtet ist, sondern auch die Investitionen. Mehr und mehr beginnen dabei neben die Ersatzinvestitionen auch Neuinvestitionen zu treten, mit denen Kapazitätserweiterungen verbunden sind. Sicheres Anzeichen für diesen Trendwandel ist die Beschäftigung in den Großbetrieben (mit über 500 Beschäftigten), die erstmals seit Jahren wieder im Zunehmen begriffen ist. Diese Steigerung betrifft vor allem die Fahrzeugindustrie, die Chemie und den Maschinenbau.

Ausfallerscheinungen machen sich dagegen neuerdings in der Textil- und Schuhindustrie bemerkbar, die vor allem mit einem Abbröckeln eines Teils der Auslandsnachfrage in Verbindung stehen. Nicht zufällig sind dies die beiden Produktionszweige, die in den letzten Jahren dank des starken US-Dollars ihren Absatz auf den nordamerikanischen Märkten kräftig auszudehnen vermochten und dafür jetzt die Dollarschwäche besonders empfindlich zu spüren bekommen.

Trotz der Reaktionsfähigkeit, die die italienische Exportwirtschaft und insbesondere die Unternehmen der Textil- und Schuhindustrie auszeichnet, haben es die Firmen dieser beiden Bereiche noch nicht geschafft, *für die Ausfälle in Nordamerika in* Westeuropa einen vollen Ausgleich herzustellen.

In den ersten sechs Monaten gelang es Italien, das Defizit im Warenverkehr mit dem Ausland gegenüber der gleichen Vorjahreszeit von 16 940 auf 6745 Mrd. Lire mehr als zu halbieren. Dabei sank der Fehlbetrag im Energiebereich von 20 901 auf 12 713 Mrd. Lire, während der Überschuß in allen übrigen Zweigen von 3961 auf 5968 Mrd. Lire zunahm.

Dieses Resultat wurde vor allem durch den Rückgang der Gesamteinfuhren um 17 Prozent erzielt. Sorgen bereitet dagegen, daß die Exporte gleichzeitig nur um 1,6 Prozent gestiegen und die in die arabischen und afrikanischen Länder sogar gesunken sind.

Daß die Lage an der Außenfront trotz des verminderten Warendefizits und der weiter positiven Entwicklung im Fremdenverkehr und in den übrigen Dienstleistungsbereichen noch nicht als voll befriedigend bezeichnet werden kann, zeigt vor allem die Tatsache, daß die Leistungs- und Kapitalbilanz noch immer passiv ist. Im ersten Halbjahr belief sich der Passivsaldo der Zahlungsbilanz auf 2087 Mrd. Lire. Das entspricht gegenüber der gleichen Vorjahreszeit einem Rückgang von 60 Prozent, bedeutet aber noch immer nicht die Rückkehr zum Aktivsaldo.

Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Zahlungsverkehrs und die noch immer hohe Inflationsdifferenz gegenüber dem Ausland zwingen die italienischen Währungshüter zu einer sehr vorsichtigen Zinspolitik. Zwischen August 1985 und 1986 sind die Zinsen der Schatzpapiere um drei bis 3,6 Prozent gesunken. Damit blieb die Realverzinsung unverändert.

Austin Rover plant Werksverkauf

fu, London

Der staatliche britische Automobilhersteller Austin Rover, der wieder tief in die roten Zahlen gerutscht ist, wird an der Schließung oder an einem Verkauf eines seiner beiden Hauptwerke nicht vorbeikommen. Dieser Eindruck verstärkt sich, nachdem die Geschäftsführung mitteilen mußte, daß der Betriebsverlust von Austin Rover in der ersten Hälfte *1986 auf mehr als 60 Mill. Pfund (180* Mill. DM) klettern wird.

Im Gespräch ist die Aufgabe des Cowley-Werkes in der Nähe von Oxford, wo gegenwärtig die Modelle Maestro und Montego gefertigt werden. Dabei gilt als immer wahrscheinlicher, daß das Cowley-Werk dem japanischen Honda-Konzern zur Verfügung gestellt wird, wobei Honda gleichzeitig eine Minderheitsbeteiligung an Austin Rover erwerben würde. Der japanische Konzern, der bereits seit einigen Jahren mit Austin Rover bei der Fertigung einiger Modelle eng kooperiert, würde damit die Möglichkeit zur Montage von in Japan vorgefertigten Teilen erhalten.

Austin Rover hat derzeit große Mühe, seinen Anteil an Neuzulassungen am britischen Markt bei zwischen 15 und 17 Prozent zu halten. Mit der Schließung des Werkes in Cowley würde die gesamte Austin-Rover-Produktion in das erheblich modernisierte Werk Longbridge in der Nähe von Birmingham verlegt.

Gegen zweiten Arbeitsmarkt

Wirtschaftsinstitut: Keine subventionierte Beschäftigung

MARCEL LOKO, Bonn

Gegen die Ausweitung des sogenannten „Zweiten Arbeitsmarktes" wendet sich das Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Als Zweiten Arbeitsmarkt bezeichnet man alle, nicht dem freien Wettbewerb ausgesetzten Bereiche des Arbeitsmarktes, wozu auch die sogenannte „Alternativ-Wirtschaft" zählt.

Der Begriff „Zweiter Arbeitsmarkt" werde aber beschäftigungspolitisch mißbraucht. Manche schlössen in den „Zweiten Arbeitsmarkt" voll leistungsfähige Arbeitslose ein, um dann für diese Gruppe staatliche Programme zu fordern, was den Wettbewerb jedoch verzerre, sagte der Verfasser der Studie Werner Steinjan. Seiner Ansicht nach sollte der Begriff auf die „dauerhaft leistungsgeminderten" Arbeitslosen beschränkt bleiben.

Das Institut sieht die Funktionsfähigkeit des ersten, „regulären" Arbeitsmarktes gefährdet, wenn die subventionierten Maßnahmen weiter ausgeweitet werden. Eine mögliche Finanzierung aus höheren Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung führe zu steigenden Arbeitskosten und senke die Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Eine Finanzierung über Kredite verteuere die Investitionskosten, verdränge die private Kapitalnachfrage und verhindere die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Zu befürworten seien allein jene sozialpolitischen Förderungsmaßnahmen für in der Leistung beeinträchtigte und behinderte Arbeitslose, die auf dem freien Arbeitsmarkt kaum Vermittlungschancen hätten.

In der IW-Analyse weist Steinjan aber darauf hin, daß den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanzielle und ökonomische Grenzen gesetzt sind. Zudem müsse die Behinderung des ersten Arbeitsmarktes so klein wie möglich gehalten werden, da nur aus dessen Ergebnissen subventioniert werden könne.

Politisches Ziel sei es, den subventionierten Arbeitsmarkt so klein wie möglich zu halten, um Wettbewerbsverzerrungen und „negative Rückkoppelungseffekte" auf die Volkswirtschaft zu verhindern.

„Mehr Markt bedeutet mehr Beschäftigung" ist auch das Ergebnis eines vergleichs mit den USA, wo in 25 Jahren 40 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, wobei nur ein sehr kleiner Teil zu den sogenannnten „bad jobs" (schlechte Arbeiten auf Plantagen und im Gaststättengewerbe) gehört: Das Ergebnis höchster Flexibilität und konsequenter Anwendung der Marktwirtschaft auch auf dem Arbeitsmarkt, der die Unternehmen in Richtung Beschäftigungsexpansion gelenkt hätte.

Internationale Finanzen

H. Wi. Bonn

Kursinformationen: Über eine neugegründete Gruppe von sogenannten Reporting Dealers will die Association of International Bond Dealers (AIDB) täglich über die Kurse am Rentenmarkt informieren. Die Kursmeldungen sollen ab 2. März 1987 erfolgen.

British Airways: Die Gesellschaft hat ein von der National Westminster Bank arrangiertes Finanzpaket von 2,3 Mrd. Dollar akzeptiert, mit dem ein Leasing-Geschäft mit Boeing für 16 Jumbo-Jets finanziert werden soll. Dem Bankenkonsortium unter Führung der NatWest gehören die Barclays Bank, Citicorp. Investment Bank, Midland Bank und Mitsubishi Trust + Banking an.

Ralston: Die Firma erwägt ein Übernahmeangebot von 750 Mill. Dollar für Anderson, Clayton & Co.

IFC-Kredit: Ihren bisher größten Kredit arrangiert die zur Weltbank gehörende International Finance Corp. für ein Ammonium-Projekt in Trinidad. Von den insgesamt 190 Mill. Dollar kommen 150 Mill. Dollar von privaten Banken und 40 Mill. Dollar vom IFC.

Malaysia: Die Regierung des Landes kündigt Erleichterungen für ausländische Investitionen an. Eine Abwertung der Landeswährung ist nach Darstellung des stellvertretenden Ministerpräsidenten entgegen aller Spekulationen aber nicht geplant.

Skandia: Die schwedische Versicherungsgesellschaft hat in den ersten acht Monaten des Jahres einen Gewinn von 518 Mill. skr erzielt, nach Vorjahresverlusten von 190 Mill. skr.

Kooperation: Auf die gemeinsame Entwicklung von Ein-Megabit-Dram-Chips haben sich die zu Mineba Co. gehörende NMB Semiconductor Co. und National Semiconductor Corp. geeinigt, meldet Nikkei Sangyo. Die Vereinbarung sei zunächst auf fünf Jahre befristet.

Schroders: Die Holding hat dem Verkauf der zur Gruppe gehörenden Lebensversicherung und einiger verbundener Unternehmen an National Mutual Life Association of Australasia Ltd. zugestimmt. Der Kaufpreis wird mit 99 Mill. Pfund angegeben.

Tokio: Ab 1. April 1987 will die japanische Regierung Richtpreise für Grundstücke und Wohngebäude einführen, bei deren Überschreiten die Verkaufserlöse besteuert werden.

Franc-Anleihe: Zu 97,3 Prozent mit einem Kupon von 7,2 Prozent legt die Europäische Investitionsbank eine zehnjährige Anleihe über 1,5 Mrd. Franc auf. Nach Angaben der Banque de Parisbas beträgt die Rendite 7,6 Prozent.

Fisions: Einen Kupon von 5,25 Prozent indiziert Fisions Finance Netherlands B.V. für ihre Wandelanleihe mit Fälligkeit 30. September 2001.

Capital Guardian: Nach Angaben des Vice President Gordon Crowford wurden die von dem Unternehmen gehaltenen 3,4 Mill. Aktien an Viacom International Inc. verkauft.

Prime Rate: Mit Wirkung von heute senkt auch die United Overseas Bank ihren Zins für erste Adressen von sechs auf 5,75 Prozent.

High-Technologie zu Schleuderpreisen

Japaner fürchten die Konkurrenz nach eigenem Vorbild – Südkorea auf dem Vormarsch

FRED de LA TROBE, Tokio

Südkoreanische Produkte beginnen die westlichen Märkte zu überfluten. Korea ist dabei, zu einem „neuen Japan" zu werden, das mit „Qualität zu Billigpreisen" alle anderen Produzenten zu unterbieten droht. Da das Land – wie Japan – arm an Rohstoffen ist, setzen die Koreaner auf den Export als Motor ihres wirtschaftlichen Wachstums. In den USA konkurrieren sie bereits heftig mit Japan als Anbieter von Autos, Farbfernsehern und Videorecordern. Und schon drängen sie auch auf den europäischen Markt.

Vom Yen profitiert

Südkoreanische Exporteure geben zu, daß sie in den letzten Monaten auch vom stärkeren Yen profitierten, der die japanischen Produkte wesentlich verteuert hat. Der koreanische Won blieb dagegen eng an den Wert des Dollar geknüpft.

Autos sind der Spitzenreiter der koreanischen Ausfuhren. Die Lieferungen erreichten in den ersten sieben Monaten 1986 insgesamt 164 000 Wagen, 75 Prozent mehr als in der Vorjahreszeit. Sie gingen vor allem in die USA und nach Kanada, wo die niedrigen Preise besonders den japanischen Angeboten hart zusetzten. Die Firma Hyundai führte unter anderem ihren Kleinwagen „Excel" ein, der auf dem amerikanischen Markt inzwischen an dritter Stelle unter den Importen liegt.

Im elektronischen Bereich eröffnete die koreanische Gruppe Lucky Gold Star in Alabama ein Montagewerk für eine Million Mikrowellenöfen im Jahr. Gold Star und Samsung stellen in ihren amerikanischen Betrieben je eine Million Farbfernseher jährlich her. Beide Unternehmen beabsichtigen, in Kürze auch die lokale Produktion von Videorecordern aufzunehmen. Ein amerikanischer Agent hat begonnen, Personalcomputer von Hyundai zum Preis von 699 Dollar zu verkaufen, mehr als 300 Dollar weniger als vergleichbare amerikanische Geräte. Die Däwoo-Gruppe exportiert schon 10 000 Computer monatlich in die USA.

Noch ist allerdings das japanische Übergewicht auf dem amerikanischen Markt ansehnlich: Im vergangenen Jahr exportierte Südkorea für elf Mrd. Dollar in die USA, die Lieferungen Japans kamen dagegen auf fast 70 Mrd. Doch die südkoreanischen Ausfuhren nach Amerika sind in den letzten 20 Jahren um das 170fache gestiegen, und Südkorea ist zum zwölftgrößten Exporteur der Welt aufgerückt.

Niedrige Löhne

Die Geheimnisse des Erfolges: eine hohe Arbeitsdisziplin, eine gute Ausbildung und vor allem die niedrigen Löhne und die langen Arbeitszeiten. Bis zu 72 Betriebsstunden pro Woche sind dabei nichts Ungewöhnliches. Japanische Unternehmer sehen noch nicht die Gefahr, vom Nachbarland an die Wand gedrückt werden. Sie konzentrieren sich immer mehr auf hochwertige Erzeugnisse mit hohem Mehrwert. Bei vielen Artikeln sind die Koreaner außerdem noch oft von ihnen abhängig: Beispielsweise ist die Bandtrommel in jedem koreanischen Videorecorder noch „Made in Japan". (SAD)

Landmaschinen wenig gefragt

Deutsche Massey-Ferguson erwartet leichten Zuwachs

dos, Eschwege

Der kanadische Landmaschinen-Hersteller Varity Corp., Toronto, Nachfolgegesellschaft der Massey-Ferguson Ltd., hat seine Position in dem weiterhin von kräftigen Abschwächungstendenzen geprägten Landmaschinenmarkt festigen können. Nach Angaben des Unternehmens nahm der Konzernumsatz in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1986/87 (31. Januar) auf 710 (605) Mill. US-Dollar zu.

Wechselkursbereinigt entspreche dies allerdings einer Stagnation. Deutlich verbessert hat sich das Ergebnis. Nachdem im vergleichbaren Vorjahreszeitraum noch ein Verlust von 5, 5 Mill. Dollar hingenommen werden mußte, weist Varity jetzt einen Gewinn von 15 Mill. Dollar aus. Die weiteren Aussichten des Landmaschinenmarktes werden von Varity negativ beurteilt. Fast alle großen Märkte zeigten sich lustlos; eine baldige Belebung sei nicht in Sicht.

So habe sich der internationale Schlepper-Gesamtmarkt in den vergangenen sechs Monaten um annähernd zehn Prozent reduziert. Trotz dieser „entmutigenden Marktlage" habe der Konzern mit seiner Division „Massey-Ferguson Traktoren" weltweit seinen Marktanteil um einen vollen Prozentpunkt steigern können.

Die ebenfalls in diesem Jahr neu organisierte deutsche Tochter, die Massey-Ferguson GmbH in Eschwege, berichtet über eine ähnliche Entwicklung. Nach Angaben eines Sprechers ist vor allem das Mähdreschergeschäft „nahezu tot". Die Schätzungen des gesamten deutschen Landmaschinenmarktes würden fast monatlich nach unten revidiert.

Inzwischen werde von einer Schrumpfung um sieben Prozent gegenüber dem ohnehin schwachen Vorjahr ausgegangen. Massey-Ferguson verzeichnete demgegenüber einen leichten Zuwachs und rechnet auf diesem Gebiet wieder mit einem Umsatz von rund 100 Mill. DM im Gesamtjahr 1986. Einschließlich der „Pacoma Hydraulikprodukte" werde der Umsatz der deutschen Gesellschaft zwischen 220 und 230 Mill. DM liegen.

Abmagerungskur bei Thyssen Nordseewerke beendet

Die Emdener Großwerft rechnet wieder mit einem ausgeglichenen Ergebnis – Indien-Auftrag weiter offen

DOMINIK SCHMIDT, Emden

Für die Thyssen Nordseewerke GmbH, Emden, spielt das Thema der Krisenbewältigung in der Schiffbauindustrie nur noch bedingt eine Rolle. Im Gegensatz zur Branche insgesamt nämlich hat die Emdener Großwerft bereits in den vergangenen Jahren sowohl personell als auch mit Blick auf die innerbetrieblichen Strukturen die notwendigen Konsequenzen gezogen und die Anpassungsmaßnahmen weitgehend abgeschlossen. Herbert von Nitsch und Gerhard Feick, Geschäftsführer des zur Thyssen Industrie AG gehörenden Unternehmens, verweisen auf die damit verbundenen hohen Belastungen.

Allein für Sozialpläne hat das Unternehmen seit 1982 über 30 Mill. DM aufwenden müssen. Inzwischen aber erkennt die Geschäftsführung Licht am Tunnelende. Zwar wird es auch in dem am 30. September endenden Geschäftsjahr 1985/86 einen Verlustabschluß geben. Der Fehlbetrag, so Feick, wird aber deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (20 Mill. DM) liegen. Für 1986/87 dann rechnet Feick zumindest mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Das wirtschaftliche Ergebnis der Nordseewerke sei ohnehin positiv.

Der Kraftakt des Unternehmens spiegelt sich in der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen wider. Seit 1982 hat sich die Belegschaft der Werft von 3614 auf heute 1976 Mitarbeiter nahezu halbiert. Das Ziel von 1890 Beschäftigten wird im Oktober erreicht. Parallel dazu verringerten sich die Fertigungsstunden des Betriebs auf jetzt noch 1, 6 Millionen. Für von Nitsch ist dies eine Größe, mit der die Werft leben kann. Im Vergleich zur Branche sei die Auftragslage gut. Kurzarbeit hat es 1985/86 praktisch nicht gegeben. Der derzeitige Auftragsbestand garantiere bis zum Jahre 1990 eine 75-prozentige Auslastung der Kapazitäten. Für die deutschen Werften insgesamt ergibt sich dagegen nach der jüngsten Verbandsstatistik im ersten Halbjahr 1987 nur eine Auslastung von 32 Prozent. Dieser Wert verschlechtert sich in der zweiten Jahreshälfte auf 18 Prozent und sackt 1988 unter die 10-Prozent-Marke.

Gänzlich sorgenfrei indes ist auch die Geschäftsführung der Nordseewerke nicht. Im Bereich des Handelsschiffbaus, der 1985/86 noch 65 Prozent der Kapazitäten auslastete, warten die Emdener noch immer auf die definitive Antwort aus Indien über den Bau von sechs Containerschiffen. Die staatliche Shipping Corp. of India hat sich dieser Tage eine neuerliche Bedenkzeit erbeten. von Nitsch will nicht ausschließen, daß auch über personelle Konsequenzen nachgedacht werden muß, wenn der Auftrag nicht zustande kommt.

Ohnehin aber gewinnt der militärische Bereich vom kommenden Jahr an stärkere Bedeutung. Neben dem U-Boot-Auftrag aus Norwegen wird auch der Bau einer Fregatte für die Bundesmarine beschäftigungswirksam. Im Jahre 1988/89 stehen dann Instandhaltungsarbeiten für das Hawk-System (Flugabwehr-Trägersystem) an. von Nitsch verweist in diesem Zusammenhang auf das hohe technologische Niveau der Werft, das möglicherweise zur Vergabe von Aufträgen in anderen Bereichen führt. Dazu zähltdie Entwicklung eines Eisbrechers, der die doppelte Leistung herkömmlicher Schiffe besitzt.

Wenn der im kommenden Frühjahr vorgesehene Test erfolgreich verläuft, sei mit Aufträgen aus der UdSSR zu rechnen. Ein anderes Projekt betrifft ein „Arbeits-U-Boot", das gemeinsam mit den Norwegern entwickelt wird, aber frühestens Anfang der 90er Jahre in Produktion gehen dürfte.

Zurückhaltend äußern sich von Nitsch und Feick zu den Verhandlungen über die Finanzhilfen für die Schiffbau-Industrie, zumal die Vorstellungen von Bund und Ländern über die Höhe der Zuschüsse weit auseinandergehen. Als sicher gelte, daß die anderen Werften, vor allem die kleinen und mittleren Betriebe, nachvollziehen müssen, was in Emden im Rahmen der Umstrukturierung bereits getan wurde. Die in Aussicht gestellten Mittel für den Abbau der Belegschaften werden die Nordseewerke nachträglich nicht in Anspruch nehmen können. Dagegen wird in Emden fest mit Hilfen für die Umstrukturierung in Form von Sonderabschreibungen gerechnet.

Biotechnologie benötigt eine breitere Basis

dos, Hannover

Eine „strategische Bedeutung" beim Kampf der europäischen Wirtschaft um bessere Wettbewerbspositionen auf den Weltmärkten kommt in immer stärkerem Maße der Biotechnologie zu. Diese Ansicht vertrat Karl-Heinz Narjes, Vizepräsident der EG-Kommission, gestern Abend in Hannover bei der Eröffnung der „Biotechnica '86" – Messe und Kongreß für Biotechnologie. Angesichts des Vorsprungs, den die USA und Japan auf diesem Gebiet haben, sprach sich Narjes nachdrücklich für eine engere Zusammenarbeit und eine gegenseitige Abstimmung nationaler Forschung und Entwicklung in Europa aus.

In den USA gebe allein das National Institute of Health jährlich über 3 Mrd. DM für Forschung und Entwicklung in der Biotechnologie aus. Dem stünden gerade 20 Mill. DM Gemeinschaftsausgaben gegenüber. Narjes beklagte in diesem Zusammenhang das „noch zerrissene Bild", das die europäische Industrie biete.

Bei all dem sei die Ausgangslage keineswegs „rundum schlecht". So sei Europa auf dem Gebiet der Enzymproduktion führend. Die Aktivitäten konzentrierten sich auf die Landwirtschaft, auf den Pharma- und den Diagnostiksektor. Allein in der Bundesrepublik würden bereits Agrarprodukte im Wert von 28,5 Mrd. DM biotechnologisch hergestellt. Weitere 17,5 Mrd. DM steuere die Pharmaindustrie bei.

Abgänge dämpften Geschäft

D.A.S. gab den Firmenvertrags-Rechtsschutz auf

Py. Düsseldorf

Erstmals nach mehreren Jahren hat Europas größter Rechtsschutzversicherer, die D. A. S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, München, 1985 wieder ein versicherungstechnisches Ergebnis erzielt. Der Vorjahresverlust von 9,3 Mill. DM wurde (nach Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 0,5 Mill. DM) in einen Gewinn von 3,2 Mill. DM verwandelt. Dabei hat sich der Gesamtschadenaufwand im direkten und indirekten Geschäft „unterproportional" entwickelt.

Die rechnerische Gesamtschadenquote verringerte sich leicht auf 66,6 (67) Prozent. Zusammen mit dem ebenfalls auf 33,5 (35,4) Prozent der Beiträge gesunkenen Gesamtkostensatz und den laufenden Erträgen von 89,7 (79,6) Mill. DM aus auf 1,07 (0,97) Mrd. DM gestiegenen Kapitalanlagen wurde ein Jahresüberschuß von 31,4 (28) Mill. DM erwirtschaftet. Davon gingen 22,8 (20,3) Mill. in die Rücklagen, die restlichen 5,4 Mill. DM wurden für die Ausschüttung der Dividende von 18 (16) Prozent verwendet. Das Grundkapital von 30 Mill. DM liegt bei der Victoria Versicherungsgruppe.

Im deutschen Geschäft hat die D. A. S. die Zahl der Neuabschlüsse nochmals steigern können. Gemessen an den Beiträgen – sie stiegen um 1,6 Prozent auf 648 Mill. DM brutto – wurde das Neugeschäftsergebnis des Vorjahres nicht ganz erreicht, da der Verkauf von Firmenvertrags-Rechtsschutzverträgen ganz eingestellt worden ist. Auf das Beitragswachstum hatten sich außerdem hohe Bestandsabgänge aus dem Firmengeschäft ausgewirkt, da diese Verträge einen sehr hohen Durchschnittsbeitrag aufwiesen. Bei den Neuschäden im deutschen Geschäft wuchs die Zahl wieder, was vor allem auf die Zunahme der Versicherungsfälle im Bereich Arbeitsrechtsschutz, privater Vertragsrechtsschutz sowie Grundstücks- und Mietrechtsschutz zurückzuführen war.

Im laufenden Jahr erhöhten sich während des 1. Halbjahres die Beiträge trotz unverändert guten Neugeschäfts nur mäßig um 2,2 Prozent. Dagegen wuchsen Schadenzahlungen und Betriebskosten etwas stärker.

Brillantleuchten zahlt neun Mark

ww. Bremen

Der Hauptversammlung der Brillantleuchten AG wird für das abgelaufene Geschäftsjahr 1985/86 (30. 4.) eine unveränderte Dividende von 7 DM und ein Bonus von 2 DM je 50-DM-Aktie vorgeschlagen. Nach Angaben von Vorstandsmitglied Norbert Ahrens sollen damit die zum ersten Mal dividendenberechtigten neuen Aktionäre an dem guten Vorjahresergebnis beteiligt werden. Das neue Geschäftsjahr sei bisher nicht so günstig verlaufen. In den Monaten Mai bis August habe es einen Umsatzrückgang von 9,7 Prozent gegeben. Auf das ganze Geschäftsjahr bezogen, geht die Firma aufgrund der Konsumbelebung aber von einer leichten Umsatzsteigerung aus.

Im März 1985 hatte Brillantleuchten 3 Mill. DM des Aktienkapitals von 11 Mill. DM breit plaziert; 8 Mill. DM liegen bei den Familien Dieckell und Lippold. Der Umsatz erhöhte sich 1985/86 im Vergleich zum Vorjahr um 5,9 Prozent auf 68,4 Mill. DM. Nach Dotierung der freien Rücklagen um 0,75 (0,7) Mill. DM betrug das Eigenkapital inklusive Bilanzgewinn am Ende des Geschäftsjahres 19,1 (18,1) Mill. DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

IVG-Aktien ab 6. Oktober

Düsseldorf (Py.) – Vom 6. bis 8. Oktober 1986 werden aus dem Bundesvermögen 45 Prozent des 110 Mill. DM betragenden Aktienkapitals der IVG Industrieverwaltungsgesellschaft AG, Bonn, breit gestreut verkauft. Von den insgesamt 990 000 Aktien im Nominalwert von je 50 DM, sind 1 Mill. Stück für die Belegschaft vorgesehen. Der Aktienkurs wird am 1. Oktober bekanntgegeben, die erste Notierung erfolgt am 14. Oktober. Der Bund wird die Aktienmehrheit behalten, da die IVG für ihn wichtige Aufgaben, wie zum Beispiel den Betrieb von Kavernen für die bundeseigene Rohölreserve, auch in Zukunft wahrnehmen wird.

Gabor mit Optimismus

Düsseldorf (VWD) – Trotz der schwierigen Lage in der deutschen Schuhindustrie geht Gabor, Rosenheim, mit Optimismus in die neue Orderrunde für das kommende Frühjahr. Wie ein Unternehmenssprecher erklärte, stützt sich diese Zuversicht vor allem auf ein gutes Nachordergeschäft bei der laufenden Herbstware und auf einen besseren Bestelleingang bei der Vorauskollektion für Frühjahr/Sommer 1987. Die ersten acht Monate haben Gabor auf den traditionellen europäischen Märkten „ein beachtliches Wachstum in Menge und Umsatz gebracht". Trotzdem werde Gabor das Vorjahresniveau bei Paarzahl und Umsatz nicht halten können. Dies sei damit zu begründen, daß die in den letzten Jahren über das österreichische Werk in Spittal aufgebauten Ostgeschäfte fast vollständig zum Erliegen gekommen sind.

Kooperation

München (VWD) – Die Digital Equipment Corp. (DEC), Maynard/Massachussetts, hat mit dem schwedischen Hersteller von Informations- und Kommunikationssystemen Ericsson Information System AG, Stockholm, ein weltweites Kooperationsabkommen geschlossen. Nach Angaben der deutschen DEC-Tochter in München, soll der Vertrag beiden Unternehmen den Ausbau ihrer Marktanteile bei Informationssystemen im Bankenbereich in Europa und Übersee ermöglichen. Die Vereinbarung umfasse gegenseitige Zulieferleistungen. Darüber hinaus soll ein gemeinsames Forschungs- und Entwicklungszentrum in Schweden die Integration der Produkte und der für die verschiedenen Märkte erforderlichen Software unterstützen.

Fernwärme wird ausgebaut

Frankfurt (VWD) – Für den Ausbau der deutschen Fernwärmenetze wird die Wirtschaft 1986 etwa 1,2 Mrd. DM ausgeben. Die Arbeitsgemeinschaft Fernwärme bei der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) teilte mit, diese Investitionen lägen nach ersten Erhebungen rund 50 Prozent über dem Vorjahreswert von 788 Mill. DM.

Gesunde Grundlage

Paris (J.Sch.) – Die französische Regierung will die zwei verstaatlichten Stahlkonzerne Sacilor und Usinor, die 95 Prozent der Stahlproduktion des Landes bestreiten, auf eine gesunde finanzielle Grundlage stellen. Zu diesem Zweck haben die beiden Verwaltungsräte eine umfassende Bilanzbereinigung beschlossen, welche die beiden Konzerne in die Lage versetzt, neue Reserven zu bilden, die zum Ausgleich der diesjährigen Verluste und möglichst auch noch der des nächsten Jahres ausreichen.

Asbach will gegen Lockvögel kämpfen

Preisaggressive Händler im Visier – Anzeigenkampagne im Regionalmarkt geplant

hg. Frankfurt

Die Rüdesheimer Weinbrennerei Asbach & Co. wird im Kampf gegen Preisschleuderei im Handel künftig Anzeigen einsetzen, die nach Auskunft der Geschäftsleitung „in allen Regional- und Heimatzeitungen geschaltet werden, in denen der Handel ein Lockvogelangebot veröffentlicht." Außerdem wird, wie die drei persönlich haftenden Asbach-Gesellschafter gestern in Frankfurt mitteilten, den 1200 Vertragsgroßhändlern in einem offenen Brief versichert, „daß wir auch in Zukunft vor einer Niedrigpreiswelle aggressiver Handelsfirmen nicht kapitulieren werden."

Hintergrund der Aktion – ähnliche Kampagnen starteten kürzlich die Münchner Paulaner Brauerei und der Körperpflegemittel-Hersteller Schwarzkopf – ist die Vermutung, daß die Zahl der Lockvogelangebote für die Marken Asbach Uralt und Fürst Bismarck in den nächsten Wochen und Monaten ansteigen wird: „Je schwieriger der Markt für Spirituosen mit zunehmender Sättigung wird, desto eher sind preisaggressive Unternehmer bei der Hand, den Verkauf anzuheizen." Hinzu komme, daß sich einige größere Handelskunden vor der Preiserhöhung für die beiden Marken zum ersten Juli „in außergewöhnlich großer Menge zu alten Preisen bevorratet haben". Erfahrungsgemäß führe der daraus resultierende Lagerdruck zu Niedrigpreisaktionen im Handel.

Seit Jahren führt das Rüdesheimer Unternehmen einen konsequenten Kampf gegen Preisschleuderei mit seinen Marken, „weil wir diese Form des Preiswettbewerbs als wettbewerbsstörend empfinden." Der Erfolg dieser Bemühungen ist eine für einen Markenartikler außerordentlich niedrige „Lockvogel-Quote": Während die Rüdesheimer im Jahr 1979 fast 1000 Fälle von Preisschleuderei registrierten, waren es 1985 nur noch 70. Diese Abwehr ist Teil der Markenpolitik des Hauses Asbach, die seit vielen Jahren darauf abzielt, die eigenen Produkte im Bewußtsein der Verbraucher mit dem Prädikat „hochwertig" anzusiedeln; Angebote zum Schleuderpreis würden dieses mit einem hohen Etat gepflegte Image empfindlich stören.

In ihrem Brief formuliert die Asbach-Geschäftsleitung gleichzeitig ihre Überzeugung, „daß sich eine wirksame und glaubwürdige Politik gegen Untereinstandspreisangebote nur mit einem transparenten und diskriminierungsfreien Preis- und Konditionensystem durchsetzen läßt". Damit wolle man, so die Gesellschafter, dem Handel deutlich machen, daß kein Abnehmer, und sei er noch so groß, bei Asbach mit Sonderkonditionen oder Geheimrabatten rechnen könne; daß mithin auch ein kleiner Kunde, wenn er in einem Geschäft Asbach-Lockvögel entdecke, keinen Grund habe, das Unternehmen der Ungleichbehandlung zu verdächtigen.

Qualitätszirkel erhöhen die Arbeitsfreude

HEINZ STÜWE, Bad Soden

Ein Zauberwort geht um auf den Führungsetagen deutscher Unternehmen: Qualitätszirkel. Das Besondere an dem Begriff: Er fasziniert Betriebsleiter, kaufmännische Direktoren, Technikvorstände und Personalchefs gleichermaßen.

Die Ausgestaltung ist von Firma zu Firma unterschiedlich, doch die Grundidee ist immer die gleiche: Gruppen von vier bis acht Mitarbeitern kommen während der Arbeitszeit auf freiwilliger Basis zusammen, um Schwachstellen in ihren Arbeitsbereichen zu analysieren und Abhilfemaßnahmen zu erarbeiten. Die Qualitätszirkel sollen Erfahrungen und Ideen der Mitarbeiter nutzen, die ansonsten wenig Einfluß auf die Gestaltung ihrer Arbeit haben.

Die zuerst in Japan konsequent realisierte Idee findet auch in der Bundesrepublik immer mehr Anhänger. Etwa 8000 bis 10 000 Qualitätszirkel, so schätzt man, gibt es hier inzwischen. Sie sind längst nicht mehr auf die Industrie beschränkt, sondern auch im Dienstleistungssektor, etwa bei Banken und Hotels, anzutreffen. Das Ziel ist, die Qualität der Arbeit zu heben – in einem doppelten Sinne: Die Arbeitsergebnisse sollen besser werden und das Umfeld, die Zufriedenheit, die Motivation der Beschäftigten.

Die Produktqualität war bei der mittelständischen Wiesheu GmbH im württembergischen Affalterbach (93 Beschäftigte, 13 Mill. DM Jahresumsatz) der Ansatzpunkt, um Qualitätszirkel einzuführen. Die Mitarbeiter des Herstellers von Backöfen, Grills und Warmhaltegeräten für Bäckereien, Metzgereien und die Gastronomie hätten sich früher allzusehr auf die separate Endkontrolle verlassen, berichtete Inhaber Karlheinz Wiesheu auf dem 5. Deutschen Quality Circle Kongress in Bad Soden. „Wenn aber bereits beim ersten Arbeitsgang, dem Blechzuschnitt, ein Fehler unterläuft, ist der Schaden bis zum fertigen Produkt nicht mehr zu beheben."

Seit einem halben Jahr arbeitet Wiesheu nun mit Qualitätszirkeln – bei gutem Erfolg. Die Idee habe in der Belegschaft spontan Zustimmung gefunden. Die Mitarbeiterkreise könnten eine Qualitätskontrolle zwar nicht ersetzen, aber „aus den kontrolliert arbeitenden sind mitdenkende Mitarbeiter geworden", versicherte der technische Leiter Richard Polessnig.

Die sieben- bis achtköpfigen Gruppen treffen sich alle vier Wochen für eine Stunde. Die halbe Stunde, um die sich der Feierabend dadurch hinauszögert, wird mit dem Überstundensatz vergütet. Als Moderatoren in den Gruppen fungieren die Meister, die auf diese Aufgabe intensiv vorbereitet wurden. Inzwischen haben sich bei Wiesheu acht Zirkel gebildet (auch die Verwaltung ist einbezogen), so daß eine nahezu hundertprozentige Beteiligung der Mitarbeiter erreicht ist.

Die Wiesheu GmbH präsentierte sich auf dem Kongreß, der gemeinsam vom Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW), der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP) und dem Institut für Management Training (IMT), Köln, getragen wurde, als Beispiel dafür, daß die Qualitätszirkel auch im kleineren Rahmen realisierbar sind.

In größeren Unternehmen ist die Organisation ungleich aufwendiger. Bei der Uniroyal-Englebert-Reifen GmbH in Aachen etwa, einer Continental-Tochter mit 2000 Mitarbeitern und über 500 Mill. Umsatz, gibt es für die 38 Qualitätszirkel einen hauptamtlichen „Promoter", der die Moderatoren ausbildet und sie unterstützt.

Koordiniert wird der Arbeiterzirkel von den Abteilungsleitern, die bis zu sieben Gruppen betreuen. Darüber gibt es noch zwei weitere Organisationsebenen: mehrere Steuerteams unter Vorsitz des jeweiligen Betriebsleiters sowie ein Qualitätsausschuß, den der Personaldirektor leitet.

Trotz einer insgesamt positiven Bilanz – im 1. Halbjahr seien von 29 Vorschlägen 27 realisiert worden –, verhehlt Uniroyal-Betriebsleiter Elmar von Lukowicz die Probleme nicht. Die Motivation zu regelmäßigen Sitzungen sei gesunken, und die Umsetzung der Vorschläge dauere oft zu lange. Aber auch in kleineren Unternehmen sind ab und zu Anstöße von außen erforderlich, bestätigte Rudolf Polessnig von Wiesheu: „Es läuft trotz aller Begeisterung nicht von selbst."

Renten unter Druck

Der weitere Zinsanstieg in den USA hat Hoffnungen auf eine baldige Zinssenkung in der Bundesrepublik weiter sinken lassen. Dies um so mehr als die Tagung der EG-Finanzminister in Schottland offensichtlich keine Änderung der Bundesbankpolitik zur Folge haben wird. Aus dem Ausland floß am Wochenbeginn vor allem bei den öffentlichen Langläufern Material zurück. Es drückte deren Kurse um fast einen Punkt. Bei den Pfandbriefen war die Situation stabiler. Rentenmarktexperten wollen Tauschoperationen zu Lasten der öffentlichen Anleihen beobachtet haben.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

KKH will Beitragssatz halten

Zuwachsrate bei den Leistungsaufwendungen reduziert

dos, Hannover

Deutlich bessere Ergebnisse als die Branche insgesamt erzielte die Kaufmännische Krankenkasse (KKH), Hannover, 1985. Geschäftsführer Helmut Rang nennt als Gründe dafür den überdurchschnittlich hohen Mitgliederzugang und eine „spürbar reduzierte Zuwachsrate bei den Leistungsaufwendungen". Sichtbaren Ausdruck findet die günstige Entwicklung in der Bilanz. Nachdem noch 1984 die Ausgaben der KKH die Einnahmen um 30 Mill. DM überstiegen, ergab sich im Berichtsjahr ein Überschuß von gut 8 Mill. DM. Vor diesem Hintergrund, so Rang, werde die Kasse den Beitragssatz von derzeit zwölf Prozent des Grundlohns zumindest bis Ende 1986 beibehalten.

Insgesamt befriedigend sei auch der Geschäftsverlauf im ersten Halbjahr 1986. Vor allem im Bereich der ambulanten und der zahnärztlichen Behandlung sei die Kostenentwicklung günstig. Sorgen bereiteten dagegen nach wie vor die Bereiche Krankenhaus, Heil- und Hilfsmittel und Arzneimittel. Für das gesamte Jahr rechnet Rang mit einer leichten Unterdeckung von bis zu 20 Mill. DM.

Im Berichtsjahr war für die KKH der langsamere Anstieg der Leistungsausgaben das erfreulichste Ereignis. Je Mitglied ergab sich noch ein Anstieg von 2,98 Prozent gegenüber 5,51 Prozent im Jahr davor. Nicht zuletzt der kräftige Zuwachs der Mitgliederzahl um über 86 000 auf nunmehr 1,186 Mill. Versicherte hat zu diesem Ergebnis beigetragen.

Nach wie vor bleibe die „Kostendämpfung im Gesundheitswesen das Gebot der Stunde", sagte Rang. Auch die Pharmaindustrie müßte dazu einen Beitrag leisten. Als wirksames Instrument zur Kostendämpfung wertete Rang die Preisvergleichsliste, die von den Ärzten in stärkerem Maße benutzt werden sollte.

Einbußen bei den Textilien

Bremer Jute-Spinnerei vergrößert die Einzelhandelskette

ww. Delmenhorst

Die Jute-Spinnerei und Weberei Bremen AG mit Sitz im niedersächsischen Delmenhorst erweist sich weiter als ertragsstark und zahlt für das Geschäftsjahr 1985 eine unveränderte Dividende von acht Prozent. Dennoch beeinträchtigt die hohe Arbeitslosigkeit im norddeutschen Raum die Nachfrage nach Heimtextilien und Heimwerkerartikeln, meint die Verwaltung.

Obwohl sich nach den Angaben des Jute-Vorstandes 1985 der konjunkturelle Aufschwung in der Textil- und Bodenbelagindustrie wie auch im Einzelhandel nur begrenzt und verspätet auswirkte, blieb der Gesamtumsatz mit 96,8 (98,8) Mill. DM nur geringfügig hinter dem des Vorjahres zurück. Der Umsatzrückgang habe sich im Produktionsbereich niedergeschlagen. Besonders bedeutsam seien die Umsatzeinbußen bei Textilien gewesen. Die Industrieabteilungen hätten dagegen angemessene Beiträge zum Gewinn der *Gesellschaft geliefert*, erklärte der Vorstand.

Die Erträge von Jute lagen 1985 auf der Höhe des Vorjahres. Trotz des verhaltenen Aufschwungs setzte Jute den Expansionskurs fort. Es wurden ein Einkaufsmarkt in Stade und ein Heimtextilmarkt in Bremen eröffnet. Damit umfaßt die Einzelhandelskette 13 Fachmärkte im nord- und westdeutschen Raum. In den ersten Monaten 1986 lag der Umsatz des Produktionsbereiches wenig unter dem der Vorjahreszeit. Der Umsatz des Einzelhandels dagegen entwickelte sich besser als gegenüber dem Vergleichszeitraum 1985. Die Erträge halten sich, so die Zwischenbilanz, auf der Höhe des Vorjahres.

Regionalpolitik, ein Gießkannenprinzip?

Die EG-Förderungen bezuschussen fast 30 000 Projekte mit 29,5 Milliarden D-Mark

WILHELM HADLER, Brüssel

Regionalpolitik soll die Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung fördern. In der Europäischen Gemeinschaft ist sie sozusagen eine Gegenleistung für die Bereitschaft der ärmeren Mitgliedsländer, ihre nationalen Märkte für Importe aus anderen Partnerstaaten zu öffnen. Von selbst schaffen die spontanen Marktkräfte kein optimales Gleichgewicht zwischen den Regionen. Im Gegenteil: In der EG droht das Gefälle *zwischen Zonen mit intensiver* und schwacher Wirtschaftstätigkeit von Jahr zu Jahr größer zu werden.

Nach der Gründung der Gemeinschaft wanderten viele Arbeitskräfte aus den agrarisch geprägten Gebieten ab. Auch die Kapitalbewegungen gingen vielfach nicht in die gewünschte Richtung. Die privaten Investitionen konzentrierten sich auf Vorhaben mit günstigen Standortbedingungen. Für veraltete Industrien konnte nur teilweise Ersatz geschaffen werden, was zum größeren Teil freilich der allgemeinen Wirtschaftskrise angelastet werden mußte.

Die Väter der Römischen Verträge haben als Instrument der Regionalpolitik lediglich die Europäische Investitionsbank (EIB) vorgesehen. Sie vergibt Darlehen, deren Mittel durch Anleihen auf den Kapitalmärkten aufgebracht werden und (wegen des Gewichts der Gemeinschaft) besonders günstige Bedingungen ermöglichen. Erst 1975 wurde der Europäische Fonds für Regionale Entwicklungg (EFRE) eingerichtet. Er hat bis Ende 1985 fast 30 000 Investitionsprojekte mit insgesamt 14 Milliarden ECU (rund 29,5 Milliarden Mark) bezuschußt.

170 000 Arbeitsplätze

Gemessen am Bedarf der zurückgebliebenen Regionen sind diese Finanzhilfen nicht überwältigend. Immerhin haben sie jedoch allein im Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbereich bisher an die 170 000 Arbeitsplätze geschaffen oder krisensicher gemacht. Der größte Teil der Zuschüsse floß in Infrastrukturvorhaben, vor allem in den Bau von Straßen und Autobahnen. Diese Finanzierungen wirkten sich eher indirekt auf die Erstarkung der Wirtschaftskraft aus.

Die Wirkung des Fonds ist um so größer, je mehr er sich auf die wirklich bedürftigen Regionen konzentrieren kann. In den ersten Jahren nach seiner Gründung bestand die Gefahr einer zu starken Zersplitterung der Mittel. *Nicht zuletzt* auf deutsches Drängen hin, aber auch wegen des Beitritts von Griechenland, Spanien und Portugal, werden die Beihilfen jedoch inzwischen weniger nach dem „Gießkannenprinzip" vergeben.

Unvermeidliche Folge davon ist, daß die Bundesrepublik mit einer weitgehend gesunden Regionalstruktur nur mit marginalen Anteilen von EFRE profitiert. Nur zwischen 2,55 und 3,40 Prozent der Mittel sind jährlich für deutsche Projekte reserviert. Bonn hätte sogar auf jegliche Ansprüche verzichtet, wenn auch andere Partner diesem Beispiel gefolgt wären. Als „Nettozahler" in der Gemeinschaft ist die Bundesregierung daran interessiert, den Fonds möglichst wenig aufzublähen. Sie zieht es vor, deutsche Regionalprojekte im Rahmen der sogenannten Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern direkt zu finanzieren.

Regionalförderung über Brüssel unterliegt nämlich zwangsläufig zusätzlichen bürokratischen Prozeduren und muß sich an den gemeinschaftlich fixierten Prioritäten ausrichten, die von nationalen Regeln abweichen können. Nicht alle von den Regierungen eingereichten Vorhaben werden von der Kommission (in Zusammenarbeit mit einem Ausschuß von Regierungsexperten) genehmigt. Auf der anderen Seite kann von einer wirklichen europäischen Regionalpolitik auch nicht gesprochen werden.

Statt vor allem Investitionen zu fördern, die eine grenzüberschreitende Strukturpolitik ermöglichen, stützt sich die Forderung auf nationale Entwicklungsprogramme, die allenfalls mit gemeinschaftlichen Zielsetzungen im Einklang stehen müssen. Die Folge ist, daß der EFRE weitgehend zu einem Instrument des europäischen Finanzausgleichs verkümmert ist. Die Mehrzahl der finanzierten Projekte wäre auch ohne ihn verwirklicht worden. Das zeigt sich unter anderem daran, daß in vielen Fällen eine EG-Beteiligung dann beantragt *wird, wenn die Straße* bereits im Bau ist.

Willkommenes Geschenk

Für die armen Mitgliedsländer sind die Finanzspritzen aus Brüssel trotzdem ein willkommenes Geschenk. Manche von ihnen würden ohne diesen Transfer sogar zu Nettozahlern in der Gemeinschaft, da sie nicht oder noch nicht von den „Segnungen" der gemeinsamen Agrarpolitik profitieren. Nach der Zahl der Einwohner berechnet, sind die Iren mit 97 Mark jährlich die Hauptnutznießer des Fonds, gefolgt von den Griechen, die 1984 je Kopf der Bevölkerung 86 Mark erhielten und den Italienern mit 73 Mark. Künftig dürfte sich diese Reihenfolge vor allem zu Gunsten der Portugiesen verschieben.

In der Bundesrepublik vergab der Fonds im ersten Jahrzehnt seines Bestehens immerhin Zuschüsse für 2485 Projekte. Zusammengenommen summierte sich der Brüsseler Finanzbeitrag nach gegenwärtigem Umrechnungskurs auf 1,31 Milliarden Mark. Den Löwenanteil der Gelder zogen die Bundesländer Bayern, Saarland und Niedersachsen auf sich. Danach folgte Schleswig-Holstein.

Wichtiger als die Leistungen des Fonds sind für die Bundesrepublik allerdings die Beschränkungen der nationalen Regionalförderung durch das Wettbewerbsrecht der EG. Nach Meinung der EG-Kommission sind die deutschen Regionalbeihilfen zu großzügig und vor allem zu „flächendeckend" bemessen.

Spitzenposition zurückgewonnen

Wachsendes Neugeschäft bei der LBS Württemberg

nl. Stuttgart

Bei der Landesbausparkasse Württemberg, Stuttgart, hat sich im Jahr 1986 das kontinuierliche Wachstum im Neugeschäft bisher fortgesetzt. Das zur Sparkassen-Organisation zählende Institut schloß nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Heinz Wilderer bis Ende Juli dieses Jahres 56 000 Neuverträge über 1,6 Mrd. DM Bausparsumme ab, das bedeutet der Stückzahl nach ein Plus von fünf Prozent und den Summen nach von 12,1 Prozent.

Von diesen Zuwachsraten ausgehend starte man, so Wilderer, mit einem guten Polster in das Jahresschlußgeschäft dieses Jahres. Auch von den Marktanteilen her kann die LBS Württemberg brillieren: Während das Institut bei der Bausparsumme je Einwohner (in seinem Arbeitsgebiet) mit 279 DM noch an zweiter Stelle lag, erreichte man in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 307 DM je Einwohner und gewann damit wieder die Spitzenstellung in der Bundesrepublik zurück.

Der Geldeingang der Bausparkasse verbesserte sich im Berichtszeitraum um 6,9 Prozent auf 1,4 Mrd. DM. Beteiligt waren daran die Zins- und Tilgungsleistungen mit einem Zuwachs von 8,1 Prozent sowie die Sparbeiträge (ohne vermögenswirksame Leistungen) mit einem Plus von 6,3 Prozent. Da die vermögenswirksamen Leistungen um 4,4 Prozent zurückgingen, ergibt sich für den Spargeldeingang immerhin noch eine Zunahme um 4,6 Prozent.

Die 24 württembergischen Sparkassen steigerten ihre Vermittlungsleistung im Neugeschäft um 13 Prozent, der Anteil am gesamten Neugeschäft der LBS vergrößerte sich dadurch auf 30,1 (29,1) Prozent. Neue Verbund-Programme sollen der Zusammenarbeit mit den Sparkassen eine verstärkte Basis geben.

Management kauft Unternehmen

Großbritannien: 245 Firmenübernahmen zu 1,2 Mrd. Pfund

fu. London

In Großbritannien hat die Unternehmens-Übernahme durch das eigene Management rapide Fuß gefaßt. Die erste umfassende Untersuchung auf dem Gebiet der Management-Übernahmen kommt zu dem Ergebnis, daß inzwischen mehr als ein Drittel aller Firmen-Übernahmen in Großbritannien auf die Übernahme durch das eigene Management (in einigen Fällen gemeinsam mit den Beschäftigten) entfällt. Der Wert dieser Management-Übernahmen erreichte der Untersuchung zufolge im vergangenen Jahr immerhin 1,2 Mrd. Pfund (3,66 Mrd. DM).

Registriert wurden 1985 insgesamt 245 Firmen-Übernahmen durch das eigene Management, mehr als doppelt so viele wie 1979. Ermutigt wird diese Übernahmeform vom jüngsten Boom in Unternehmens-Zusammenschlüssen und -Übernahmen; bei den so entstehenden Konglomeraten bestehe sehr häufig die Notwendigkeit, Randaktivitäten abzustoßen.

Gewarnt wird in der Untersuchung allerdings vor der Gefahr, daß der allgemeine Anstieg der Aktienkurse und ständig optimistische Voraussagen der führenden Börsen- und Branchenanalysten die von den Unternehmensverkäufern geforderten Preise so stark nach oben treiben, daß die Finanzierung für das jeweils eigene Management zunehmend schwieriger wird. Auch die relativ großzügige Bereitstellung von Risiko-Kapital für Management-Übernahmen durch spezielle Institute in der Londoner City führe eher dazu, daß die Unternehmensverkäufer höhere Preise fordern, als daß mehr Management-Übernahmen inspiriert und gefördert werden.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Ingrid Klampfl-Lehmann: Der Schlüssel zum besseren Gedächtnis, Delphin Verlag, München. 240 S., 26 Mark.

Alle fünf Jahre verdoppelt sich das Wissen der Menschheit. Bei dem rasanten Fortschritt der Technik wird sich diese Zeitspanne künftig noch verkürzen. Kein Wunder also, daß in der letzten Zeit Gedächtnistraining immer mehr Interesse findet. Studenten betreiben es, um sich effektiver auf das Examen vorzubereiten; Berufstätige, um den spezifischen Anforderungen ihrer Arbeitswelt besser gewachsen zu sein; Senioren, um einem Absinken des geistigen Leistungsvermögens vorzubeugen. Die Autorin verrät an vielen Beispielen und spielerischen Übungen, wie man Vokabeln und Zeitungsnachrichten besser behält, wie man den „Wortspeicher" trainiert oder frische Informationen „zeitstabil verankert".

Buttler/Oettle/Winterstein (Hrsg.): Flexible Arbeitszeit gegen starre Sozialsysteme, Nomos Verlag, Baden-Baden 1986, 254 S., 65 Mark.

Der wirtschaftliche Strukturwandel prägt mit seinen Problemen unsere Gesellschaft. Experten entwerfen kurzatmige Arbeitsbeschaffungsprogramme. Politiker hoffen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Aber bringt das die Wende in die Zukunft? Demgegenüber wird hier eine andere Konzeption vorgestellt. Die Verkrustungen des Sozialstaates sollen aufgebrochen werden. Den Angelpunkt dazu bildet die Flexibilität der Arbeitszeit.

M. Heinrich/A. Schmidt: Der Atomatlas, Heyne Verlag, München 1986, 229 S., 9,80 Mark.

Tschernobyl ist zum Stichwort geworden, das die Geister scheidet. Viele technische Begriffe und wissenschaftliche Analysen werden in der Diskussion verwendet, ohne daß der besorgte Bürger wirklich weiß, was das alles bedeutet.

- Was ist eigentlich Radioaktivität?
- Welche gesundheitlichen Schäden kann die Strahlung bewirken?
- Was bedeuten die verwirrenden Maß-Einheiten für die Strahlung wie Rem, Becquerel oder Curie?
- Wie funktionieren Kernkraftwerke?
- Welche Arten von Reaktoren gibt es in Europa?
- Was ist eine Wiederaufarbeitungsanlage?

Der Atomatlas beantwortet diese und viele andere Fragen ausführlich und allgemeinverständlich.

Hermann Kellenbenz (Hrsg.): Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom ausgehenden Mittelalter bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts, Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1986, 1352 S., 248 Mark.

Band drei des Handbuchs der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte gibt in einer Zeit, in der über die Vor- und Nachteile wirtschaftlichen Wachstums intensiv diskutiert wird, die notwengige historische Rückbesinnung, Information und Analyse. Mitte des 14. Jahrhunderts hatten die Auswirkungen der Pest in Europa einen sozialen und wirtschaftlichen Tiefstand bewirkt. Vom einsetzenden Aufschwung in der Wirtschaft über die zunehmende Rolle des Staates, die europäischen Aktivitäten in Übersee und die tiefgreifenden Veränderungen im geistig-künstlerischen, religiösen und technischen Bereich wird ein weiter Bogen über die Jahrhunderte geschlagen. Dieser Band zeigt auch, daß modische Begriffe wie „Krise" oder „Aufschwung" keinesfalls neue Phänomene beschreiben.

Forschungszentrum für die Eßkultur

JOACHIM SCHAUFUSS, Belley

Was Mozart für Salzburg, soll Brillat-Savarin für Belley werden, verkündete Bürgermeister Charles Millon nach dem zweiten Dessert des fünfstündigen Festessens, welches die besten Köche Frankreichs im Geburtsort des Urvaters der Gastronomie aus Anlaß der nach ihm benannten Stiftung zubereitet hatten. Aber der Plan, diesen weitgehend unbekannten Ort auf halbem Wege zwischen Lyon und Genf zum Mekka der Feinschmecker zu erheben, ist durchaus ernst gemeint.

Die „Fondation Brillat-Savarin", im ehemaligen Bischofspalais der Stadt bestens untergebracht, zählt nicht nur die Starköche Paul Bocuse, Gaston Lenôtre, Georges Blanc und Alain Chapel zu ihren Verwaltungsratsmitgliedern. Die eigentlichen Stifter sind der Lebensmittelkonzern BSN (Gervais Danone), die Hotel- und Restaurationsgruppe Accor (Sofitel, Novotel) und der Supermarktriese Carrefour, die zusammen einen Umsatz von immerhin 87 Milliarden Franc repräsentieren. Von der Stiftung versprechen sie sich für ihre diversen Aktivitäten offensichtlich einen erheblichen Prestige- und damit Geschäftszuwachs.

So wird die Stiftung zunächst einmal ein internationales Forschungszentrum einrichten, das einerseits künftigen Küchenchefs für ihre Ausbildung zur Verfügung steht, vor allem aber für die Lebensmittelindustrie Laboratoriumsversuche durchführen soll. Außerdem gewährt sie Stipendien an junge Talente und verleiht jährlich den Preis „Bester Brillat-Savarin Frankreichs" – in Anspielung auf die offizielle Auszeichnung „Bester Arbeiter Frankreichs", mit der die Meisterköche ihre Kittel schmücken.

Wahrscheinlich kommt es den Stiftern – mit BSN an der Spitze – hauptsächlich darauf an, ihre eigenen Produkte mit dem Etikett „Brillat-Savarin" zu versehen. Gervais-Käse, Danone-Joghurt oder gar Pansani-Nudeln würden dann vielleicht beim Verbraucher besonders begehrt sein. Denn nur der gebildete Mensch allein, so hatte der Meister schon 1826 verkündet, ist in der Lage, mit Bewußtsein zu essen. („Das Tier frißt, der Mensch ißt.")

Sicher ist, daß sich die internationalen Geschmacksgewohnheiten immer mehr einander anpassen. Auch verschwinden zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten die Ernährungsunterschiede. Heute, so versicherten die Veranstalter, sucht jedermann vor allem das Eßvergnügen und die gesunde Ernährungsweise. Dem müßte sich die Lebensmittelindustrie anpassen.

In seinem Buch über die „Psychologie des Geschmacks" hatte Brillat-Savarin die Grundregeln der Kochkunst aufgestellt. Aber er wies auch den Köchen die Zukunft, indem er ihnen versicherte, daß die Entwicklung eines neuen Gerichts die Menschheit mehr beglückt als die Entdeckung eines neuen Sterns. In Frankreich jedenfalls ist man davon auch heute noch überzeugt. Danach könnte es in den Laboratorien der Stiftung durchaus zu weltbewegenden Dingen kommen.

Darüber hinaus will sich Belley durch die Veranstaltung internationaler Kongresse weltweit bekanntmachen und seine Region stärker dem Tourismus erschließen. Die landschaftlichen Voraussetzungen dafür scheinen in diesem Voralpengebiet mit seinen Seen und Weinbergen durchaus gegeben zu sein. Aber dennoch seien Zweifel erlaubt: Belley ist eben nicht Salzburg und Brillat-Savarin kein Mozart.



Aktien weiter erholt

Goldpreis treibt den Degussa-Kurs

DW. – Trotz der Verunsicherung durch die nach wie vor undurchsichtige Währungssituation bestand die freundliche Tendenz auf dem deutschen Aktienmarkt am Wochenbeginn fort. Das Geschäft wurde weitgehend durch inländische Anleger getragen.

Lebhaft war das Interesse weiterhin an VW-Bezugsrechten, die höher als am Freitag notiert wurden. Zu einer Sonderbewegung kam es bei der Degussa, eine Reaktion auf den wieder befestigten Goldpreis.

Nach wie vor vorsichtig wurde bei den Bankaktien disponiert. Trotzdem konnte die Mehrzahl der Deutschen Bank-Aktien begrenzte Kursgewinne erzielen. Bei Siemens machte sich das Fehlen ausländischer Anleger bemerkbar. Der Kurs blieb nach kleinen Schwankungen unverändert.

Für Spezialpapiere des Elektromarktes lagen Kaufaufträge vor. Nachrichten über einen weiter wachsenden Auftragsbestand im Maschinenbau hielten die Nachfrage wach. Konsumnahe Werte erreichten leichte Kurssteigerungen. Chemiewerte wurden nur wenig heraufgesetzt. Mit einem Kursgewinn von sieben DM fiel Beiersdorf schon aus dem Rahmen. Wenig verändert Stahlaktien.

Im Versorgungsbereich gab es begrenzte Kursanhebungen. Der Widerstand gegen den von der SPD gewollten Ausstieg aus der Kernenergie scheint zur Stabilität beizutragen.

Nachbörse: uneinheitlich

DW-Ak.Ind.: 270,25 (268,02)
DW-Ums.Ind.: 4418 (5648)
Adv.-decline-Zahl: 139 (98)
38-Tg-Linie: 276,48 (276,91)
200-Tg-Linie: 278,18 (278,07)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		22.9.	19.9.
H	Aach M Betf. 12,5	2375	2510
H	Aach. M. Vers. 7	1929	1930
D	Aach. Rück. 9	2510bG	2501
D	Aseag *4	385T	385T
M	Ack-Gögg. 8	162	158bG
H	Adca 5	184	184
D	Adler 12+16	290G	290G
F	AEG 0	309	305,5
D	AEG KABEL 9	430	421
S	Aesculap 9	425	415
F	AGAB 5	160	163
D	Agrippina *0	3730G	3730G
M	Agrob *0	187	181
D	Colonia Vers. 6	700	680
D	Commerzb. 8	334,5	333,5
D	Cobk.Rente*0 RM	15,3T	15,3T
F	Cobk.Genußsch.	120,5	121,25
D	Conc. Chem. 4,5	260B	260B
B	Conc. Spinne *0	610T	590T
D	Contigas 8	345bG	350
D	Conti Gummi 5	315,5	312
D	Dahlb. St. 7,75	263	263
D	dgl. Vz. 14,75	400G	400G
S	Daimler 12+2,5	1235	1219
M	Deckel AG 6	225,5	220,5
F	DG Bank Gen. 8,5%-		112,5
D	Dt. Atl. Tel.10	760	790bB
D	Dt. Babcock St. 3	197,5	199
D	dgl. Vz. 3,5	190	191,5

Ausland

Devisenmärkte

Rentenoptionen

Devisen und Sorten

Junge Aktien

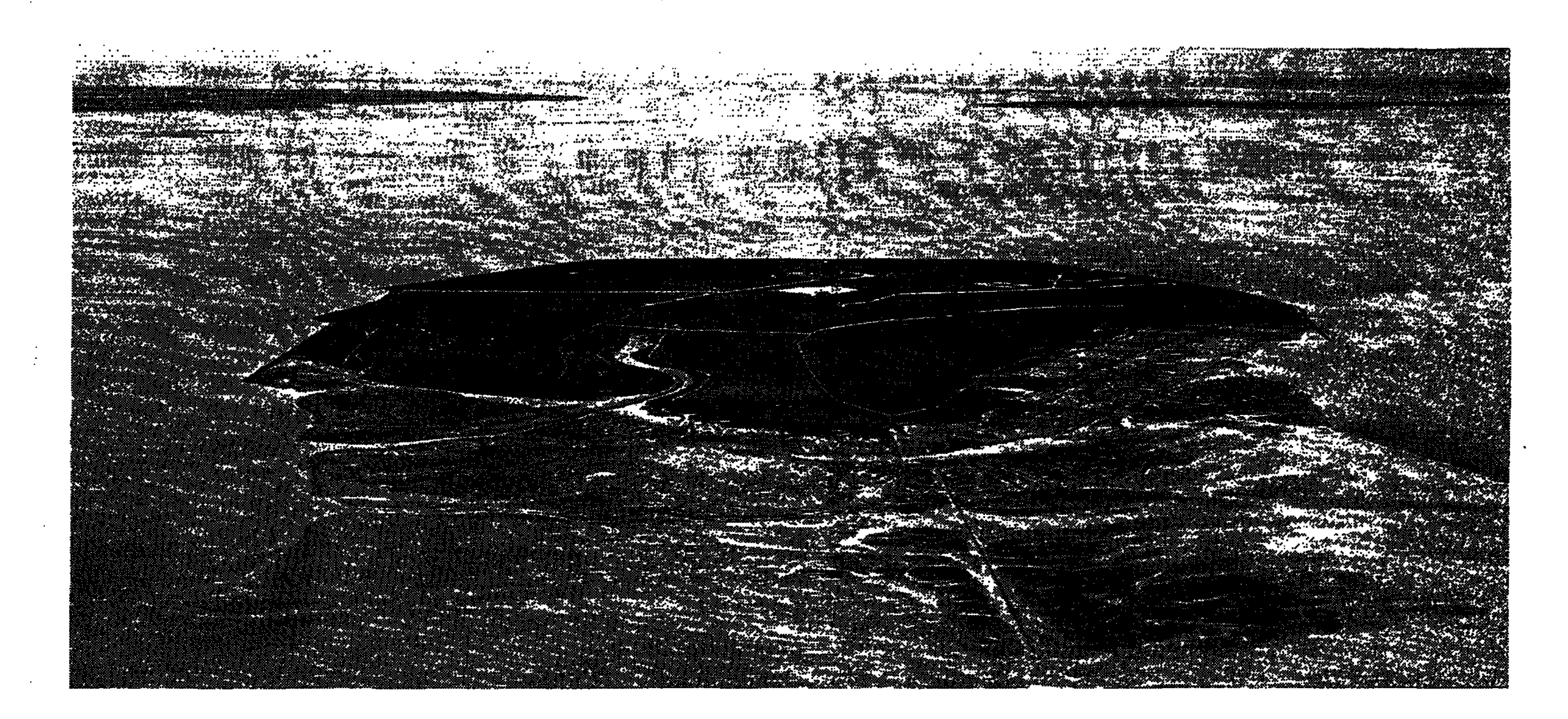
Optionshandel

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Watt & Volt.

Über Stromversorgung.



Der Aufbau der Stromversorgung unseres Landes ist eine der großen Leistungen dieses Jahrhunderts. „Strom für alle" – jene politische Zielsetzung der Gründerzeit hat Ideenreichtum und wirtschaftliche Kraft ganzer Generationen gefordert und gefördert.

Mehr als 100 Jahre sind seit Beginn der ersten Elektrizitätsversorgung vergangen – heute gilt Strom aus der Steckdose überall als Selbstverständlichkeit. Sogar im einsamen Wattenmeer: Hier kam 1976 die Insel Gröde als eine der letzten nordfriesischen Halligen ans Festlandnetz der PREUSSENELEKTRA-Tochter SCHLESWAG.

Mit der lückenlosen Erschließung des Versorgungsgebietes haben sich die Aufgaben der PREUSSENELEKTRA gewandelt.

Versorgungssicherheit steht heute im Mittelpunkt mit umweltfreundlich, kostengünstig und sicher erzeugter Energie.

Hierzu dienen leistungsfähige Kern- und Kohlekraftwerke, für die es heute noch keine Alternative gibt.

Aber auch additive Quellen, wie das Solarkraftwerk auf Pellworm, verschiedene Wind- und Wasserkraftwerke sowie Biogasanlagen speisen inzwischen Strom in das Stromnetz der PREUSSENELEKTRA ein.

Noch ist der Versorgungsbeitrag dieser Energiearten vergleichsweise gering und ihre Wirtschaftlichkeit noch nicht erreicht. Die intensive Erforschung dieser alternativen Energiearten ist eine Herausforderung, der sich die PREUSSENELEKTRA auch weiterhin stellt. Dies ist ein längerfristiger Prozeß.

Wann diese Kraftwerke erstmals einen entscheidenden Beitrag zur Energieversorgung in der Bundesrepublik leisten werden, ist heute noch nicht absehbar.

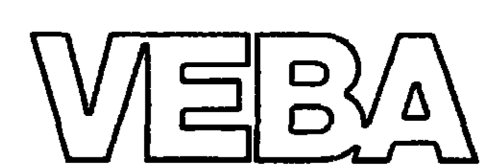
VEBA heute.

ELEKTRIZITÄT	MINERALÖL	CHEMIE	HANDEL & VERKEHR
Veba Kraftwerke Ruhr AG Gelsenkirchen	Veba Oel AG Gelsenkirchen	Hüls AG Marl	Stinnes AG Mülheim/Ruhr
Preussen Elektra AG Hannover	Deminex Dt. Erdölversorgungsges. mbH Essen	Bunawerke Hüls GmbH Marl	Stinnes/Trefz AG & Co. Stuttgart
Braunschweigische Kohlen-Bergwerke Helmstedt	Mark Producing Houston	Röhm GmbH Chemische Fabrik Darmstadt	Brenntag AG & Co. Mülheim/Ruhr
Hann.-Braunschw. Stromversorgungs-AG Hannover	Ruhr Oel GmbH Gelsenkirchen	Phenolchemie GmbH Gladbeck	Rhenus AG Dortmund
Schleswag Aktiengesellschaft Rendsburg	Raab Karcher AG Essen	Deutsche Hefewerke GmbH Hamburg	Midgard Dt. Seeverkehrs-AG Nordenham
Thüga AG München	Aral AG Bochum	Nuodex Piscataway	Ruhrglas AG Essen
SONSTIGE BETEILIGUNGEN			
	Veba Wohnungswirtschaft	Ruhrkohle AG Essen	

Die VEBA hat mit ihren 68.700 Mitarbeitern im Jahre 1985 einen Konzernumsatz von 48,6 Mrd. DM erzielt.
Neben der Bundesrepublik Deutschland (25,6%) sind rund 500.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch die Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstuck deutscher Volkswirtschaft.

Wenn Sie mehr über Elektrizitätsversorgung und andere Leistungen der VEBA wissen möchten, schreiben Sie uns:

VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.



Die Serie wird fortgesetzt.

Warenpreise – Termine

Mit hohen Gewinnen schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Gut behauptet ging Kupfer aus dem Markt. Fester notierten Kaffee und Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	19.9.	18.9.
Sept.	253,00	256,25
Dez.	261,75-262,00	258,25-258,50
März	256,75	253,25-253,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	199,53	199,53
Am. Durum	197,31	197,31

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	96,00	98,10
Dez.	97,50	97,50
März	98,50	98,20

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Okt.	78,70	79,50
Dez.	77,10	76,80
März	77,60	

HAFER Chicago (c/bush)

Sept.	120,25	120,25
Dez.	127,75-127,50	128,75
März	128,50	128,75

MAIS Chicago (c/bush)

Sept.	167,50-165,00	165,00-164,00
Dez.	165,00-164,50	165,00-164,75
März	175,75-175,50	176,75-177,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Okt.	85,40-85,70	84,40
Dez.	81,10-81,30	81,60
März	82,60	82,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	19.9.	18.9.
Sept.	208,05	207,20-207,90
Dez.	212,90-213,10	209,80-210,10
März	206,70-206,75	204,25-204,70

KAKAO New York ($/t)

	19.9.	18.9.
Dez.	2147-2158	2124-2135
März	2180-2195	2166-2174
Mai	2214	2185
Umsatz	4068	4995

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Okt.	4,79-4,82	4,89-4,91
Jan.	5,40-5,47	5,50-5,68
März	5,97-5,98	5,98-5,99
Mai	6,23	6,25-6,27
Juni	6,43-6,45	6,44
Umsatz	7831	10876

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) 4,58 4,68

KAFFEE London (£/t) Robusta

	19.9.	18.9.
Sept.	2455-2465	2440-2445
Nov.	2480-2485	2465-2467
Jan.	2421-2423	2410-2415
Umsatz	2245	5101

KAKAO London (£/t)

Sept.	1535-1538	1520-1522
Dez.	1582-1585	1570-1571
März	1618-1621	1613-1614
Umsatz	3178	3684

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)

	19.9.	18.9.
Okt.	107,00-107,40	106,60-108,80
Dez.	120,40-121,00	121,00-121,60
März	134,20-134,40	135,00-135,20
Umsatz	1832	5707

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

	22.9.	19.9.
schw.		
Saraw.spez.	915,00	897,50
weiß.Saraw.	-	1350,00
weiß.Munt.	-	1365,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	19.9.	18.9.
Nov.	104,75-105,00	105,00
Jan.	106,80	106,90
März	107,40-107,50	107,70-107,80
Mai	108,50-109,00	108,30-108,50
Juli	108,40-108,50	108,40-108,50
Umsatz	350	600

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

19.9.	18.9.
27,00	27,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk 17,00 16,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Sept.	13,69-13,74	13,55-13,62
Okt.	14,20-14,10	13,60-13,61
Dez.	14,67-14,80	14,15-14,16
Jan.	14,90	14,27
März	15,25-15,30	14,60
Mai	15,40-15,50	14,76-14,80
Juli	15,60-15,65	15,00-15,05

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk. 13,50 13,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	14,00	13,50
Choise white hog 4 % fr. F.	10,00	10,00

TALG New York (c/lb)

top white	11,25	11,25
fancy	10,75	10,75
bleichf.	10,50	10,50
yellow max. 10% fr.F	8,25	8,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Okt.	56,45-56,35	56,40-56,45
Dez.	55,77-55,80	55,80-55,75
Febr.	54,12-54,20	54,30-54,40

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Febr.	77,30-77,55	76,80-76,95
März	76,10-75,90	75,50-75,60
Mai	74,80-74,90	74,70-75,00

HÄUTE Chicago (c/lb)

	19.9.	18.9.
Ochsen einh. schwere River Northern	64,00-64,50	64,00-64,50
Kühe einh. schwere River Northern	57,00	57,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Sept.	506,0-508,0	496,0-496,75
Nov.	487,0-486,0	481,25-482,0
Jan.	495,0-494,5	489,8-490,3
März	503,0-502,75	498,25-499,0
Mai	508,5	503,5-503,75
Juli	510,0	507,25
Aug.	508,5	506,0

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Sept.	154,5-154,2	152,9
Okt.	151,3-151,4	151,1-151,0
Dez.	152,8-153,0	153,2-153,1
Jan.	153,5-153,8	154,0-154,3
März	154,3-154,0	155,0
Mai	155,5-155,0	156,0-156,1
Juli	155,5-155,0	156,5

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	19.9.	18.9.
Okt.	236,6	234,0
Dez.	240,4-241,0	238,5-239,0
März	248,4	247,0

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

19.9.	18.9.
10,50	10,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	22.9.	19.9.
jegl. Herk. cif	532,00	525,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank 390,00 380,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif 215,00 205,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk 66,00 62,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif 245,00 242,50

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif 189,00 189,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	19.9.	18.9.
Okt.	44,30	42,30
Dez.	45,10	43,10
März	46,15	44,15
Mai	46,90	44,90
Juli	47,40	45,40
Okt.	48,35	46,35

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1 46,00 45,50

WOLLE London (Neus. c/kg) – Kreuzz.

	22.9.	19.9.
Okt.	570-575	571-575
Dez.	540-556	551-554
Jan.	550-554	551-552
Umsatz	2491	2486

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	22.9.	19.9.
Okt.	34,00-41,50	34,00-41,50
Dez.	-	-
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	22.9.	19.9.
Okt.	621,00-648,00	635,00-645,00
März	-	630,00-635,00
Mai	-	634,00-637,00
Umsatz	0	4

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	22.9.	19.9.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	22.9.	19.9.
Okt.	12000	12040
Nov.	12076	-

KAUTSCHUK London (p/kg)

	19.9.	18.9.
spot	65,00-67,00	65,00-67,00
RSS 1 Okt.	64,50-65,50	64,50-65,50
RSS 2 Okt.	63,50-64,50	63,50-64,50
RSS 3 Okt.	62,50-63,50	62,50-63,50

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	22.9.	19.9.
Okt.	232,00-234,00	230,00-232,00
Nov.	233,00-235,00	231,00-233,00
Nr. 2 Okt.	229,00-230,00	227,00-228,00
Nr. 3 Okt.	225,00-226,00	218,50-219,50
Nr. 4 Okt.	220,50-221,50	215,50-216,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	22.9.	19.9.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 trayounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	22.9.	19.9.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	252,37-252,66	246,61-247,71
dritt. M.	242,27-242,42	238,04-238,19
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	82,54-82,69	82,50-82,65
dritt. M.	83,73-83,87	83,54-83,68
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	752,64-754,13	733,35-736,29
dritt. M.	764,52-765,41	750,49-751,08
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	170,72-173,69	165,59-168,55
Prod.-Pr.	187,13	183,91
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

22.9.	19.9.
14,26	14,19

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	22.9.	19.9.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	284,23-286,51	280,62-282,69
BLEI in Kabeln	90,25-91,25	80,25-91,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	22.9.	19.9.
MS 58, 1.VS	273-275	271—
MS 58, 2.VS	320-327	316-325
MS 63	301-305	298-302

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	22.9.	19.9.
Leg. 225	275-285	275-285
Leg. 226	277-287	277-287
Leg. 231	312-317	312-317
Leg. 233	322-327	322-327

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	22.9.	19.9.
PLATIN (DM/g)	41,858	38,708
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	33288	31236
Rückn.-Pr.	28300	26600
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	29550	27740
Rückn.-Pr.	28750	27000
verarbeitet	310008	291008
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	29000	27150
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	404,20	388,00
Rückn.-Pr.	391,80	376,10
verarbeitet	421,908	405,008

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	22.9.	19.9.
10.30	442,75	423,00
15.00	435,50	430,00
Zürich mitt.	438,00-441,00	430,00-433,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	92150	88900
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	413,15	398,35
3 Mon.	423,15	407,85
6 Mon.	433,70	417,75
12 Mon.	453,90	437,65
PLATIN (£/Feinunze) London	22.9.	19.9.
fr. Markt	411,10	394,85
PALLADIUM (£/Feinunze) London	22.9.	19.9.
f. Händl.-Pr.	99,20	97,35

New Yorker Metallbörse

	19.9.	18.9.
GOLD H & H Ankauf	430,80	417,85
SILBER H & H Ankauf	594,00	578,50
PLATIN f.Händl.-Pr.	561,50-564,00	561,50-564,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	142,00-145,00	142,50-144,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD Sept.	436,00	417,80
Okt.	436,00-437,00	418,50-419,20
Dez.	439,20	420,80
Febr.	440,50-441,50	422,30-423,00
Apr.	444,00-446,00	426,50
Umsatz	85000	38000
SILBER (c/Feinunze) Sept.	599,50	575,10
Okt.	601,00	576,50
Dez.	605,00-608,00	581,00-583,00
Jan.	609,70	585,00
März	614,00-618,50	592,00-592,50
Mai	623,00-624,00	597,10
Juli	629,20	601,50
Umsatz	30000	21000

KUPFER (c/lb)

	19.9.	18.9.
Sept.	61,90	61,65
Okt.	61,90	61,75
Dez.	62,30-62,50	62,25-62,30
Jan.	62,50	62,35
März	62,60-62,70	62,50-62,60
Mai	62,90	62,80
Juli	63,20	63,05
Umsatz	4500	3900

Londoner Metallbörse

	22.9.	19.9.
ALUMINIUM (c/lb) mitt. Kasse	850,00-851,00	838,00-839,00
3 Mon.	816,00-816,50	806,00-807,00
BLEI (£/t) mitt. Kasse	278,00-278,50	277,50-278,50
3 Mon.	282,00-282,50	281,00-281,50
KUPFER grade A (£/t) mitt. Kasse	939,50-940,00	930,50-931,00
3 Monate	961,00-961,50	951,00-952,00
ab. Kasse	-	932,00-952,50
3 Monate	-	952,50-953,00
KUPFER-Standard mitt. Kasse	913,00-916,00	904,00-908,00
3 Monate	937,00-939,00	928,00-950,00
ZINK Highergrade (£/t) mitt. Kasse	604,00-604,50	597,50-598,50
3 Monate	606,00-607,00	600,50-601,00
ZINN (£/t) mitt.Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	-	125-135
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	-	38-43

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	19.9.	18.9.
Okt.	40,40-40,50	40,10-40,25
Nov.	41,70-41,90	41,50-41,75
Dez.	42,90-43,10	42,75-42,90
Jan.	43,75-43,90	43,50-43,60

GASÖL – London ($/t)

	19.9.	18.9.
Okt.	123,00-125,00	120,50-120,75
Nov.	128,00-128,25	124,75-125,00
Dez.	132,00-132,25	128,75-129,00
Jan.	134,25-134,50	131,75-132,00
Febr.	134,00-136,00	131,50-131,75
März	121,00-125,00	121,00-123,00
Mai	—130,00	120,00-126,00
Juni	120,00-130,00	120,00-126,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)

	19.9.	18.9.
Okt.	40,75	41,00
Nov.	40,25-40,40	40,55
Dez.	40,10-40,25	40,10-40,20
Jan.	40,07	40,10
Febr.	40,00	40,10

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	19.9.	18.9.
Okt.	14,45-14,50	14,53-14,60
Nov.	14,70-14,78	14,70-14,75
Dez.	14,75-14,84	14,74-14,85
Jan.	14,68-14,70	14,70-14,76
Febr.	14,50	14,60

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	19.9.	18.9.
Arabian Lg.	11,75	11,50
Arabian Hv.	11,47	11,19
Iran Lg.	13,50N	13,50N
Forties	13,90	13,40
North Brent	14,05	13,80
Bonny Light	14,05	13,80N

Kartoffeln

London (£/t)

	19.9.	18.9.
Nov.	115,00	112,00
Febr.	132,50	128,50
April	188,50	184,50
Mai	204,50	201,30

New York (c/lb)

	19.9.	18.9.
Nov.	3,88-3,90	3,84-3,85
März	4,45	4,45
Mai	5,35	5,29
-	-	-

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	19.9.	18.9.
Nov.	170,40	175,40
Jan.	164,50-165,00	168,60
März	164,30-165,00	166,50
Mai	166,00	168,80

Devisenterminmarkt

Dollar-Zins-Befestigung um 1/16 am 22.9., leichte Erweiterung der Dollar-Abschläge gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,28-0,18	0,85-0,75	1,53-1,33
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,50-1,47	3,03-2,98
Pfund/DM	1,90-0,50	4,80-3,40	8,60-7,20
FF/DM	16-p	33-17	55-39

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22.9.: Tagesgeld 4,50-4,60 Prozent; Monatsgeld 4,45-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,60 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 22.9.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 22.9.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 22.9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6-6¼	4½-4¾	4¼-4½
3 Monate	6-6¼	4½-4¾	4¼-4½
6 Monate	6-6¼	4½-4¾	4¼-4½
12 Monate	6-6¼	4½-4¾	4¼-4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 22.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 18,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 22.9. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt.	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	203,00	259,92	36,26
20 ffr. Napoleon	5,8070	159,00	209,76	36,12
20 sfr Vreneli	5,8070	185,00	237,12	40,83
½ Sovereign (E.II)	3,6610	104,00	141,36	38,61
1 Sovereign Neu	7,3220	195,00	250,80	34,25
1 Sovereign Alt	7,3220	199,00	255,36	34,88
100 Kronen Österr.	30,4880	830,00	1014,60	33,28
20 Kronen Österr.	6,0980	163,00	208,62	34,21
10 Kronen Österr.	3,0480	84,00	111,72	36,65
4 Dukaten Österr.	13,7700	387,00	475,38	34,52
1 Dukaten Österr.	3,4420	87,00	118,56	34,45
10 Rubel Tscherw.	7,7423	205,00	262,20	33,87
Krügerrand 1 Uz	31,1035	875,00-	1037,40	33,35
Krügerrand ½ Uz	15,5517	454,00	540,36	34,75
2 Rand Südafrika	7,3220	191,00	246,24	33,63
1 Rand Südafrika	3,6610	88,00	123,12	33,63
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	905,00	1071,60	34,45
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	92,00	116,28	37,39
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1030,00	1322,40	43,94
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1250,00	1482,00	47,65
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	127,00	161,88	52,05

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,65). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,08) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25 Kurs 98,50, Rendite 5,60.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 22.9.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,493	6,30
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,00	6,70
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,50	6,93
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95	139,00	9,11
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,92	5,25
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,42	5,25
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,72	6,40
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	13.8.96	53,30	6,55
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,55	6,35
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,36	6,85
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,07	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,07	7,00
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,94	6,90
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,56	7,02
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,52	6,75
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	-	-
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,15	6,50
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,50	6,91
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,20	6,98
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,80	4,26
WestLB 501	137,01	16.2.90	115,90	5,05
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,15	5,36
WestLB 505	143,24	1.9.92	103,90	5,56
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	116,25	6,33
Österreich	294,12	24.5.00	116,50	6,92
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	129,00	9,25
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	132,00	8,58
Prud Realty	$ 100	15.1.99	68,50	9,13
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	77,00	8,02
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,00	8,66
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,50	10,47
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	63,875	8,67
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	62,5	9,01
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	59,625	8,41
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,5	9,39
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,5	9,09
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,5	9,02
Philip Morris/A	100,00	8.4.94	51,25	9,05
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,625	8,64

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65 (4,60)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	4,80 (4,80)	100,4	102,1	103,9	105,8	107,7	109,5
3	5,10 (5,08)	99,75	102,2	104,9	107,6	110,3	113,0
4	5,52 (5,52)	97,85	101,4	104,8	108,3	111,8	115,3
5	5,79 (5,77)	96,25	100,9	104,7	108,9	113,2	117,4
6	6,00 (6,00)	94,60	100,0	104,4	109,3	114,2	119,1
7	6,25 (6,25)	92,55	98,60	105,6	109,1	114,6	120,2
8	6,55 (6,55)	90,00	96,05	102,1	108,2	114,3	120,3
9	6,75 (6,73)	87,85	94,45	101,7	107,6	114,1	120,7
10	6,80 (6,76)	86,60	93,65	101,4	107,8	114,8	121,9
15	7,05 (7,00)	80,60	89,60	99,55	107,7	116,7	125,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,832 (112,890)
Performance-Rentenindex: 247,518 (247,466)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	19 Sept.	5,75-5,811
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	5,80
	60-270 Tage	5,35
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,80
	60 Tage	5,775
	90 Tage	5,75
Certificates of Deposit	1 Monat	5,70
	2 Monate	5,70
	3 Monate	5,70
	6 Monate	5,70
	12 Monate	5,85
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,22
	26 Wochen	5,41
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,64
	30 Jahre	7,83
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	8 Sept.	695,3 Mrd. $ (+2,3 Mrd $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Dez.	132,80	131,35
März	133,50	-

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	19.9.	18.9.
9¾ EEC 90	105,75	105,75
11½ dgl. 90	110,5	110,5
10¾ EIB 95	109,25	109,25
11 dgl. 91	112,625	112,625
11½ dgl. 90	113,625	113,625
11¾ dgl. 95	120,375	120,375
12 dgl. 95	122,875	122,875
12¼ dgl. 90	115,5	115,5
12¾ dgl. 93	127,75	127,75
13 dgl. 96	119,5	119,5
10¾ Wld Bk 95	112,75	112,75
10¾ dgl. 88	105,375	105,375
10¾ dgl. 90	110	110
10¾ dgl. 95	115,5	115,5
11 dgl. 92	114,25	114,25
11¼ dgl. 88	108,375	108,375
11¼ dgl. 90	112,75	112,75
11¾ dgl. 89	109,125	109,125
11¾ dgl. 90	112,875	112,875
12 dgl. 93	121	121
12¼ dgl. 94	125,625	125,625
12¾ dgl. 94	128,75	128,75
6¾ Sears 91	103,5	103,25
6¾ Swed.Ex.91	102	101,75
7 TRW 94	101,125	100,625
6¾ Un.Tech.92	101,75	101,375
6¾ W.Disn.96	101,875	101,625
6¾ World Bk96	104,125	103,875
6¾ dgl. 90	103,375	103,125
6¾ dgl. 94	104,75	104,375
7 dgl. 94	106,625	105,875

Euro-Yen

	19.9.	18.9.
6¾ Al.Corp 91	101,5	100,875
6¾ All.Sign95	101,375	101,125
7¾ ADB 94	108,375	107,75
7 Austria 95	107	106,5
7 BP 92	105,5	105,125
6¾ Denmark 92	105,875	103,625
7 Denm.Bk. 92	104,125	103,875
7 Dow Chem.94	101,375	101,25
6¾ EDF 95	106,125	105,75
6½ Eurofima95	105,125	102,75
6¾ dgl. 92	102,25	102
6¾ dgl. 93	102,25	102
7¾ dgl. 94	103,25	103
6¾ Fannie 92	105,125	104,625
6¾ Finl.Rep90	103,875	103,625
6¾ GMAC 90	101,625	101,5
7¾ Goodyear95	102,375	101,875
6¾ dgl. 94	101,125	100,375
6¾ ITT 92	102,125	101,75
6¾ McDonal.92	101,25	101
6¾ Montreal95	103	102
6¾ NordLB 93	102,375	102
6 NIB 91	100,875	100,375
7 dgl. 92	105,875	105,5
7 Pac.Gas 94	103	102,625
6¾ Penney 92	101,5	100,625
6¾ Procter 92	102,625	102,375
6¾ Sallie 92	103,5	103

Lux. Franc Bonds

	19.9.	18.9.
9¾ Akzo 87	100	100
9¾ Asea 89	100,5	101
6¾ Asian Dv87	99	97,25
10¾ BFG Lux90	105,5	105
11 BNP 90	104	105
9 dgl. 93	107	107
10¾ Ceca 94	106	106,5
11 dgl. 92	103	103,25
13 dgl. 91	101,25	101,25
8¾ Cassell 95	105	105
12¾ dgl. 92	105	106,75
8 Capital 88	100,25	100,25
8¾ dgl. 89	100,5	100,5
11 Cr.Lyon.88	100	100
13 dgl. 89	105,75	105
7¾ Den.Mtg 88	99,75	99,75
8¾ EEC 95	105	106,5
8¾ Euratom 89	105	103
10¾ dgl. 96	111	113,25
11 dgl. 93	101,25	101,25
9 Eurofima 95	106,25	106,5
10 dgl. 91	105	105,75
10 dgl. 94	106,5	106,5
11¾ dgl. 89	-	-
8 EIB 91	100	100
8¾ dgl. 93	105	105
9½ dgl. 95	107,5	108
9¾ dgl. 88	102	102
9¾ dgl. 93	106	106
10¾ dgl. 94	110,5	110,5
11¾ dgl. 88	101,75	102
12¾ dgl. 90	107	109,25
8¾ Goodyear93	103,25	103,25
9¾ Ind.B.F.95	105,75	105,75
9¾ Hypo Bk.88	101,75	102,25
11 Kredbk.95	104	104
7¾ dgl. 87	99,75	99,75
10 dgl. 90	104,75	105
11¾ dgl. 89	102,5	103,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8¾ dgl. 87	99,75	99,75
8¾ Met.Chim92	103,5	103,5
9 dgl. 95	105	105
10¾ N.Lx.Al92	-	-

	19.9.	18.9.
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8¾ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	106	106
10¾ Paribas89	105,75	104
8 Philips 89	100,5	100,5
7¾ Renault 88	99,75	99,75
7¾ Sogenal 91	100	100
9¾ dgl. 92	106	106
10¾ Solvay 87	100,75	100,75
8 Sveriges 88	100,25	100,25
9¾ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	105,5	104
9¾ dgl. 90	104,25	104,25
10¾ dgl. 89	104,25	104,25

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

	19.9.	18.9.
8¾ Cap City91	99,75	99,75
12¾ dgl. 92	105	105
8¾ CCA 91	99,75	99,75
11¾ Ned. G.88	100,5	100,5
9¾ Queb. P.94	99,75	99,75
8¾ SDR 94	99,75	99,75

ECU

	19.9.	18.9.
9½ ABN 92	105,75	105,75
All Nippon 95	106,625	106,625
9¾ ANZ 92	106,25	106,5
10¾ Austria95	112,375	112,125
10 BNDA 92	105,75	105,75
8¾ B.d.Roma95	100,25	100,25
9 M.+Hope 92	103,875	103,875
9 Bk.Hels.96	104,625	104,75
7¾ BNP 95	98,375	98,375
8¾ dgl. 95	106,125	105,375
8¾ Bay.Vbk.88	101,125	101
8¾ BFCE 93	101,875	101,875
9¾ dgl. 92	107,625	107,5
9¾ dgl. 95	107,375	107,5
9¾ Bell 92	104	103,625
9¾ CNT 92	107,5	107,375
9¾ dgl. 95	107,875	107,625
8¾ Cargill 95	104	103,75
10¾ Ceca 89	107,375	107,375
9 Chrysl. 92	101,5	101,75
9¾ dgl. 94	102,375	102,625
9 ClubMed 88	101,875	102
9 Colgate 91	101,5	101,375
9 Cap City 95	103,25	103,125
9¾ CCF 95	106,875	106,625
9¾ CrdNord 91	106,875	107

	19.9.	18.9.
11¾ CrdFonc90	107,875	107,625
11¾ dgl. 90	108,625	108,625
6¾ CrdLyon 92	93,125	93,125
8¾ CrdNat 96	106,875	106,875
10¾ dgl. 94	112,75	112,75
8¾ Crdanst.94	105,25	105,125
9¾ Credito 92	105,25	105,375
7¾ Denmark 96	98,75	98,875
9 EDF 97	106,75	106,75
8¾ EEC 95	105,125	105,25
8¾ ELFAqu. 88	101,25	101,125
9 Enso Gut 91	102,375	102,25
9¾ dgl. 93	102,5	102,5
10 Euratom 97	109	108,875
9¾ Eurofima95	103,625	103,625
8¾ EIB 90	103,625	103,625
8¾ dgl. 95	105,125	104,875
8¾ dgl. 92	103,75	103,75
9¾ dgl. 95	111,75	111,375
10¾ dgl. 94	112,5	112,5
10¾ dgl. 94	111	111
10¾ dgl. 90	109,625	109,5
11¾ dgl. 92	111,375	111,25
9 Eutelsat 93	103,25	103,125
6¾ EDC 96	92,875	92,875
8¾ Fiat 90	102	102
9 IIKFinnl 95	102,75	102,875
8¾ Ford C.93	104,5	104,375
7 Giroz. 95	95,75	95,625
10¾ dgl. 95	111,125	111,125
10 IADB 93	110,75	110,5
8¾ IBM 90	104,125	104,125
6¾ Iceland 96	91	91
8¾ IKB 93	102,25	102,25
9 Imatran 96	103,25	103,375
9¾ Italia 89	103,25	103,375
10¾ dgl. 92	111,25	110,375
9¾ Kansall 92	107	107
9¾ Kblfina 92	105	105,125
6¾ KfW/Ibl 95	92	92
10¾ Megal 95	106	106,125
8¾ Mits.Tr.93	103,875	104,125
9 MoetHen.91	104,25	104,25
9¾ Mol 90	101,75	101,75
8¾ Morgan 90	102,75	102,875
8¾ Motorola92	104,25	104,125
9 Nesa 95	104	103,75
8¾ N.S.Wal.95	104,125	104
9¾ N.Zeal. 90	104,25	104,25
9¾ N.Zeal.92	105,75	105,5
9 Ostlbk. 89	102,625	102,625
8¾ Olivetti95	103,625	103,5
8¾ Parbel 89	101,25	101,25
10 Pechin.90	104,5	104,625
9 Petroc.95	100,625	100,625
9¾ Peugeot 90	103,625	103,75

	19.9.	18.9.
8¾ Phibro 96	101,75	101,625
9 Philips 93	103,125	103,125
9¾ Pibo 97	106,5	106,5
10 Prvbk. 92	105,375	105,5
10¾ RATP 92	-	-
7¾ Rabobk. 96	99,375	99,875
9¾ dgl. 95	-	-
8¾ Reynolds91	102,75	102,625
9 SAS 95	104,5	104,625
9 Sanwa 95	106,125	106,125
8¾ Secpac 90	101,875	101,875
9 SNCI 95	103,875	104
8¾ Sumitomo97	105,875	106
9¾ dgl. 93	106,375	106,25
9 dgl. 93	105,625	105,5
6¾ Schweden96	93	92,75
9 Unbk.Nor.95	104,375	104,5
8¾ Vict. 90	103,175	103,375
8¾ WattD 94	103,25	103,25
9¾ dgl. 95	105,375	105,375
8¾ Washgt.96	104,625	104,625
9¾ Westpac92	106,75	106,75
8¾ Worldbk.95	104,625	104,625
8¾ dgl. 93	104	104
9¾ dgl. 92	108,25	108,375
10¾ dgl. 89	106,5	106,5
10¾ dgl. 94	111,375	111,375
11 dgl. 93	110,25	110,75
8¾ Xerox 90	102,125	102

ECU-Tageswerte

	19.9.	18.9.
Dollar	1,05035	1,04145
Bfr	43,3714	43,3451
DM	2,09071	2,09248
Hfl	2,36217	2,36304
£	0,710663	0,708227
Dkr	7,91855	7,92490
FF	6,8495	6,85377
Lira	1445,28	1446,05
I-£	0,763888	0,762965
Sfr	1,68769	1,69183
öS	14,6912	14,7144
Peseta	138,068	137,575
Skr	7,15538	7,12350
Nkr	7,58927	7,55154
Kan-$	1,45977	1,44574
Esc	151,877	151,479
Fmk	5,07422	5,06560
Yen	159,968	160,904
Drachme	139,958	139,261

SZR-Wert

	19.9.	18.9.
Dollar	1,22268	1,21771
DM	2,43925	2,44614

EISHOCKEY-KOLUMNE / Spekulationen um eine mögliche Rückkehr von Erich Kühnhackl

Krupp: Heimlicher Abschied während des Spiels

Vorgemacht haben es zumeist tschechoslowakische Eishockeyspieler: Klammheimlich haben sie sich bei westlichen Gastspielen *von ihren Mannschaften abgesetzt* und sind in die nordamerikanische Profi-Liga NHL gewechselt, wo sie fürstlich honoriert wurden. Den Tschechoslowaken blieb keine andere Wahl, um im Westen Profis zu werden.

Eishockeyspieler aus westlichen Ländern konnten ihren Arbeitgeber bisher vergleichsweise freiwillig wählen – sofern sie gut genug waren. So gut wie der junge Kölner Verteidiger und Nationalspieler **Uwe Krupp** (21). Doch der verhält sich, als sei auch er auf der Flucht.

Am Freitagabend, noch während des ersten Meisterschaftsspieles seines Klubs Kölner EC gegen Rosenheim, machte sich Krupp auf den Weg zum Flughafen. Ohne ein Wort verließ er seine Heimatstadt Köln, deren Wahrzeichen er seinen Spitz*namen „Dom" (Körpergröße 1,96 m)* verdankt. Trainer, Präsidium, Mitspieler – er hat niemanden informiert. Trotzdem glauben alle, seinen Aufenthaltsort zu kennen.

„Er trainiert jetzt in Kanada, bei den Buffalo Sabres," behauptet Geschäftsführer **Franz Hofherr**, einst selbst Spieler beim Kölner EC. Amerika war schon immer der Traum des Uwe Krupp. „Und die Amerikaner *haben ihn schon seit einiger Zeit be*obachtet," sagt Kölns Präsident **Heinz Landen**. „Er ist ihnen aufgefallen wegen seiner Größe und seines außergewöhnlichen Talents. Doch er soll sich nicht einbilden, daß er nach drüben gehen kann und dort gleich ein Großer wird. Die Konkurrenz ist dort viel größer als hier."

Das haben bereits zwei andere Deutsche erlebt, die in die NHL wechselten. Der frühere Nationaltorwart **Karl Friesen** und der ehemalige Kölner **Uli Hiemer** spielen jetzt nur noch in sogenannten Farm-Teams. Das sind die Auffangmannschaften für solche Spieler, die von ihren Profiklubs wegen mangelnder Leistungen zurückgestuft werden.

Diese Spieler haben allerdings vor jeder Saison die Möglichkeit, sich durch gute Leistungen im Trainingslager erneut für einen Profi-Klub zu qualifizieren. Auf diesem Weg will sich auch Uwe Krupp einen Vertrag erkämpfen. Sollte er sich durchsetzen, gibt es für den Kölner EC keine Möglichkeit mehr, ihn zu halten. Trotz eines gültigen Vertrages.

Weil die NHL nicht Mitglied des Internationalen Eishockey-Verbandes (IIHF) ist, ist sie nicht an die Verträge gebunden. Selbst wenn der *Kölner EC dem Jung-Nationalspieler* die Freigabe verweigert, gibt es keine Möglichkeit, ihn für die nordamerikanische Profiliga zu sperren. Die Schweden verloren auf diese Weise bereits 28 Nationalspieler an die NHL. Um die europäischen Eishockey-Verbände in Zukunft vor weiteren Verlusten zu schützen, fordert die IIHF seit Jahren eine vertragliche Regelung mit der NHL. Ein entsprechender Vertrag ist sogar schon ausgearbeit und einseitig vom deutschen IIHF-Präsidenten **Günther Sabetzky** unterschrieben. NHL-Präsident **John Ziegler** aber zögert schon seit mehr als einem Jahr mit seiner Unterschrift.

Deshalb wird der Kölner EC jetzt vermutlich sein größtes Talent verlieren. Bereits jetzt leidet der deutsche Meister unter dem Fehlen des langen Verteidigers. Nach dem 3:0-Auftaktsieg gegen Rosenheim verlor Köln mit 3:4 in Schwenningen, das noch am ersten Spieltag 1:10 in Landshut untergegangen war. „Mit Krupp wäre es bestimmt besser gelaufen," sagte Heinz Landen.

Hartnäckig hielten sich deshalb Gerüchte, der ehemalige Nationalspieler **Erich Kühnhackl** (35) kehre noch in der Saison in die Bundesliga, und zwar zum Kölner EC, zurück. Kühnhackl, derzeit beim Schweizer Klub EHC Olten unter Vertrag, will demnächst Trainer werden und müßte zur Ausbildung ohnehin für ein halbes Jahr an die Trainerakademie nach Köln. Doch der ehemalige Torjäger wehrt ab: „Ich habe noch einen Vertrag für diese Saison. Und ich bin es gewohnt, Verträge einzuhalten."

*

Gleich zwei Siege feierte am Sonntag der ECD Iserlohn. Zuerst besiegte er die Düsseldorfer EG mit 7:5, danach retteten sechs Rechtsanwälte die Einnahmen von rund 75 000 Mark, die gepfändet werden sollte. Der Klub muß noch Steuerschulden von rund 400 000 nachzahlen, doch ECD-Präsident **Heinz Weifenbach** hatte das Finanzamt schon vor dem Spiel ausgetrickst. Vorsorglich hatte er die Einnahmen des mit 4800 Zuschauern ausverkauften Spiels an eine eigens zu dem Zweck gegründete Vorschaltgesellschaft überschrieben.

FUSSBALL / WELT-Interview mit Nationaltorwart Harald Schumacher

● Die Weltmeisterschaft ist vorbei, das nächste Ziel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft ist die Europameisterschaft 1988 im eigenen Lande. Wichtige Spieler wie Rummenigge, Magath, Briegel sind zurückgetreten, *andere fehlen, zum* Beispiel Karl-Heinz Förster oder Littbarski. Morgen findet der erste Test nach der WM statt, in Kopenhagen gegen Dänemark.

● Franz Beckenbauer hat vier Spieler in sein Team berufen, die noch kein Länderspiel bestritten haben: Hörster (Leverkusen), Eckstein (Nürnberg), Wuttke (Kaiserslautern) und Kohler (Mannheim). Kohler, so heißt es *in Kopenhagen, soll morgen vom* Anpfiff (19.00 Uhr, live in der ARD) an eingesetzt werden. Auch ein Zeichen für den Umbruch im deutschen Team.

● Torwart Harald Schumacher vom 1. FC Köln ist jetzt der erfahrenste Spieler in der Mannschaft. Er bestreitet sein 75. Länderspiel und ist Nachfolger von Karl-Heinz Rummenigge als Kapitän. Ein Oberhäuptling, der jetzt al*leine das Sagen hat.* ULRICH DOST sprach mit Schumacher, der sagt: „Ich habe meine konkreten Vorstellungen mit Franz Beckenbauer schon erörtert.

„Es werden wohl elf Spieler auf dem Platz stehen, aber keine Mannschaft"

WELT: Sind Sie denn jetzt der Oberhäuptling der Nationalmannschaft, auf den alles hört, der das Sagen hat?

Schumacher: Ganz bestimmt nicht. Ich bin auch nur ein Indianer. Ich weiß nicht, ob das etwas Gutes oder Schlechtes ist. Wie sind Indianer? Sie greifen ja nur im Hellen an, empfinden keinen Schmerz und sind nicht hinterhältig. Also dann bin ich gerne ein Indianer.

WELT: Dennoch ragen sie auf Grund ihrer Erfahrungen und Erfolge aus dem Team heraus. Wie weit geht denn ihr Einfluß bei Franz Beckenbauer?

Schumacher: Ich möchte schon Verantwortung übernehmen und anstehende Themen und Probleme mit Franz Beckenbauer und Trainer Horst Köppel besprechen, so wie es bislang immer der Fall war.

WELT: Bis zur Weltmeisterschaft gab es einen Spielerrat, dem Sie, Karl-Heinz Rummenigge, Karl-Heinz Förster und Felix Magath angehörten. Nun sind Sie nur noch alleine übriggeblieben. Werden Sie denn künftig alleine die Interessen der Mannschaft gegenüber dem Teamchef vertreten?

Schumacher: Es ist geplant, daß ein neue Spielerrat gebildet werden soll. Doch es steht noch nicht fest, welche Spieler ihm angehören werden. Darüber muß noch mit Franz Beckenbauer gesprochen werden.

WELT: Die Nationalmannschaft steht vor dem Neubeginn. Was erwarten Sie von dem ersten Länder*spiel?*

Schumacher: Es werden wohl elf Spieler auf dem Platz stehen, aber noch keine Mannschaft. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß sich gleich im ersten Spiel eine neue Mannschaft finden wird. Ich meine, so nach fünf Länderspielen müßte die Experimentierphase beendet sein. Dann müßte der Kader feststehen, dann muß sich die Mannschaft einspielen können. *Was mir wichtig erscheint, ist,* daß die Spieler nicht verletzt werden und ausfallen. Wenn die Verletzungsprobleme so klein wie möglich bleiben, sehe ich für uns eine große Chance. Wann haben wir denn in den letzten Jahren zweimal hintereinander mit der gleichen Formation gespielt?

WELT: Das Gerippe der Mannschaft besteht doch bereits. Und diejenigen, die bisher zweite Wahl waren, wie etwa Guido Buchwald oder Michael Frontzeck, rücken jetzt auf.

Schumacher: Das stimmt. Matthäus, Völler, Allofs, Berthold, Brehme und ich bilden das Gerippe. Doch beim Libero fängt das Problem schon an. Und dann: Wer kann Karl-Heinz Förster ersetzen?

WELT: Würden Sie sich denn dafür einsetzen, Spieler wie Förster oder Pierre Littbarski, die jetzt in Frankreich spielen, zurückzuholen?

Schumacher: Dafür würde ich mich auf jeden Fall starkmachen.

WELT: Wie ist es denn mit Ihnen? Bei ihrem Verein, dem 1. FC Köln, läuft derzeit nicht viel zusammen. Kommen Sie denn gerne zur Nationalmannschaft?

Schumacher: Die Nationalmannschaft ist für mich so eine Art Ersatzbefriedigung. Das war sie schon immer. Wenn es in Köln nicht klappt, dann kommt man nach Siegen mit der Nationalmannschaft mit einer ganz anderen Stimmung nach Hause. Das tut allen gut.

> **„Ich meine, daß das, was ich tue, normal ist für einen Profi, und daß sich die anderen unnormal verhalten."**

WELT: Über das erste Tor im WM-Finale gegen Argentinien, das Sie verschuldet haben, wird hierzulande immer noch diskutiert. Dieser Fehler läuft Ihnen, der als Perfektionist gilt, nach. Ist da noch etwas bei Ihnen zurückgeblieben?

Schumacher: Wer so etwas glaubt, hat keine Ahnung vom Fußball. Ich habe Mist gebaut, doch bereits auf dem Rückflug hatte ich das alles verdrängt. Ich habe ja gar keine Zeit, noch darüber nachzudenken. Dazu haben wir viel zu viele Probleme beim 1. FC Köln. Das Tor von Mexico *City ist Schnee von gestern.* Nur wenn ich darauf angesprochen werde, fällt es mir wieder ein.

WELT: Sie sind und waren jemand, dessen profihafte Einstellung stets gelobt wurde. Wie sieht es jetzt in der Nationalmannschaft aus?

Schumacher: Ich muß sagen, daß die Spieler, mit denen wir jetzt nach Kopenhagen gekommen sind, viel mehr Biß haben. Wenn ich zum Beispiel den Guido Buchwald sehe. Der hat eine Platzwunde im Gesicht. Er wird genäht, in der Kabine geklammert. Dennoch hängt er sich hier voll rein. Das sind Jungen, wie ich sie mir wünsche.

WELT: Einer Ihrer Vorwürfe an die jüngeren Spieler lautete, sie „sind faule Säcke, die sich nicht schinden wollen".

Schumacher: Das stimmt. Viele junge Spieler haben sich auch darüber bei mir beschwert. Und ich habe mich gefreut. Weil es mir gezeigt hat, daß sie sich doch angesprochen fühlen.

WELT: Beim 1. FC Köln jedoch drängt sich der Verdacht auf, daß von Ihrem Engagement nicht viel zurückkommt.

Schumacher: Das ist es, was mich so fertigmacht. Beim 1. FC Köln haben sie mich inzwischen alle ausgedrückt wie einen nassen Schwamm. Doch es kommt nichts zurück, damit meine ich nicht Geld. Wenn man beim Training den Ball ins Gesicht bekommt, tut das weh. Doch es tut innerlich noch mehr weh, wenn sich die anderen dann umdrehen und darüber auch noch lachen.

WELT: Einige Kritiker meinen, Ihr Engagement sei überzogen, Ihr Ehrgeiz nicht mit normalen Maßstäben zu messen.

Schumacher: Ich könnte es mir leicht machen und sagen: Ihr könnt mich alle gern haben, ich habe genug Geld und damit Ende. Doch das kann ich eben nicht. Ich meine, daß das, was ich tue, normal ist für einen Profi, und daß sich die anderen unnormal verhalten.

WELT: Ihr Manager Rüdiger Schmitz glaubt, Sie müßten mal etwas vom Fußball abspannen. Mal über andere Dinge nachdenken als nur über den runden Ball.

Schumacher: Das schaffe ich einfach nicht. Höchstens dann, wenn es draußen dunkel wird und ich mit meiner *Frau Marlies alleine bin. Morgens,* mittags und abends sind die jungen Spieler bei mir zum Essen. Klar, daß dabei immer über Fußball geredet wird. Wirklich abschalten kann ich nur, wenn ich mit meinem Sohn Oliver auf dem Motorrad durch die Gegend fahre. Doch schon, wenn wir wieder zu Hause sind, sagt er voller Erwartung: Komm Papi, laß uns Fußball spielen.

JOHN MCENROE

„Feuer ist wieder da"

dpa/sid, **Los Angeles**

John McEnroe aus den USA, die ehemalige Nummer eins im Welt-Tennis, hat sich eindrucksvoll zurückgemeldet. Erstmals nach seiner siebenmonatigen Pause gewann der dreimalige Wimbledonsieger wieder ein Grand-Prix-Endspiel. Beim mit 315 000 Dollar dotierten Turnier von Los Angeles benötigte er nur 71 Minuten, um den Schweden Stefan Edberg in zwei Sätzen mit 6:2, 6:3 zu schlagen.

Vor 8200 Zuschauern spielte McEnroe wie in alten Zeiten aufschlagstark und aggressiv. „In der jüngsten Vergangenheit habe ich gedacht, ich stünde nicht selber auf dem Platz", sagte der Amerikaner nach dem Spiel, „aber heute war alles anders. Das Feuer ist wieder da." Gegen Edberg, der zum dritten Mal hintereinander im Finale von Los Angeles scheiterte und noch nie gegen den Amerikaner gewonnen hatte, gab McEnroe in seinen acht Aufschlagspielen nur fünf Punkte ab.

Für den New Yorker Rechtsanwaltssohn, der im letzten November in Stockholm gegen Anders Jarryd sein letztes Turnier gewonnen hatte, war dies ein wichtiger Schritt zurück in die Weltspitze. Bedingt durch seine Pause und durch die Rückschläge zu Beginn seines Comebacks im Juni war er in der Weltrangliste auf Rang 20 zurückgefallen und in Los Angeles nur an Nummer sechs gesetzt.

LEICHTATHLETIK

Tafelmeier: Weltrekord?

sid, **Como**

Europameister ist er aus eigener Kraft geworden. Nun hofft Klaus Tafelmeier (28) aus Leverkusen, daß ihn die Funktionäre des Internationalen Leichtathletik-Verbandes (IAAF) am Ende dieser Saison auch zum Weltrekordler erklären. Die Voraussetzung dafür hat er am Sonntag geschaffen: In Como schleuderte er den Speer auf 85,74 Meter – der weiteste Wurf seit Einführung des neuen Gerätes zu Beginn des Jahres.

In den nächsten Wochen, so sagte IAAF-Generalsekretär John Holt, werde sich entscheiden, ob Tafelmeiers Hoffnung in Erfüllung geht. Die Chancen stehen nicht schlecht. Denn mit dem neuen Speer, der durch den vier Zentimeter nach vorn verlagerten Schwerpunkt etwa zehn bis 15 Meter früher landet, sind Weiten wie 104,80 Meter, die Uwe Hohn aus der „DDR" mit dem alten Gerät erzielte, utopisch geworden.

„90 Meter zu erreichen, das wäre mein Traum", sagt Klaus Tafelmeier. Nicht jeder Athlet der Weltklasse hat den neuen Speer, der nicht so empfindlich auf technische Fehler reagiert, so akzeptiert wie er. Dem Leverkusener aber hat er endlich die lange vermißte Sicherheit in Wettkämpfen beschert. „Ich hoffe", sagt Tafelmeier deshalb auch, „daß ich im WM-Jahr 1987 und in der Olympiasaison 1988 weiter so wenig Probleme damit habe."

SPORT-NACHRICHTEN

Rummenigge gefeiert

Rom (sid) – Karl-Heinz Rummenigge erzielte beim 4:1-Sieg von Inter Mailand über AC Brescia drei Treffer. Italiens Zeitungen schrieben von „Traumfußball".

Viermal Platz sieben

Florenz (sid) – Regina Weber aus Wattenscheid belegte in den vier Gerätefinals der Gymnastik-Europameisterschaft in Florenz jeweils Platz sieben. Bulgarien gewann sieben Goldmedaillen, die UdSSR drei.

Spandau unbesiegt

Stuttgart (sid) – Spandau 04 Berlin wurde zum achten Mal in Folge deutscher Meister und Pokalgewinner im Wasserball. Bei der Pokal-Endrunde in Stuttgart blieben die Berliner in fünf Spielen unbesiegt.

Rekord mit dem Rad

Colorado Springs (sid) – Die Italienerin Jeannie Longo löschte einen Uralt-Rekord des Frauen-Radsports aus. Im Velodrom von Colorado Springs fuhr sie in einer Stunde 44,770 km. Die alte Bestleitung hielt Maria Cressari (Italien) mit 41,471 km.

Geisterspiel?

Ankara (sid) – Die Türkei will ihr Heimspiel im Rahmen der Olympia-Qualifikation für 1988 gegen Bulgarien am 9. Dezember in Ankara unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchführen. Das türkische Außenministerium habe diese Entscheidung getroffen, um gegen die zunehmende Diskriminierung moslemischer Minderheiten in Bulgarien zu protestieren.

Nur Prellungen

Frankfurt (kgö) – Die beiden Jokkeys Dave Richardson und Ralf Surland blieben bei ihrem Sturz im Frankfurter R + V-Pokal unverletzt. Richardson, bei dem zunächst ein Wadenbeinbruch befürchtet worden war, erlitt nur Prellungen. Der Toto-Umsatz auf der Galopprennbahn von Frankfurt am Sonntag: 1 036 227 Mark.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 2. Spieltag: Rießersee – Mannheim 3:6, Schwenningen – Köln 4:3, Iserlohn – Düsseldorf 7:5, Frankfurt – Kaufbeuren 4:5, Rosenheim – Landshut 4:1.

DIE TABELLE

1.Mannheim	2	2	0	0	9:4	4:0
2.Kaufbeuren	2	2	0	0	10:6	4:0
3.Landshut	2	1	0	1	11:5	2:2
4.Düsseldorf	2	1	0	1	11:9	2:2
5.Köln	2	1	0	1	6:4	2:2
6.Rosenheim	2	1	0	1	4:4	2:2
7.Iserlohn	2	1	0	1	9:10	2:2
8.Schwenning.	2	1	0	1	5:13	2:2
9.Frankfurt	2	0	0	2	5:8	0:4
10.Rießersee	2	0	0	2	5:12	0:4

TENNIS

Grand Prix in Los Angeles, Doppel, Finale: Edberg/Jarryd (Schweden) – McEnroe/Fleming (USA) 3:6, 7:5, 7:6.

GEWINNZAHLEN

Toto: 6 aus 45: 2, 5, 15, 19, 28, 38, Zusatzzahl: 43. – **Rennquintett**, Rennen A: 15, 11, 4. – Rennen B: 27, 33, 30. (ohne Gewähr)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny, Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 300 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

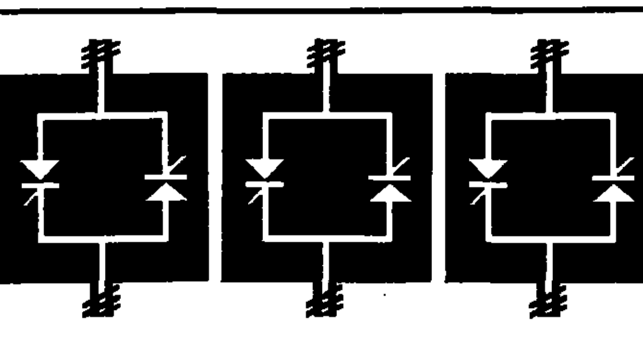
Herstellung: Werner Koziak

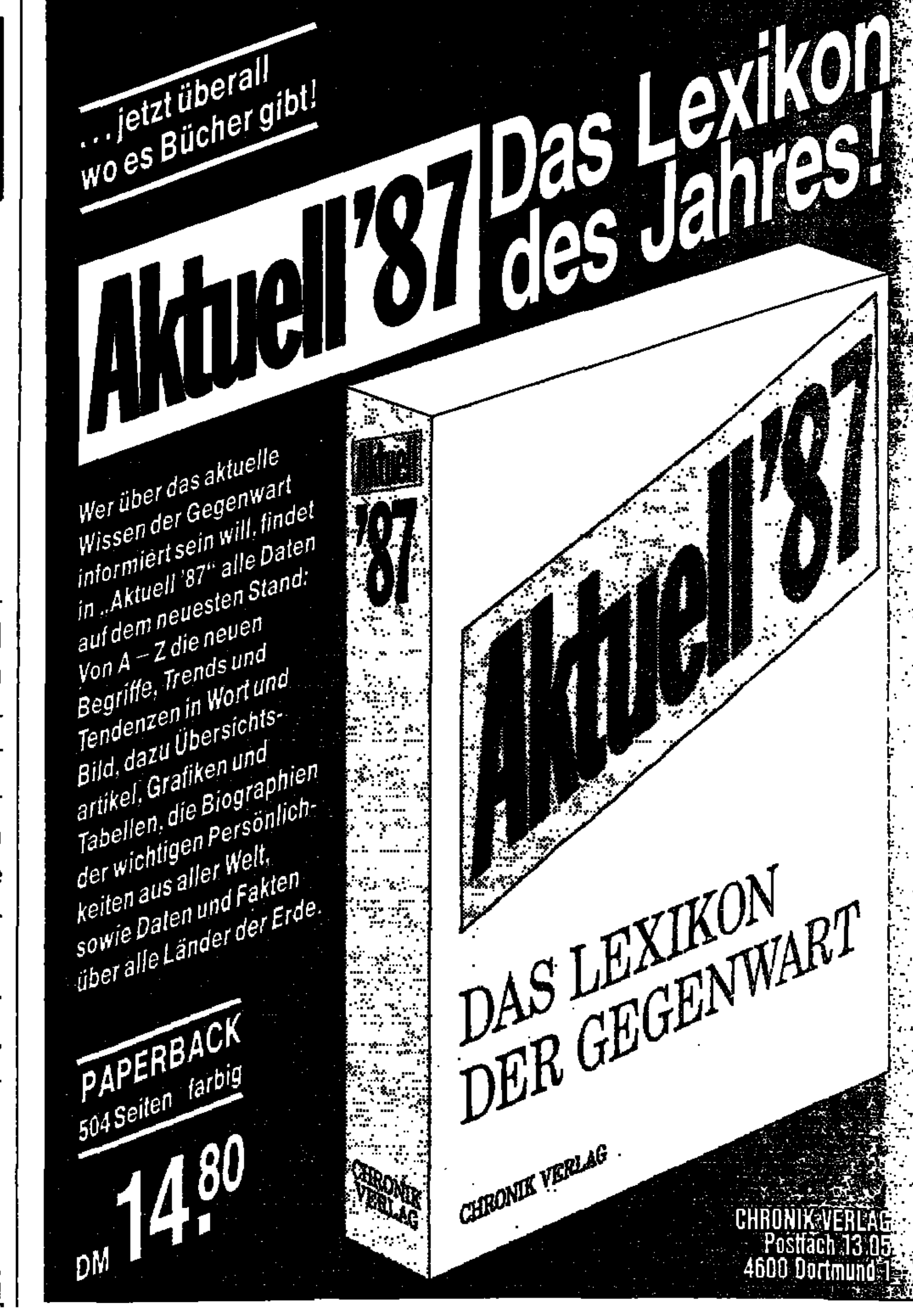
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp





Der Konservatismus in den Vereinigten Staaten

Ideen haben Folgen

Höchst selten sieht sich ein Autor in die Lage versetzt, ein funkelnagelneues Thema aufzugreifen, über das es bereits eine unübersehbare Literatur gibt. Darin liegt kein Widerspruch, denn neu ist Shells Thema „Der amerikanische Konservatismus" nur im deutschen Sprachraum. Längst unübersehbar geworden hingegen ist die einschlägige Literatur in den Vereinigten Staaten selbst. Hier bemerkte George H. Nash schon vor zehn Jahren, daß der Spezialist jede wache Minute mit der Lektüre neuer Publikationen über das Thema verbringen könne.

Der Aufstieg des amerikanischen Konservatismus innerhalb des kurzen Zeitraums von knapp dreißig Jahren zur politisch führenden, die „Agenda" bestimmenden Macht ist ein ebenso erstaunliches Phänomen



wie die völlige Abschottung der Bundesrepublik Deutschland ihm gegenüber. Während der Atlantik einst für Studentenrevolte, Vietnamprotest, Drogen und Popmusik kein Hindernis bildete, ist er für den Konservatismus offenbar so schwer zu überwinden wie in Kolumbus' Tagen.

Als Erklärung wird oft die vermeintliche „Europa-Ferne" einer „nativistischen" Bewegung (im Vergleich zum Ostküsten-Liberalismus) ins Feld geführt. Doch das ist schon deshalb nicht stichhaltig, weil im Konservatismus europäische Emigranten eine entscheidende Rolle spielen. Wesentlicher dürfte wohl sein, daß die konservative Strömung unseren „Gatekeepers" als unheimlich und „volkspädagogisch unwillkommen" galt und gilt.

Bei den wenigen Übersetzungen konservativer Werke kam es ja immer wieder zu eigenartigen Verrenkungen. So konnte Russell Kirks Standardwerk „The Conservative Mind from Burke to Santayana" 1959 nur unter dem entschärften Titel: „Lebendiges Erbe. Freiheitliches Gedankengut von Burke bis Santayana" erscheinen. Und auch das Fehlen einer brauchbaren Übersicht über den amerikanischen Konservatismus ist bezeichnend. Hier klafft zweifellos eine der größten Lücken auf dem Literaturmarkt – und niemand steht bereit, sie zu füllen.

Mit dem Erscheinen von Shells Buch hat sich daran – leider – nichts geändert. Früher wäre ein solcher Band wahrscheinlich unter dem Titel „Soziologie des amerikanischen Konservatismus" erschienen, um anzuzeigen, daß nicht der Gegenstand selbst vorgeführt werden soll, sondern der sozialwissenschaftliche Raster, in den sich der Gegenstand vielleicht hineinfügt. Wenigstens das geht nicht mehr.

Dennoch: Über den amerikanischen Konservatismus ist in dem Buch wenig, über Shells Thesen über ihn viel zu erfahren. Seine Hauptthese: „Die amerikanische politische Kultur und das in ihr eingebettete und von ihr normativ affirmierte politische System kann insgesamt als ‚konservativ' charakterisiert werden."

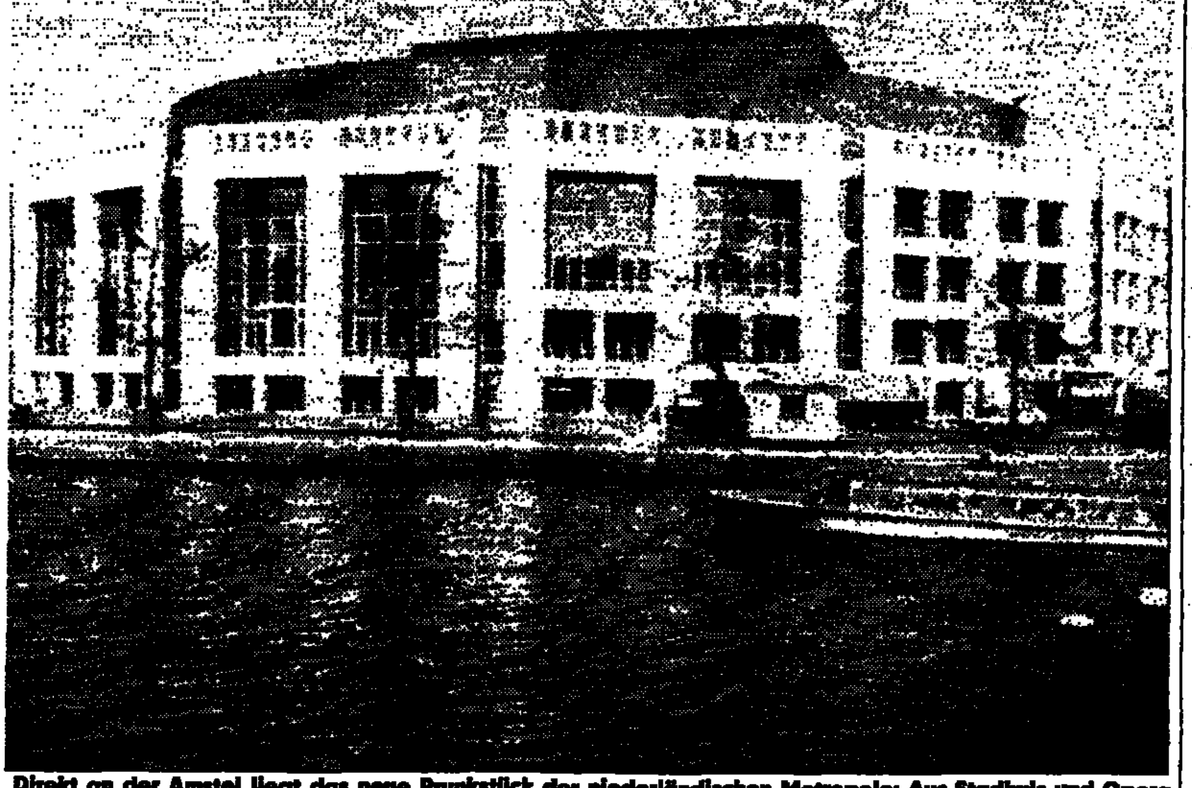
Der „Amerikanismus" beinhalte Individualismus, Privateigentum, Eigenverantwortlichkeit, Leistungsethos und Religiosität, „die sich trefflich zur Mobilisierung und Aktualisierung konservativer Politik eignen". Die entgegengesetzte „liberale", auf „Solidarität, problemlösendes Regierungshandeln, auf Umverteilung zugunsten sozial Schwächerer" zielende Politik habe es da ungleich schwerer.

Aus dieser These ergibt sich, daß Shell die eigentliche konservative Bewegung als „ultrakonservativ" disqualifiziert, daß er ihr Entstehen in die Zeit des Widerstands gegen den „New Deal", etwa die „in der American *Liberty league* repräsentierte plutokratische Opposition gegen die Reformbestrebungen Roosevelts", zurückdatiert und im Konservatismus überhaupt eine durchgängig reaktive Bewegung gegen einen nicht weiter in Frage gestellten sozialen Fortschritt erblickt.

Daß es sich um eine Ideenbewegung handelt, die unter dem Motto „Ideas have consequences" steht und nicht mit bloßer Interessenbehauptung verwechselt werden darf, kommt bei Shell nicht zum Ausdruck, und auch das ist leider wieder bezeichnend.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Kurt L. Shell: „Der amerikanische Konservatismus". Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart. 200 S., 39,80 Mark.



Direkt an der Amstel liegt das neue Prunkstück der niederländischen Metropole: Aus Stadhuis und Opera entstand die „Stopera" FOTO: AP

Amsterdams neues Opernhaus sorgt für Disharmonie und Bewunderung

Eine Zirkuskuppel mitten in der Stadt

Die niederländische Metropole Amsterdam will wieder Weltstadt sein – auch und gerade in kultureller Hinsicht. Nach jahrzehntelanger Diskussion, langem Zaudern und Zögern und immer wieder verworfenen Plänen ist es jetzt endlich soweit: die „Stopera", eine Kombination aus „Stadhuis" (Rathaus) und „Opera", wird eingeweiht. Das architektonische Amsterdamer Prestigeobjekt, Kosten: 300 Millionen Gulden, soll das in vielerlei Hinsicht ramponierte Image Amsterdams weltweit wieder etwas aufpolieren.

Vor vier Jahren, 1982, wurde dieses städtebauliche Superprojekt in Auftrag gegeben. Es liegt an exponierter Stelle in der historischen, von idyllischen Grachten durchzogenen Innenstadt: nämlich direkt an der Amstel zwischen Zwanenburgwal und Waterlooplein, dort, wo das Herz Amsterdams schlägt. Ganz glücklich aber sind die Amsterdamer mit „ihrer" Stopera allerdings nicht. Umstritten war das Projekt sowieso immer.

Denn vor Baubeginn mußte zuerst einmal der legendäre Flohmarkt am Waterlooplein den Baukolonnen weichen; einer der schönsten Trödlermärkte in ganz Europa verschwand. Er soll zwar jetzt nach Vollendung des Jahrhundertbauwerks vor der neuen Stopera-Kulisse wiedererstehen, doch, so meinen viele Amsterdamer Bürger, „den alten Charme" wird er vor diesem Hintergrund nicht mehr erlangen können. Der Grund: die Nordseite des Gebäudeareals der Stopera, das Rathaus, sei „der reinste Beamtenbunker". Schön, heißt es, wirke das Stopera-Gebäude nur von einem einzigen Blickpunkt aus: vom Muntplein betrachtet, schmiege es sich geradezu harmonisch an die Amstel an.

Dabei hat sich ein Architektenteam unter Leitung des Österreichers Wilhelm Holzbauer und des Niederländers Cees Dam mächtig ins Zeug gelegt. Sie realisierten ein „architektonisches Meisterwerk", wie Liebhaber der Stopera begeistert meinen, in dem Treppen „wie Wasserfälle wirken". „Wir wollten die Stopera wie eine Zirkuskuppel in der Stadt erscheinen lassen", beschreibt Cees Dam seine ursprüngliche Vision. Auch nach Vollendung dieses Vorhabens ist er mehr als zufrieden: „Ich bin glücklich", sagt er der WELT, „es ist das schönste Objekt, das ich je gebaut habe."

Trotzdem: nicht auszuschließen ist, daß es in der Öffentlichkeit nach der heutigen Eröffnung zu erheblichen Disharmonien wegen der Akustik in der Oper kommen kann. Der Klangkünstler Professor de Lange, der für dieses schwierige Unterfangen verantwortlich zeichnet, hat denn auch bereits in der Luft liegende Kritik vorab in einem Zeitungsinterview abzuschwächen versucht. Es sei fast unmöglich, meint er, in einem runden Gebäude eine hervorragende Akustik sicherzustellen.

Vom jetzigen Ergebnis – es wurden unter anderem kantige Seitenwände durch den runden Raum gezogen – ist auch Stopera-Intendant van Vlijmen überzeugt. Er meint: „Man muß erst lernen, einen Raum richtig zu bespielen." Eine Akustikprobe allerdings ging kürzlich schief. „Beethoven", so schrieb eine Amsterdamer Zeitung nach dieser Generalprobe bissig, „klingt hier wie ein murmelnder Erdgeist". HELMUT HETZEL

Kölner Mediävistenkongreß über Thomas v. Aquin

Die unsterbliche Summa

Eine der wenigen fruchtbaren interdisziplinären Veranstaltungen, die in Deutschland stattfinden, sind die in zweijährigem Abstand abgehaltenen Mediävisten-Kongresse in Köln. Historiker, Kunsthistoriker, Literaturgeschichtler, Philosophen, Theologen und andere diskutieren hier jeweils ein Thema aus dem Mittelalter. Während das früher meist bestimmte Sachthemen waren, hatte man diesmal eine Person von zentraler Bedeutung als Tagungsthema gewählt: Thomas von Aquin (1225–1274), der große Philosoph und Kirchengelehrte, der das geistige und geistliche Hochmittelalter so tief geprägt hat.

Viele Vorträge in Köln kreisten um das Hauptwerk des Thomas, die *Summa theologiae*. Paulus Engelhardt (Bottrop) hatte eine Textstelle gefunden, die offensichtlich neuplatonischer Herkunft ist – eine Sensation bei dem Aristoteliker Thomas. Es ist da von dem natürlichen Streben jedes Menschen nach Glück und nach Wahrheit die Rede. Die volle Wahrheit aber sei die göttliche Wahrheit. Die Hoffnung, daß der Mensch die göttliche Wahrheit erreiche, lasse sich darauf gründen, daß Gott selbst Mensch geworden sei.

Jan Aertsen (Amsterdam) wies darauf hin, daß Thomas in seinen Reden von den übergreifenden Eigenschaften alles Seienden, dem Einen, dem Wahren und dem Guten, entscheidend von dem islamischen Philosophen Avicenna geprägt worden sei. Auch George Anawati und Zeynab El Khodeiry, beide aus Kairo, wiesen auf die mannigfaltigen Abhängigkeiten des Thomas von Avicenna bzw. Averroes hin. Ludwig Hagemann (Koblenz) legte in einem Vortrag über des Thomas Schrift gegen den Islam dar, daß Thomas den Koran selbst offensichtlich nicht gekannt habe.

Albert Zimmermann in Köln interpretierte eine Stelle der „Summa", wo Thomas ausführt, daß die *Angst* auf einem natürlichen Mangel des Menschen beruhe und daß deswegen auch die Seligen im Himmel von dieser Angst nicht frei seien. Auf jeden Fall sei die Angst aber ein *Mangel*, keine Tugend, wie man das heute oft hören könne.

Carola Gottzmann (Heidelberg) machte interessante Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Thomas und den Minnesängern. Die durch diese weitverbreitete Artus-Dichtung habe zunächst exklusiv von den Tugenden und Lastern der Fürsten gehandelt. Erst nachdem Thomas von Aquin in seinem „Fürstenspiegel" das Gemeinwohl als Ziel fürstlichen Handelns in den Mittelpunkt gerückt habe, sei auch in der Artus-Dichtung ein entsprechender Wandel eingetreten.

Der Bochumer Historiker Dieter Berg wies in seinem Vortrag darauf hin, daß es die wohlhabenden und als Beamte, Leibärzte usw. in die christliche Gesellschaft weitgehend integrierten Juden Südfrankreichs gewesen seien, die 1232 die Dominikaner aufgefordert hätten, die Lehren des jüdischen Philosophen Moses Maimonides als unvereinbar mit der jüdischen Orthodoxie zu verurteilen. Andere Juden hätten dann die Dominikaner als die damals im christlichen Abendland angesehensten Gelehrten um Verurteilung des Talmud gebeten.

Die Dominikaner hätten dem gern entsprochen, weil sie sich dadurch Vorteile bei der Missionierung der Juden erhofften. Der Dominikaner Thomas habe jedoch von jeglicher Gewaltanwendung dabei abgeraten, habe aber im übrigen die Vorurteile seiner Zeit gegen die Juden geteilt.

Sehr interessant waren die Ausführungen des Hamburger Theologen und Luther-Forschers Otto Pesch zum Thema „Thomas von Aquin im Urteil Martin Luthers". Dieser nannte Thomas „den größten Schwatzkopf der Scholastik" und seine Anhänger „Tho-Mistköpfe", doch er habe niemals Thomas selbst gelesen. Er habe sich auch gar nicht für ihn interessiert bis zur Reformation. Bei ihm angetroffene Zitate stammten fast alle von Grabriel Biel, dem ockhamistischen Nominalisten, nach dessen Lehrbuch er studiert habe.

Luthers Ablehnung der Scholastik richtete sich zunächst ausschließlich gegen den spätscholastischen Nominalismus. Erst als in den Disputationen mit Eck, Prierias und Cajetan diese sich auf Thomas beriefen, habe er begonnen, Thomas mit der päpstlichen Kirche zu identifizieren. Die Werke des Thomas seien in Wittenberg vorhanden gewesen. Doch er habe sich nicht dafür interessiert. Ja, er habe vieles bei Thomas mißverstanden, ihm Lehren unterschoben, die dieser nie vertreten habe. Das klang ziemlich deprimierend, aber welcher Gelehrte und Polemiker würde hier wagen, den ersten Stein zu werfen?

ALBERT MENNE

Trexler und Aurbacher: Zwei Sängerinnen

Sperrige Progressivität

Das gar nicht alltägliche Leben zweier Frauen, die sich der Interpretation moderner Musik widmen: Zierlich und hell „wie ein Vogerl" singend, schnarrend und gurrend die eine. Sie heißt Roswitha Trexler und ist die Tochter des Komponisten Georg Trexler aus Leipzig. Die andere, Hanna Aurbacher aus Esslingen, wirkt eher bieder und gescheit, eine Dozentin der Musik mit dunkler samtiger Stimme, strahlig auch in der Höhe und unentbehrlich als Mitglied im zeitgenössischen „Ex-Voco"-Ensemble, das ihr Mann, Musikredakteur im Süddeutschen Rundfunk, Ewald Liska, verantwortet.

Hanna Aurbacher hat es geschafft, noch mit 47 Jahren das Konzertexamen als Sängerin zu bestehen. Beide Frauen leben im ländlichen Umfeld. Sie sind im Umgang mit Blumen und Erde zu sehen, sie beziehen jenseits der Lebensmitte Kraft, immer wieder musikalisches Neuland zu beackern, aus einer Zweisamkeit mit dem kenntnisreichen Ehepartner. Frauen, im konventionellen Kontext agierend und dabei doch sperrige progressive Geschöpfe, besessen vom Spieltrieb mit ihrem Instrument Stimme, Jongleurinnen der Zunge, des Atems, der Nuancierung, in immer wieder überraschenden Kombinationen.

Deutscher Alltag – West III, 22.15 Uhr

Roswith Trexler ist mit 17 Jahren an der Aufnahmeprüfung der Leipziger Musikhochschule gescheitert, „weil sie kein solistisch Talent" habe. So konnte sie früh üben, auf sich und in sich selbst hineinzuhören, nach dem Grundsatz, „was gut klingt, muß technisch in Ordnung sein".

Paul Dessau hat für sie komponiert, Eissler und Weill gehören zu ihren Markenzeichen ebenso wie die europäische Avantgarde, die sie international bekannt gemacht hat. Die Filmemacherin aus der „DRR", Gitta Nickel, hat es leicht, ihr Porträt originell zu stricheln. Die Seeräuber-Jenny bringt sie so, wie Ernst Bloch es vorschlägt: „Süß, hoch, leicht, gefährlich, kühl, mit dem Licht der Mondsichel".

Und sie genießt es, damit bei Kritikern manchmal anzuecken: „Ein bißchen Wirbel macht Spaß!" Schubert bekommt man bei ihr mit knabenhafter Thomanerstimme und spürbarer, mitunter ironischer Distanz zu hören. Mit ihren „überlegten Respektlosigkeiten" stellt sie die traditionelle Inbrunst anderer Schubert-Interpreten in Frage. Die Vielreisende vergißt auch ihre Landsleute in der Mark Brandenburg nicht. Alljährlich können sich die Dörfler von Wutike in einem ausgedienten Heustadel davon überzeugen.

Für beide, für Hanna Aurbacher wie Roswitha Trexler, ist das Studium der mittelalterlichen Kirchenmusik kein Widerspruch zu dem gewesen, was sie heute tun. Denn die geradlinige Stimmführung im geistlichen Gesang mit ihrer Unabhängigkeit von Tonalität und rhythmischen Mustern führt sie in die Interpretation zeitgenössischer Musik.

INGRID ZAHN

Computer-Diebstahl: Auch Zeit kann man klauen

Virus-Rache am Chef

Seit der Computer in Büros und Banken, in Labors und privaten Haushalten Einzug gehalten hat, haben auch die „Langfinger" ein neues Betätigungsfeld gefunden. „Computerkriminalität" heißt das Stichwort, mit dem heute eine ganze Palette verschiedener Formen von Datenklau, Betrug und Spionage gekennzeichnet wird. Während die Methoden immer raffinierter werden und die verursachten Schäden in die Millionen wachsen, hinken die Abwehrmöglichkeiten hinterher, nicht zuletzt, weil in manchen Firmen und Labors noch immer eine „Vogel-Strauß-Mentalität" vorherrscht.

Die erstaunlichen Fähigkeiten der Rechner bringen erhebliche Risiken mit sich. Betrug kann heute mit Hilfe eines Computers oder auch in einer Rechenanlage begangen werden. Waren früher die Unterlagen einer Firma, von den Personalakten bis zu Fertigungsverfahren und Forschungsergebnissen unter langen Reihen von Aktendeckeln verborgen und in dunklen Archiven versteckt, sind sie heute auf Magnetband gespeichert und somit auf engstem Raum konzentriert.

Das Go!-Projekt – ZDF, 22.05 Uhr

Das Netz von Kommunikationsverbindungen zwischen verschiedenen Rechenanlagen erleichtert den klammheimlichen Datendieben, sich Zugriff zu Geheimnissen zu verschaffen, die früher nur per Einbruch, Diebstahl oder über Werksspione – mit der Minox im Agentengepäck – zu bekommen waren.

Nach Einschätzung von Fachleuten ist die Computerkriminalität „die vielleicht bedrohlichste Straftat des ausgehenden Jahrhunderts". Während die Schäden beim klassischen Betrug im Durchschnitt weniger als 10 000 Mark ausmachen, lag der Großteil der Computermanipulationen bis 1977 bei 200 000 bis 300 000 Mark. Seither pendeln die aufgedeckten Fälle zwischen einer halben und einer Million Mark.

Auch die „Zeitbanditen", vor Jahren noch ein Gag in Science-Fiction-Büchern, sind heute allerorten am Werk. Sie stehlen zwar nicht die Zeit der Menschen, dafür aber kostbare Rechenzeit in fremden Anlagen.

Ein von seinem Chef enttäuschter Mitarbeiter wird heute bei der „süßen Rache" nicht mehr handgreiflich den Sabotagehammer schwingen, sondern vornehm und unerkannt den Rechner mit einem Computer-Virus füttern. Das sind Rechenprogramme, die den Computer langsam aber sicher zum „Wahnsinn" treiben und unbrauchbar machen.

Natürlich verführt auch die rasante technische Entwicklung bei Anlagen und Software die Diebe zu neuen Schandtaten. Wer als erster die Bauanleitungen für einen neuen „Superchip" in der Hand hat, kann über die Konkurrenz triumphieren. Während früher die Agenten aller Länder vornehmlich hinter neuen Waffenentwicklungen her waren, spüren sie heute der Elektronik nach, die solche Waffen lenkt. LUDWIG KÜRTEN

ARD



SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-info Verbraucher
10.00 heute
10.05 Berufswahl heute
10.30 Rückfahrt in den Tod
12.00 Umschau
12.10 Musikszene '86
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Lebenswege
Gemeinsam waren wir im Kloster
Dokumentation von Elisabeth Montet und Uwe Pohlig
Zwei junge Frauen, Christa und Michaela, begegnen sich im Kloster. Sechs Jahre lang gehen sie einen gemeinsamen Weg: als Ordensschwestern im Missionshaus. Doch zunehmend wird Christa von Zweifeln an dem Sinn eines solchen Klosterlebens geplagt. Sie leidet unter den Beschränkungen und entschließt sich, den Orden zu verlassen. Sie heiratet, wird Mutter und arbeitet als Kinderärztin.
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Unterhaltungsspiel mit S. Harreis
21.00 Report
Themen: Wohin mit Hessens Müll?
Neue-Heimat-Verkauf
Die Regierungskunst des Kanzler-Kandidaten R.
Das Elend der Germanistik
21.45 Dallas
Das Lösegeld
22.30 Tagesthemen
23.00 Bücherjournal
Sendung von Dieter Zilligen
Hans Joachim Schädlich: „Tallhover". Fernando Pessoa: „Buch der Unruhe". Tomi Ungerer: „Schutzengel der Hölle"
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
MSX-Computergeneration
Moderation: Biggi Lechtermann
16.20 Schüler-Express
Radiofreaks und Quasselstrippen
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Ein himmlisches Vergnügen
Der verschreckte Verehrer
18.20 Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm
Ratespiel mit H.-J. Bäumler
19.00 heute
19.30 Terror in Frankreich
Reportage von Horst Schaettle
20.15 Nebraska
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Glenn Ford, Henry Fonda
Regie: Burt Kennedy
Anschließend: Ratschlag für Kinogänger: „Piraten" von Roman Polanski
21.45 heute-journal
22.05 Das Go!-Projekt
Thriller über Datenklau
Buch und Regie: O. Hirschbiegel
Hamburg in naher Zukunft. Die Arbeitslosenquote liegt bei 57 Prozent. Der Stadtkern, die noch betriebenen Industrie- und Hafenanlagen sowie alle privilegierten Wohngebiete sind durch elektronische Überwachungsanlagen und Polizeisperren von den übrigen Stadtteilen isoliert.
23.35 Die stillen Stars
Nobelpreisträger privat
Henry Taube (1983, Chemie)
Besucht von Frank Elstner
0.05 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Mathematik/Algebra (14)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
E. L. Freisewinkel aus Belgien: Auf der Maas bis an die Lesse
20.45 Heinrich George
Vor 40 Jahren gestorben
21.00 Körperkunst – Kunstkörper
Porträt Bernd Bauers, der lebende Menschen bemalt
22.15 Deutscher Alltag
Ich will singend sagen, wie ich die Welt sehe
23.00 Deutschlandbilder
Die ersten 100 Wochen: Wie „DDR"-Übersiedler sich einleben
23.45 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Meine Kinder – Deine Kinder – unsere Kinder
Was passiert mit ihnen nach einer Scheidung?
Film von Juliane Schuhler
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
Redaktion: Regina Sieber
21.00 Der gelbe Teppich
Italienischer Psychothriller
Regie: Carlo Lizzani
22.25 Literarisches Café
Live aus dem Berliner Einstein
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Programmvorschau
18.32 Formel Eins
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr wie NORD

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.33 Zoos der Welt – Welt der Zoos
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schauplatz Europa
20.15 Reisewege zur Kunst: Türkei
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Süßer Vogel Jugend
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit Paul Newman
23.10 Einführung in das Mietrecht (2)
23.40 Nachrichten

BAYERN
18.15 BR-Fenster
18.45 Rundschau
19.03 Heimatland Europa
19.55 Z. E. N.
20.00 Spiegelbilder
20.45 Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Drei Schritte vor der Hölle
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Mit Walter Matthau
23.25 Rundschau

SAT 1

15.00 Marco
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Tarzan
Die Statue des Dumbawa
Anschl.: Rund um die Welt
18.00 Verliebt in eine Hexe
Die Zeitung
Anschließend: Mitsing-Songs
18.30 APF blick
18.45 Schirm, Charme, Melone
Geschlossene Räume
Anschließend: Goldies
19.45 Love Boat
20.40 Airwolf
Auf der Suche nach der Nadel im Heuhaufen
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.15 F. A. Zetten
Südafrika – welchen Einfluß hat Europa?
22.45 Starsky & Hutch
Wer ist hier der Irre?
23.35 APF blick



19.00 Das nasse Wunder
Wasser, ein besonderer Saft
Film von Gero von Boehm
19.45 Fall auf Fall – Recht für jeden
Moderation: Tilman Steiner
20.00 Tagesschau
20.15 Die Priwalowschen Millionen
5. Die Entscheidung
21.05 Frank V.
Komödie von Friedrich Dürrenmatt
Mit Hubert von Meyerinck, Knut Hinz und Barbara Schöne
Regie: Friedrich Dürrenmatt
23.05 Frauenschicksale
Angelitas neue Welt
Amerikanischer Spielfilm (1982)
0.15 Nachrichten



18.15 Spielregeln
Jugend und Justiz
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Ein zauberhaftes Biest
Die Reise nach Marrakesch
20.15 auslandsjournal
Moderation: Stephan Hallmann
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2



18.00 RTL-Spiel
18.05 Stars, Tips und Spiele
18.15 Deutsche Szene/Regional
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
Herzen aus Stein
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Minirock und Kronjuwelen
Englischer Spielfilm (1967)
22.10 RTL-Spiel
22.15 Popeye
22.20 Blick in die Welt
Heute vor 30 Jahren
22.38 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

KRITIK

Kurt im Heuhaufen

Tatort-Krimis aus Wien sind Geschmacksache. Mit Action haben sie wenig im Sinn. Man bietet vor allem Innenräume, auch in **Wir werden ihn Mischa nennen** (ARD) von Kurt Junek, der sich auf eine Erzählung von Harald Mini stützte.

Einen Täter zu finden, von dem man nur weiß, daß er Kurt heißt, gleicht der Suche nach einer Nadel im Heuhaufen. Und es konnte gar nicht ausbleiben: Dieses Puzzlespiel ging recht langsam. Der Regisseur wollte auf die Personen eingehen und das Interesse auf deren Charaktere lenken. Dabei war es dann schon interessant zu sehen, daß es „Staatsverdrossenheit" auch in Österreich gibt oder daß einige von der Polizei zwar die Aufklärung eines Verbrechens erwarten, nicht aber bereit sind, dazu beizutragen.

Juneks Rechnung ging nur bedingt auf. Zwar gelang ihm eine zuweilen witzige Differenzierung in der Darstellung der Kommissare, unter denen Michael Janisch als Inspektor Fichtl die beste Figur machte. Die vom Mord Betroffenen dagegen kamen weniger gut davon – und das lag nicht am Regisseur. Trauer darzustellen und das Umschlagen der Verletzung in dumpf ausgebrütete Aggression, das gelang nur Jaromir Borek in der Rolle des Vaters überzeugend. August Schmölzer hingegen als Ehemann der angeschossenen Helga Waschinski kam über ein Klischee nie heraus. Dagegen gelang dem Spiel gegen Ende, zumal in den stillen Szenen mit Susanne Mitterer (Silvia), die intensive und packende Beobachtung. HORST ZIERMANN

Die Hölle zum Sonntag

In der ARD tranken oder trinken Günter Lamprecht und Dick van Dyke, und das ZDF startet gleich eine ganze „Suchtwoche" – welch ein Wort! Nichts gegen Lamprecht und Lowitz und all die anderen, die sich dem (Thema) Alkoholismus gewidmet haben. Manfred Grunert aber, Regisseur und Drehbuchautor des zur friedlichsten Sonntagabendzeit ausgestrahlten Films **Süchtig** (ZDF) dürfte mit seiner Aufarbeitung eigener Erfahrungen den Gipfel des Machbaren erklommen haben. Denn dieser Horrortrip war Brachialkino, trotz dramaturgischer Kunstgriffe um Authentizität bemüht.

Die Story? Ein Journalist wird von Gedanken an Angst als Überlebensprinzip und Tod als Erlösung überwältigt: Alkoholismus als systematischer Suizid. Er liefert sich in eine Psychoklinik ein, macht dort alle Höllen der Entziehung mit und ohne Medikamente durch und findet sich krämpfegeschüttelt an ein Bett gefesselt wieder. Dem physischen Entzug folgt der psychische, den er kaum mehr durchsteht: Am Besuchstag bittet er Freund und Freundin um Stoff für den „goldenen Schluck". Er randaliert und erlebt zwischen Flaschen, Spiegelscherben und Erbrochenem seine Apokalypse. Wider alles ärztliches Erwarten überlebt er und weiß fortan, daß Leben doch köstbar ist.

Michael König als Journalist hat eine schauspielerische Leistung vollbracht, die bis an die Grenzen der Selbstentwürdigung ging, eine Tour de Trance, wie man sie geschauspielt selten sah: Entsetzlich, grauenerregend erstklassig. A. SCHMITZ

·paniens Valdeslust

ɪ. B. – Nun rieseln die ersten rbstregen wohltätig auf die verhlte Landschaft um das westliche ttelmeer. Nicht nur an der Riviebaben Waldbrände Tausende von ktar verwüstet. Schlimmer noch zt der glühende Sommer Spaɪn zu, dessen Schreckensbilanz ɪ 6000 Waldbränden im Jahr von ɪ europäischen Medien seltsaɪrweise kaum zur Kenntnis gemmen wird.

Rund vierzig Prozent dieser Feuhat die spanische Polizei ermitt, wurden absichtlich gezündet – le aus reiner Zerstörungssucht, ınche von böswilligen Nachbarn, dere wieder von skrupellosen Bezern gelegt, die sich lieber mit der rsicherung um den Schaden eiten als ihre Wälder forstgerecht pflegen.

Seit Philipp II. Iberien gnadenlos d radikal abholzte, um seine attischen Flotten zu bauen, ist das rhältnis der Spanier zum Wald ɪ der Gleichgültigkeit über die ɪrlässigkeit bis zur Kriminalität gesunken. Selbst der Drogenhandel wirkt mit, um den Rest der Wälder zu vernichten, der aus der Periode der Wiederaufforstung nach dem spanischen Bürgerkrieg übrig blieb.

Besonders an der Küste Andalusiens, wo Schmuggler das Haschisch Afrikas, das Kokain Südamerikas und das Heroin der ganzen Welt anlanden, kommt der Zoll immer öfter einer Mafia auf die Spur, die Flächenbrände legt, um Feuerwehr, Polizei und Militär durch nächtliche Operationen abzulenken.

Neben dieser ökologischen Misere wirken die Sorgen übertrieben, die man sich in Deutschland um den lieben Schwarzwald macht. Ein Spanier, der durch das gründunkle, prangende Kinzigtal fährt, würde die Symptome des Waldsterbens kaum bemerken.

Es ist schon wahr, daß die Liebe zum Wald immer ein Teil der deutschen Seele war. Bereits im Jahre 1905 beschäftigte den jungen Hobby-Erfinder Konrad Adenauer die „Staubentwicklung beim Autofahren". Ein Problem, das erst später entdeckt wurde, ist es also nicht. Wie tröstlich, aber nicht für die Spanier, in deren Seele die Liebe zum Wald nicht wohnt.

s „United Jazz & Rock Ensemble" auf Tournee

ehn Stars ohne Allüren

st hätte man glauben können, as „United Jazz & Rock Ensemhabe den Rock zum Auftakt ihournee an der Garderobe abgeɪ. Ein Eindruck, der täuschte, ich im Laufe ihres Dortmunder ertes zeigte. Da perlte etwa in gang Dauners „Wintertanz" ein äumtes Klavier durch die Klangchaft, schuf die mit Barbara ıpson und Charlie Mariano (Saone), dem Posaunisten Albert gelsdorff sowie den Trompetern Carr, Johannes Faber und Ack Royen hochkarätig besetzte Bläktion Kulissen, die gewöhnlich Streichern vorbehalten bleiben.

uner erging sich gar in fast Jaher Manier solistisch an den Taund macht schließlich einem ıtig drängenden Schlagzeug des olloseum-Drummers Jon Hise-Platz. Gemeinsam mit Eberhard r bildete der wohl immer noch Jazz-Rock-Schlagzeuger Euroine grundsolide rhythmische Baie allen Ansprüchen ihrer Freunehr als gewachsen war.

es ist nämlich eine herausragenesonderheit des „United Jazz & Ensembles", daß sich in dieser formation nicht einfach irgendıe Stars, die ja alle Beteiligten oder weniger sind, zu einer der ı beliebigen All-Star-Bands zuıenschließen, sondern daß sich zehn Freunde gefunden haben, emeinsam nach Lust und Laune usizieren. Mit großem Vergnüwie man unschwer bemerken konnte. Wenn etwa Albert Mangelsdorff in bekannter Art soliistisch spielte, der Brite Ian Carr seine sparsame Trompete vorsichtig in das Gebrummel mischte, nach und nach die gesamte Bläserschar hinzukam, um sich endlich zu grandiosem Einklang zu finden, dann begriff man, daß hier zehn Spitzenmusiker aus purer Lust auftreten, und nicht etwa des schnöden Mammons willen.

Ob Volker Kriegels „Balance", über das der auch als Illustrator und Autor bekannte Gitarrist seine so einzigartig schwebenden Töne legte, oder Barbara Thompsons „East Western Promisses", immer blieb die Individualität der einzelnen Kompositionen gewahrt, konnten die einzelnen Musiker auch solistisch ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen.

Mit zu den Höhepunkten des Konzerts gehörte ein Duett zwischen dem kurzfristig für Kenny Wheeler eingesprungenen Johannes Faber, dessen Fähigkeiten wirklich verblüffend waren, und Ack van Royen. Beide warfen sich auf dem Flügelhorn mit spielerischer Eleganz gleichsam die Bälle zu, um dann wieder in aller Bescheidenheit im Satz zu verschwinden. Diese Natürlichkeit, verbunden mit grundsoliden handwerklichen Fähigkeiten, macht genau den Reiz des „United Jazz & Rock Ensemble" aus, zehn Stars ohne Starallüren, ein Genuß!

SVEN THIELMANN

Tourneedaten: 23. 9. Tuttlingen, 24. 9. Kaiserslautern, 25. 9. Mainz, 26. 9. Bern, 27. u. 28. 9. Stuttgart

Monacos „Simon Boccanegra" in Karlsruhe

legante Volksaufläufe

ɪrdis Sorgenkind „Simon Boccaıegra" kränkelt auch nach einer ɪion durch den geschickten Arrioito, die Francesco Piaves unısichtige Anlage einrenken sollı der Bruchstelle zwischen Pround der 20 Jahre später einsetzen-Haupthandlung. Als politische ɔdie vom *Zuschnitt des Macbeth* der Familienzwist im Hause anegra immer wieder seine Apoen – doch nicht ebenso viele ɛnde Realisierungen. Nun machh Giancarlo del Monaco in Karlserstmals an die Verdi-Oper. Herɛkommen ist eine sehenswerte ihrung, die es nicht als ihre Aufansieht, aus dem Handlungseine Chronologie logischer Ersse herauszulesen.

chael Scotts schwarzbronzene ɛrkolonnade und die protzig ere *Kassettendecke* geben den ıen des Geschehens vor. Dieser ı ahmt nicht die Architektur der issance nach, sondern vermittelt otenz der dahinter verborgenen t. Zugleich ist die lastende drükɛ Atmosphäre Abbild der trügelabilen Stadtpolitik der Ghibelund Guelfen. Die breite Trepımpe führt geradewegs in einen hischen Tempel – del Monacos ɛ orientiert sich an der Moɛntalität des Ortes.

cht die Menschen prägen die lung, sondern das Ambiente ihrem Tun den Stempel auf. lich wird dies im Prolog, wo die ɪ Angriff trotzende Mächtigkeit von Fiescos Palast sowie die steinerne Schmerzensgestalt davor Simones Lust zur Macht stimulieren. Gibt sich del Monaco hier doch die Mühe, politische Parteien auseinanderzudividieren, so verläßt er sich anschließend auf die Konturen edelschöner Scherenschnitte, die Eleganz *choreographierter Volksaufläufe*.

José Maria Collado, zu Beginn seiner zweiten Karlsruher Spielzeit mit seinen Musikern inzwischen einig geworden, stellte die Partitur keinesfalls als schwerflüssiges Grau in Grau vor, sondern wies bereits im Prolog *auf die feinädrige Verflochtenheit gegensätzlicher Motivationen hin.* Eine Entdeckung ist die großartige Elena Filipova als Maria Boccanegra, denn neben fragiler Mädchenhaftigkeit wartet sie in den Ensembleszenen mit einem dunkel fundierten, sicheren Sopran und leidenschaftlichem Pathos auf. Ihr schöner warmer Stimm-Glanz kann neben prominentesten Vorbildern bestehen.

James Dietsch, zu alt als Rebell, zu jung als Doge, ist am besten, wenn er sich der Aufgabe des Dogen entzieht und sich auf Verdis weich strömendes Legato besinnt. Während Antonio Ordonez (Gabriele Adorno) seinen Halt in hemmungsloser Lautstärke fand, bemühte sich Hans-Peter Scheidegger (Fiesco), seinen unruhigen Baß unter Kontrolle zu halten.

ROLF FATH

Nächste Aufführungen: 23. 9., 1., 9., 29. 10.; Kartenvorbestellungen unter 0721/60202

KULTURNOTIZEN

ɪn Pianisten Glenn Gould ist ei-edenkausstellung bis zum 21. ɔer im kanadischen Kulturzenin Paris gewidmet.

mont Eichner (39), bislang Leiɛr Burghofbühne Dinslaken, ist Intendant des Rheinischen estheaters Neuss.

heater international" – unter m Titel findet vom 24. bis zum eptember in Braunschweig ein val freier Theatergruppen statt.

Die Genfer Victoria-Halle ist nach zweijährigen Instandsetzungsarbeiten wieder eröffnet worden.

Georg Büchners 150. Todestag begehen die Westfälischen Kammerspiele Paderborn mit einer Aufführung des dramatischen Gesamtwerks des Dichters.

Schwarze Maler und Bildhauer aus Südafrika stellen bis zum 2. Oktober in der „Academy Art Gallery" in Paris ihre Werke aus.

Saison-Start in Hamburg und Frankfurt: Jürgen Flimm inszeniert „Hamlet"; Holger Berg „Don Carlos"

Mahnmale für die unwissende Welt

Wer hätte das vor einem Jahr gedacht: Das Hamburger Thalia Theater, das selbst der machtvolle Boy Gobert nicht aus dem aufdringlichen Schlagschatten des Deutschen Schauspielhauses hatte herausreißen können, steigt plötzlich unter Jürgen Flimms zielsicherer Ägide wie ein Phönix aus der Asche, während sich Zadek als Regisseur und Intendant des Hamburger Schauspielhauses harschen Spott gefallen lassen muß ob seiner Flops und theatralischen Flapsereien.

Gewiß, Flimm hatte sich bei seinem Einstand an der Alster auf drei Erfolgsinszenierungen seiner Kölner Ära stützen können, auf seine „Jungfrau von Orleans", seinen „Faust" und Jürgen Goschs raffinierten Molièreschen „Menschenfeind". Als er nach seinem großen „Peer Gynt"-Spektakel zum Ende der Saison allerdings noch den „Hamlet" auf die Beine stellen wollte, rissen den Mittvierziger Herz-Attacken nieder: Zeichen *der Erschöpfung, möglicherweise* auch des Überfordertsein vom kräftezehrenden Doppel-Spiel als Intendant und Regisseur und dem freilich nur geheim ausgetragenen Duell mit Bruder Zadek?

Da war es wohl kein Zufall, daß Flimm seinen *„Hamlet", mit dem* er nun die neue Saison am Thalia Theater eröffnete, ausgerechnet als Tragödie des Überfordertseins verstanden wissen will. Der Shakespeare-Anwalt Jan Kott hatte ja bereits in diese Richtung gedacht, als er „Hamlet" ein Drama der aufgezwungenen Situationen nannte, in dem sich die Ohnmacht der Vernunft aufs Bitterste manifestiert. Für Flimm sind es die im Krieg Geborenen, die Generation der heute Mittvierziger also, die die aus den Fugen geratene Welt der Väter wieder einrenken, durch Vernunft wieder in den Griff bekommen sollen, doch an diesem Auftrag grausam scheitern und sich dabei gar in eine Art von kollektivem Selbstmord treiben. „Hamlet" als Endspiel.

Zum Fortinbras-Finale hat Flimm denn auch die beim Gift-Massaker Getöteten demonstrativ an der Ziegelmauer des Schlosses auf- und ausgestellt, die als unverrückbare Spielwand für die gesamte Tragödie dient: Mahnmale für die „unwissende Welt", die Überlebenden, denen die Toten allerdings als Verpflichtung zu vernünftigerem Handeln dienen könnten. So wird Geschichtspessimismus, den ein Noelte in seinem Bonner „Hamlet" mit seltener Radikalität ausgestanzt hatte, hier mit einem Schimmer Hoffnung gehöht.

Das ist ohne Zweifel ein diskussionswürdiges *Konzept, das Flimm* seinem Publikum da in einer langen Nacht vor Rolf Glittenbergs eindrucksvoll „klaustrophobischer" Schloß-Steilwand auseinanderzufalten gedachte: ein Ansatz, der gescheite Fragen, heißes Nachdenken über *Hamlet, Claudius und die „schlotterichte* Königin" verrät. Und man kann Flimm nicht hoch genug anrechnen, daß er sich bei der Realisierung seines Konzepts jede inszenatorische Großmannssucht, jeden Würgegriff, mit dem Shakespeare in unserem Jahrzehnt oft genug die Luft abgeklemmt wird, versagt.

Bilanziert man das auf Heiner Müllers elisabethanisch aufgerauhter Übersetzung basierende Shakespeare-Spiel, so ergeben sich mit dem außerordentlich fesselnden Christoph Bantzer als tiefverstörtem aber hellwachem Hamlet Szenen schlüssigster Psychologie, in denen sich das Erschrecken über den Rache-Auftrag, in denen sich Trauer und Verstellung und die Krankheit zum Tode markant und subtil niederschlagen. Wie gescheit aber das Ganze auch erdacht, die zwingende Durchführung seiner Regie-Ideen, die uns den verzweifelten Hamlet-Schrei „Wir sind alle notorische Verbrecher" schrecklich ins Mark fahren lassen müßte, will Flimm nicht gelingen.

Symptomatisch dafür, wie er mit dem Geist von Hamlets Vater verfährt, der mit seinem wallenden Schal und seinem schiefen Lächeln eher als komische Figur denn als dämonischer Rache-Gott wirkt. Wie klug ist da Noelte vorgegangen, als er



Ein tiefverstörter, doch hellwacher Hamlet: Christoph Bantzer
FOTO: PETER PEITSCH

den Geist als Person kühn eliminierte und von Hamlet selber sprechen ließ. Auch die von Flimm so beredt avisierten historisch-politischen Dimensionen dieses mächtigen Vater-Sohn-Konflikts, aus denen die Rachetragödie erst ihren wahren Schrecken und ihren bösen Vernichtungsmechanismus bezieht, erschließen sich szenisch nur vage.

So bewundert man die reich facettierten Psychogramme der Figuren, *die gekonnte Choreographie, die die* Protagonisten in ein dichtes Spannungsnetz zieht, und die darstellerische Brillanz eines Christoph Bantzer, neben dem Anne-Marie Kuster, Therese Affolter und vor allem Ulrich Pleitgen als Claudius das stärkste Gewicht haben. Zu einer neuen, aufrüttelnden Erfahrung wird Flimms „Hamlet" nicht. Das gibt diesem Saison-Start am Thalia eine leicht melancholische Note, die unter Flimms hamletischem Aspekt der Überforderung zu betrachten das Publikum jedoch keinen Anlaß sah.

KLÄRE WARNECKE

Vier junge Menschen mit ihren Träumen

Wie hat doch vor knapp einem Jahr das Frankfurter Publikum gejubelt über Holger Bergs Inszenierung des Hamlet: „Der Beifall war tumultuös, die Bravo-Rufe überschlugen *sich,* der grazile junge Martin Wuttke wurde für seinen Hamlet schreiend bejubelt, auch die Regie badete in den rollenden Wogen." So schrieb am 28. Oktober 1985 der ergriffene Unterzeichnete.

Man muß an die grandiose Eröffnung einer im übrigen alles andere als grandiosen Saison erinnern, um den Sturz desselben Regisseurs bei der Eröffnung der jetzigen Saison in die totale Katastrophe unbegreiflich zu finden. Immer wieder kam während Schillers „Don Carlos" Lachen im Publikum auf, und am Ende wurden die Schauspieler irrigerweise gefeiert und der Regisseur gerechterweise ausgebuht.

Das Bühnenbild (Andreas Heller) ist ein plumper, von zwei gipsernen Säulengruppen flankierter Raum, der



Ein junger Heuler: Justus von Dohnanyi als Don Carlos
FOTO: MARA EGGERT

von den hin- und herfahrenden Gipsgruppen verengt und erweitert wird, jeweils von leitmotivisch gedachten Stimmungsklängen (Volker Kriegel) begleitet, – ein witzloser Aufwand. *Das Lied der Eboli, ein armseliges* Gewimmer, ist eigens von Tassilo Jelde „komponiert".

Aber das sind die kleinsten Einwände. Das wahre Unheil ist, was sich zwischen den Gipskolossen abspielt. Die Schauspieler und Spielerinnen *sprechen, wie man in der* Elementarschule das Vorlesen lernt: Fritzchen, lies doch nicht alles wie einen Brei herunter, betone die Wörter, auf die es ankommt, und heb immer schön die Stimme, ganz so, wie du deinem Freund etwas erklärst, *ganz natürlich!*

Und da kommen die abenteuerlichsten Übungen zustande. Nach dem Tod Posas, beim letzten Abschied des Carlos von der Königin, sagt die Königin: „Er hat sich geopfert für Sie." Und das sagt sie ganz *nett, so wie die Sekretärin ihrem Chef* erklärt: „Hier ist die heutige Post." In der Eröffnungsszene zwischen Carlos und dem Mönch Domingo greint Carlos wie ein junger Heuler herum, und als der Marquis Posa auftritt, traut man seinen Augen nicht: ein kurzes Männlein mit überlangem Mantel, energisch nuschelnd, munter alle Nachsilben verschluckend, aber dafür mit einer Gestikulation wie ein Hausierer.

Vor dem König wird das Armeschwingen und das Belehren mit ausgestrecktem Zeigefinger geradezu grandios, so eifrig bietet der Gemischtwarenhändler Posa sein Sortiment an. Der gefürchtete Alba spricht Sentenzen und stolziert umher wie im Parademarsch. König Philipp ist bekanntlich ein alter Mann und muß ununterbrochen den gleichen verhärteten Ton halten: Er spricht nicht, er hämmert. Und wenn er gerührt ist, hämmert er etwas leiser. Und wenn er verzweifelt ist, hämmert er krächzend. Die Königin ist ein kleines Mädchen mit gelegentlich würdevollen *Anwandlungen, die Eboli ist* ein kleine Mädchen mit würdelosem Ende. Der Großinquisitor ist eine Wasserleiche, die vom Publikum lachend begrüßt wird.

Der König, den Schiller „ohnmächtig in Albas und Lermas Armen" auf*fängt, schlägt der Länge nach auf den* Rücken, aber gelernt ist gelernt, er tut sich nicht weh. Auch die Königin, die nach der Auseinandersetzung mit dem König die Infantin auf den Arm nimmt und empört weggeht, dabei stolpert und stürzt und sich verletzt, macht das hier einfacher: Sie schlägt der Länge nach hin und ist ohnmächtig. Unter diesen Umständen ruft natürlich das dreimal gehämmerte „Stehen *Sie* auf!" Gelächter im Publikum hervor. Wie soll sie denn, wenn sie ohnmächtig ist!

Atmosphäre? Keine. Alles kalt heruntergebetet, schön mit Stimme heben und senken; außer dem alten Verkalkten. Der muß hämmern. Und gewiß, gekürzt muß werden, also fallen viele Motivierungen weg, offenbar im Vertrauen darauf, daß die Leute das Stück kennen. Doch darauf kommt es schon gar nicht mehr an. Der Regisseur hätte nicht nur Motivierungen, sondern gleich das ganze Stück weglassen können. Ich sagte anfangs: ein unbegreiflicher Sturz. Dennoch gilt es, den Sturz zu begreifen, der von dem umjubelten Hamlet-Regisseur nicht zu erwarten war.

„Vier junge Menschen mit ihren Träumen und Hoffnungen", sagt Berg, „mit ihrer Verzweiflung und mit ihrem Scheitern." Und er weist darauf hin, daß der Autor 24 Jahre alt ist. Und das ist es. Regie und Spieler dachten, es gehe um einen jungen Autor und um junge Figuren, die sich aufbäumen, und sie wollten eben diesen jugendlichen Enthusiasmus wiederbringen, ganz alt und ganz neu, jung-schillerisch. Aber sie landeten in der Elementarschule. So jung hatte *Schiller, der in dem Stück die Französische* Revolution vorausnahm, es nicht gemeint.

Wer nennt die Namen, die garstig hier zusammenkamen? Ich nicht. Die Wasser der Vergessenheit mögen sie gnädig decken. Das Fiasko stammt *keineswegs nur vom Regisseur.*

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Figurative Skulptur ereignet sich hier in Anführungszeichen: Die Ausstellung „dimension" in Berlin

Yucca-Palmen stellen die Ordnung auf den Kopf

Wie eine Art Zauberlehrling muß sich die mäzenatische Abteilung der Philip Morris GmbH vor drei Jahren gefühlt haben. Ein Lehrling als einer der spendabelsten Ausstellungs- und Künstler-Sponsoren in Deutschland ist der Tabakmulti nun aber keineswegs. Seit 1977 organisierte er seine „dimension"-Wettbewerbe abwechselnd für verschiedene künstlerische Medien. Als aber 1983 zum Thema „Malerei" 6000 Arbeiten von *2085 Künstlern eingereicht wurden,* waren zumal die Juroren am Ende ihrer Belastbarkeit angelangt.

Nicht zuletzt auch, weil Plastiken eben doch in puncto Transport ein bißchen schwerer wiegen, entschied man sich bei der jüngsten Skulptur-„dimension" für eine Begrenzung des Wettbewerbs. 50 Kunst-„Fachleute" wurden für Teilnehmervorschläge konsultiert. 90 Künstler reichten schließlich Material zur Expertenjurierung ein. Drei von ihnen erhielten Preise in gleicher Höhe, 12 500 Mark: *Magdalena Jetelova, Wolfgang Luy* und Jo Schöpfer.

Ein Drittel der Wettbewerbsteilnehmer ist jetzt auch an der Wanderausstellung beteiligt, deren Titel „Spannungen" bereits eine Vielfalt der gezeigten Arbeitsweisen signalisiert. Kein repräsentativer Spiegel der Bildhauereien in Deutschland, aber ein spannungsvoller Eindruck von der Bandbreite gegenwärtiger Skulptur. Dabei werden aktuelle Trends ebenso erkennbar wie kreative Widersprüche individuell und unverwechselbar arbeitender Künstler. Es wird einmal mehr deutlich, daß die traditionellen Kategorien von „Skulptur" und „Bildhauerei" nicht mehr als Abgrenzungen taugen.

Figurative Skulptur ereignet sich hier *immer* gleichsam in Anführungszeichen. Frank Dornseif reduziert sie auf metallische Konturen, Zeichnungen im Raum. Rainer Mang komprimiert in seinem Kopfsteher oder einem auf Styroporballen abgelegten Korpus aus Banalmaterialien wie Koks, Glasscherben und Beton eine Vorstellung von anti-klassischer Skulptur, ohne jedoch auf „Bedeutungen" zu verzichten. In den totemartigen Stelen von Karl Manfred Rennertz aus Eichen- und Eschenholz ist die Erinnerung an menschliche Körper zwar noch gegenwärtig, aber sie sind bereits zu dramaturgischen Elementen eines viel intensiveren Dialogs zwischen malerischen und plastischen Teilen geworden.

Längst hat sich die Skulptur Farbe und Malerei auf eigene unverwechselbare Weise erobert. So sind die Schrott-Plastiken von Erwin Wurms zugleich die Träger vehementer farblicher Attacken. Dies ist ein weiteres Kennzeichen: Die Verwendung vorgefundener Materialien, aber auch die Rücknahme ihrer „Abfälligkeit". Stephan Kern stellt seine wiederum teils farbigen Beton-Stücke lapidar in den Raum; er lehnt sie an die Wand, legt sie ins Teppich-Terrain. Diskrete Verunsicherung ist bei diesem Puzzle, das nicht aufgehen will, im Spiel. Modellierte Stücke, von vorhandenen Objekten abgegossene Teile, Vorgefertigtes scheinen sich zu verbünden.

Spielerisch-ironische Irritation bringen *konstruktive Installationen* des Düsseldorfers Manfred Müller oder Wolfgang Luys „Parabel": Eine auf Blumentopfstapeln und Plastikrepliken ausbalancierte Tisch-Ansammlung, niedlich mit Yucca-Palmen garniert. Die Jury fand darin die „Umkehrung von Ordnung und Sicherheit". Daneben weisen monumentale, aus rohem Holz gebaute, möbelartige Objekte der Jetelova eher in mythische Tiefenschichten. Gulliver und die Skulptur heute.

Ein irritatives Moment wird man *allerdings auch bei Künstlern* entdecken, die auf unterschiedliche Weise die rationalen Erfahrungen von Geometrie und Körperproportionen zum Anlaß formaler und ästhetischer Untersuchungen nehmen. Und Irritation wird glatterdings zum Nervenkitzel bei den massiven, mehr als zwei Meter hohen Stahl- und Kupfer-Stäben, die Michael Wilatschil auf Glasscherben regelrecht „auf die Spitze" treibt. Dem Besucher ist in diesem Falle jede haptische Annäherung strikte verwehrt. Geriete solche Art von Skulptur ins Wanken, müßte man glatt um des „Betroffenen" Gesundheit fürchten.

PETER HANS GÖPFERT

Neuer Berliner Kunstverein in der Staatlichen Kunsthalle Berlin bis 15. 10. 1986, *Museum Villa Stuck, München,* 13. 3.–12. 4. 1987, Katalog 15 Mark.



Die Begriffe „Skulptur" und „Plastik" sind nicht länger zu trennen: Johannes Brus' „Junge mit Nashorn" (1984), aus der Berliner Ausstellung
FOTO: BINDER THIELE

JOURNAL

Jahrestagung des Exil-Penclubs

DW. Gummersbach

Auf der Jahrestagung des Exil-Penclubs deutschsprachiger Länder im oberbergischen Gummersbach wurde ein Aufruf der ungarischen oppositionellen Intellektuellen zum 30. Jahrestag des ungarischen Volksaufstandes einstimmig gutgeheißen. Im Aufruf wird die Wiederherstellung des parlamentarischen Pluralismus, der nationalen Unabhängigkeit sowie die Achtung der Menschenrechte aller Minderheiten als Voraussetzung einer demokratischen Entwicklung in den kommunistisch regierten Staaten Ost- und Südosteuropas genannt. Der Exil-Penclub deutschsprachiger Länder forderte die Freilassung der inhaftierten Autoren in der Sowjetunion, in der CSSR und anderen Ländern und drückte seine Sympathie für alle verfolgten Schriftsteller aus. Bei den Wahlen des neuen Präsidiums wurde der aus der Tschechoslowakei stammende Publizist Rudolf Ströbinger in seinem Amt als Präsident bestätigt.

Hellmuth Matiasek bleibt am Gärtnerplatz-Theater

dpa, München

Hellmuth Matiasek, Direktor des Staatstheaters am Gärtnerplatz, bleibt in München. Damit lehnte Matiasek das Angebot des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth ab, Präsident der neuzugründenden Theaterakademie in Stuttgart zu werden. Der Entschluß des Direktors hänge damit zusammen, so hieß es, daß vom bayerischen Kultusministerium „großes Verständnis für die Lösung der dringendsten Probleme am Gärtnerplatztheater signalisiert" worden sei. Die seit Jahren geforderte Erweiterung des Orchestergrabens soll jetzt in Angriff genommen werden. Zudem bekommt das Theater die verlangte Studiobühne, und auch das technische Personal wird aufgestockt.

Mittelalterliche Stadt in Litauen entdeckt

AFP, Moskau

Die Überreste einer Stadt aus dem 14. Jahrhundert sind von sowjetischen Archäologen in Litauen gefunden worden. Es handelt sich um die Stadt Kiarnave, die seit sechs Jahrhunderten verschollen war und in alten Chroniken und Legenden als Handwerker- und Handelszentrum beschrieben wird. Bei den vor sieben Jahren aufgenommenen Ausgrabungsarbeiten kamen Ruinen von abgebrannten Häusern zutage, die von Sand, Lößboden und dichter Vegetation bedeckt waren. Die Häuser waren fast alle aus Holz und das Straßenpflaster aus Baumstämmen. Vor ihrer Zerstörung war die Stadt mehrmals von den Baronen von Wilna überfallen worden.

Ein Literaturpreis für Kriminalromane

DW. Stuttgart

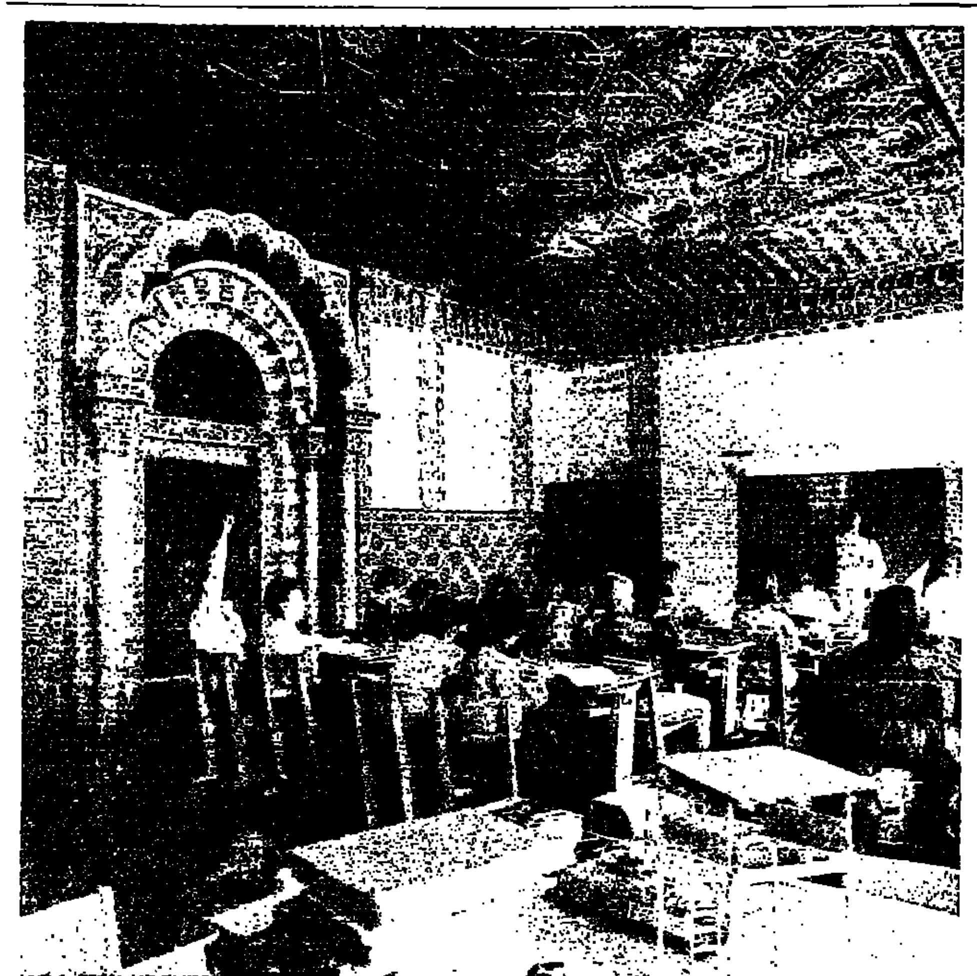
Das „Syndikat", die in Stuttgart gegründete Autorengemeinschaft *deutschsprachiger Kriminalliteratur,* hat jetz einen Preis für das Genre gestiftet. 10 000 Mark soll ein Autor oder eine Autorin für die beste deutschsprachige Neuerscheinung des Jahres erhalten. Mit dem „Glauser", ein Guß einer Bronzeskulptur des legendären Schweizer Dadaisten und Kriminalromanciers Friedrich Glauser, wird jährlich das Gesamtœuvre eines Schriftstellers ausgezeichnet.

Ulrich Erfurth †

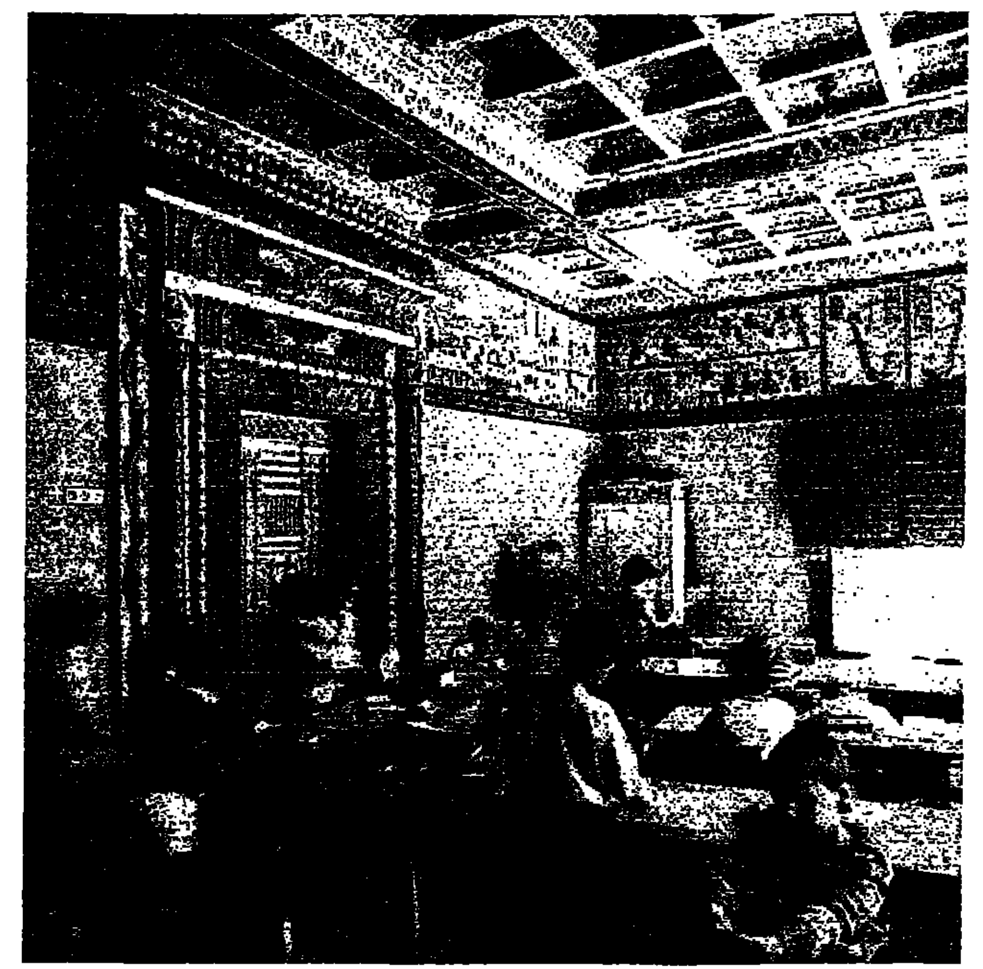
Regisseur wollte er werden, um jeden Preis. So ließ es Ulrich Erfurth das Theater seiner Heimatstadt Wuppertal wissen, wo er am 22. März 1910 geboren wurde: Und wenn er Erbsensuppe und Bier holen müsse! Wer aus diesem Holz *geschnitzt ist* am Theater, kommt auch ans Ziel. Erfurth wurde Regieassistent und stellte sich mit seiner ersten Inszenierung 1932 vor, mit dem „Weibsteufel" von Max Schönherr. Regisseur und Schauspieler war er inzwischen. Das blieb er in den folgenden drei Jahren, bis Gründgens den temperamentvoll sprudelnden jungen Mann 1935 als „rechte Hand" nach Berlin holte. 14 Jahre später holte Gründgens ihn wieder, ans Düsseldorfer Schauspielhaus, und er nahm ihn mit, als er 1955 *nach Hamburg ging. Bei Ida* Ehre, an den Hamburger Kammerspielen hatte er schon zwischen 1946 und 1949 Regie geführt.

Filme hatte er gemacht, darunter „Rittmeister Wronski" mit Willy Birgel. 1965 übernahm er – als *Nachfolger von William Dieterle* – für zehn Jahre die Leitung der Festspiele in Bad Hersfeld, 1968 löste er in Frankfurt Harry Buckwitz ab und wurde Generalintendant. Danach arbeitete er „frei" und gastierte hier und dort, abhold allen Experimenten, verläßlich als Produzent soliden Theaters. In den letzten Jahre war es still um ihn geworden, und man hörte von seinem schlimmen Gesundheitszustand. Jetzt ist Ulrich Erfurth, 75 Jahre alt, in Hamburg gestorben.

Zi.



Die Schule von Berndorf bei Wien steht im Guinness-Buch der Rekorde, nicht weil sie besonders riesig oder besonders winzig ist, sondern weil sie die attraktivsten Klassenräume der Welt hat. Jedes der zwölf Schulzimmer hat seinen eigenen Stil, wie das maurische mit der Nachbildung des Goldenen Tores von Cordoba (links) oder das ägyptische (rechts). Entstanden ist die stilvolle Schule 1909, finanziert wurde sie von der Firma Krupp. FOTOS: SOKOL



Die Kinder von Berndorf gehen in einem Museum zur Schule

Kinder gehen gern zur Schule. Jedenfalls beteuern sie das. Und den Erstkläßlern ist es sogar ernst damit. In diesen Tagen hat für sie das begonnen, was die Erwachsenen fälschlich den Ernst des Lebens nennen. Für die ABC-Schützen aber war der erste Gang in die Schule ein Tag voll Stolz und banger Freude.

Am meisten dürften sich die Kinder aus Berndorf gefreut haben. Sie gehen in eine Schule, wie es eine zweite auf der Welt nicht mehr gibt. Mit gutem Grund ist sie in das Guinness Buch der Rekorde aufgenommen worden. Nicht wegen der klügsten Lehrer oder wegen der kleinsten Kinder oder sonst einer zweifelhaften Spitzenleistung, sondern wegen der Schulzimmer. Die Klassen von Berndorf – das ist eine Stadt südlich von Wien – gehören zum Schönsten, was praktische Pädagogik sich ausdenken kann.

Zur Zeit der Jahrhundertwende war der Neubau einer Volksschule für nötig befunden worden. 1908/09 wurden zwei Trakte errichtet. Die Innenausstattung wurde von der Firma Krupp geplant und finanziert. Von Krupp?

Berndorf und Umgebung sind zur Zeit der Kelten, Römer und Türken nicht weiter aufgefallen. 1843 zählte man 98 Seelen. Seither ging's bergauf. Im selben Jahr nämlich gründete die Firma Friedrich Krupp aus Essen mit einem Kompagnon eine Metallwarenfabrik. Später, unter Arthur Krupp, waren hier 6000 Arbeiter beschäftigt. Die Krupps setzten sich nicht nur für Profite, Villen und ein eigenes Mausoleum ein, sie bauten ganze Wohnsiedlungen, stifteten Kirchen, stellten ein Theater hin und finanzierten diverse Bildungseinrichtungen bis hin zur Badeanstalt.

Prachtstück aber sind die Stilklassen: zwölf Klassenzimmer, die in zwölf verschiedenen Stilen ausgestaltet sind und die – von den alten Ägyptern über Byzanz und den Barock bis zum Empire – wichtige Epochen der Weltgeschichte repräsentieren. Sie können ganzjährig von jedermann besichtigt werden, sind also Schule und Museum in einem – auch das dürfte seinesgleichen suchen.

Man klingelt. Andreas Goldbacher, der Schulwart, freut sich schon auf die Führung. Seit rund 20 Jahren ist er auf diesem Posten, hält (wie sein Kollege vom anderen Flügel) die Schule in Schuß und führt die Gäste ins Allerheiligste.

Er hält es mit der Chronologie. Also kommen als erste die Ägypter dran. Die Tür springt auf. Man tritt ein und gleich wieder einen Schritt zurück. Das hatte man nun doch nicht erwartet. Schulklasse – Grabkammer – Museum? Die Wand zieren leuchtende Farben. Ein Fries läuft um den ganzen Raum: ägyptisches Volksleben. Da wird gejagt, gekämpft und getanzt. Hieroglyphen erklären das Dargestellte, der Schulwart erklärt die Hieroglyphen. Er deutet zur Decke. In den Feldern der reich verzierten Kassetten sitzt der Skarabäus. Die Frau Lehrerin wird's den staunenden Kleinen schon erzählen: Es gab eben Zeiten, wo der Mistkäfer als heilig verehrt wurde.

Eher profan geht's im pompejanischen Klassenzimmer zu. Dezenter Luxus, verspielt und gleichermaßen großzügig, strahlt von den Wandgemälden durch diesen Raum, dem auch Katheder und Schrank unterworfen sind (lediglich Tische und Stühle sind modern).

Das maurische Zimmer übertrifft alles. Schöner ist nur noch die Alhambra. Zumindest nimmt einen der ornamentale Charme des Islam sofort gefangen. Und die Tür, Nachbildung des Goldenen Tores von Cordoba, ist so etwas wie die Pforte zu den Freuden des schulischen Alltags.

Es ist nicht bekannt, ob die Berndorfer Schüler gescheiter sind als andere. Aber daß sie gerne zur Schule gehen, ist auf ihren Gesichtern zu lesen. WOLFGANG MINATY

In Sizilien legt die Mafia wieder eine blutige Spur

AFP, Agrigent

Die sizilianische Mafia hat nach einer längeren Sommerpause ein blutiges Comeback geliefert – zu diesem Schluß kommen die italienischen Fahnder, nachdem am Sonntag auf Sizilien acht Morde und ein Bombenanschlag verübt wurden. Um einen Racheakt zwischen verfeindeten Mafia-Banden handelt es sich offenbar bei dem Überfall auf einer Café-Terrasse in der sizilianischen Stadt Porto Empedocle bei Agrigent, bei dem sechs Männer erschossen wurden. Alle Opfer gehörten offenbar dem Mafia-Milieu an.

Nicht weit von Agrigent entfernt wurden auf einem Feld die von Kugeln durchsiebten Leichen zweier Hirten gefunden, die offenbar einem Vergeltungsschlag der Mafia zum Opfer fielen. Ebenfalls auf das Konto der Mafia geht ein Bombenanschlag in Messina, bei dem ein Fährboot beschädigt wurde.

Experten sehen diese Anschläge im Zusammenhang mit der Freilassung von rund 100 Mafiosi, die sich gegenwärtig bei dem großen Mafia-Prozeß von Messina zu verantworten haben. Sie wurden auf freien Fuß gesetzt, nachdem die gesetzlich festgelegte Höchstdauer für ihre Untersuchungshaft abgelaufen war.



Polizei: Flucht von Lecki war sorgfältig vorbereitet

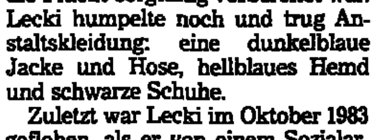
Noch keine Spur von dem bewaffneten Gewaltverbrecher

DW. Bonn

Der wegen Polizistenmordes und mehreren Banküberfällen zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte Alfred Lecki ist am Sonntagabend erneut ausgebrochen. Ein Sprecher der Bonner Polizei teilte mit, der als „Ausbrecherkönig" zu zweifelhaften Ehren gekommene 47jährige Häftling der Justizvollzugsanstalt Rheinbach bei Bonn habe in der Chirurgischen Klinik Bonn-Venusberg, wo er für drei Wochen behandelt werden sollte, seinen Bewacher mit einer „langläufigen Pistole" bedroht, die er unter der Matratze seines Bettes versteckt gehalten hatte.

Anschließend nahm er dem 55 Jahre alten Justizvollzugsbeamten die Dienstwaffe und zwei Munitionsmagazine sowie die Schlüssel seines Privatwagens ab. Der Wagen wurde gestern morgen in der Nähe des Bonner Hauptbahnhofs gefunden.

Von Lecki fehlte bis gestern mittag jede Spur. Die Polizei nimmt an, daß die Flucht sorgfältig vorbereitet war. Lecki humpelte noch und trug Anstaltskleidung: eine dunkelblaue Jacke und Hose, hellblaues Hemd und schwarze Schuhe.



„Ausbrecherkönig" Alfred Lecki (47) FOTO: AP

Zuletzt war Lecki im Oktober 1983 geflohen, als er von einem Sozialarbeiter in der Bonner Innenstadt zum Einkaufen begleitet wurde. Im Dezember 1984 wurde er in Köln wieder festgenommen. Erstmals war Lecki 1968 nach einem Banküberfall in Berlin festgenommen worden, doch kurz darauf wieder entflohen. Bei einer Fahrzeugkontrolle in Bottrop 1969 erschoß er einen Polizisten. Wenige Monate später gelang ihm die Flucht aus der Justizvollzugsanstalt Essen. Nach mehreren Überfällen auf Banken und Geldtransporte setzte er sich nach Spanien ab, wo er 1970 festgenommen wurde. Von den fünf Millionen Mark Beute aus einem Raubüberfall in Offenbach konnten nur noch 190 000 Mark sichergestellt werden.

LEUTE HEUTE

Ausgefallener Schmuck

Als Mannequin für kostbaren und ausgefallenen Schmuck ist **Victoria Brynner**, die 23 Jahre alte Tochter des verstorbenen US-Filmschauspielers Yul Brynner, engagiert worden. Die junge Frau mit dem Gardemaß von 1,80 Meter wird in einigen Tagen die neueste Kollektion des Pariser Juweliers **Alain Boucheron** präsentieren. Exklusivstes Stück der neuen Kollektion ist eine Damen-Armbanduhr aus einem exotischen Holz, das von einem Baum stammt, der nur in Französisch-Guayana wächst. Dieser Baum darf nur – so behauptet man – im Oktober, bei zunehmendem Mond gefällt werden. Nur dann verändere sich das Holz auf der Haut nicht.

Bewährtes Metier

Er hat Millionen für die Hungerleidenden in Afrika gesammelt, wurde dafür von Queen **Elizabeth** zum Ehrenritter geschlagen und hofft insgeheim noch immer auf den Friedensnobelpreis. Nun will sich **Bob Geldof** zur Abwechslung mal wieder dem alten Metier zuwenden: Der frühere „Boomtown Rats"-Musiker plant ein Comeback – in Form einer Single mit dem Arbeitstitel: „This Is The World Calling". Die Platte soll im Oktober auf Gibraltar eingespielt werden – an Bord des Flugzeugträgers „Ark Royal", für dessen 1200köpfige Besatzung Geldof ein Konzert geben wird.

Berliner Stadtlandschaften im Kennedy-Flughafen

MICHAEL NISCHK, New York

„Kommen Sie denn nun auch nach Berlin", fragte Eberhard Diepgen einen Passagier im Terminal der PanAm-Fluggesellschaft auf dem John-F.-Kennedy-Flughafen. Der Mann hatte gerade interessiert die Ausstellung der „Berliner Stadtlandschaften" besichtigt, die dort seit Sonntag steht. „Nein, ich fliege nach Zürich", antwortete der überraschte Mann auf die von einer Fernsehkamera aufgezeichnete Frage. Anlaß für die ungewöhnliche Begegnung war ein Blitzbesuch von Diepgen auf der gestern offiziell eröffneten Ausstellung. Der Regierende Bürgermeister hatte sich acht Tage in Amerika aufgehalten, um mit Geduld und Charme Berlin und seine 750-Jahr-Feier ins Gespräch zu bringen. Diesem Zweck dient auch die Ausstellung im PanAm-Terminal.

Die „Berliner Stadtlandschaften" sind von Berliner Künstlern hergestellte Werke, deren Stil vom Impressionismus bis hin zur Pop-Art reicht. Als Plakate mit der dezent klein gehaltenen Aufschrift „750 Jahre Berlin 1987" sollen sie auf die von April bis Oktober laufenden Feierlichkeiten hinweisen. Obwohl in Berlin nicht unumstritten, scheinen die Plakate für Amerika genau das richtige zu sein.

Sie sind in zwei Ständen in der Südwestecke der Abflugshalle des PanAm-Gebäudes untergebracht. Da die mit blauem Tuch drapierten Metallgerüste sich in unmittelbarer Nähe der Geldwechselstuben, mehrerer Restaurants und eines zollfreien Ladens befinden, wird fast jeder Fluggast, der mit PanAm innerhalb Amerikas oder internationale Routen fliegt, die Ausstellung sehen.

Die Wahl fiel auf den PanAm-Terminal, da die amerikanische Gesellschaft nicht nur die wichtigste Zubringerin im Berlin-Verkehr ist. Nach langen Verhandlungen ist es dem Berliner Senat auch gelungen, PanAm zur Einrichtung einer Nonstop-Verbindung zwischen New York und Berlin zu bringen. Der Flug soll im Laufe des nächsten Jahres beginnen. Diepgen erhofft sich davon eine psychologisch noch stärkere Anbindung Berlins an den Westen.

Ebenso wichtig ist der Direktflug für Diepgen auch bei seinem Plan, Berlin zum Zentrum der High-Tech-Industrien für Deutschland zu machen. Um die großenteils amerikanischen Manager möglichst komfortabel nach Berlin zu bringen, braucht er den Nonstop-Flug. Da diese Verbindung nur guter Auslastung bestehen kann, ist Diepgen ebenso wie PanAm daran gelegen, das Interesse an Berlin über das gegenwärtige Niveau anzuheben. (SAD)

WETTER: Im Norden etwas Regen

Lage: Mit schwachen Tiefausläufern wird in den Norden und Osten feuchte Meeresluft geführt. Der Süden und Südwesten bleibt noch unter schwachem Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden und Osten meist stark bewölkt und zeitweise Regen. In der Mitte bewölkt, aber weitgehend trocken. Im Süden und Südwesten des Landes nach Auflösung von Frühnebel heiter bis wolkig und trocken. Temperaturen im Norden und im Raum Berlin um 15, sonst 16 bis 20 Grad. Nachts 4 bis 9 Grad. Im Norden mäßiger bis frischer, sonst schwacher Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Auch im Norden Wetterbesserung, aber kühl.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.10 Uhr*, Untergang: 19.17 Uhr; **Mondaufgang:** 21.32 Uhr, Untergang: 14.30 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 23. Sept., 8 Uhr

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	16	bd
Bielefeld	15	bw
Braunlage	11	bw
Bremen	13	R
Dortmund	15	bw
Dresden	17	bd
Düsseldorf	13	wl
Erfurt	16	bw
Essen	13	be
Feldberg/S.	13	he
Flensburg	14	bd
Frankfurt/M.	16	he
Freiburg	15	he
Garmisch	19	he
Greifswald	14	bd
Hamburg	14	bd
Hannover	15	bd
Kahler Asten	12	bw
Kassel	15	bw
Kempten	18	wl
Kiel	14	bd
Koblenz	16	he
Köln-Bonn	17	he
Konstanz	12	bd
Leipzig	14	R
List/Sylt	12	Sp
Lübeck	13	R
Mannheim	18	he
München	19	he
Münster	13	bw
Norderney	14	bw
Nürnberg	17	he
Oberstdorf	18	wl
Passau	16	bw
Saarbrücken	14	he
Stuttgart	18	he
Trier	15	he
Zugspitze	5	he
Ausland:		
Algier	29	he
Amsterdam	15	bd
Athen	23	bw
Barcelona	25	he
Belgrad	22	he
Bordeaux	11	bw
Bozen	23	he
Brüssel	10	bd
Budapest	18	bw
Bukarest	24	he
Casablanca	27	he
Dublin	16	bw
Dubrovnik	24	he
Edinburgh	15	bd
Faro	23	he
Florenz	26	wl
Genf	18	he
Helsinki	8	R
Hongkong	29	he
Innsbruck	18	he
Istanbul	23	bw
Kairo	35	wl
Klagenfurt	18	he
Konstanza	24	he
Kopenhagen	13	bw
Korfu	27	bw
Las Palmas	29	wl
Leningrad	9	bd
Lissabon	22	Rs
Locarno	15	he
London	15	he
Los Angeles	18	bw
Luxemburg	15	he
Madrid	24	he
Mailand	23	wl
Malaga	28	wl
Mallorca	27	he
Moskau	12	bd
Neapel	27	wl
New York	17	bw
Nizza	25	he
Oslo	14	bw
Ostende	14	bw
Palermo	27	he
Paris	15	he
Peking	29	he
Prag	17	he
Rhodos	25	bw
Rom	23	wl
Salzburg	18	he
Singapur	28	he
Split	28	he
Stockholm	12	bw
Straßburg	19	he
Tel Aviv	31	he
Tokio	28	he
Tunis	27	bw
Valencia	27	wl
Varna	25	he
Venedig	22	he
Warschau	15	Rs
Wien	20	he
Zürich	14	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Nun hat der ‚blonde Hans' ein Denkmal

DIETER SALZMANN, Hamburg

Pünktlich um Mitternacht legten die ersten Fans Rosen an der noch nicht enthüllten Bronzestatue von Hans Albers ab. Gefeiert wurde der 95. Geburtstag des Volksschauspielers in passender Umgebung. Mitten im Herzen von St. Pauli, am Hans-Albers-Platz, keine 100 Meter von der Reeperbahn entfernt, erhielt der Schauspieler nun endlich sein Denkmal.

Von seinem rund 2,50 Meter hohen Sockel, auf den Schwingen einer Möwe stehend, hält der „blonde Hans" nun wieder Ausschau. Sein Blick fällt, wen wundert's, auf die Kneipe „La Paloma", dessen Wirt Jörg Immendorf (41) die Plastik schuf. In seiner linken Hand hält der kantige Bronze-Albers ein Schifferklavier, in der rechten Hand wächst ihm, an einer gewundenen Stange, ein lorbeerbekränztes Glas zu.

Die offiziellen Geburtstagsglückwünsche überbrachte – die Uhr ging schon auf halb eins – Bürgermeister Klaus von Dohnanyi. An ihm war es auch, das Denkmal zu enthüllen. Der Bürgermeister erschien, entgegen hanseatischer Gepflogenheit, ungewöhnlich leger gekleidet. In einer kurzen Rede fand er es „einfach Spitze", daß das Denkmal gerade zum 95. Geburtstag fertiggeworden ist.

Jörg Immendorf, der Künstler, hofft, daß die Menschen, die hier wohnen und arbeiten, mit dem Werk leben können. Später soll das Denkmal, das jetzt in der äußersten Ecke des Platzes steht, in die Mitte (und damit näher zur Reeperbahn und zur Großen Freiheit) gerückt werden.

Das rund 750 000 Mark teure Denkmal ist nicht jedermanns Sache. „Der Hans würde sich im Grabe umdrehen", sagt einer, der behauptet, „sein bester Freund" gewesen zu sein. Die Umstehenden schmunzeln, aber auf St. Pauli ist nichts unmöglich. Hans Albers blieb, auch auf dem Höhepunkt seiner Karriere, immer mit den einfachen Leuten seiner Heimatstadt verbunden. Er blieb immer einer von ihnen.



Bürgermeister Klaus von Dohnanyi vor dem Albers-Denkmal an der Reeperbahn FOTO: DPA

In Hamburg, und gerade auf St. Pauli, ist die Erinnerung an den Volksschauspieler noch immer sehr lebendig. Sie sprechen von „ihrem Hans". Er wurde am 22. September 1891 im Stadtteil St. Georg geboren. Heute erinnert eine Tafel am Geburtshaus an der Langen Reihe Nummer 71 an dieses Ereignis.

Auf der Bühne und im Film spielte der „blonde Hans" trotz seiner vielen Rollen immer nur eine Figur: sich selbst. Das Lied „Hoppla, jetzt komm' ich" war typisch für ihn und wurde zu seinem Markenzeichen. In Filmen wie „Wasser für Canitoga" und „Münchhausen" spielt er den Abenteurer und Draufgänger, der er immer hatte sein wollen. Viele seiner Schauspieler-Kollegen haben versucht, ihn zu imitieren – vergeblich, wie sich herausstellte. Allein die Art, wie Albers seine Lieder mehr sprach als sang, ist unnachahmlich.

Beim Film gab's für ihn zu Anfang ein Problem: Die Farbe seiner Augen war so blaßblau, daß sie in Schwarz-Weiß-Filmen als nahezu weiß erschienen. Weltberühmt wurde er (und mit ihm die Große Freiheit) in dem 1944 von Käutner in Hamburg gedrehten Film „Große Freiheit Nr. 7". Der Film durfte vor Kriegsende nicht aufgeführt werden.

Wie keiner verkörperte er den „Hamburger Jung", der er selbst trotz allen Erfolges auch immer geblieben ist. Als er 1960 starb, gaben ihm Tausende das letzte Geleit.

Frauen bekommen ihre Kinder immer später

dpa, Düsseldorf

Eine Schwangerschaft wird von Frauen immer häufiger als Karriereknick erlebt. Anläßlich einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe, die gestern in Düsseldorf begann, hat die Züricher Gynäkologin Renate Huch auf die Auswirkungen der Emanzipation der Frau auf den Wunsch nach Kindern hingewiesen. Die Mutterrolle werde häufig nicht mehr als „Karriere", sondern allenfalls als Unterbrechung des beruflichen Aufstiegs erlebt, sagte Frau Huch. Die Frauen erfüllten sich ihren Kinderwunsch deshalb in immer späteren Lebensjahren. Die Ärzte betonten, aufgrund der medizinischen Fortschritte spiele das Alter der Mutter kaum noch eine Rolle für den Verlauf einer Schwangerschaft. Die Risiken für die Mutter seien immer geringer geworden. Viele Frauen wollen nach den Beobachtungen der Frauenärzte die Geburt ihrer Kinder ganz bewußt erleben. Im Gegensatz zu früher gelte die Schwangerschaft nicht länger als „Krankheit". Für eine Schwangerschaft änderten Frauen auch kaum mehr ihren Lebensstil.

Familie darf zu Rosenthal

dpa, Berlin

Der am vergangenen Donnerstag operierte Fernseh-Showmaster Hans Rosenthal („Dalli Dalli") darf auf der Intensivstation des Klinikums bisher nur von seiner Familie besucht werden. Ein Sprecher seines Berliner Büros sagte, Rosenthal gehe es weiterhin „den Umständen entsprechend gut". Er bestätigte allerdings, daß es eine „schwere Operation" gewesen sei. Der 61jährige Rosenthal war im Magenbereich operiert worden.

Der erste war ein Räuber

dpa, Euskirchen

Der Leiter einer Raiffeisenbank-Filiale in Hellenthal bei Schleiden hatte gestern morgen gerade erst die Tür für den Publikumsverkehr geöffnet, als bereits der erste „Kunde" erschien: ein maskierter Mann, der den Filialleiter mit einer Schußwaffe bedrohte und Geld verlangte. Nach Angaben der Euskirchener Polizei entkam der Unbekannte mit einer Beute von rund 30 000 Mark.

Der vierte Selbstmord

dpa, Saarbrücken

Vier Häftlinge der Justizvollzugsanstalt Saarbrücken haben seit Mai Selbstmord begangen. Dies bestätigte ein Sprecher des saarländischen Justizministeriums nach entsprechenden Erklärungen der „Initiative Strafvollzug Saarbrücken". Der Sprecher wies zugleich Vorwürfe zurück, die Selbstmorde stünden im Zusammenhang mit Mißständen im saarländischen Strafvollzug. Die auf 560 Haftplätze angelegte Justizvollzugsanstalt in Saarbrücken ist derzeit mit rund 670 Gefangenen überbelegt. Ein für 12,4 Millionen Mark in Bau befindliches neues Haftgebäude mit 100 Plätzen kann erst Ende nächsten Jahres belegt werden.

Feuer im Krankenhaus

dpa, Soest

Bei einem Feuer in einem Krankenhaus in Erwitte im nordrhein-westfälischen Kreis Soest mußten in der Nacht zum Montag 108 Menschen evakuiert werden. Mehrere Feuerwehren bekämpften bis in die frühen Morgenstunden die Flammen, die den Dachstuhl eines Seitenflügels der Klinik weitgehend vernichteten. Der Sachschaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt.

Charles bespricht Pflanzen

dpa, London

Der britische Thronfolger Prinz Charles, schon häufiger übersinnlicher Neigungen verdächtigt, spricht mit seinen Pflanzen. Diese Enthüllung machte der Prince of Wales in einer Fernsehsendung, die das öffentliche und private Leben von Charles und Prinzessin Diana den königlichen Untertanen näherbringt. „Ich gehe einfach hin und spreche mit den Pflanzen. Das ist sehr wichtig für sie", erklärte der Prinz den Zuschauern bei einem Rundgang durch den Garten seines Landsitzes Highgrove in der Grafschaft Gloucestershire. Mit dieser Angewohnheit steht Prinz Charles jedoch, wie britische Zeitungen berichten, nicht allein. Wissenschaftler in aller Welt teilen die Überzeugung, daß gutes Zureden dem Wachstum von Blumen und Grünpflanzen förderlich sei. Anfang dieses Jahres gab es in London bereits den ersten Wettbewerb im Pflanzen-Besprechen.

ZU GUTER LETZT

Ein Journalistik-Student untersuchte für die Züricher Zeitung „Sport" die Fußball-Berichterstattung im Schweizer Fernsehen. Unter der Zwischenüberschrift „Hochdeutsch: schwere Sprache" steht: „Sprachliche Fehlleistungen sind des hochdeutschsprechenden Schweizers tägliche Brot."